

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 1998

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

erstmalig in meiner Amtszeit als Innenminister lege ich der Öffentlichkeit den jährlich erscheinenden Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht vor. Wie im vergangenen Jahr nimmt die Darstellung der ideologischen und theoretischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen breiten Raum im Bericht ein. Vor allem der Rechtsextremismus mit seinen fremdenfeindlichen und antisemitischen Erscheinungsformen, seiner Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen bis hin zur Leugnung des Holocaust wird umfassend dargestellt. Erfreulicherweise lässt sich aufgrund der Beobachtungsergebnisse für 1998 jedoch feststellen, dass für den Berichtszeitraum insgesamt keine nachhaltigen oder gravierenden Beeinträchtigungen der inneren Sicherheit durch Verfassungsfeinde eingetreten sind.

Die Verbreitung des Jahresberichts ist ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes. Der Bericht soll es mit seinen Informationen jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglichen, sich selbst ein Urteil über Gefahren und Bedrohungen zu bilden, die unserem freiheitlichen Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Bestrebungen sowie sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten drohen. Denn der demokratische Rechtsstaat kann nicht allein von staatlichen Behörden geschützt und bewahrt werden. Den besten Schutz der Verfassung leisten vielmehr die informierten und engagierten demokratischen Bürgerinnen und Bürger selbst. Das ist die Grundvoraussetzung für die Arbeit der Sicherheitsbehörden in unserer frei-



heitlichen Demokratie. Daher würde ich mich sehr darüber freuen, wenn insbesondere die Schulen und die vielfältigen Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit den vorliegenden Bericht als Arbeitsmaterial nutzen würden.

Gerne nehme ich auch die Gelegenheit wahr, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde meinen Dank für ihre engagierte Arbeit auszusprechen. Sie werden gerade im Hinblick auf die EXPO 2000 vor besonderen Herausforderungen stehen. Der Verfassungsschutz ist für gegenwärtige und zukünftige Aufgaben jedoch sowohl personell als auch materiell im notwendigen Umfang gerüstet.

Der Jahresbericht 1998 ist allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in gedruckter Form zugänglich. Er kann auch im Internet unter der Adresse niedersachsen.de/MI1.htm gelesen, ausgedruckt oder per E-Mail bestellt werden.

A handwritten signature in black ink that reads "Heiner Bartling". The signature is written in a cursive style.

Heiner Bartling
Niedersächsischer Innenminister

Inhaltsübersicht

Einleitung	6
Überblick in Zahlen	11
Mitgliederzahlen	11
Gewalt- und Straftaten (Staatschutzkriminalität)	13
Rechtsextremismus	20
Einführung	20
Geschichtsrevisionismus	24
Nutzung moderner Kommunikationsmedien	26
Neonazistische Bestrebungen	29
Rechtsextremistische Skinheads	29
Neonazistische Kameradschaften	33
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	38
„Fortführung“ der Hetendorfer Gemeinschaftsveranstaltung nach dem Verbot des Heide-Heim e.V.	39
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	42
Neonazikreis um Ernst Zündel	44
Rechtsextremistische Parteien	45
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	45
NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN)	57
Deutsche Volksunion (DVU)	62

Die Republikaner (REP)	68
Weitere rechtsextremistische Organisationen	78
Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland	78
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	79
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)	79
Der Stahlhelm e.V.	80
Annex: Neue Rechte	82
Linksextremismus	88
Einführung	88
Autonome	91
Selbstverständnis	91
Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO)	93
Publikationen/ Sonstige Medien	95
Aktions- und Themenfelder	100
Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus	100
Aktionsfeld Widerstand gegen die EXPO 2000	105
Aktionsfeld Internationalismus	111
Aktionsfeld Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte	115
Antiimperialistischer Widerstand (AIW)	117
Ehemalige terroristische Vereinigungen (RAF, RZ und AIZ)	117
Rote Hilfe e.V. (RH)	118
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	120



Kommunistische Plattform der PDS (KPF)	123
Graswurzelbewegung	125
Ausländerextremismus	130
Einführung	130
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	132
Weitere kurdische Organisationen	145
Devrimci Sol (Dev Sol)	146
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	150
Plattform der vereinten revolutionären Kräfte (DBGP)	151
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	153
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB)	
Föderativer Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.)/Kalifatsstaat	156
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	161
Muslimbruderschaft (MB)	167
Hizb Allah (Partei Gottes)	169
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	171
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	172
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	173
Scientology-Organisation (SO)	175
Organisation	176
Aktivitäten in Niedersachsen	177
Demonstrationen in Frankfurt/M.	179



Veröffentlichungen	179
Innenministerkonferenz (IMK) vereinbart Fortsetzung der SO- Beobachtung durch den Verfassungsschutz	182
Hinweistelefon	182
Spionageabwehr	183
Russische Nachrichtendienste	184
Iranische Nachrichtendienste	187
Proliferation/sensitive Exporte	188
Geheimschutz in der Wirtschaft	188
Hilfe für Betroffene	189
Der Verfassungsschutz in Niedersachsen	190
Bedienstete	190
Haushalt	190
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	190
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	191
Auskunftsersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	193
Öffentlichkeitsarbeit	193
Stichwortverzeichnis	194

Einleitung

Ausländerextremismus

Unter dem Aspekt aktueller Bedrohungen für die innere Sicherheit ist der deutschen Öffentlichkeit das Gefahrenpotential des ausländischen Extremismus nachhaltig in das Bewusstsein gerückt worden. Die Sicherheitsbehörden mussten sich insbesondere mit folgenden Sicherheitsbedrohungen auseinandersetzen:

- die intensive Fortführung der verbotenen Aktivitäten der PKK nach der Ergreifung des PKK-Anführers ÖCALAN,
- die Festnahme des selbst ernannten „Kalifen von Köln“, KAPLAN, wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und wegen des dringenden Tatverdachts, in unerträglicher Weise mit offiziellen Todesdrohungen, so genannten Todes-Fetwas, gegen Abweichler seiner islamistischen Vereinigung in Deutschland vorgegangen zu sein, sowie
- das sich aus dem Kosovo-Konflikt möglicherweise entwickelnde Sicherheitsrisiko der Übertragung der Auseinandersetzungen zwischen dem großserbischen Nationalismus und den kosovo-albanischen Befreiungskämpfern der UCK auf Deutschland.

Nach der von vielen Kurden als Verschleppung empfundenen Ergreifung des PKK-Anführers Mitte Februar durch die Türkei organisierte die PKK europaweit zahlreiche Aktionen, deren trauriger Höhepunkt der Tod von vier Kurden im Zusammenhang mit der Besetzung des israelischen Generalkonsulats in Berlin war.

Die Aktionen der PKK vermittelten einen bedrohlichen Eindruck von der straffen Führung in dieser Organisation, ihrer Mobilisierungskraft, ihrer organisatorischen Stärke und nicht zuletzt auch von dem Ausmaß an Identifizierung vieler Kurden mit dem PKK-Anführer.

Aus deutscher Sicht bleibt es deshalb erstrebenswert, mit den demokratischen kurdischen Organisationen in Deutschland das Gespräch zu suchen, das Bundesinnenminister SCHILY Ende März 1999 mit Vertretern von zehn kurdischen Organisationen begonnen hat.

Wenn in Niedersachsen im Vergleich mit anderen Ländern relativ wenige Ausschreitungen von PKK-Anhängern festgestellt wurden, so hat sich offenkundig die unverändert konsequente Durchsetzung des Betätigungsverbot gegenüber der PKK in den letzten Jahren positiv ausgewirkt.

Zur Sicherheitsbedrohung durch die PKK ist anzumerken: Die Europaführer betonten im Berichtszeitraum für Europa eine „gewaltfreie“ Linie und riefen ihre Landsleute hier zur Besonnenheit auf. Eine akute Bedrohungslage durch die PKK ist allerdings gegeben, wenn das Urteil des türkischen Staatssicherheitsgerichts, das den PKK-Führer wegen Hochverrats zum Tode verurteilt hat, auch vollstreckt werden sollte.

Der Verfassungsschutz muss daher diesem Beobachtungsbereich weiterhin große Aufmerksamkeit widmen und seine Vorfeldaufklärung intensiv betreiben.

Rechtsextremismus

Neben dem Ausländerextremismus waren die rechtsextremistischen Bestrebungen ein besonderer Beobachtungsschwerpunkt des niedersächsischen Verfassungsschutzes im Berichtszeitraum.

Am 12. Februar 1998 hat das Niedersächsische Innenministerium aufgrund der Zuarbeit des Landesamtes den Heide-Heim e.V. in Hamburg und den Heideheim e.V. in Buchholz rechtzeitig vor der rechtsextremistischen Hetendorfer Tagungswoche 1998 verboten. Am 16. April 1998 lehnte das Obergericht Lüneburg Anträge der rechtsextremistischen Vereine ab, den Vollzug des Verbotes auszusetzen, weil nach der Überzeugung des Gerichts u.a. eine Wesensverwandtschaft beider Vereine mit dem Nationalsozialismus erkennbar sei.

Die endgültige Entscheidung in der Hauptsache steht zwar noch aus, aber nachdem das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 13. April 1999 mit entsprechender Begründung das von Niedersachsen initiierte Verbot der Wiking-Jugend durch das Bundesinnenministerium bestätigt hat, ist auch hier mit einer bestätigenden Entscheidung zu rechnen.

Ungeachtet dieser Erfolge bei der Bekämpfung des organisierten Neonazismus ist die weitere Entwicklung der neonazistischen Szene in unserem Land beunruhigend. Um die vereinsrechtlichen Möglichkeiten des Staates ins Leere laufen zu lassen, organisiert sie sich in informellen Zusammenschlüssen, so genannten Kameradschaften. Gegenwärtig schätzt der niedersächsische Verfassungsschutz dieses bedrohliche Spektrum, das versucht, neue Anhänger vor allem in der rechtsextremistische Skinheadszene zu rekrutieren, auf rund 20 solcher Kame-

radschaften mit 350 bis 400 „Mitgliedern“. Gleichzeitig bewegen sich Teile der neonazistischen Szene und die NPD mit ihrer Jugendorganisation JN stärker auf einander zu. Dies hat eindeutig zu einer neonazistischen Ausrichtung von NPD und JN geführt. Die Verfassungsschutzbehörden werden die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten.

Ein weiterer Anlass zur Beunruhigung ist:

- die unveränderte Entwicklung in der rechtsextremistischen Skinhead-Musikszene mit ihren besonders aggressiven, fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten,
- die zunehmende Zahl von Skinhead-Konzerten in Deutschland,
- die zunehmende Kommerzialisierung der Skinhead-Subkultur und
- die verstärkte Nutzung des Internets durch rechtsextremistische Skinheads als Kommunikations- und Vertriebsmedium.

Lieder mit menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Texten finden sich auf Tonträgern, an deren Herstellung und Vertrieb die einschlägig bekannten niedersächsischen Neonazisten Thorsten HEISE in Northeim und Jens HESSLER in Lingen maßgeblich beteiligt waren.

Wegen des Verdachts der Verbreitung volksverhetzender, neonazistischer Musik durchsuchte die Polizei am 26. November vergangenen Jahres die Wohn- und Geschäftsräume von Jens HESSLER. Gegen ihn erging Haftbefehl.

Diese erfolgreiche Exekutivmaßnahme war ein weiterer Beleg für die gute Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz in unserem Land. Allerdings sind die deutschen Sicherheitsbehörden allein nicht in der Lage, die Verbreitung solch abstoßen-

der Musikpropaganda zu unterbinden. Hierzu sind Vereinbarungen auf europäischer Ebene erforderlich, um den Herstellern dieser Musik das Handwerk zu legen. Die Innenministerkonferenz hat diese Thematik aufgegriffen und entsprechende Initiativen der Bundesregierung gefordert.

Militanz und Gewaltbereitschaft, wie sie in dieser Musik zum Ausdruck kommen, sind nicht nur bei den Skinheads, sondern auch bei anderen Neonazis vorhanden.

Rechtsterroristische Gruppierungen gibt es allerdings zur Zeit in Deutschland nicht. Zur Bildung solcher Strukturen fehlen diesem gewaltbereiten Potential neben dem Willen, Konzepte eines bewaffneten Kampfes in die Tat umzusetzen, vor allem logistische Voraussetzungen, finanzielle Mittel und ein Unterstützerumfeld, das den Kampf aus dem Untergrund heraus erst ermöglicht.

Die Mehrzahl der Neonazis sieht im Terrorismus kein geeignetes Mittel, das System BRD zu stürzen. Allerdings sind unter ihnen auch Waffenfetischisten. Daher gibt es in der Szene einen relativ hohen Waffenbestand.

Publikationen mit Anleitungen zum terroristischen Handeln, insbesondere zum Bau von Sprengsätzen, die auch über das Internet abrufbar sind, sind unter den militanten Neonazis ebenfalls verbreitet.

Linksextremismus

Bei der Beobachtung linksextremistischer Bestrebungen durch den niedersächsischen Verfassungsschutz stehen die militanten Linksextremisten, die sogenannten Autonomen, im Mittelpunkt. Nach wie vor bilden gewalttätige Linksextremisten ein relevantes

Gefährdungspotential für die innere Sicherheit unseres Landes. Die von ihnen ausgehenden Bestrebungen gegen die EXPO 2000 in Hannover sind Bestandteil ihres Kampfes gegen unser politisches System. Das unterscheidet Linksextremisten eindeutig von dem friedlichen und demokratischen Protest gegen die EXPO 2000, ihre konkrete Ausgestaltung oder ihre Auswirkungen.

Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden rückt die EXPO 2000 zunehmend in das Blickfeld gewalttätiger Linksextremisten.

Militante Expo-Gegner verübten in der Nacht zum 26. Juli 1998 Hakenkralenanschläge auf den Bahnstrecken Hannover–Bremen und Haste–Hannover. Ihre Gewalttaten, die sie selbst als „Anschläge“ bezeichneten, begründeten sie in einer Selbstbezeichnung mit ihrem Kampf gegen die Expo:

„Wir wollen ... die Expo als repräsentatives Festival kapitalistischer Ideologie und imperialistischer Dominanz angreifen.“

(zitiert nach der autonomen Szenepublikation RAZZ, Hannover, Nr. 104, August-September 1998)

Zur Frage der Gewaltanwendung bei der Bekämpfung dieses – wie sie es nennen – „imperialistischen Systems“ gibt es unterschiedliche Aussagen der Autonomen, es überwiegen jedoch eindeutig gewaltbejahende Positionen:

„Wir denken, daß militante Aktionen ein notwendiges Mittel sind, um in diesem Staat grundsätzliche Veränderungen zu erkämpfen. Mehr noch, die Bereitschaft zu militanter Aktion ist Voraussetzung, die eigene Würde zu wahren. Mit militanter Aktion meinen wir aber nicht nur die zerstörende Sabotage, sondern jede Handlung, der eine entschiedenen systemablehnende ... Haltung zugrunde liegt.“

(zitiert nach der Autonomenpublikation INTERIM, Berlin, Nr. 392, 11.10.96, S.6)

Die früher größte Bedrohung der inneren Sicherheit durch die terroristische Rote Armee Fraktion (RAF) besteht nach der Deeskalationsklärung im Jahre 1992 und der Auflösungsklärung im März 1998 nicht mehr.

Ob sich die im so genannten Anti-imperialistischen Widerstand zusammengeschlossenen Personen und Gruppen, für die alte RAF-Konzepte zum bewaffneten Kampf gegen den Staat Bundesrepublik Deutschland Vorbild sind, zu einer Bedrohung der inneren Sicherheit entwickeln können, bedarf der weiteren Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden.

Scientology-Organisation

Die bisherige Beobachtung der Scientology-Organisation (SO), deren Fortsetzung die IMK auf ihrer Sitzung am 19./20. November 1998 beschlossen hatte, hat tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestätigt. Die Schwierigkeit der Aufklärung liegt u.a. in der hierarchischen Struktur der SO und der damit verbundenen Steuerung der deutschen Aktivitäten aus den USA und Dänemark.

Der Verfassungsschutz hat in Niedersachsen bislang rund 400 Personen der SO zuordnen können, davon 200 allein in Hannover. In der Landeshauptstadt wurden im vergangenen Jahr zwischen März und September rund 600 Bürgerinnen und Bürger von SO-Aktivistinnen angesprochen. Dieses ist offenkundig eine Folge der vom SO-Präsidenten Heber JENTZSCH erhobenen Forderung, 1998 Europa zum Expansions-schwerpunkt zu machen.

Spionageabwehr

Obwohl die Spionageabwehr in ihrer Bedeutung seit Wegfall des Ost-West-Konfliktes stark zurückgegangen ist, besteht für eine pauschale Entwarnung kein Anlass. In diesem Bereich haben sich bis heute zwei Schwerpunktbereiche herausgebildet:

- Die Nachrichtendienste der GUS-Länder, insbesondere der Russischen Föderation,
- die Nachrichtendienste der so genannten Krisenländer im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika.

Die Informationsbeschaffung der fremden Nachrichtendienste erfolgt durch den Einsatz von Agenten, durch offene Gesprächsabschöpfung oder die Nutzung offener Informationsquellen. Ergänzend stehen daneben die Funk-, Fernmelde- und elektronische Aufklärung. In ihrer methodischen Vorgehensweise zeigen die russischen Nachrichtendienste wieder in verstärktem Maße Bemühungen, Informationen auch konspirativ zu beschaffen. Dass die russischen Dienste sich dabei nicht scheuen, auf nachrichtendienstliche Verbindungen zurückzugreifen, die noch aus Vorwendezeiten stammen, zeigt der Fall eines deutschen Mit-

arbeiters beim DASA-Flugzeugwerk in Stade. Er hatte von 1983 bis 1995 seinen Arbeitgeber ausgeforscht und die Informationen an das KGB bzw. an dessen russische Nachfolgeorganisation SWR verkauft. Er wurde vom OLG Celle zu einem Jahr und neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind einige Staaten dazu übergegangen, wirtschaftliche Sicherheit als wichtigen Bestandteil ihrer nationalen Sicherheit zu begreifen.

So hat der ehemalige CIA-Direktor James WOOLSEY 1993 bei seiner Ernennung im Senat erklärt: *„Wirtschaftsspionage ist das heißeste Thema der gegenwärtigen Geheimdienstarbeit.“*

Spionage und Spionageabwehr sind deshalb heute nicht mehr nur an ein Feindbild im militärischen Sinne gebunden. Ungeachtet zunehmender wirtschaftlicher Globalisierung stellt die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung von technologischem Know-how ein „Gefechtsfeld“ dar, auf dem teilweise auch befreundete Staaten sich als „Gegner“ gegenüberstehen, als Konkurrenten bei der wirtschaftlichen Positionierung.

Überblick in Zahlen

Mitgliederzahlen

Rechtsextremistische Organisationen ¹

Bundesrepublik Deutschland	1997	1998
DVU	15.000	18.000
REP	15.500	15.000
NPD	4.300	6.000
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextrem. Skinheads ²	7.600	8.200
Neonazistische Gruppierungen	2.400	2.400
Sonstige Gruppierungen ³	4.300	4.500
Summe	49.100	54.100
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	48.400	53.600

Niedersachsen	1997	1998
DVU	1.800	1.600
REP ⁴	550	700
NPD	360	400
DLVH	20	20
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextrem. Skinheads	600	1.000
Neonazistische Gruppierungen	380	430
Sonstige Gruppierungen	80	80
Summe ⁵	3.790	4.230

¹ Einschließlich Nebenorganisationen.

² Bei rechtsextremistischen Skinheads wird eine generelle Gewaltbereitschaft unterstellt. Der Oberbegriff „gewaltbereit“ umfasst sowohl „gewaltbejahende/gewaltgeneigte“ (grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an gewalttätigen Aktionen), als auch „gewaltbereite“ (konkrete Bereitschaft) und „gewalttätige“ (bereits in Erscheinung getreten) Personen.

³ Einschließlich Mitglieder der DLVH (1997: 800/1998: 500), früher gesonderte Ausweisung.

⁴ 1998: Eigenangaben.

⁵ Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland	1997	1998
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁶	27.800	28.400
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre ⁷	7.000	7.000
Summe	34.800	35.400
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	34.100	34.700

Niedersachsen	1997	1998
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	545	490
Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	620	670
Summe	1.165	1.160

Ausländerextremistische Organisationen⁸

Bundesrepublik Deutschland	1997	1998
Islamistisch-extremistische Gruppen	30.800	31.290
Extrem-nationalistische Gruppen	8.000	8.450
Linksextremistische Gruppen	19.400	19.360
Summe	58.200	59.100

Niedersachsen	1997	1998
Islamistisch-extremistische Gruppen	2.850	2.990
Extrem-nationalistische Gruppen	450	450
Linksextremistische Gruppen	2.170	2.160
Summe	5.470	5.600

⁶ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

⁷ Das Mobilisierungspotential der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

⁸ Einschließlich verbotener Organisationen (PKK, Devrimci Sol).

Gewalt- und Straftaten (Staatschutzkriminalität)

Straftaten im Bundesgebiet⁹

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	1997	1998
Tötungsdelikte	–	–
Versuchte Tötungsdelikte	13	16
Körperverletzungen	677	595
Brandstiftungen	37	39
Sprengstoffanschläge	2	3
Landfriedensbrüche	61	55
Gewalttaten insgesamt	790	708
Sachbeschädigungen	301	516
Nötigungen/Bedrohungen	371	276
Verbreiten von Propagandamitteln/ Verwenden v. Kennzeich.	7.888	6.958
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.369	1.950
Sonstige Straftaten insgesamt	10.929	10.341
Straftaten insgesamt	11.719	11.049

Davon Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund	1997	1998
Tötungsdelikte	–	–
Versuchte Tötungsdelikte	8	10
Körperverletzungen	406	384
Brandstiftungen	25	23
Sprengstoffanschläge	1	–
Landfriedensbrüche	22	18
Gewalttaten insgesamt	462	435

⁹ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) nach dem Stand: 31. 01. 1999. Die Übersicht enthält ausgeführte und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur der Landfriedensbruch als eine Straftat in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt. Da die Statistiken des BKA und des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA) auf unterschiedlichen Erhebungsmodalitäten beruhen (Gewaltbegriff und Aufgliederung in Einzel- und Hauptdelikte) sind beide Statistiken in sich stimmig, aber nur bedingt miteinander vergleichbar.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund	1997	1998
Tötungsdelikte	-	-
Versuchte Tötungsdelikte	-	4
Körperverletzungen	165	227
Brandstiftungen	77	47
Sprengstoffanschläge	1	1
Landfriedensbrüche	299	289
Gefährl. Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	154	58
Widerstandsdelikte	137	157
Gewalttaten insgesamt	833	783
Sachbeschädigungen	1.090	1.166
Nötigungen/Bedrohungen	93	111
Andere Straftaten	1.063	1.141
Sonstige Straftaten insgesamt	2.246	2.418
Straftaten insgesamt	3.079	3.201

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund	1997	1998
Tötungsdelikte	-	-
Versuchte Tötungsdelikte	2	1
Körperverletzungen	98	66
Brandstiftungen	18	5
Sprengstoffanschläge	1	2
Landfriedensbrüche	7	36
Freiheitsberaubungen	17	9
Raub/Erpressungen	162	134
Gewalttaten insgesamt	314	258
Sachbeschädigungen	166	141
Nötigungen/Bedrohungen	99	125
Andere Straftaten, sonstige Gesetzesverletzungen ¹⁰	1.029	2.098
Sonstige Straftaten insgesamt	1.294	2.098
Straftaten insgesamt	1.608	2.356

¹⁰ Überwiegend Verstöße gegen Verbote nach dem Vereinsgesetz, zum größten Teil begangen von Anhängern linksextremistischer kurdischer und türkischer Gruppierungen.

Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

- in den Ländern -	1997	1998
Brandenburg	97	59
Berlin	66	81
Baden-Württemberg	61	51
Bayern	39	40
Bremen	5	2
Hessen	17	15
Hamburg	18	19
Mecklenburg-Vorpommern	68	53
Niedersachsen	59	42
Nordrhein-Westfalen	119	77
Rheinland-Pfalz	18	16
Schleswig-Holstein	24	36
Saarland	5	3
Sachsen	86	89
Sachsen-Anhalt	66	89
Thüringen	42	36
Gesamt	790	708

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund

- in den Ländern -	1997	1998
Brandenburg	49	8
Berlin	357	273
Baden-Württemberg	28	58
Bayern	19	34
Bremen	9	10
Hessen	24	19
Hamburg	19	30
Mecklenburg-Vorpommern	0	24
Niedersachsen	191	79
Nordrhein-Westfalen	34	81
Rheinland-Pfalz	9	1
Schleswig-Holstein	15	59
Saarland	7	4
Sachsen	15	47
Sachsen-Anhalt	38	40
Thüringen	19	16
Gesamt	833	783

Gewalttaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

- in den Ländern -	1997	1998
Brandenburg	3	0
Berlin	27	64
Baden-Württemberg	66	39
Bayern	16	8
Bremen	14	5
Hessen	26	13
Hamburg	13	25
Mecklenburg-Vorpommern	3	1
Niedersachsen	41	36
Nordrhein-Westfalen	71	42
Rheinland-Pfalz	5	1
Schleswig-Holstein	2	4
Saarland	3	8
Sachsen	11	6
Sachsen-Anhalt	11	6
Thüringen	2	0
Gesamt	314	258

Übersicht

Rechtsextremismus

1998 wurden bundesweit 11.049 Straftaten (1997: 11.719) im rechtsextremistischen Motivfeld erfasst, davon 708 Gewalttaten (1997: 790) sowie 10.341 sonstige Straftaten (1997: 10.929).

Bundesweit sank damit die Zahl der Straftaten insgesamt leicht um 5,7%, die Zahl der Gewalttaten um 10,4 %. Von der Gesamtzahl der Straftaten betrafen 63 % Propagandadelikte (1997: 67 %) wie z.B. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Die erneute (bundesweite) Steigerung in den Bereichen Brand- und Sprengstoffanschläge von 39 auf 42 zeigt, dass bei diesen Gewaltdelikten nicht von einer Entwarnung ausgegangen werden kann.

In Niedersachsen wurden 1998 insgesamt 1.014 fremdenfeindliche, antisemitische bzw. i.e.S. rechtsextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) erfasst. Gegenüber 1997 mit 1.078 Delikten bedeutet dies einen Rückgang um 5,9 %. Gleichzeitig sank die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten erheblich von 59 auf 42 (- 28,8 %).

Linksextremismus

1998 wurden bundesweit 3.201 Straftaten (1997: 3.079) im linksextremistischen Motivfeld erfasst, davon 783 Gewalttaten (1997: 833).

Bundesweit stieg damit die Zahl der Straftaten insgesamt noch um 3,9 %, während die Zahl der Gewalttaten um 6,0 % sank. Die Zahl militanter Aktionen gegen Rechtsextremisten und

sonstige „Rechte“ hat sich mit 261 (1997: 130) verdoppelt.

In Niedersachsen wurden 1998 insgesamt 253 linksextremistisch motivierte Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) registriert. Gegenüber 1997 mit 282 Delikten sank die Zahl um 10,3 %. Gleichzeitig reduzierte sich die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten erheblich von 191 auf 79 (- 58,6 %).

Ausländerextremismus

1998 wurden bundesweit 2.356 Straftaten (1997: 1.608) im Motivfeld mit ausländerextremistischem Hintergrund erfasst, davon 258 Gewalttaten (1997: 314). Bundesweit stieg damit die Zahl der Straftaten erheblich um 46,5 %, die Zahl der Gewalttaten sank deutlich um 17,8 %.

In Niedersachsen wurden 1998 insgesamt 278 Staatsschutzdelikte (einschließlich Ordnungswidrigkeiten) im ausländerextremistischen Motivfeld registriert. Gegenüber 1997 mit 537 Delikten sank die Gesamtzahl erheblich um 48,2 %. Die Zahl der erfassten Gewalttaten betrug in diesem Motivfeld 1998: 36 (1997: 41) und sank also um 12,2 %.

Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen für 1998¹¹
Politisch motivierte Gewaltdelikte – Motivfelder –

Gewaltdelikt (§§ des StGB)	Ausländer- extremismus		Links- extremismus		Rechts- extremismus i. e. S.		Fremden- feindlichkeit		Anti- semitismus		Unbekannt/ Sonstige		Gesamt	
	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998
Tötungsdelikte (Vollendete) §§ 211–222													0	0
Tötungsdelikte (Versuche) §§ 211–222	1		1	1		2							2	3
Körperverletzungen §§ 223–233	13	13	29	36	34	27	19	33	1	3	47	25	143	137
Brand- und Sprengstoffdelikte §§ 306–311	3	2	11	6	2	1	4	1			3	1	23	11
Landfriedensbrüche §§ 125/125a	1	5	19	20	1	1		3			47	4	68	33
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Straßenverkehr §§ 315–315c	1		18	18	2	1	1				48	1	70	20
Straftaten gg. die persönliche Freiheit §§ 234 ff (ohne Nötigung und Bedrohung)	5	8				1					2		8	8
Nötigung/Bedrohung §§ 240 und 241	20	18	14	21	27	15	28	27	10	3	66	21	165	105
Raub und Erpressung §§ 249–255	17	17		1	3	1	2	1			4	1	26	21
Gesamt	61	63	92	103	70	48	54	65	11	6	217	53	505	338

¹¹ Die Daten zur Staatsschutzkriminalität in Niedersachsen stützen sich auf den Bericht des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA) zur „Polizeilichen Kriminalstatistik – Staatsschutzkriminalität Niedersachsen 1998“. Da die Statistiken des BKA und des LKA auf unterschiedlichen Erhebungsmodalitäten beruhen (Gewaltbegriff und Aufgliederung in Einzel- und Hauptdelikte) sind beide Statistiken in sich stimmig, aber nur bedingt miteinander vergleichbar. Antisemitische und fremdenfeindlich definierte Delikte werden nicht unter rechtsextremistische Delikte im engeren Sinne subsumiert, obwohl von einer bedeutsamen Schnittmenge gebündelter Motive auszugehen ist. In der Spalte „Unbekannte/Sonstige“ sind Delikte erfasst, bei denen eine extremistische Motivation vermutet wird, ohne dass eine weitere Zuordnung erfolgen kann.

Rechtsextremismus

Einführung

Der Begriff des politischen Extremismus lässt sich am einfachsten aus einer Negativdefinition, gleichsam als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat bestimmen. Dem Extremismus zuzuordnen sind politische Bestrebungen in demokratischen Verfassungsstaaten, die sich gegen dessen fundamentale Prinzipien richten. Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies die vom Bundesverfassungsgericht 1952 in seiner Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festgelegten fundamentalen Werte und Normen (Grund- und Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte sowie das Mehrparteienprinzip mit dem Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition). Der Begriff des politischen Extremismus ist nicht zuletzt auch ein Arbeitsbegriff der Verfassungsschutzbehörden, mit dem die in § 3 Abs. 1 Bundesverfassungsschutzgesetz sowie im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz genannten Bestrebungen zusammengefasst werden. In § 4 Abs. 3 wird dieser Arbeitsbegriff für die Verfassungsschutzbehörden – in Anlehnung an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei – definiert (Legaldefinition). In einer (sozialwissenschaftlichen) Positivdefinition des Extremismusbegriffs können folgende Strukturmerkmale extremistischer Auffassungen genannt werden: Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus, Freund-Feind-Stereotype, Ver-

schwörungstheorien, Autoritarismus, antipluralistisches Politikverständnis, Fanatismus.

Zur Grobunterscheidung der extremistischen Strömungen dienen die Termini „rechts“ und „links“. Rechts- und Linksextremismus differieren in ihrem Verhältnis zu den Werten der Aufklärung, insbesondere hinsichtlich der Bedeutung des Gleichheitsprinzips. Während Linksextremisten, die ideengeschichtlich der Tradition der Aufklärung zugerechnet werden und sich sogar als deren Vollender wännen, die Individualrechte tendenziell hinter das Gleichheitsprinzip zurücktreten lassen, ist für rechtsextremistisches Denken eine in einer antiaufklärerischen Tradition wurzelnde Ideologie der Ungleichheit grundlegend. Verkürzt gesagt: Linksextremisten bekämpfen die verfassungsmäßige Ordnung, weil sie die Werte, auf die sie sich verpflichtet hat, angeblich systembedingt nicht realisieren kann. Rechtsextremisten lehnen bereits die normative Grundlage des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland ab. Diese unterschiedliche Frontstellung erklärt, warum linksextremistische Zusammenschlüsse, etwa die autonomen Antifas, staatliche Abwehrmaßnahmen im Zusammenhang mit dem politischen Extremismus diffamieren, während sie ihre eigenen Aktionen gegen Rechtsextremisten in besonderer Weise für moralisch legitimiert halten.

Rechtsextremistisch sind Bestrebungen, die die Ausgrenzung ethnischer¹² Minderheiten (Fremdenfeindlichkeit bis hin zum offenen Rassismus und

¹² Ethnie bezeichnet (in der Völkerkunde) eine kulturell einheitliche Volksgruppe.

Antisemitismus) oder sozialer Randgruppen zum Ziel haben bzw. die aus realen oder nur behaupteten biologischen Unterschieden Aussagen über die Wertigkeit von Menschen, soziale Rangordnungen und politische Herrschaftsansprüche ableiten (Biologismus). Solche ideologischen Ausgrenzungsstrategien korrespondieren mit einer Überhöhung von Volk, Nation (Nationalismus) und Staat.

Eine Hauptströmung des Rechtsextremismus betrachtet das Volk als eine homogene Einheit, als eine Unterschiede negierende völkische Gemeinschaft, in der die Einzelperson unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrzunehmen hat. Als Bezeichnung für diesen antipluralistischen ideologischen Ansatz hat sich der Begriff „völkischer Kollektivismus“ eingebürgert. Der Staat, den Rechtsextremisten im Gegensatz zu den undogmatischen Linksextremisten immer in einer starken Rolle sehen, ist Exekutivorgan eines objektiven Interesses der Volksgemeinschaft bzw. der Nation, das gegebenenfalls auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden muss. Kennzeichnend für den Rechtsextremismus ist weiterhin der Militarismus, der militärische Prinzipien, Einstellungen und Verhaltensformen auf die Gesellschaft allgemein überträgt und verabsolutiert.

Von besonderer Bedeutung für den Rechtsextremismus in Deutschland ist der historische Nationalsozialismus. Politische Bestrebungen der Gegenwart, die sich explizit auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem und seine grundlegenden Elemente – Führerstaat, Antisemitismus, Rassismus, Militarismus – berufen, werden als neo-nationalsozialistisch, d.h. neonazistisch bezeichnet. Der Gruppe der Neonazis im weiteren Sinne zuzurechnen sind die so genannten Revisio-

nisten, die durch Leugnung oder Relativierung der deutschen Kriegsschuld bzw. der Massenvernichtung von Juden den Nationalsozialismus zu rehabilitieren versuchen.

Falsch wäre es, Neonazismus und Rechtsextremismus einfach gleichzusetzen. Einige rechtsextremistische Gruppierungen distanzieren sich sogar ausdrücklich vom Nationalsozialismus. Nicht jeder Rechtsextremist ist also ein Neonazi, aber jeder Neonazi ein Rechtsextremist. Wenn die Begriffe Rechtsextremismus und Neonazismus bzw. Neofaschismus¹³ dennoch häufig fälschlicherweise als Synonyme verwendet werden, so ist dies auf ihre gemeinsamen Wurzeln in einer antiaufklärerischen Tradition zurückzuführen. Die Ideologen des Nationalsozialismus erfanden dessen Grundprinzipien nicht neu, sondern griffen bereits vorhandene antidemokratische Denkströmungen auf, um sie zu einer „neuen“ Herrschaftsideologie zusammenzuführen. Neonazismus und Neofaschismus waren überdies in den Ländern des ehemaligen Ostblocks ideologisch aufgeladene Termini, mit denen suggeriert werden sollte, dass rechts-

¹³ Faschismus im engeren Sinne bezeichnet den italienischen Faschismus, eine von Benito Mussolini in Italien zu Beginn der 20-er Jahre begründete politische Bewegung mit den charakteristischen Elementen: charismatisches Führertum, Politisierung der Massen, aggressiver Nationalismus und Imperialismus. Demzufolge werden Organisationen, die sich in die Tradition des historischen italienischen Faschismus stellen, als neofaschistisch bezeichnet. Im Zuge einer Ausweitung des Faschismusbegriffes, insbesondere durch Linksextremisten, ist der Begriff zu einem politischen Kampfbegriff geworden. Dabei wird der als bürgerliche Demokratie bezeichnete freiheitliche Rechtsstaat als „faschistoid“ diskreditiert.

extremistische Erscheinungen nur unter kapitalistischen Bedingungen entstehen können. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, war das Phänomen des Rechtsextremismus jedoch auch in den ehemaligen Ostblock-Ländern, insbesondere in der DDR, nicht unbekannt.

Auf der Ebene konkreten Handelns lassen sich rechtsextremistische Organisationen mit originär politischer Ausrichtung, also für Parlamente kandidierende Parteien, von Zusammenschlüssen im gesellschaftlichen und vopolitischen Raum unterscheiden. Während Parteien ihre rechtsextremistischen Bestrebungen kaschieren, indem sie sich in ihren Programmen zum Grundgesetz bekennen, durch ihre Aktivitäten aber ihre Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung dokumentieren, bringen nicht parteimäßig organisierte Rechtsextremisten ihre Systemgegnerschaft teilweise offen zum Ausdruck. Die Organisationen der zweiten Kategorie können unterteilt werden in aktionsorientierte Gruppierungen – Kameradschaften, Skinhead-Gruppen – und in Zusammenschlüsse, die sich auf ideologische Aktivitäten konzentrieren, z.B. Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) oder die bis 1997 die „Hetendorfer Tagungswochen“ veranstaltenden Vereine. Zwischen den verschiedenen Kategorien gibt es keine strikte Trennung, vielmehr bestehen vielfältige Wechselbeziehungen und Doppelmitgliedschaften.

Rechtsextremistische Parteien

Zur Kategorie der rechtsextremistischen Parteien gehören die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Die Republikaner (REP), die Deutsche Volksunion (DVU) und die 1997 neugegründete Organisation Ab jetzt – Bündnis für Deutschland, deren weiterer Bestand allerdings fraglich erscheint. Die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) hat ihren Parteienstatus bereits 1996 aufgegeben.

Die DVU erzielte bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 26. April mit 12,9 % der Zweitstimmen ein hohes Wahlergebnis. Entgegen dem Bundestrend verlor der niedersächsische Landesverband gleichzeitig 1998 (1.600) gegenüber 1997 (1.800) 200 Mitglieder und zeigte kaum Aktivitäten. Das niedersächsische Bundestagswahlergebnis der DVU lag mit 0,6 % der Zweitstimmen unter dem Bundesergebnis von 1,2 %. Die REP traten als einzige rechtsextremistische Partei zu den niedersächsischen Landtagswahlen am 1. März an. Sie befinden sich gegenwärtig in einer organisatorischen und finanziellen Krise. Die NPD verzeichnete – insbesondere in den neuen Bundesländern – Mitgliederzuwächse von 4.300 auf 6.000. Die Mitgliederentwicklung hat sich bisher nicht in Wahlerfolgen niedergeschlagen. Der insgesamt schlechte Zustand des niedersächsischen Landesverbands dokumentiert sich in dem Verzicht auf die Teilnahme an den Landtagswahlen. Durch die Einbindung von neonazistischen Zusammenschlüssen über ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) baute die NPD ihren Einfluss im rechtsextremistischen Bereich aus.

REP, DVU und NPD betonen in ihrer Programmatik zunehmend sozial- und wirtschaftspolitische Themen. Im

Gegensatz zu REP und DVU, die weiterhin traditionell rechtsextremistische Positionen vertreten, dominiert bei der NPD ein eher nationalrevolutionärer Ansatz in Form einer Synthese von Nationalismus und Sozialismus. Während die REP vordergründig um ein modernes rechtsextremistisches Erscheinungsbild bemüht sind und sich in ihren politischen Aktivitäten auf die Teilnahme an Wahlen konzentrieren, versteht sich die NPD als „nationale und sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung“. Den Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit sieht die NPD in der „nationalen außerparlamentarischen Opposition“.

Von allen rechtsextremistischen Parteien werden die gleichen Themenfelder – Ausländer- und Asylpolitik, Kriminalität, Arbeitslosigkeit und soziale Frage, europäischer Integrationsprozess – aufgegriffen. Ideologische Übereinstimmungen kommen insbesondere zum Ausdruck in der Agitation dieser Parteien gegen die geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und in ihrem Protest gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“. Im Gegensatz zu den REP und der DVU agierte die NPD weniger als Wahlpartei, sondern mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Demonstrationen. Trotz der programmatischen Übereinstimmungen gehen von der NPD wegen ihrer zunehmenden Radikalisierung keine Bündnisbestrebungen aus. Am 17. November trafen sich der REP- und der DVU-Bundesvorsitzende und verständigten sich, jeweils bei den Landtagswahlen in Hessen und Bremen 1999 „eine unnötige Konkurrenz zwischen Republikanern und DVU zu vermeiden“.

Neonazis und rechtsextremistische Skinheads

Auffälligste Erscheinungen im gesellschaftlichen bzw. im vorpolitischen Raum sind die rechtsextremistischen Skinhead-Szene und die neonazistischen Zusammenschlüsse, die mit ihren Aktivitäten das Bild der Öffentlichkeit vom Rechtsextremismus wesentlich prägen. Rechtsextremistische Skinheads verfügen zwar in der Regel nicht über ein geschlossenes Weltbild, aber die sie kennzeichnende aggressive Fremdenfeindlichkeit und ihre diffuse Orientierung an Ideologieelementen des Nationalsozialismus – Rassismus, Nationalismus – weisen sie als prinzipiell rechtsextremistisch aus. Skinhead-Konzerte und CDs mit Skinhead-Musik transportieren nationalistische und rassistische Botschaften und bieten jungen, häufig sozial desintegrierten Personen einen Einstieg in die rechtsextremistische Szene.

Für die so genannten autonomen Kameradschaften stellt die Skinhead-Szene ein Rekrutierungsfeld dar. Mit der Bildung autonomer Kameradschaften reagierten Neonazis auf staatliche Verbotsmaßnahmen gegen neonazistische Organisationen. Das Netz autonomer Kameradschaften ist in Niedersachsen auch 1998 ausgebaut worden und die Zahl ihrer Mitglieder gestiegen.

Geschichtsrevisionismus

Rechtsextremisten, die die deutsche Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges und insbesondere die Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Herrschaftsregime leugnen, ungeschehen machen wollen oder relativieren, bezeichnen sich als „Revisionisten“. Träger revisionistischen Gedankenguts waren in erster Linie Alt- und Neonazis. Inzwischen sind revisionistische Bestrebungen zu einem den deutschen sowie den internationalen Rechtsextremismus verbindenden Kampagnenthema geworden, das die Funktion einer inhaltlichen Klammer für verschiedenartige rechtsextremistische Strömungen besitzt.

Organisationen mit primär revisionistischer Ausrichtung sind z.B. Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF), die Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) und der Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL. Im publizistischen Bereich hat der Grabert-Verlag mit Sitz in Tübingen eine besondere Bedeutung für den Revisionismus. Die Hetendorfer Tagungswochen machten die Bindegliedfunktion des Revisionismus für den rechtsextremistischen Bereich deutlich. An den ersten Tagungswochen war mit der GFP eine revisionistische Organisation maßgeblich an der Gestaltung des Tagungsprogramms beteiligt; auch später traten immer wieder Referenten mit revisionistischen Themen in Erscheinung, so z.B. Wolfgang JUCHEM, Leiter der von ihm gegründeten revisionistischen Gruppierung Aktion Freies Deutschland (AFD).

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus umfasst von der Leugnung der Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs über relativierende Vergleiche zwischen den

NS-Verbrechen und dem Vorgehen der Alliierten und der Hervorhebung angeblicher Leistungen des Dritten Reiches bis zur Leugnung der Massenvernichtung von Juden in den Gaskammern der Konzentrationslager („Auschwitz-Lüge“) alles, das geeignet ist, das NS-Regime und seine Taten zu rehabilitieren.

Von zentraler Bedeutung für revisionistische Kampagnen der Gegenwart ist der „Leuchter-Report“, ein „Gutachten“, das der amerikanische Ingenieur Fred A. LEUCHTER im Auftrage des französischen Revisionisten FAURISSON zugunsten von Ernst ZÜNDEL, der in Kanada wegen der Leugnung des Holocausts angeklagt war, verfasste. LEUCHTER bestreitet, angeblich auf wissenschaftlicher Grundlage, dass die Gaskammern in Auschwitz zur Vernichtung von Juden eingesetzt wurden. Die Begründung LEUCHTERS hielt einer wissenschaftlichen Überprüfung jedoch nicht stand¹⁴. Dies gilt auch für das pseudowissenschaftliche „Rudolf-Gutachten“, das Gernar SCHEERER, geb. RUDOLF, ein ehemaliger Angestellter des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung, für den angeklagten Revisionisten Otto Ernst REMER verfasst hat.

Der im belgischen Antwerpen ansässige 1985 gegründete Verlag Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.) spielt bei der europaweiten Verbreitung der

¹⁴ Zu den Falschbehauptungen der beiden Gutachten vgl. Markus Tiedemann: „In Auschwitz wurde niemand vergast“. 60 radikale Lügen und wie man sie widerlegt, Mülheim 1996, S. 136 ff.

den Holocaust¹⁵ leugnenden Literatur eine zentrale Rolle. Ende 1998 verschickte die V.H.O. an Abonnenten ihrer revisionistischen Zeitschrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“, die seit dem Frühjahr auch im Internet¹⁶ abrufbar ist, das Buch „KL Majdanek, eine historische und technische Studie“ von Jürgen GRAF und Carlo MATTOGNO. Darin bezeichnen die Autoren das Konzentrationslager zwar als eine Stätte des Leidens, behaupten aber, dass die dort ums Leben gekommenen Häftlinge hauptsächlich durch Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung den Tod gefunden hätten. Für die Existenz von Gaskammern und die Durchführung von Massenerschießungen gäbe es nicht die Spur eines Beweises.

Die von der V.H.O. verbreitete Broschüre „Eine deutsche Antwort auf die Goldhagen- und Spielberg-Lügen“ wurde auf Beschluss des Amtsgerichts Starnberg vom 3. September eingezogen. Hierzu führte das Gericht u.a. aus:

„Das Druckwerk enthält Ausführungen, in denen durchgehend der Holocaust in deutschen Konzentrationslagern verharmlost und gelegnet wird. Unter Verdrehung historischer Tatsachen und mit Zuhilfenahme pseudo-wissenschaftlicher Darstellungen wird dabei versucht, die massenhafte Tötung von Juden und Zigeunern in Auschwitz als unmöglich darzustellen. ...“

Am 2. Dezember indizierte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die von der V.H.O. vertriebene zweibändige Publikation „Die Auschwitz-Lüge im Bild“.

Rechtsextremistische revisionistische Bestrebungen sind nicht auf Deutschland begrenzt. Auch in den USA hat sich eine revisionistische Szene verfestigt. Anzuführen ist hier insbesondere das Institute for Historical Review, das

die Zeitschrift The Journal of Historical Review herausgibt, revisionistische Literatur publiziert und internationale Kongresse veranstaltet. Von Bedeutung für die revisionistische Diskussion sind ferner die französischen Autoren Paul RASSINIER und Robert FAURISON.

¹⁵ Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“). Das Wort stammt (wie der offizielle Begriff des Staates Israel für die europäische Judenvernichtung *shoa* = Katastrophe, Unheil) ursprünglich aus dem Alten Testament. Es bezeichnet „was ganz im Rauch aufsteigt“. Luther übersetzte den Begriff mit Brandopfer, die englische Bibelübersetzung mit *holocaust*. Die deutschen Herausgeber der „Enzyklopädie des Holocaust“ haben das Wort Holocaust mit großen Bedenken in ihrem Titel beibehalten, weil kein kennzeichnenderer Begriff im Deutschen verfügbar sei und der Untertitel „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden“ den begrifflichen Gegenstand genau umschreibt.

¹⁶ Internet (Netz der Netze) ist ein dezentraler, weltweiter Netz- und Rechnerverbund ohne zentrale Verwaltung oder Hierarchie mit schätzungsweise 100 Millionen Teilnehmern.

Nutzung moderner Kommunikationsmedien

Internet

Die Nutzung moderner Kommunikationsmedien ist unverzichtbarer Bestandteil rechtsextremistischer Bestrebungen geworden. Rechtsextremisten sehen darin einen Ausgleich für ihre strukturellen Schwächen. Vor allem bündnisorientierte Rechtsextremisten hoffen, durch den Einsatz dieser Kommunikationsmittel die organisatorische Aufgliederung in der rechtsextremistischen Szene ausgleichen zu können.

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT bezeichnete auf einer Pressekonferenz am 27. März 1996 in München die Intensivierung der elektronischen Vernetzung und die verstärkte Nutzung des Kommunikationssystems Internet als ein organisatorisches Hauptanliegen der Partei, um es als Sprachrohr und Instrument zur Vereinheitlichung von Parteiaussagen der NPD zu nutzen.

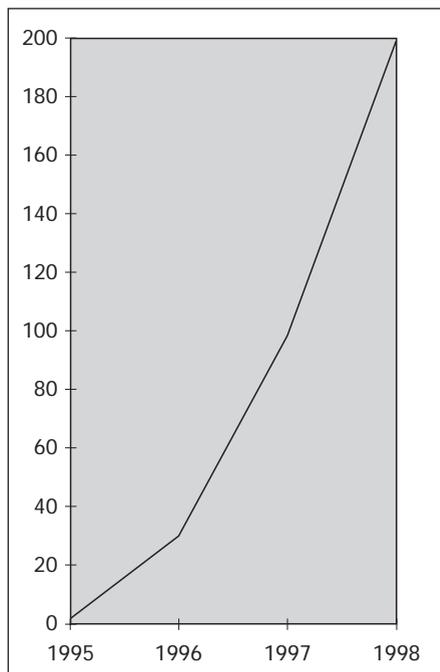
Die rechtsextremistische Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) erklärte, das Internet als Waffe gegen „Gleichschaltung, Geschichtsfälschung und Ausgrenzung“ einzusetzen.

Auch in der neonazistischen Szene hat der Einsatz moderner Kommunikationsmittel besondere Bedeutung. Aufgrund der staatlichen Maßnahmen gegen neonazistische Aktivitäten, insbesondere der Vereinsverbote, versuchen Neonazis, neue Aktionsformen zu finden. Ihr Zusammenhalt und die Koordination bundesweiter Aktionen werden auch durch eine „informativne Vernetzung“, also die Nutzung moderner Kommunikationssysteme, gewährleistet.

Rechtsextremistische Aktivisten haben ihre Präsenz in allen Bereichen

des Internet stark ausgebaut: Inzwischen betreiben deutsche Rechtsextremisten im World Wide Web über 200 Homepages¹⁷. Die quantitative Aufwärtsentwicklung entspricht dabei der kontinuierlich attraktiveren Gestaltung der Homepages. Auf diese Weise ermöglicht das – im Vergleich zu den herkömmlichen Printmedien relativ kostengünstige – Medium, über das eigene Lager hinaus einen großen Adressatenkreis anzusprechen. Zugleich wird den Interessenten über „Links“ (automatisierte Verknüpfungen) Zugang nahezu zum gesamten Spektrum rechtsextremistischer Publikationen im Internet eröffnet.

Rechtsextremismus Online



¹⁷ Homepage ist die Nachrichtenseite/Nachrichtenbrett von Informationsanbietern (Privatleute, Firmen, Behörden, Organisationen etc.) des Internet-Bereiches World-Wide-Web. Die Homepages werden unter sog. Domains (Namensadressen) von Informationsanbietern betrieben.

Deutsche Rechtsextremisten nutzen seit Mitte 1997 verstärkt das Internet, wobei insbesondere der World Wide Web-Bereich (WWW) aufgrund der gestalterischen Möglichkeiten im Mittelpunkt steht. Während deutsche Rechtsextremisten 1995 erst zwei Homepages im Internet eingerichtet hatten, waren es im Dezember 1998 bereits 200.

Eine Vielzahl rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse ist mittlerweile mit eigenen Inhalten im Internet präsent. Die rechtsextremistischen Parteien sind sogar bis auf Orts- und Kreisverbandsebene vertreten. Inhaltliche Schwerpunkte in den Homepages bilden einschlägige Literatur, Propagandamaterialien aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen, deren Postanschriften und Telefonnummern sowie Verzeichnisse weiterer Internet-Inhalte mit rechtsextremistischen Bezügen. So genannte „Links“ bieten dem Internet-Nutzer automatisierte Verbindungen zu einer Vielzahl sonstiger rechtsextremistischer Homepages.

Kommerzielle deutsche Provider¹⁸ haben bereits wiederholt Homepages gesperrt, die rechtsextremistische Inhalte aufwiesen. Rechtsextremistische Parteien, wie NPD und REP, treten selbst als Provider in Erscheinung und umgehen so die Möglichkeit einer Sperrung. Die NPD bietet Interessierten die Möglichkeit, über sie ins Internet einzusteigen.

Die von deutschen Rechtsextremisten im Internet eingestellten Inhalte werden in der Regel so formuliert, dass die rechtsextremistische Grundeinstellung erkennbar bleibt, jedoch keine Angriffsfläche für eine strafrechtliche Verfolgung geboten wird. Rechtsextremisten, die strafbare Inhalte verbreiten, nutzen dagegen vermehrt ausländische Provider.

Mailboxen

Die Homepage des gleichnamigen Mailboxverbundes Thule-Netz bietet seit dem 21. Dezember eine „Thule-Chat-Diskussion unter Nationalisten“ an. Unter Pseudonym sollen die Teilnehmer dort online über ideologische und strategische Fragen diskutieren. Im Gegensatz zu den „klassischen“ Chat Rooms, die über den Internet-Dienst Internet Relay Chat (IRC) abgewickelt werden, ist der Thule-Chat-Bereich direkt in die Thule-Homepage eingebunden.

Das „Thule-Netz“ selbst fühlt sich den Ideen der Neuen Rechten verbunden. Deren ethnopluralistischer Ansatz ist grundlegend für das Selbstverständnis der Betreiber des Thule-Netzes, wie aus einer Selbstdarstellung im Internet (Stand: 5. Januar 1999) hervorgeht:

„Wir wollen aufzeigen, daß sich eine neue Trennungslinie entwickelt zwischen den Anhängern des Kosmopolitismus und der ethnokulturellen Identität. In unserer Zeit der Entfremdung von kultureller Schöpferkraft und Tradition eines Volkes ist es unerlässlich geworden, die Wurzeln der Identität, der geistigen Selbsterhaltung und Selbstentfaltung der Einzelnen sowie der verschiedenen Lebens- und Kultur-gemeinschaften zu beschreiben, ferner eine Argumentationsbasis für

¹⁸ Provider ist ein kommerzielles Unternehmen, das i. d. R. gegen Gebühr den Zugang zum Internet und ggf. auch Rechnerkapazitäten für Internet-Benutzer und Informationsanbieter bereitstellt.

eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Geist der Entmündigung, Auflösung und Zerstörung herzustellen.“

Nach einem Bericht des seit Frühjahr 1993 bestehenden rechtsextremistischen Thule-Netzes haben sich die beiden ehemaligen User „Koile“ und „Wutzeman“ an der Gründung eines weiteren Mailbox-Verbundes – neben Nordland-Netz und Thule-Netz – mit der Bezeichnung Thing-Netz beteiligt. Damit hat sich die Anzahl der rechtsextremistischen Mailboxnetze auf drei erhöht. Die Zahl der aktiven Nutzerging erheblich zurück. Während sich 1996 noch 250 Personen beteiligten, sind derzeit nur noch ca. 100 aktiv.

Im Thule-Netz war Ende des Jahres nur noch die „Propaganda.BBS¹⁹“ aktiv. Das dritte Mailboxnetz, das so genannte Nordland-Netz, wurde im März 1997 von den Betreibern der aus dem Thule-Netz ausgeschlossenen Mailboxen „Elias.BBS“ und „Asgard.BBS“ gegründet.

Das Nordland-Netz ist mit einer eigenen Homepage als Unterseite auf der Homepage des „Nationalen Widerstandes“ im Internet vertreten. Die zwischenzeitlich in das „Thule-Netz“ zurückgekehrte „Elias.BBS“ verfügt ebenfalls über eine eigene Homepage im Internet.

Die Aufspaltung in 2 Netze führte zu einem Nutzerrückgang und letztlich zum vorläufigen Scheitern der Mailbox-Strategie. Szenebezogene Mail-

box-Netze, wie das Thule-Netz, bieten zwar die Möglichkeit eines schnellen abgeschotteten Nachrichtenaustausches, erreichen im Vergleich zum Internet aber nur einen begrenzten Nutzerkreis. Sie entfalten kaum Außenwirkung, da potentielle Interessenten außerhalb der Szene nicht direkt erreichbar sind.

Weder das Thule-Netz noch das Nordland-Netz oder das Thing-Netz dürften in der Lage sein, ihre selbstgewählten Ansprüche („Einigung des ‘rechten’ Lagers“ sowie die „organisationsübergreifende Vernetzung autonomer Kameradschaften, Parteien, Gruppen, Einzelpersonen“) mit Hilfe von Mailbox-Netzen umzusetzen.

Nationale Infotelefone (NIT) und sonstige Infotelefone

Bei Infotelefonen handelt es sich um Anrufbeantworter, die von „interessierten Kameraden“ von jedem Telefon aus angewählt werden können und so der schnellen Informationsweitergabe dienen. Darüber hinaus bieten sie die Möglichkeit, Nachrichten zu hinterlassen. Die rechtsextremistischen Betreiber sind sich bewusst, dass der „politische Gegner“, womit sowohl das linksextremistische Spektrum als auch staatliche Stellen gemeint sind, die Informationen mit nur geringem Aufwand abrufen kann. Aus diesem Grunde sind die Betreiber bemüht, die Texte so zu formulieren, dass die rechtsextremistische Grundeinstellung erkennbar bleibt, dass möglichst jedoch kein Anlass zu einer strafrechtlichen Verfolgung geboten wird. Derzeit sind zehn NIT aktiv.

Zudem betreiben die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Partei Die Republikaner (REP) Infotelefone.

¹⁹ Bulletin Board System = Datenablage und -verteilensystem, auf denen Informationen für die Nutzer bereitgehalten und von diesen abgerufen werden können.

Die Ansagetexte der Infotelefone werden in der Regel zweimal wöchentlich aktualisiert. Sie enthalten Hinweise auf rechtsextremistische Veranstaltungen, Termine, Verlage und Publikationen und informieren über aktuelle politische, gesellschaftliche und kulturelle Themen aus rechtsextremistischer Sicht sowie über Aktionen der linksextremistischen Szene.

Die Ansagetexte einzelner NIT können auch über das Internet sowie über die Mailbox-Netze Nordland und Thule abgerufen werden. In Niedersachsen wurden bisher keine rechtsextremistischen Info- bzw. Nationalen Infotelefone eingerichtet. Informationen und Meldungen mit niedersächsischem Bezug werden überwiegend über die in der Regel textidentischen NIT Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bekannt gegeben.

Neonazistische Bestrebungen

Rechtsextremistische Skinheads

Bundesweit sind der Skinhead-Szene einschließlich militanter Neonazis 8.200 (1997: 7.600) Personen zuzurechnen. Das rechtsextremistische Skinheadspektrum wird in Niedersachsen für 1998 mit rund 1.000 beziffert (1997 waren rund 600 Personen bekannt geworden). Der zahlenmäßige Anstieg gegenüber den Vorjahren erklärt sich weniger aus einem realen Zuwachs, sondern aus der intensivierten Aufklärungsarbeit der niedersächsischen Sicherheitsbehörden. Regionale Schwerpunkte von Skinhead-Aktivitäten in Niedersachsen waren die Räume Aurich, Northeim, Goslar, Hildesheim, Buchholz, Wolfsburg, Tostedt, Lüneburg, Lüchow sowie der Landkreis Hannover.

Die in Großbritannien entstandene, Ende der 70-er Jahre erstmals auch im Bundesgebiet in Erscheinung getretene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine jugendliche Subkultur, deren äußeres Erscheinungsbild die massive Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft signalisierte. Innerhalb der deutschen Skinhead-Szene sind unterschiedliche, auch unpolitische Richtungen wie die Oi-Skins bekannt. Eine latente Fremdenfeindlichkeit ist aber insgesamt erkennbar.

Zu den politischen Skinheads zählen insbesondere die „Hammerskins“. Diese aus den USA stammende Richtung ist als ideologische Sammlungsbewegung zu sehen. Hammerskins vertreten ein elitäres, rassistisches und zum Teil nationalsozialistisches Weltbild und verfolgen das Ziel, alle weißen Skinheads in einer Hammerskin-Nation zu vereinigen. Ihr Symbol – zwei

gekreuzte Hämmer – soll Kraft und Stärke der weißen Arbeiterbewegung vermitteln. In der Bundesrepublik traten die Hammerskins erstmals 1991 in Brandenburg in Erscheinung. Die verschiedenen Gruppierungen sind in Sektionen aufgeteilt. Die Niedersachsen und Schleswig-Holstein umfassende Sektion „Hammerskins-Nordmark“ wird von einem Lüneburger Skinhead geleitet. Eine von dieser Sektion für den 20. Juni geplante Veranstaltung im Landkreis Lüneburg, an der Skinheads aus dem gesamten norddeutschen Raum und dem benachbarten Ausland teilnehmen wollten, wurde von der Polizei wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verhindert.

Die so genannten „Blood and Honour“-Skins, denen ebenfalls ein elitäres Selbstverständnis zu Eigen ist, haben ihren Ursprung in England. Ziel dieser Gruppierung ist es, die Skinheadszene über den Musikbereich neonazistisch zu beeinflussen. Blood and Honour-Sektionen existieren bislang nur in einigen Bundesländern. Die einzelnen Sektionen halten Kontakt untereinander und unterstützen sich gegenseitig. Eine führende Rolle fällt hierbei der Berliner Sektion zu. Einige Skinheads in Niedersachsen haben zwar Kontakt zur Blood and Honour-Szene, eine niedersächsische Sektion ist bislang jedoch noch nicht bekannt geworden.

Obwohl Skinheads über kein geschlossenes Weltbild verfügen und an einer argumentativen politischen Auseinandersetzung nicht interessiert sind, offenbaren ihre Aktivitäten eine nationalistische, antisemitische und rassistische Grundprägung. Körperliche Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von Skinheads auf der Straße ausgetragenen „politischen“ Auseinandersetzungen mit tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern. Im Januar kam

es z.B. in Gifhorn zu einer Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene und einem türkischen Staatsangehörigen, bei der der Geschädigte mit einem Baseballschläger geschlagen und mit Handfeuerwaffen bedroht wurde. Während der anschließenden Flucht des Geschädigten wurden zwei Schüsse aus den Waffen abgegeben. Erst nachdem Passanten aufmerksam geworden waren, ließen die Rechtsextremisten von ihrem Opfer ab.

Skin-Bands wie die britischen Gruppen No Remorse (Keine Gnade), Scullhead (Totenkopf) oder die deutschen Bands wie Störkraft, Noie Werte sowie Saccara und Boots Brothers aus Niedersachsen fördern diesen Trend zur Gewalttätigkeit, indem sie auf Konzerten oder auf von ihnen produzierten CDs rechtsextremistische, gewaltverherrlichende Botschaften transportieren. Ihre Liedtexte sind häufig antisemitisch, offen nationalistisch und rassistisch und glorifizieren auch den Nationalsozialismus. Der typische Skinhead wird als „Rassist“ idealisiert, der die Feinde seiner Nation bekämpft und die „nordische Rasse“ vor einer „Vermischung“ mit „fremden Rassen“ verteidigt. Die Musikrichtung dieser Gruppen ist von der punkähnlichen so genannten Oi-Musik zu unterscheiden, die auf politische Texte verzichtet.



CD „Heim ins Reich“ der Skingruppe „Reichssturm“



CD „Northeim“ (Mitschnitt verschiedener Musikveranstaltungen)



CD „12 Doitsche Stimmungshits“ der Skingruppe „Die Zillertaler Türkenjäger“



CD „Unter Führers Befehl“ der Skingruppe „Arisches Blut“

Die Verbreitung der Musik erfolgt zumeist durch den Verkauf von CDs auf Konzerten oder über eigens hierfür geschaffene Vertriebsstrukturen. Der Markt für Skin-Musik ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. Einer der führenden Vertriebe auf dem deutschen Markt ist der von einem deutschen Neonazi geleitete, in Hillerød (Dänemark) ansässige Vertrieb NS 88. Die diesem Vertrieb zugehörige Firma NS Records produzierte zahlreiche Tonträger deutscher Skinhead-Bands mit neonazistischen Texten.

Erfolgreiche Exekutivmaßnahmen

Wegen des Verdachts der Verbreitung volksverhetzender, neonazistischer Musik durchsuchte die Polizei am 26. November die Wohn- und Geschäftsräume von Jens HESSLER (Lingen), einem führenden Vertreter solcher Tonträger, sowie der Mitbeschuldigten Nils J. und Sven F.. In Lingen stellte sie Computeranlagen, Geschäftsunterlagen und rund 50 CDs mit volksverhetzendem Inhalt sicher. Darüber hinaus wurde ein dinglicher Arrest in Höhe der geschätzten, durch den Handel mit strafbaren Tonträgern erzielten Gewinne angeordnet und durch Pfändung u.a. von Autos sofort vollstreckt (rund 180.000 DM). In einem von F. im Auftrag HESSLERs geführten Depot in Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) beschlagnahmte die Polizei über 3.000 CDs, auf die sich Beschlagnahmebeschlüsse wegen Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung oder Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen beziehen. Unter anderem wurden rund 2.000 Exemplare der CD „Heil dem Führer“ der Band Gestapo gefunden. Gegen HESSLER erging am 27. November Haftbefehl.

HESSLER, der seit 1993 als Vertreter rechtsextremistischer Skinhead-Musik bekannt ist, gehört inzwischen zu den aktivsten „Geschäftemachern“ in dieser Branche. Er agiert unter der Bezeichnung Nibelungen-Versand und verfügt auch über eine Homepage im Internet. Unter anderem produzierte er in den letzten beiden Jahren die Tonträger „Heil dem Führer“ und den Sampler²⁰ „Halte durch Kamerad“.

Es gibt Hinweise, dass er auch an der Produktion der CD „12 Deutsche Stimmungshits“ der Band Die Zillertaler Türkenjäger beteiligt gewesen ist. F., der der rechtsextremistischen Szene in Stralsund angehört, unterstützt HESSLER seit über einem Jahr. Nachdem im November 1997 bei ihm und HESSLER rund 1.500 CDs mit strafbaren Inhalten sichergestellt worden waren, sind strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn eingeleitet worden. Bereits am 3. November hatte die Polizei nach Hinweisen der Verfassungsschutzbehörden in mehreren Bundesländern zeitgleich mehr als 70 Objekte von Händlern neonazistischer Skinhead-Musik durchsucht. Neun Durchsuchungen fanden in Niedersachsen statt. Auslöser für diese Aktion war ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Lübeck gegen den in Glinde (Schleswig-Holstein) ansässigen Vertrieb Vincente Directori. Von der Durchsuchungsmaßnahme waren zahlreiche Kunden der Vertriebsfirma betroffen, darunter eine Vielzahl von Kleinverteilern und einige bundesweit aktive Anbieter neonazistischer Skinhead-Musik, wie der Tonträgervertrieb Jens PÜHSE (Neuburg/Bayern), der Ultima Tonträgervertrieb (Halle/Sachsen-Anhalt) und der Wolf Versand (Anna-berg/Sachsen). In Niedersachsen waren lediglich Kleinverteilern von der Durchsuchung betroffen. Bei dem Hauptbeschuldigten aus Schleswig-Holstein wurden 2.000 CDs mit neonazistischer Musik beschlagnahmt. Bei einem Hamburger Neonazi wurden weitere 700 Exemplare gefunden.

Die sichergestellten Beweismittel (Tonträger, Videos, Geschäftsunterlagen) konnten den Verdacht der Verbreitung von Tonträgern mit neonazistischen, volksverhetzenden Liedtexten erhärten.

²⁰ Musikträger, auf dem Titel von verschiedenen Musikern/Sängern zusammengestellt sind.

Fanzines

Als Kommunikationsmittel nutzt die Szene so genannte Fanzines. Der Begriff stammt aus dem Englischen und setzt sich aus den Wörtern „Fan“ und „Magazine“ zusammen. Am Anfang wurden diese Fanzines genutzt, um z.B. Skinheadkonzerte und Veranstaltungen publik zu machen. Mittlerweile werden auch Schriften herausgegeben, welche eine neonazistische Einstellung erkennen lassen. Besonders deutlich wird dies an den von den Autoren gepflegten Feindbildern: Farbige, Juden, Asylbewerber, Ausländer und sog. „Undeutsche“, wie Homosexuelle, sowie geistig und körperlich Behinderte sind die erklärten Gegner. Bundesweit sind ca. 50 Fanzines festgestellt worden. In Niedersachsen erscheinen u.a. die Fanzines Axtschlag (Hildesheim), Moin Moin (Leer), White Unity (Bienenbüttel) und Der Ripper (Braunschweig).

Skinhead-Konzerte

Bundesweit fanden 1998 etwa 140 Skinhead-Musikveranstaltungen statt, zum überwiegenden Teil in den neuen Ländern. Erwähnenswerte Skinheadkonzerte in Niedersachsen waren ein Auftritt der Gruppe 08/15 aus Düsseldorf am 9. Mai in Schwanewede, der von 120 Personen besucht wurde, und ein Konzert am 1. August in Northeim. Dieses Konzert, zu dem ca. 150 Teilnehmer aus dem norddeutschen Raum angereist waren, wurde als Geburtstagsfeier des Veranstalters, des Neonazis und Skinheads Thorsten HEISE kaschiert. Sowohl in Schwanewede als auch in Northeim wurde mit CDs gehandelt.

Ein im Raum Gronau für den 24. bis 26. Juli geplantes dreitägiges Skinhead-Konzert – es wäre das Sechste dieser Art gewesen –, kam aufgrund einer Verbotsvorladung des Landkreises Hildesheim nicht zustande.

Neonazistische Kreise knüpfen zunehmend erfolgreich Kontakte zu Skinheads bei „Szene“-Veranstaltungen und privaten Festen. Die Hälfte der rechtsextremistischen Skinheads in Niedersachsen sind heute rechtsextremistischen Parteien, Organisationen sowie neonazistischen Verbänden zuzurechnen. Andere pflegen zwar enge Verbindungen zum organisierten Bereich, lehnen aber eine Bindung in Form einer Mitgliedschaft und die etwaige Übernahme von Aufgaben grundsätzlich ab. Als Beispiel für die Kontakte zwischen Neonazis und Skinheads gilt Thorsten HEISE. Er ist bundesweit als Northeimer Skinhead und ehemaliger Landesvorsitzender der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) bekannt. Seine Scharnierfunktion für beide Szenen trat am 21. Mai erneut zu Tage. Er hatte zu einer Vätertagswanderung nach Northeim eingeladen, wobei ca. 60 Personen aus beiden Bereichen der Einladung folgten. Ein weiteres Beispiel hierfür war das bereits o.g. Konzert vom 1. August. Auch bei Konzerten treffen Skinheads und Neonazis aufeinander, um Kontakte aufzubauen oder bereits bestehende Freundschaften zu vertiefen.

Neonazistische Kameradschaften

Auf die Verbote neonazistischer Organisationen wie der Wiking-Jugend, der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) oder der Nationalen Offensive (NO), die sich auch auf die Gründung von Nachfolgeorganisationen



**Deutsche Männer und Frauen,
hinaus auf die Straße!**

1. Mai Demonstration

**des Nationalen Widerstandes
in Leipzig**

1. Mai 1998 . Leipzig . Demobeginn: Zur Mittagszeit
Näheres erfährt Ihr kurzfristig über alle Nationalen
Info-Telephone und die bekannten Koordinations-
Funknummern. Achtet auf Rundschreiben und
Aufrufe Freier Strukturen bzw. NPD/JN.

Arbeit für uns Deutsche statt Asyl für alle Welt.

bezogen, reagierten Neonazis mit neuen organisatorischen Konzepten. Der frühere Funktionär der FAP, André GOERTZ, und der ehemalige Bundesvorsitzende der NO, Michael SWIER-CZEK, entwickelten ein auf Vernetzungsstrategien beruhendes Modell. Als kleinste Einheit der „nationalen Bewegung“ agieren ihrer Konzeption zufolge so genannte autonome Kameradschaften, die in der Regel aus 10 bis 15 Personen bestehen und die – um nicht als Nachfolgeorganisationen verbotener Zusammenschlüsse zu erscheinen – weder eine formale Struktur noch formale Mitgliedschaften aufweisen. Die Fähigkeit zur Durchführung gemeinsamer Aktionen soll durch die „Vernetzung“ der Kameradschaften, d.h. durch den Einsatz technischer Kommunikationsmittel, wie Mobiltelefone, Mailboxen, Info-Telefone oder das Internet, sichergestellt werden.

In Niedersachsen gab es 1998 ca. 20 Kameradschaften (1997 ca. 15) mit jeweils bis zu 40 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Anhänger wird auf 350 bis 400 Personen (1997: 300–350) geschätzt. Am 29. August fand im Dannenberger Ortsteil Schaafhausen die Gründungsveranstaltung der Kameradschaft Dannenberg-Elbe statt, an der ca. 80 Personen aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt teilnahmen.

Die Rekrutierung von ortsansässigen Jugendlichen für die neonazistischen Kameradschaften erfolgt in zwei Phasen. Während Skinhead-Konzerte der ersten Kontaktaufnahme dienen, erhalten interessierte Jugendliche in den Kameradschaften eine Einführung in die „politische Arbeit“. Die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Kameradschaftsabenden vermittelt diesen Jugendlichen ein Gemeinschaftserlebnis, hierfür müssen sie sich nicht in die festen Strukturen eines

Vereines einbinden lassen. Das Eintrittsalter liegt bei ungefähr 16 Jahren; in Einzelfällen nehmen auch noch über 30-jährige Personen an den Treffen teil. Der überwiegende Teil der Veranstaltungsteilnehmer ist männlich, der Frauenanteil beträgt lediglich 10-15 Prozent. Thematisch konzentrieren sich die Kameradschaftsabende, die unterschiedlich im wöchentlichen, 14-tägigen oder monatlichen Turnus stattfinden, auf die Organisation von Demonstrationen und Konzerten, die Planung von Aktionen gegen politische Gegner sowie die politische und weltanschauliche „Schulung“.

Zum Anlass für Demonstrationen wurden 1998 aktuelle, eine hohe Öffentlichkeitswirkung versprechende gesellschaftliche Themen gewählt. Bei den Demonstrationen kam es teilweise zum Zusammenwirken mit der NPD bzw. deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). So meldete ein Mitglied des JN-Stützpunktes Bremen für den 5. April in Cloppenburg eine Demonstration zum Thema „Sexualverbrechen an Kindern“ an. Die Mehrheit der ca. 70 Teilnehmer der Kundgebung waren Mitglieder neonazistischer Kameradschaften. Am 9. Mai sollte in Hildesheim eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Missbrauch und Mord an Kindern“ stattfinden. Die Demonstration war von einer Bürgerin, die keiner extremistischen Organisation angehört, angemeldet worden. Neonazis wollten die Veranstaltung unterwandern, um sie für ihre eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Rund 100 Neonazis sammelten sich in der Nähe des Veranstaltungsortes. Sie waren u.a. aus Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein angereist. Unter ihnen waren auch die bekannten Neonazis Thorsten HEISE

Verbote neonazistischer Vereinigungen

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Nationalistische Front (NF) verboten am 27. November 1992 (Bundesministerium des Innern)	Nationaler Block (NB) verboten am 7. Juni 1993 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)	Wiking-Jugend (WJ) verboten am 10. November 1994 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten am 24. Februar 1995 (Bundesministerium des Innern auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)	Skinheads Allgäu (Neonazistischer Skinhead-Verein) verboten am 30. Juli 1996 (Bayerisches Staatsministerium des Innern)	Kameradschaft Oberhavel verboten am 15. August 1997 (Innenministerium des Landes Brandenburg)	Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V. verboten am 12. Februar 1998 (Niedersächsisches Innenministerium)
Deutsche Alternative (DA) verboten am 10. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)	Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD) verboten am 14. Juli 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)					
Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) verboten am 18. Dezember 1992 (Niedersächsisches Innenministerium)	Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD) verboten am 2. September 1993 (Innenministerium des Landes Baden-Württemberg)		Nationale Liste (NL) verboten am 24. Februar 1995 (Hamburger Senator des Innern)			
Nationale Offensive (NO) verboten am 22. Dezember 1992 (Bundesministerium des Innern)			Direkte Aktion / Mitteldeutschland (JF) verboten am 5. Mai 1995 (Innenministerium des Landes Brandenburg)			

aus Northeim sowie Markus PRIVENAU und Tanja BAYEN aus Algermissen. Das Einschreiten der Polizei, die Platzverweise aussprach, nachdem den Neonazis von der Stadt Hildesheim eine Auflösungsverfügung erteilt worden war, verhinderte eine Teilnahme an der Demonstration. Zudem erklärte die Anmelderin der Demonstration ihre Versammlung für beendet, nachdem sie über die Absichten der Rechtsextremisten unterrichtet worden war.

Am 13. Juni fand in der Lüneburger Innenstadt eine Demonstration mit 70 Neonazis aus Südniedersachsen, Lüneburg, dem Wendland, der Altmark (Sachsen-Anhalt), Hamburg, Ostwestfalen und Schleswig-Holstein statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Sozialalosen“.

In einer Presseerklärung eines Aktionsbüros Norddeutschland, die der Lüneburger Landeszeitung am 15. Juni zugeht, bekannten sich Freie Nationalisten zu der Demonstration. Die Freien Nationalisten, ein überregionales

Aktionsbündnis von neonazistischen Gruppen, zählen Kameradschaften aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu ihrem Netzwerk. Ziel ist es, alle „Freien Kräfte“ in Norddeutschland zu einer schlagkräftigen Gruppe zu vereinen und für Aktionen zu gewinnen. In der neonazistischen Zeitschrift Hamburger Sturm (Nr. 17, Januar/Februar 1998) findet sich folgende Selbstdarstellung:

„Der Begriff 'Freie' sagt aus, daß wir parteiunabhängig arbeiten, aber dennoch um eine Zusammenarbeit mit allen Nationalisten, die es ernst und ehrlich meinen, bemüht sind. Die Abgrenzungsbeschlüsse innerhalb der nationalen Szene müssen überwunden und das politische Handeln in den Vordergrund gerückt werden.“

Zur Bedeutung der auch in Lüneburg gezeigten schwarzen Fahne heißt es an anderer Stelle:

„Die schwarze Fahne ist das Symbol ... für die Abscheu gegen dieses System des Hasses und der Volkszerstörung. Aber auch ein deutliches Zeichen unserer unerbittlichen, ungebrochenen Kampfkraft für ein neues freies Deutschland.“

Über Aktionen neonazistischer Zusammenschlüsse berichtet die seit Anfang 1998 als Mitteilungsblatt der „Freien Kräfte“ erscheinende Zeitschrift Zentralorgan, die auch über das Internet veröffentlicht wird. Die Juli-Ausgabe (Nr. 3) widmet sich ausführlich den Treffen in Hildesheim und Lüneburg. Kennzeichnend für das von den neonazistischen Kameradschaften transportierte Bild der Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik Deutschland sind folgende Behauptungen:



„Von Kindesbein an wird jeder Deutsche unweigerlich mit den täglichen Erscheinungsformen eines 'gesellschaftlichen Lebens' konfrontiert, welches in jeglicher Hinsicht nur noch als krank und verfault charakterisiert werden kann ... Förderung der primitivsten Instinkte in den Menschen durch Konsumterror und grenzenlosen Kapitalismus. Hemmungsloses 'Sich-ausleben', so lautet die Parole mitmenschelnder Seelenvergifter ... Das 'gesellschaft-

liche Leben' (besser gesagt: Dahinvegetieren) in einem solchen Staatsgefüge, muß nach nunmehr fast fünfzig Jahren Existenz unweigerlich zu einem seelischen und körperlichen Zerfall bei Teilen des Volkes führen.“

Neben Berichten über Aktionen enthält das Zentralorgan regelmäßige Beiträge zu politischen und historischen Themen, die rassistisch-völkisch eingefärbt sind und den Nationalsozialismus verteidigen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a. M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	ca. 400	ca. 450
Niedersachsen:	ca. 45	ca. 50
Publikation:	Nachrichten der HNG	

Die im Juli 1979 gegründete HNG ist mit rund 500 Mitgliedern (1997: 400) weiterhin mitgliederstärkste neonazistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie bildet – insbesondere nach den Verbotsverfahren gegen mehrere neonazistische Organisationen der vergangenen Jahre – ein Sammelbecken für Neonazis:

„Die HNG ist immer das geblieben, was sie bei den Staatsschützern extrem unbeliebt machte und worauf der 'Verfassungsschutz' bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder hinweist - 'Ein Sammelbecken für Neonationalsozialisten aller Richtungen!'“
(Nachrichten der HNG 130/91)

Die HNG wird seit 1991 von der in Mainz lebenden Ursula MÜLLER geführt. Neben der satzungsgemäßen

Zielsetzung der „Gefangenenbetreuung“ ist die HNG vor allem bestrebt, aus der Haft entlassene Rechtsextremisten wieder in die neonazistische Szene einzugliedern. Die HNG ist zentrale Kontaktstelle für Neonazis aus dem In- und Ausland. In ihrer Publikation Nachrichten der HNG, die in einer Auflagenhöhe von 500 Exemplaren erscheint, wird regelmäßig eine „Gefangenenliste“ veröffentlicht. Weiterhin werden in der Schrift Briefe von Gefangenen an die Schriftleitung, Kleinanzeigen sowie Berichte über Aktionen, wie z.B. den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 1998, wiedergegeben.

Die HNG-Nachrichten nennen in ihrer Januar-Ausgabe 1999 Hans-Christian WENDT als neuen Schriftleiter. In dieser Funktion lege WENDT besonderes Gewicht auf die Rechtsberatung der Kameraden.

„... werden von der Schriftleitung derzeit Broschüren und Merkzettel erstellt, die sich mit den gängigen Tricks und Schabigkeiten der politischen Verfolger und deren Helfer in den BRD-Justizvollzugsanstalten beschäftigen.“

Das Landgericht Berlin hatte WENDT im Dezember 1996 wegen übler Nachrede zu einer Geldstrafe von 7.500 DM, am 10. Februar 1997 u.a. wegen Volksverhetzung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und am 7. März 1997 wegen Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten verurteilt. Am 30. Mai 1998 verhaf-

tete ihn die Berliner Polizei, weil er mehrfach gegen Meldeauflagen einer seit Juli 1997 gewährten Haftverschönerung verstoßen hatte. Am 15. Dezember 1998 wurde WENDT aus der Haft entlassen.

Am 7. März trafen sich ca. 180 Neonazis in Butzbach-Wiesental (Hessen) zur Jahreshauptversammlung. Im Anschluss an die Eröffnungsrede durch die Vorsitzende Ursula MÜLLER referierten u.a. der Leiter der rechtsextremistischen Kleinstgruppe Aktion Freies Deutschland (AFD), Wolfgang JUCHEM, sowie der bekannte Neonazi und als Rechtsterrorist verurteilte ehemalige Rechtsanwalt Manfred ROEDER.

„Fortführung“ der Hetendorfer Gemeinschaftsveranstaltung nach dem Verbot des Heide-Heim e.V.

Das „Heideheim“ in Hetendorf Nr. 13 im Landkreis Celle diente seit den 80er-Jahren vielen rechtsextremistischen Organisationen als Schulungszentrum und Tagungsstätte. Seit den Verboten der Nationalistischen Front (NF), der Wiking Jugend (WJ), der Nationalen Liste (NL) und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) ging die Bedeutung Hetendorfs als Treffpunkt für das rechtsextremistische Spektrum zwar zurück, Hetendorf behielt aber einen hohen Symbolwert für rechtsextremistische Gruppierungen und wurde insbesondere weiter für die Hetendorfer Tagungswochen genutzt. Die Hetendorfer Tagungswoche fand seit 1991 jährlich auf dem Grundstück des 1984 gegründeten Vereins Heide-Heim e.V. statt. Diese Gemeinschaftsveranstaltung war unter Leitung des Neonazis und Rechtsanwaltes Jürgen RIEGER von Beiträgen zum Rassismus, der Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen, ins-



besondere der Ermordung der Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft, sowie der Verherrlichung des Nationalsozialismus geprägt.

Trägerverein und Eigentümer des Schulungszentrums war der Heide-Heim e.V. mit Sitz in Hamburg. Als Förderverein des Schulungszentrums sowie zur Absicherung für den Fall eines Verbotes des Heide-Heim e.V. in Hamburg fungierte der Heideheim e.V. mit Sitz in Buchholz/Nordheide.

Am 12. Februar wurden daher beide Vereine durch den Niedersächsischen Innenminister verboten, da sich ihre Aktivitäten gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Vereinsgesetz richteten. Beide Vereine, in denen Jürgen RIEGER die Funktion des 1. Vorsitzenden bekleidete, verfolgten das Ziel, mit Planung, Organisation und Durchführung der rechtsextremistischen Hetendorfer Tagungswochen die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend zu untergraben. Den aufgelösten Vereinen ist es untersagt, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Die Vermögen beider Vereine, u.a. das Hausgrundstück in Hetendorf, wurden beschlagnahmt.

Wegen der Verbotsverfügungen wurden Rechtsmittel (Anträge auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie Klagen gegen die Verbote) beim OVG Lüneburg eingelegt. Im Rahmen der Entscheidung über den vorläufigen Rechtsschutz bestätigte das OVG Lüneburg am 16. April die Verbotsverfügungen in vollem Umfang mit der Folge, dass zunächst keine weiteren Aktivitäten in Hetendorf mehr zulässig waren. Die Entscheidungen in der Hauptsache stehen noch aus.

Zum Heide-Heim e.V. begründete das OVG seinen Beschluss u.a. mit der Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus:

*„Wenn eine Vereinigung sich zu Führungspersönlichkeiten des Nationalsozialismus bekennt und wie die frühere NSDAP die demokratische Staatsform verächtlich macht, eine mit dem Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG unvereinbare Rassenlehre propagiert, richtet sie sich gegen die elementaren Verfassungsgrundsätze und erfüllt damit den Verbotstatbestand ... Nach dem von dem Antragsgegner (Niedersächsisches Innenministerium) vorgelegten Erkenntnismaterial ist diese Voraussetzung einer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus beim Antragsteller (Heide-Heim e.V.) gegeben ... Der Antragsgegner hat in der streitbefangenen Verbotsverfügung überzeugend dargelegt, daß der Antragsteller mit seiner Vereinstätigkeit das Ziel verfolgt, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland fortlaufend zu untergraben und letztendlich zu beseitigen ...
... auf den ersten Blick harmlose Aktivitäten so genannter Neu-Germanisch-Heidnischer-Gruppen, wie des Nordischen Rings e.V. und der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V., denen der Antragsteller in Hetendorf ... einen Ort für die Entfaltung ihrer ... Vereinstätigkeit bietet, entpuppen sich bei näherer Betrachtung als rechtsextremistische Veranstaltungen ... Kern der neugermanischen Ideologie ist bis heute eine Verachtung gegenüber Menschen, die nicht 'nordisch' sind. Sie beruht auf den Prinzipien einer nationalen Gesinnung, einer Rassen-theoretik und eines Blutsmythos,*

womit sie den Führungsanspruch der 'germanischen Rasse' begründet. ... Damit tragen die Neu-Germanisch-Heidnischen-Gruppen zu einer rechtsextremen Ideologisierung bei.“

Als Fortführung der Hetendorfer Tagungswochen fanden in Ostritz/Sachsen vom 16. bis 21. Juni die „1. Mitteldeutschen Vortragstage“ statt. Ausrichter der Veranstaltung waren Jürgen RIEGER und die von ihm geführten rechtsextremistischen Organisationen Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. (GfbAEV), der Nordische Ring e.V. (NR) und die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Daseinsgestaltung e.V..

Die Veröffentlichungen der 1962 unter dem Namen Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege gegründeten GfbAEV sind Dokumente offenen Rassismus. Im Verständnis der GfbAEV begeht jeder Mann „biologischen Verrat“, der eine Partnerin „fremder Rasse heiratet“ und „Kinder anderer Rassen adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt, sodass dadurch die Bastardisierung hier gefördert wird.“ (Informationsblätter der Gesellschaft, verantwortlich Jürgen RIEGER). Die neugermanisch-heidnische Artgemeinschaft vertritt ebenso wie die GfbAEV, unter Leitung von Jürgen RIEGER, rassistische Thesen. In einer Flugschrift, für die Jürgen RIEGER verantwortlich zeichnet, wird das „Sittengesetz unserer Art“ dargelegt. Es fordert u.a. die Anerkennung des Führertums (*„Das Sittengesetz in uns gebietet Gefolgschaft dem besseren Führer, mit Recht und Pflicht zu abweichendem Rat, nach bestem Wissen und Gewissen.“*) sowie die Verpflichtung zur Reinheit der Rasse bzw. Art (*„Das Sittengesetz in uns gebietet gleich*

geartete Gattenwahl, die Gewähr für gleich geartete Kinder.“). Der ebenfalls an der Veranstaltung in Ostritz beteiligte NR propagiert in gleicher Weise rassistisches Gedankengut (*„Erhaltung und Pflege des nordischen Bluterbes“*). Das Ideal ist der „nordische Mensch“, der auszusterben drohe. Um ihn vor diesem Schicksal zu bewahren, sei „Erbgesundheitspflege (*Rassenhygiene, Eugenik*)“ nötig.

Die Kontinuität der Veranstaltung in Ostritz zu den Hetendorfer Tagungswochen manifestiert sich im übereinstimmenden Programmverlauf, in der Identität der veranstaltenden Vereine und der rechtsextremistischen Referenten (z.B. Wolfgang JUCHEM: „Die Nato-Osterweiterung“, Prof. Dr. Klaus WEINSCHENK: „Wer ist der Nächste? – Zur Psychopathologie der Patriotenverfolgung“, Jürgen RIEGER²¹: „Rasse und Rassismus“, Karl BABLER: „Der Geist der deutschen Freiheit“) sowie dem Höhepunkt der 1. Mitteldeutschen Vortragstage, der neuheidnischen Sonnenwendfeier in der Nacht zum 21. Juni.

Mit den von den beteiligten Organisationen als Erfolg gewerteten „Mitteldeutschen Vortragstagen“ versucht RIEGER nach Schließung des „Heideheims“ die Hetendorfer Tagungswochen fortzusetzen. Die Bezeichnung der Gemeinschaftsveranstaltung ist dabei auch politisches Programm.

²¹ Gegen RIEGER, WEINSCHENK und JUCHEM hat die Staatsanwaltschaft Lüneburg aufgrund diverser Äußerungen als Referenten während der 7. Hetendorfer Tagungswoche im Juni 1997 ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB eingeleitet. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen (Stand: März 1999).

Der Landkreis Löbau-Zittau (Sachsen), auf dessen Gebiet die Mitteldeutschen Vortragstage ausgerichtet wurden, hatte die Durchführung der Veranstaltung nach dem Versammlungsgesetz verboten und die sofortige Vollziehung dieses Verbotes angeordnet.

Die Verbotsverfügung enthielt die Feststellung:

„Nach gesicherten Erkenntnissen kann davon ausgegangen werden, daß die '1. Mitteldeutschen Vor-

tragstage' eine Fortsetzung der 'Hetendorfer Tagungswoche' darstellt, da Inhalte, Programme und auch zum großen Teil die in der Programmübersicht enthaltenen Vortragenden dieselben wie in Hetendorf sind.“

Da das Verwaltungsgericht Dresden die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wiederherstellte, konnte Rechtsanwalt RIEGER die Veranstaltung wie geplant durchführen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz:	Lincoln (Nebraska/USA)
Leitung:	Gary Rex LAUCK
Publikation:	NS Kampfruf (erscheint unregelmäßig)

Die NSDAP/AO wurde 1972 in Lincoln/Nebraska von dem US-Bürger Gary Rex LAUCK mit dem Ziel gegründet, ein Netz voneinander unabhängig im Untergrund operierender Stützpunkte und Verteilerstellen (Zellensystem) zu bilden, um so in Deutschland und in anderen Ländern die Voraussetzungen für eine nationalsozialistische Bewegung zu schaffen. Dieses Ziel konnte die NSDAP/AO bis heute nicht einmal im Ansatz realisieren. Die NSDAP/AO bekennt sich zur

„Schaffung eines nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten Großdeutschen Reich und die Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der ganzen arischen Welt.“

(NS Kampfruf Nr. 121, März/April 1998, S.8)

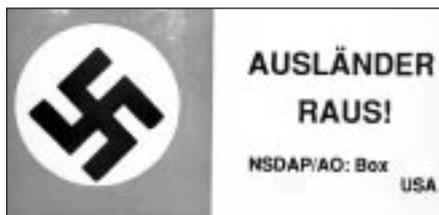
Die Ideologie der NSDAP/AO ist ein offenes Bekenntnis zu Rassismus und Antisemitismus:

„Alle Weißen müssen sich endlich als Bruderschaft begreifen, die Gaben ihres kollektiven Genies, ihrer Arbeit und ihrer rassischen Überlegenheit verteidigen gegen die Schwarze Pest, die aus Afrika heranrollt und die Welt verniggert, gegen den Marionettenspieler, der in Israel, in der Wallstreet sitzt und die Fäden, an denen die weißen Völker erdrotselt werden sollen, in der Hand hält.“

(NS Kampfruf Nr. 121, März/April 1998, S.3)

Bei dem in den USA straffrei hergestellten Propagandamaterial handelt es sich insbesondere um mit Hakenkreuzen und nationalistischen Parolen („kauft nicht bei Juden“) versehene Aufkleber und Handzettel sowie um die bis zur Verhaftung LAUCKs im März 1995 zweimonatlich erscheinende Publikation „NS Kampfruf“. Seit Mitte 1996 ist die NSDAP/AO über einen amerikanischen Provider mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten.

Am 22. August 1996 wurde LAUCK vom Hamburger Landgericht wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Seine Entlassung erfolgt nach Verbüßung der gesamten vierjährigen Freiheitsstrafe am 19. März 1999. Seit der Inhaftierung LAUCKs nahm der Versand von neonazistischem Propagandamaterial aus den USA insgesamt stark ab. Die früher übliche zweimonatlichen Erscheinungsweise des NS-Kampfrufs konnte nicht mehr beibehalten werden; 1998 erschien der NS Kampfruf nur zweimal. Sowohl die unregelmäßige Erscheinungsweise als auch die relativ große Zahl der Bildbeiträge und Werbehinweise in eigener Sache deuten darauf hin, dass es an geeigneten Personen für die Erstellung „qualifizierter“ Textbeiträge mangelt.



Neonazikreis um Ernst Zündel

Der Neonazikreis um Ernst ZÜNDEL wird von Personen gebildet, deren Aktivitäten sich auf die finanzielle Unterstützung des in Toronto/Kanada lebenden und weltweit agierenden deutschen Revisionisten Ernst ZÜNDEL konzentrieren. ZÜNDEL, der die Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich leugnet, ist Herausgeber der Germania-Rundbriefe, die er mit anderem rechtsextremistischen Propagandamaterial über seinen Samisdat Publishers Ltd-Verlag verbreitet.

Seit Frühjahr 1995 hält ZÜNDEL revisionistische Texte auf einer als „Zündelsite“ bezeichneten Homepage im Internet abrufbar. Inhalt dieser Homepage sind umfangreiche Text- und

Bildangebote sowie Ton- und Videosequenzen.

ZÜNDEL arbeitet eng mit dem Franzosen Robert FAURISSON zusammen, den er als „größten lebenden Revisionisten“ bezeichnet. FAURISSON trat vor Gericht als Zeuge für ZÜNDEL auf, der in Kanada wegen der Leugnung des Holocaustes angeklagt war, und initiierte in diesem Zusammenhang den pseudowissenschaftlichen, den Holocaust leugnenden „Leuchter-Report“. FAURISSON selbst wurde in seinem Heimatland mehrfach wegen des Bestreitens der planmäßigen Judenvernichtung in Konzentrationslagern strafrechtlich belangt. Auf seiner Homepage verbreitet ZÜNDEL sowohl den „Leuchter-Report“ als auch Texte FAURISSONS.

Rechtsextremistische Parteien

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz:		
Bund:	Stuttgart	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende:		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	4.300	ca. 6.000
Niedersachsen:	360	400
Publikationen:		
Bund: ²² :	Deutsche Stimme (monatlich, Auflage: 8.000) DS-extra (erscheint monatlich, Auflage 90.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (erscheint vierteljährlich, Auflage: 500)	

Die am 28. November 1964 durch die Zusammenlegung einer Reihe von rechtsextremistischen Organisationen gegründete NPD ist die älteste rechtsextremistische Partei der Bundesrepublik. Zu den Gründungsorganisationen gehörte u.a. die Deutsche Reichspartei (DRP) um Adolf von THADDEN, der in der neugegründeten NPD stellvertretender Vorsitzender wurde. Erster Vorsitzender der NPD war Fritz THIELEN aus Bremen.

1966 zog die NPD erstmalig in die Länderparlamente von Hessen und Bayern ein, 1967 in den Niedersächsischen Landtag. Den Einzug in den Deutschen Bundestag verfehlte sie 1969 mit 4,3 % der Stimmen nur knapp. Entsprechende Wahlerfolge hatte die NPD danach nicht mehr. Bei der Bundestagswahl 1980 erzielte die NPD mit 0,2 % das bisher schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung. Die NPD erreichte Anfang der 90-er Jahre wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit,

indem sie fremdenfeindliche Thesen aggressiver zu Lasten vergangenheitsbezogener Themenfelder in den Vordergrund stellte.

Organisation und Mitgliederentwicklung

Die NPD verfügt bundesweit über 15 Landesverbände mit ca. 6.000 Mitgliedern. Dabei werden die Länder Berlin und Brandenburg faktisch als ein Landesverband gezählt. Das ist im Vergleich zu 1997 ein Zuwachs von rund 1.700 Mitgliedern. In den neuen Ländern, insbesondere in Sachsen, war ein starker Zulauf zur NPD festzustellen.

²² Die Deutsche Stimme erschien bisher in einer Auflage von 40.000 monatlich. Die Auflagen der Abonnenten- und Werbeausgaben wurden zusammengezählt. Seit Januar erscheint für Werbezwecke eine eigenständige DS-extra.



Gerade junge Menschen unter 25 Jahren wurden von der NPD gezielt angesprochen und als Mitglieder gewonnen. Dadurch liegt das Durchschnittsalter der Anhängerschaft bundesweit jetzt unter 40 Jahren.

Entwicklung in Niedersachsen

Dem bundesweiten Trend folgend stieg auch die Mitgliederzahl in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 40 auf rund 400 Personen an. Der Mitgliederzuwachs in Niedersachsen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Mitglieder der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) mit Erreichen der Altersgrenze für die JN in die NPD überführt werden. Im Gegensatz zu der gestiegenen Mitgliederzahl entwickelte der Landesverband nur wenige Aktivitäten. Der KV Hannover führte am 19. Dezember in Hannover eine Demonstration unter dem Motto

„Schützt unsere Väter – Stoppt die Verräter“ gegen die im Neuen Rathaus gezeigte Wehrmachtsausstellung durch.

Auch wegen des schlechten organisatorischen Zustandes des Landesverbandes verzichtete die NPD auf eine Teilnahme an der niedersächsischen Landtagswahl am 1. März. Es gelang der Landes-NPD nicht, die Mitglieder für den Bundestagswahlkampf zu mobilisieren.

Zwei Angehörige neonazistischer Freier Kameradschaften wurden im Kreisverband Lüneburg auf Funktionärsposten gewählt. Damit vollzog der Landesverband Niedersachsen die bereits Anfang des Jahres von der Bundespartei propagierte Öffnung für Neonazis.

„Unsere ausgegebene Parole, nicht danach zu fragen, wo einer herkommt, sondern was er jetzt für sein Vaterland tun will, ...“

(Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Udo VOIGT beim 27. ordentlichen Bundesparteitag in Stavenhagen, Deutsche Stimme 2/1998)

Teilnahme an Wahlen

Die NPD konnte in den letzten Jahren nur marginale Wahlergebnisse erzielen. Eine Teilnahme der NPD an der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April scheiterte, da es der Partei nicht gelungen war, die erforderlichen 1.000 Unterstützungsunterschriften zu erhalten. Bei der Landtagswahl in Bayern am 13. September erzielte sie lediglich 0,2 % der Stimmen. Auch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September blieb die NPD mit 1,1 % der Zweitstimmen, wie auch die beiden anderen rechtsextremistischen Parteien DVU und REP, weit unter der 5 %-Marke. Bei der Wahl

zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September erreichte die NPD lediglich 0,3 % der Stimmen. In Niedersachsen entfielen auf die NPD, deren Landesliste vom Landesvorsitzenden Ulrich EIGENFELD angeführt wurde, nur 0,1 % der Zweitstimmen. Im Wahlkreis Stralsund-Rügen hatte die NPD den bekannten Neonazi Manfred ROEDER als Direktkandidaten aufgestellt.

Das schlechte Abschneiden der NPD verdeutlicht die relative Chancenlosigkeit der Partei bei Wahlen.

Völkisches Denken als ideologisches Leitmotiv

Zentrale Kategorie in der Ideologie der NPD ist ein völkisch-kollektivistischer Denkansatz, eine an der „Volksgemeinschaft“ ausgerichtete Programmatik. Das Volk wird als homogene Einheit, als eine Unterschiede negierende völkische Gemeinschaft gesehen, in der Einzelpersonen unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrnehmen. In ihrem Parteiprogramm von 1996 – wie auch schon in den 1992 beschlossenen „Nationaldemokratischen Leitlinien Deutschland 2000“ – wird dieser völkisch-kollektivistische Ansatz besonders erkennbar, wenn es etwa heißt, die „Volksherrschaft“ setze die „Volksgemeinschaft“ voraus. Die Überbetonung der „Volksgemeinschaft“ und des „Volksganzen“ gegenüber den Individualrechten ist nicht mit den tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren, insbesondere nicht mit der Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, dem Demokratieprinzip und dem Mehrparteiensystem.

Insbesondere die Beiträge in der Deutschen Stimme spiegeln die von

der NPD vertretene Ideologie der Volksgemeinschaft wieder. Die ideologische Nähe der NPD zum historischen Nationalsozialismus wird deutlich in den Übereinstimmungen mit den zentralen Ideologiemerkmalen Rassismus, völkisch definierter Nationalismus²³, sowie völkischer Kollektivismus, d.h. Überbetonung des Kollektivgedankens im Sinne einer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der Volksgemeinschaft. Die völkische Weltanschauung wird in der NPD-Definition des Begriffs „Menschenrechte“ deutlich: „Nationalisten erkennen an, daß individuelle Menschenrechte im Rahmen der Volksgemeinschaft bedeutungsvoll sind“. Hinzugefügt wird der Begriff der „Volkgruppenrechte“, die die „Gefahren“ eines einseitigen Individualismus auffangen sollen. (Michael FIEDLER, Politische Begriffe, Niedersachsen-Spiegel 2/1998, S. 5). An die Stelle der grundgesetzlich garantierten Individualrechte, die als „liberalistische, nur vordergründige Gleichmacherei“ gelten, setzt die NPD das „Prinzip der Gerechtigkeit für alle“ (Deutsche Stimme, Nr. 7/1998, S. 12).

Der völkisch-kollektivistische Denkansatz der NPD spiegelt sich auch im Sprachgebrauch der NPD und ihren Leitbegriffen wieder: „Volksganzen“, „Volksgemeinschaft“, „Volksscharakter“, „Volkswille“, „volksbewusst“ und „völkisches Denken“:

²³ „Der Nationalismus versteht unter Solidarität die Bereitschaft eines Volkes zur Volksgemeinschaft sowie die enge Verbindung als nationale Kampf- und Tatgemeinschaft“ (Michael FIEDLER, Politische Begriffe, Niedersachsen-Spiegel 3/1998, S. 2).

„Man muß daher gar nicht unbedingt davon überzeugt sein, daß das Schicksal Deutschlands eines Tages direkt durch Wahlen entschieden werden wird, aber die Systemalternative hat nicht das Recht, sich mittels Wahlenthaltung aus der Verantwortung gegenüber dem Volksganzen wegzustehlen.“

(Deutsche Stimme Nr. 8/1998, S. 2, Hervorhebung nicht im Original)

Im Verständnis dieser von der NPD propagierten Volksgemeinschaftsideologie soll an die Stelle der als „real existierendes System des Verfalls“ bezeichneten Bundesrepublik Deutschland die „Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit“, die „Errichtung des neuen Deutschen Reiches“ treten, das „höchster Ausdruck des natürlichen organisch-biologischen Denkens“ ist:

„Es wird die Wiederkehr des Reiches sein; der liberalistische, ‘multikulturelle’ Misthaufen wird der völkischen Neuordnung Europas weichen müssen

Das neue Reich wird das Chaos, das die ‘multikulturelle Gesellschaft’ anrichtet, die in Wahrheit eine multirassistische Gesellschaft ohne Kultur ist, ablösen und an seine Stelle die völkische Ordnung setzen. ... Das neue Reich wird ... die zersetzende Unkultur der westlichen Wertelosigkeitsgemeinschaft an die US-amerikanische Ostküste zurückweisen.“

(Waldemar MAIER, „Vom neuen Reich. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende – Deutschlands Mission liegt in der Reichsidee.“, Deutsche Stimme, Nr. 7/1998, S. 12, Hervorhebung nicht im Original)

Programmatische Entwicklung

Von zentraler Bedeutung in der Programmatik der NPD ist die angestrebte

„Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“ sowie die Einheit von „Reich und Nation“. Die Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland manifestiert sich in ihrem Selbstverständnis als Systemalternative, als „grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum“, und das Bekenntnis zu einem „deutschen Sozialismus“. Vorrangiges politisches Ziel ist die „Schaffung einer neuen Ordnung als die Alternative zum liberalkapitalistischen System des BRD-Deutschlands der Westalliierten“. (Kommentar des Bundesvorsitzenden Udo VOIGT im Parteiorgan Deutsche Stimme Nr. 6/1998, S. 2).

Kennzeichnend für die Propagandaschriften der NPD sind neben dem Bekenntnis zum völkischen Kollektivismus auch revisionistische und ausländergefeindliche Positionen sowie eine aggressive Diffamierung demokratischer Organisationen und Institutionen.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele formulierte die NPD in einem auf dem Bundesparteitag am 10./11. Januar in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) vorgestellten Positionspapier („Das strategische Konzept der NPD“) die „drei strategischen Säulen der NPD“: Programmatik (Schlacht um die Köpfe), Massenmobilisierung (Schlacht um die Straße), Wahlteilnahme (Schlacht um die Wähler). Für den politischen Kampf wird ein Zusammenwirken von „Intellektuellen, Volkstribunen, Organisatoren und Marschierern“ gefordert. Die NPD stellt verstärkt sozial- und wirtschaftspolitische Themen in den Vordergrund ihrer Politik. Zu dem neuen Profil der NPD soll nach Auffassung des Parteivorstandes vor allem gehören, dass sich die NPD neben ihrer nationalistischen Ausrichtung auch als sozialistische Partei verstehe, da der Kampf für nationale und soziale

Gerechtigkeit zusammengehöre. Bereits im Juli bekräftigte VOIGT in der Deutschen Stimme Nr. 7/1998 die Schwerpunktaufgabe der Partei: Sie müsse eingreifen in die „*immer stärker werdenden gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen*“, insbesondere auf der Straße, bei Arbeitslosenprotesten sowie eigenen Kundgebungen. Dass VOIGT in der Betonung ostdeutscher sozialer Themen eine Möglichkeit der Profilierung der NPD in den neuen Bundesländern sieht, wird durch seine Behauptung belegt, die NPD werde sich bei weiter anhaltender Entwicklung in den nächsten Jahren zu einer von den „*mitteldeutschen Mitgliedern dominierten Kampf-gemeinschaft*“ entwickeln:

„Dabei dürfen wir auch nicht davor zurückschrecken, positive Aspekte der untergegangenen DDR – gerade in der Sozialpolitik – aufzugreifen und positiv besetzte, für das Volk nachvollziehbare, Bezugspunkte herzustellen. Wir müssen, gerade in Mitteldeutschland, klarmachen, daß wir Nationalisten die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben.“

(Deutsche Stimme Nr. 7/1998, S. 2)

Zu der neuen programmatischen Ausrichtung gehört das Konzept eines Nationalen bzw. Deutschen Sozialismus.²⁴ Von zentraler Bedeutung hierbei ist eine Kapitalismuskritik, die das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland als „ausbeuterisch“ und „menschenverachtend“ beschreibt. Die NPD sieht sich in ideologischer Gegnerschaft zum Liberalismus, da er die Staatsgewalt durch Gewaltenteilung beschränke und damit die „freie Marktwirtschaft, uneingeschränktes egoistisches Wirken der Kapitalisten“, der staatlichen Einflussnahme und damit der sozialen Gesamtverantwortung entziehe. Der liberalistische Staat ziehe sich aus der Lenkung der Wirtschaft zurück und gebe dem „freien Spiel der Kräfte“ sowie den Menschenrechten Priorität vor der Volksgemeinschaft:

„Die Nationalisten setzen liberalistischen Falschlehren die Auffassung vom STAAT als Wahrer des Ganzen, als Träger der Volksgemeinschaft, gegenüber.“

(Michael FIEDLER, Politische Begriffe. Versuch einer ersten Bestandsaufnahme der Ordnung der Werte, Niedersachsen-Spiegel 2/1998, S. 4)

²⁴ Charakteristisch für diese Verbindung der Ideologieelemente Nationalismus und Sozialismus ist der häufige Rekurs auf Protagonisten des historischen Nationalsozialismus. So weist der Rückgriff u. a. auf den nationalsozialistischen Ideologen Gottfried FEDER, der die „Brechung der Zinsknechtschaft des internationalen Kapitals“ zu einem der wirtschaftlichen Hauptpunkte des ursprünglichen Parteiprogramms der NSDAP machte, auf sozialistische Positionen der NSDAP von vor 1933. Damit bestehen in den heutigen Positionen der NPD Ähnlichkeiten mit dem sozialrevolutionären Flügel der NSDAP um Gregor STRASSER, nach dessen Auffassung der Nationalsozialismus zur Beseitigung des Kapitalismus, zu einer sozialen Justiz sowie zur Verstaatlichung der Wirtschaft hätte führen müssen.

Die Ablehnung des liberal-kapitalistischen Systems wird – ähnlich wie bei den REP – mit der Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenhang gebracht, die als Vollzug einer „alliierten Umerziehungspolitik“ bewertet wird. Damit wird gleichzeitig die Legitimität des Grundgesetzes infrage gestellt. So beschreibt Waldemar MAIER in der Deutschen Stimme Nr. 11/1998 in seinem Beitrag *„Auf dem Weg von der Systemkrise zur Revolution. Ein Staat ohne Traditionslinie stolpert vor sich hin“* die Bundesrepublik Deutschland als „Veramerikanisierung“ des „Bonner Regimes“:

„Die in einer Art Negativauslese entstandene BRD-Politikerkaste ist so durch und durch amerikanisiert, daß zum Leitwert ihrer Form der Demokratie der schrankenlose Konsum wurde. ...

Alle Probleme der heutigen 'Bonner Republik' haben letztlich ihre Ursache in der Umerziehung der Masse der Deutschen zu Halbamerikanern, die den verbanzten Statthaltern des Kapitals wehrlos ausgeliefert sind.“

Dieser von ihr abgelehnten liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung setzt die NPD das Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“ entgegen. VOIGT beschreibt diese Volkswirtschaft in der Deutschen Stimme Nr. 8/1998 als ein „am Menschen ausgerichtetes“ Konzept zur Überwindung der „Trennung zwischen Wirtschaft, Volk und Raum“:

„Die deutsche Wirtschaft einschließlich der derzeit in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen haben dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. In der raumorientierten Volkswirtschaft werden soziale und ökonomische Belange mit den

Bedingungen von Land, Volk und Ökologie in Übereinstimmung gebracht.“

Deutlicher werden die nationalistischen Prämissen dieses Konzepts einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ und die ihr zugrunde liegende Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland in dem in der Deutschen Stimme Nr. 11/1998 veröffentlichten Beitrag von Reinhold OBERLERCHER²⁵ „Grundsätze einer deutschen Wirtschaftspolitik“:

„Das deutsche Volk ist der Souverän, dessen Wirtschaftspolitik im argen liegt, weil sie von Vögten der Fremdherrschaft, die zugleich fanatische und verblendete Ideologen des extremen Liberalismus sind, betrieben wird. Diese Wirtschaftspolitik nützt allein dem global nomadisierenden Finanz- und Monopolkapital. Ihr erklärtes Ziel ist die ... Entmachtung des Nationalstaates, also die Beendigung der Demokratie, die nur als Nationaldemokratie ... denkbar ist. ... Deswegen empfehle ich dem deutschen Volk einen allgemeinen Aufstand zur Abschüttelung der äußeren und inneren Fremdherrschaft ...“

²⁵ Der rechtsextremistische Publizist und Theoretiker Reinhold OBERLERCHER veröffentlicht in den rechtsextremistischen Zeitschriften Europa vorn, Criticon, Staatsbriefe sowie Sleinpir. 1992 stellte er seinen in der Zeitschrift Sleinpir veröffentlichten „Reichsverfassungsentwurf“ sowie sein „100-Tage-Programm einer nationalen Notstandsregierung“ auf der Tagung der rechtsextremistischen Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft zur Diskussion. OBERLERCHER referiert zudem bei verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen. Zu seinem politischen Grundverständnis gehören die Synthese von nationalistischen und sozialistischen Ideologieelementen, die Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, die Reichsidee sowie ein Bekenntnis zum „Dritten Reich“.

Charakteristisch für die sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen der NPD ist das Verknüpfen der sozialen Frage mit dem nationalen Anliegen. Wirtschaftspolitik müsse demnach am Wohle des deutschen Volkes ausgerichtet sein, gefordert sei ein „volksbewusstes Unternehmertum“, ein „nicht raffendes, sondern schaffendes Kapital“:

„...es wird auch eine neue Unternehmerschaft gebraucht, die nicht nur an sich und ihre Profitaussichten denkt, sondern auch an die Gesamtheit des deutschen Volkes. Nicht das raffende Kapital, sondern das schaffende Kapital muß für den neuen vaterländischen Unternehmertyp im Vordergrund stehen.“

(Deutsche Stimme, Nr. 8/1998, S. 2)

Die NPD propagiert im Zusammenhang mit der Frage eines „gerechten Wirtschaftssystems“ einen „volksbezogenen, deutschen Sozialismus“, basierend auf den zentralen Werten „Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinnutz“. Die Tätigkeit des einzelnen dürfe nicht gegen die Interessen der Volksgemeinschaft verstoßen, sondern müsse im Rahmen des Staatsganzen und zum Nutzen aller erfolgen. Das als „Wirtschaftsdemokratie“ bezeichnete politische System der Bundesrepublik Deutschland gilt diesem Verständnis gemäß als undemokratisch, da mit dem „schrankenlosen und nicht gemeinschaftsgebundenen Privateigentum die politische Gleichheit des einzelnen ... gefährdet“ sei:

„... dem menschenverachtenden, ungebändigten Kapitalismus nach US-amerikanischer Art müssen deutsche Nationalisten zum Wohl des eigenen Volkes den deutschen Sozialismus entgegensetzen! Dieser Sozialismus ist die Idee einer gerechten Wirtschaftsordnung, in der das Privateigentum gemeinschaftsgebunden und volksbezogen ist.“

(Deutsche Stimme Nr. 7/1998, S. 6)

Ausländerfeindlichkeit als dominierendes Ideologieelement

Die NPD verbindet ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Thesen mit fremdenfeindlicher Propaganda:

„Mit der Aufnahme von ‘Gastarbeitern’ wurde die vaterlandslose Gesinnung der BRD-Kapitalisten für die große Masse des deutschen Volkes zum ersten Mal offenkundig und setzt sich mit der jetzigen totalen Globalisierung fort.“

(Deutsche Stimme, Nr. 8/1998, S. 2)

Bereits das Wahlprogramm der NPD für die Bundestagswahl 1998 stellte soziale Probleme und Kriminalität in einen kausalen Zusammenhang mit der Ausländerpolitik. Einleitend heißt es im Wahlprogramm:

„Die Massenarbeitslosigkeit wird immer dramatischer. Die Kriminalität nimmt ein immer bedrohlicheres Ausmaß an. ... Immer mehr Fremde überfluten unser Land. Deutschland soll unumkehrbar in der EU aufgehen und die Deutsche Mark verlieren. So kann es nicht weitergehen!“



Die im Wahlprogramm der NPD dargelegten Lösungsvorschläge sind geprägt von ausländerfeindlichem und völkischem Gedankengut. Unter der Überschrift „Deutschland muß wieder deutsch werden“ werden die Beendigung der „menschenfeindlichen Integrationspolitik“ und der Erhalt der „deutschen Volkssubstanz“ sowie die ersatzlose Streichung des „Asylrechtsparagrafen“ im Grundgesetz gefordert. Unter der Überschrift „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ fordert die NPD die sofortige Abschiebung ausländischer Straftäter nach der Strafverbüßung sowie ihrer Angehörigen unmittelbar nach der Verurteilung des Straftäters. Sozialpolitik dürfe sich nur auf das eigene Volk beziehen, Ausländer seien „aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern“.

Ausländerfeindliche Positionen, die sich regelmäßig in dem Parteiorgan Deutsche Stimme finden, werden verknüpft mit der Gegnerschaft zum liberal-kapitalistischen System. In der

Deutschen Stimme (Ausgabe 1/1999, S. 2) veröffentlichte Waldemar MAIER hierzu einen Beitrag „Todesstandort Deutschland. Ist der Untergang des deutschen Volkes vorprogrammiert?“: „Die ‘freiwillige’ Kinderlosigkeit vieler Deutscher, die einem Geburtenstreik gleichkommt, die Zerstörung der Familie, ... die massenweise ‘legale’ Ermordung des ungeborenen deutschen Lebens und die zeitgleich stattfindende ungebremste Ausländerisierung sind Ausdruck einer totgeweihten dekadenten Spaßgesellschaft, ... Das Ende wird ein Deutschland ohne Deutsche sein. ... Jetzt müssen Zeichen gesetzt werden, um den ‘Todesmarsch der Deutschen’ doch noch zu stoppen. Denn: Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde. Deshalb muß er überall dort geschlagen werden, wo man auf ihn trifft!“

Öffnung der NPD für Neonazis

Durch Aktionsbündnisse mit neonazistischen, zumeist aktionistisch orientierten Gruppierungen erweiterte die NPD ihren Aktionsradius jenseits ihres Selbstverständnisses als traditionelle rechte Wahlpartei. Der Bundesvorsitzende Udo VOIGT prägte in diesem Zusammenhang das Schlagwort von der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition (NAPO). Neben der Arbeit in Kommunalparlamenten sowie der Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen müsse der Aufbau einer aktionistisch orientierten außerparlamentarischen Opposition rechter Kräfte für die NPD Priorität haben:

„Zum Überleben benötigt unser Volk keine nur in Nuancen kritische, sonst aber systemkonforme Partei auf dem ‘rechten Flügel’, sondern eine nicht korrumpierbare nationa-

le, alle Volksschichten ansprechende Fundamentalopposition, die in Politik, Wirtschaft und Kultur konsequent den harten deutschen Weg geht! ... Gleichwohl folgerichtig hat sich die NPD weiterentwickelt und ist längst auf dem besten Wege, im Zuge der Organisation der nationalen außerparlamentarischen Opposition mit ihren Massenaufmärschen den besten Teil der deutschen Jugend zu gewinnen.“

(Deutsche Stimme, Nr. 8/1998, S. 2, Hervorhebungen nicht im Original)

Das bündnispolitische Konzept der Öffnung der NPD für Neonazis durch die intensivierete Einbindung der JN mit ihren engen Kontakten zum Neonazismus setzte sich 1998 fort. Im Zusammenhang mit dem Ziel einer Massenmobilisierung („Schlacht um die Straße“) – neben Programmatik und Wahlteilnahme eine der drei strategischen Säulen der NPD – will die NPD *„jene Massen von jungen Leuten, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen“* worden seien, ansprechen. In ihrem auf dem Bundesparteitag in Stavenhagen vorgestellten Strategiepapier rechtfertigt die NPD ihre Bereitschaft, mit Skinheadgruppen zusammenzuarbeiten, *„wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln.“* Im Rahmen dieser Öffnung engagierten sich Angehörige der Freien Nationalisten aus Norddeutschland und andere Neonazis zusammen mit Skinheads bundesweit bei Demonstrationen für die NPD.

Insbesondere mit dem Konzept eines „modernen Nationalismus“ ist die NPD bemüht, sich als politische Heimat für alle „nationalen Strömungen“ darzustellen. Mit ihrem Selbstverständnis als „nationale und sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung“ strebt die Partei neben der Einbindung von Neonazis insbesondere die Einbindung von im Geiste des Marxismus-Leninismus erzogenen ostdeutschen Jugendlichen an. In einem Führungs Rundschreiben vom 29. Oktober beschreibt der Parteivorsitzende den neuen Kurs der Partei:

„Wer einen deutschen Sozialismus will und erkennt, daß die Marxisten am Internationalismus und ihrem falschen Menschenbild gescheitert sind, hat natürlich genauso einen Platz bei uns, wie jeder sogenannte 'Freie Nationalist', der Satzung und Programm der NPD als für sich verbindlich anerkennt.“

Der traditionelle, eher am Profil einer Wahlpartei orientierte Flügel der NPD lehnt die Einbindung von Neonazis in die Partei nach wie vor ab, verliert aber weiter an Bedeutung. Das zeigte sich nicht zuletzt durch die Wahl ehemaliger Funktionäre verbotener neonazistischer Organisationen (Steffen HUPKA, Frank SCHWERDT, Jens PÜHSE) in den Bundesvorstand der NPD anlässlich des Bundesparteitages in Stavenhagen am 10./11. Januar.

Abgrenzung der NPD von anderen rechtsextremistischen Parteien

Bereits auf dem NPD-Bundesparteitag in Stavenhagen hatte ihr Vorsitzender Udo VOIGT in seinem Bericht zur Lage der Partei ein Bündnis mit anderen Parteien abgelehnt. Auf dem Bundeswahlkongress am 7. Februar in Passau, der den Auftakt zu Wahlkampfaktivitäten der NPD darstellte, bekräftigte der JN-Vorsitzende und das NPD-Bundesvorstandsmitglied Holger APFEL die Abgrenzung zu den rechtsextremistischen Parteien. Er wies darauf hin, dass die NPD keine formalen Abgrenzungsbeschlüsse gegen „außenstehende Kameraden“ kenne, jedoch eine klare inhaltliche Abgrenzung zu den Republikanern, der Deutschen Volksunion (DVU) oder dem Friedenskomitee 2000 von Alfred MECHTERSHEIMER ziehe.

Die Einigungsbemühungen rechter Parteien lehnt die NPD als illusionär ab („Vereinen kann man nur das, was auch zusammenpaßt“). Der „krampfhafteste Versuch“, die in Entstehung, Struktur und Ideologie stark unterschiedlichen rechten Parteien auf „kleinstem politischen Nenner“ vereinen zu wollen, führe lediglich zur Bildung einer „um demokratische Anerkennung winzelnden bürgerlichen Rechtspartei“ wie bei den REP, die sich aus Sicht der NPD um die Etablierung im herrschenden System bemühten, um selbst Teil des Systems zu werden. Demgegenüber reklamiert die NPD für sich einen Alleinvertretungsanspruch, zumal DVU und REP es bei Demonstrationen der „von ihnen verhöhnten und verachteten NPD mit ihrem angeblich ‚subkulturellen‘ Anhang“ überließen, „die Sache des Volkes zu vertreten“. („Die Einheit der Rechten ist eine große Illusion“, Deutsche Stimme, Nr. 8/1998, S. 2)

Veranstaltungen mit bundesweiter Bedeutung

Nach dem 27. ordentlichen Parteitag der NPD in Stavenhagen, bei dem der bisherige Vorsitzende Udo VOIGT mit 142 von 166 Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde, bestimmten Wahlkampfveranstaltungen und Protestkundgebungen die bundesweiten Aktivitäten der NPD.



Ein Beispiel für die Zusammenarbeit von NPD und Neonazis war der Bundeswahlkongress in Passau am 7. Februar mit rund 4.000 zumeist jüngeren Teilnehmern unter dem Motto „Organisierter Wille bedeutet Macht“. Neben vielen Neonazis und Skinheads, die etwa die Hälfte der Teilnehmer stellten, nahmen auch bekannte Rechtsextremisten wie Jürgen RIEGER, Dr. Reinhold OBERLERCHER, Manfred ROUHS, Wolfgang JUCHEM und Dr. Gert SUDHOLT teil. In seiner Rede diffamierte Manfred ROEDER die Bundesregierung als „das Erzübel des Bon-

ner Lumpenregimes“, Bundeskanzler Kohl als „Liquidator Deutschlands“.

Am 1. Mai versammelten sich rund 4.000 Anhänger der NPD unter dem Motto „*Wir schaffen Arbeit – Bonn schafft nichts*“ vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig. Bei der Kundgebung gab es zum Teil gewalttätige Proteste zahlreicher Gegendemonstranten.

Eine Kundgebung von etwa 500 Anhängern der NPD am 11. Juli in Chemnitz unter dem Motto „*Stoppt den Euro – Volksabstimmung jetzt*“ war ebenso von massiven Protesten zahlreicher Gegendemonstranten begleitet. Unter dem Motto „*Arbeit zuerst für Deutsche*“ demonstrierten ca. 400 Anhänger der NPD am 1. August in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern).

Wiederum unter dem Motto „*Wir schaffen Arbeit – Bonn schafft nichts!*“ fand eine Wahlkampfveranstaltung der NPD am 19. September in Rostock mit etwa 3.000 Anhängern statt.

Protestveranstaltung der NPD gegen die Wehrmachtsausstellung

Ein zentrales Agitationsfeld der NPD war – wie bereits im Vorjahr – der Protest und die Agitation gegen die Ausstellung „*Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945*“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Unter der Führung der NPD fanden am 1. März 1997 in München, am 24. Januar in Dresden, am 6. Juni in Kassel, am 12. September

in Münster, am 24. Oktober in Bonn und am 19. Dezember in Hannover Demonstrationen gegen die Ausstellung statt. Die NPD bezeichnete die Aktionen als „*Demonstration des nationalen Widerstandes gegen die antideutsche Schandausstellung*“. Die Veranstaltungen standen jeweils unter einem den Geschichtsrevisionismus der NPD zum Ausdruck bringenden Motto: „*Unsere Großväter waren keine Verbrecher und wir sind stolz auf sie!*“, „*Für Wahrheit und Freiheit*“, „*Stoppt die antideutsche Hetze! Keine Ruhe für die Schandausstellung! Unsere Väter waren keine Verbrecher!*“. Kennzeichnend für die Protestaktionen der NPD war jeweils die hohe Beteiligung von Neonazis und Skinheads.

In einem im Oktober verteilten Flugblatt des NPD-Kreisverbandes Bonn wird der rechtsextremistische Protest gegen die angebliche „*Zerstörung des nationalen Selbstbewusstseins*“ formuliert:

„Alte und junge Kameraden marschieren gemeinsam für die Ehre der Deutschen Soldaten. Diese sogenannte Wehrmachtsausstellung, die nach über 50jähriger Extrembewältigung der Vergangenheit der Selbstbezeichnungssucht der Deutschen noch 'eins draufsetzt', ist einzigartig in der Welt und wäre in keinem anderen Land auch nur denkbar. ... Keine Ruhe für die bolschewistische Schandausstellung!“

Der NPD-Kreisverband Hannover führte am 19. Dezember eine Demonstration in Hannover unter dem Motto

„Schützt unsere Väter stoppt die Ver-räter!“ gegen die im Neuen Rathaus von Hannover gezeigte Wehrmachtsausstellung durch. In einem Aufruf der NPD gegen die „volksverhetzende Anti-Wehrmachtsausstellung“ kommt eine für den rechtsextremistischen Protest charakteristische Identifizierung der Wehrmacht mit Deutschland zum Ausdruck:

„Um dem antideutschen Treiben dieser Herren zum Jahresabschluß die verdiente Abfuhr zu erteilen und dem anständigen Teil Deutschlands noch einmal kräftig Gehör zu verleihen...“.

Die in der Ausstellung gezeigten Dokumente werden als „Volksverhetzung“ und „antideutsche Verleumdung“ und damit als Angriff gegen die deutsche Nation bezeichnet.

Der NPD-Kreisverband Hannover erwartete zunächst 3.000 Teilnehmer. Diese Angaben wurden später auf 500 bis 800 Teilnehmer reduziert. Tatsächlich kamen lediglich etwa 150 Personen zur Demonstration. Es handelte sich dabei vorwiegend um Neonazis. Sie skandierten Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Deutsche Soldaten – Heldentaten“ und „Nazis raus – aus dem Knast“. Als Redner traten u.a. der NPD-Bundesgeschäftsführer und niedersächsische Landesvorsitzende Ulrich EIGENFELD und der Hamburger Neonazi Christian WORCH auf. An der Durchführung des Demonstrationsmarsches beteiligt war der Northeimer Neonazi Thorsten HEISE.

Die Agitation gegen die Wehrmachtsausstellung verdeutlicht exemplarisch die zwischen den rechtsextremistischen Parteien bestehenden taktischen Differenzen. Kennzeichnend für den Protest der NPD gegen die Wehrmachtsausstellung ist im Gegensatz zu dem der DVU und der REP ein hohes

Maß an Aktionismus und Mobilisierungsfähigkeit. Die NPD thematisiert ihren Protest gegen die Wehrmachtsausstellung weniger in Veröffentlichungen als z.B. die DVU. Ihr Protest manifestiert sich vielmehr in der Organisation von Gegendemonstrationen.

Der Protest gegen die Wehrmachtsausstellung bewirkt in der NPD keine neuen programmatischen Anstöße – die rechtsextremistischen Argumentationsmuster Nationalismus und Geschichtsrevisionismus entsprechen der NPD-Programmatik –, er bestärkt aber die Taktik, über eine „außerparlamentarische Opposition“ Neonazis und Skinheads in die NPD einzubinden. Mit den Demonstrationen profiliert sich die NPD als „Speerspitze“ der nationalistischen Bewegung und bietet ehemaligen Funktionären und Mitgliedern verbotener neonazistischer Organisationen ein Forum für gemeinsame Aktionen.

In der Parteizeitung Deutsche Stimme wird der Protest gegen die Wehrmachtsausstellung genutzt für die Vermittlung geschichtsrevisionistischer Positionen. Kennzeichnend hierfür sind glorifizierende Beiträge zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, insbesondere zur Rolle der Wehrmacht. (Nr. 4/1998 „Die letzte Offensive“; Nr. 9-10/1998 „Die letzte Runde des Schicksalskampfes“).

Zu diesem revisionistischen Geschichtsbild gehört insbesondere die für die rechtsextremistische Argumentation typische Präventivkriegsthese, die die Verantwortung für den Beginn des 2. Weltkrieges auf die angegriffenen Staaten Polen und die Sowjetunion verlagern soll.

In der Leugnung der deutschen Kriegsschuld wird auch die geringe Distanz zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem deutlich. Im gleichen Kontext steht auch das Motiv der

„Schuldumkehr“ bzw. der Aufrechnung mit Verbrechen der Kriegsgegner und damit der Relativierung der von Teilen der Wehrmacht und der Wehrmachtsführung begangenen Verbrechen.

Während sich die NPD der Wehrmachtsausstellung zur aktionsorientierten, öffentlichkeitswirksamen Selbstdarstellung bedient, konzentriert sich die DVU auf die publizistische Agitation. Für die Wochenzeitungen des DVU-Vorsitzenden FREY bietet die Wehrmachtsausstellung einen neuen Anlass für die traditionelle, von Militarismus, Nationalismus und Revi-

sionismus geprägte Berichterstattung. Die geringsten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung entfalteten bislang die REP. In erster Linie dürfte dies darauf zurückzuführen sein, dass der Parteivorsitzende SCHLIERER aus taktischen Gründen bestrebt ist, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer Kooperation mit anderen rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere mit der NPD, zu vermeiden. In ideologischer Hinsicht besteht Übereinstimmung in der Begründung des Protestes von NPD, REP und DVU gegen die Wehrmachtsausstellung.

NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz:		
Bund:	Dresden	
Niedersachsen:	Steinfeld/LK Vechta	
Vorsitzende:		
Bund:	Holger APFEL	
Niedersachsen:	Danny MARQUARDT	
Mitglieder:		
	1997	1998
Bund:	350	400
Niedersachsen:	40	40
Publikationen:		
Bund:	Einheit und Kampf (EuK) – Das revolutionäre Magazin für Nationalisten (erscheint unregelmäßig, Auflage: 2.000)	
	Denkzettel (erscheint unregelmäßig, Auflage: 500)	
	Der Aktivist – Nationalistisches Infoblatt (erscheint unregelmäßig, Auflage: 500)	
Niedersachsen:	JN-Intern (erscheint unregelmäßig, Auflage: 100)	

Als einzige rechtsextremistische Partei hat die NPD mit den 1969 gegründeten JN eine zahlenmäßig relevante und einflussreiche Jugendorgani-

sation. Ihr gehören 400 Mitglieder einschließlich der Anwärter an. Sie ist damit die größte und aktivste Organisation jüngerer Rechtsextremisten in

Deutschland. Die JN sind gemäß § 19 der Satzung der NPD „integraler Bestandteil“ der Mutterpartei, verfügen jedoch über einen eigenständigen Handlungsspielraum.

Von organisatorischer Bedeutung war die auf dem Bundeskongress 1996 erfolgte Umwandlung der JN zu einer Kaderorganisation aus Mitgliedsanwärtern, Mitgliedern/Aktivisten, Kaderanwärtern und Kadern. Mittlere und höhere Führungsebenen werden durch Kaderanwärter und Kader besetzt. Im Kaderprinzip sehen die JN das geeignete Organisationsmodell in der „derzeitigen Phase des politischen Kampfes“. Von einem Kader wird besondere Loyalität erwartet. Er hat seine Interessen der Organisation unterzuordnen und muss zu größten Opfern für sich und das Volk bereit sein.

Mit der Umwandlung in eine Kaderorganisation korrespondiert die zunehmende neonazistische Ausrichtung. Zur Anhängerschaft und Führung gehört inzwischen eine größere Anzahl kooperationsbereiter Neonazis. Durch die Einbindung der neonazistischen JN hat sich auch die NPD verändert. Beispielhaft hierfür sind die gemeinsam mit der NPD durchgeführten überregionalen Aktionen, wie z. B. die Veranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle am 7. Februar, die Demonstration am 1. Mai in Leipzig sowie viele Protestveranstaltungen der NPD gegen die Wehrmachtausstellung.

Den verstärkten Zuspruch der JN insbesondere unter jungen Menschen in den neuen Bundesländern erklärt der JN-Funktionär Alexander von WEBERNAU, der Vorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) und Mitglied des JN-Bundesvorstandes, in einem Interview mit der Jungen Freiheit vom 3. April mit den

Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sowie der multikulturellen Gesellschaft, unter denen die „deutsche Jugend“ und die „mitteldeutsche Bevölkerung“ zu leiden habe. JN und NPD böten dieser Bevölkerungsgruppe eine echte Alternative. Die Öffnung für Neonazis kommentiert WEBERNAU positiv:

„Daß einige wenige bekannte Aktivisten von heute verbotenen Organisationen den Weg zu uns gefunden haben, ist unumstritten. ... Wir Nationaldemokraten fragen nicht 'Woher kommst Du?', sondern nur 'Wo stehst Du heute, und was bist Du bereit zu opfern?'“

Trotz der gestiegenen Teilnehmerzahl bei JN-Aktionen sowie des insgesamt wachsenden Zuspruchs stagnierte im Verlauf des Jahres 1998 jedoch die organisatorische und programmatische Weiterentwicklung des JN-Bundesverbandes, insbesondere im Hinblick auf personelle und konzeptionelle Planungen. Bei der Bundesvorstandssitzung am 13./14. Juni in Bochum wurden die Vorstandswahlen auf das nächste Jahr verschoben.

Am 11./12. Juli führten die JN ihren 27. ordentlichen Bundeskongress durch, bei dem der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT erklärte, die JN müssten „der Antrieb und der Motor der NPD“ sein. Die JN solle in die NPD-Politik neue Ideen aber auch Kritik einbringen.

Wie in den Vorjahren strebten die JN auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen Organisationen an. So beteiligten sich JN-Funktionäre am „5. Europäischen Kongress der Jugend“ am 24. Oktober in Thessaloniki (Griechen-



land). Die bisherigen Zusammenkünfte waren von den JN in Deutschland organisiert worden, zuletzt am 18. Oktober 1997 in Furth im Wald/ Bayern.



Programmatik

Die JN bekennen sich zur Ideologie und Programmatik der NPD, hinsichtlich ihrer Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland treten sie hingegen aggressiver und kämpferischer als die NPD auf. In deutlicher Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung agitieren die JN aggressiv für die Überwindung der von ihnen als „liberal-kapitalistisches System“ diffamierten verfassungsmäßigen Ordnung sowie für die Errichtung eines „neuen Reiches“. Die im Vergleich zur Programmatik der NPD revolutionäre Ausrichtung der JN manifestiert sich in der Erklärung, Freiheit und Identität der Völker könnten nur durch eine nationale Revolution erreicht werden. Dieser systemüberwindende revolutionäre Ansatz wurde formuliert in einem programmatischen Grundsatzartikel („Vorwärts zur deutschen Revolution“):

„Voraussetzung für das Beschreiten des revolutionären Weges ist ein geschärftes politisches Bewußtsein unserer Mitstreiter/innen. Das bedeutet die Erkenntnis, daß das System – bei einigen Annehmlichkeiten – prinzipiell schlecht ist. Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern es beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution.“

(Der Aktivist, Nr. 2/96, S. 12)

Zentrales Moment der von der JN angestrebten „neuen Ordnung“ ist die Ideologie der „Volksgemeinschaft“. Völkischer Kollektivismus, d.h. Überbetonung des Kollektivgedankens im Sinne einer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der

„Volksgemeinschaft“, sowie ein völkisch definierter Nationalismus – verbunden mit Rassismus – manifestieren sich in der Gegnerschaft der JN zum europäischen Einigungsprozess:

„Die Vertreter der herrschenden Machtstrukturen auf unserem Kontinent vervollkommen Stück für Stück den multi-rassischen Schmelztiegel der 'Vereinigten Staaten von Europa'. Die politische, wirtschaftliche und ethnische Versklavung sowie die daraus resultierende (gewünschte?!) Ausrottung der einst freien, weißen Kulturvölker Europas inbegriffen.

Eine Millionenschar blutloser, körperlicher und seelischer Krüppel – das ist es, was ein multi-rassischer Schmelztiegel auf europäischem Boden nach dem Willen dieser Völkermörder hervorbringen soll.“
(Der Aktivist, Nr. 19/97, S. 21)

In einem Anfang 1998 erstellten Papier „Schafft befreite Zonen!“ manifestiert sich der systemüberwindende Ansatz der JN und damit die Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland in der Strategie der „national befreiten Zonen“.²⁶

²⁶ Das Konzept für die Strategie der „national befreiten Zonen“ geht ursprünglich auf ein Papier zurück, das in der Zeitschrift Vorderste Front – Zeitschrift für politische Theorie und Strategie (Ausgabe 2/Juni 1991) des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) erschienen war. Der unbekannte Autor forderte darin die Etablierung einer Gegenmacht „von unten“, die aus autonomen Freiräumen für die rechtsextremistische Szene erwachsen sollte.

Ihrem Selbstverständnis einer Kampf-gemeinschaft entsprechend sind die nicht in erster Linie geographisch definierten „national befreiten Zonen“ „Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands“:

„Befreite Zonen sind aber auch Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können. ... Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird.“

Mit der Errichtung der „national befreiten Zonen“ streben die JN die Etablierung einer „Gegenmacht von unten“ an:

„Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivistinnen ... zweitrangig. Entscheidender wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen.“

In einer JN-Definition für „befreite Zonen“ wird ihr kämpferischer Ansatz deutlich:

„Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können. ... Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolu-

tionäre und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht. ... Ist auf diese Weise einmal ein Straßenzug – es kann natürlich auch ein kleines Dorf sein – zur befreiten Zone innerhalb einer militant befreiten Stadt geworden, haben wir also konkrete Gegenmacht erobert, dann wird sich dies rasend schnell herumsprechen. Dann hat der Staat nur mehr zwei Möglichkeiten. Entweder er greift brutal durch ... oder aber der Staat weicht zurück – erst langsam, dann im Schweinsgalopp und schließlich in panikartiger Flucht.“

Neben dieser deutlichen Bereitschaft zu Militanz in dem revolutionären Ansatz der JN ist in dem Konzeptpapier u.a. auch eine Kampfansage gegen die „Multikulturelle Gesellschaft“ enthalten, die bereits im JN-Infoblatt Der Aktivist Nr. 1/97 unter dem Motto „Der Kampf wird härter“ veröffentlicht worden war:

„Der Gegner ist dabei, die ‘Multikulturelle Gesellschaft’ zu verwirklichen; das bedeutet natürlich die Zerstörung unseres Volkes. Wenn wir also unser Volk retten wollen, so müssen wir diesen Kampf bedingungslos aufnehmen, und zwar in allen Lebensbereichen. ... es geht letztendlich um den Fortbestand unseres Volkes“.

Neben dem Ideologiemerkmal des völkisch definierten Nationalismus, der in dem Szenario der „Zerstörung unseres Volkes“ durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ deutlich wird, offenbart die JN ihre eindeutig rassistische Ausrichtung, wenn Verhaltensregeln zum Umgang mit Ausländern gegeben werden:

„Kauft grundsätzlich nicht bei Ausländern und internationalen Fast-Food-Ketten! Nehmt den Eindringlingen damit die wirtschaftliche



Grundlage! Lieber Hunger als Döner-Kebab oder Big-Mac!

... Sucht gleichgesinnte Familien, damit eure Kinder nicht mit dem netten Türken von nebenan oder dem Negerkind von nebenan spielen müssen!

... Setzt Kinder in die Welt und erzieht sie zu Mitstreitern. Nicht irgendein Staat, sondern eure Kinder sind die Garanten unseres Volkes! Gebt eueren Kindern deutsche bzw. germanische Namen!“

Immer wiederkehrende Positionen wie Nationalismus, „Reichs-Gedanke“, völkischer Kollektivismus und Rassismus



sind charakteristisch für programmatische Aussagen der JN in ihren Veröffentlichungen. In den Übereinstimmungen mit NS-Ideologiemerkmalen sowie in dem offenen Bekenntnis zu NS-Führungspersonen und NS-Herrschaftsstrukturen dokumentiert sich ihre Nähe zum historischen Nationalsozialismus.

Neben die klassischen JN-Agitationsfelder Fremdenfeindlichkeit, völkischer Kollektivismus, Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates sowie Revisionismus treten vermehrt sozial- und wirtschaftspolitische Themen. So steht bei der gemeinsam mit der NPD durchgeführten Kampagne „*Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national*“ die soziale Frage im Vordergrund der Agitation.

Deutsche Volkunion (DVU)

Sitz:		
Bund:	München	
Land:	Bremen	
Vorsitzende:		
Bund:	Dr. Gerhard FREY	
Land:	Wolfram KRAUSE (Bremen)	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	15.000	18.000
Land:	1.800	1.600
Publikationen:	Deutsche Wochen-Zeitung/ Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) (erscheint wöchentlich, Auflage ca. 21.000 Exemplare) Deutsche National-Zeitung (DNZ) (erscheint wöchentlich, ca.35.000 Exemplare)	

Die DVU wurde vom Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY 1971 als „überparteiliches Sammelbecken“ gegründet. 1987 erfolgte dann unter der Bezeichnung Deutsche Volkunion – Liste D die offizielle Gründung einer

zunächst eng mit der NPD kooperierenden Partei. Dieser Schritt, den FREY mit dem Versagen der Bundesregierung „auf den Feldern Deutschland- und Ost-Politik, innere Sicherheit und Ausländerpolitik“ begründete, war

eine Reaktion auf den Aufstieg der Partei Die Republikaner, durch den NPD und DVU im rechtsextremistischen Bereich in den Hintergrund gedrängt wurden. In den Jahren 1991 und 1992 gelang der DVU, die nach einer Satzungsänderung vom 16. 02. 1991 auf den Zusatz Liste D verzichtete, der Einzug in die Bremer Bürgerschaft bzw. in den Landtag von Schleswig-Holstein. Einen Aufsehen erregenden Erfolg erzielte die Partei im April bei den Landtagswahlen von Sachsen-Anhalt, als sie 12,9 % der Stimmen erhielt.

In den 15 Landesverbänden (Berlin und Brandenburg bilden einen Landesverband) der von FREY beherrschten und autokratisch geführten Partei sind 18.000 Mitglieder organisiert. Die Abhängigkeit von der Münchener Zentrale wird auch dadurch dokumentiert, dass die einzelnen Landesverbände über keine eigenen Geschäftsstellen verfügen. Überdies fehlt ihnen finanzieller Entscheidungsspielraum. Der alljährlich im Bundesanzeiger veröffentlichte Rechenschaftsbericht der Partei weist für die DVU 1997 ein Defizit von rund 9 Mio. DM auf. Dieser Fehlbetrag wird größtenteils von FREY kreditiert.

Neben der Partei leitet FREY den ideologisch gleichnamigen Verein Deutsche Volksunion e.V., der insbesondere mit Spendenaufrufen und Anzeigen in den Printmedien FREYs in Erscheinung tritt. Der Verein spielt eine wichtige Rolle bei der Rekrutierung von neuen Mitgliedern für die DVU. Seine Mitglieder werden nach Vollendung des 16. Lebensjahres automatisch auch Parteimitglieder, sofern sie nicht ausdrücklich widersprechen.

Ob die DVU-internen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie entsprechen, ist Gegenstand der Beobachtung durch die Ver-

fassungsschutzbehörden. So wurden die Landeslisten der DVU für die Bundestagswahl 1998 im Wesentlichen durch den von FREY dominierten Bundesvorstand festgelegt; nur in Einzelfällen erfolgten Änderungen oder Ergänzungen durch die Beschlussgremien. Bei der Aufstellung der DVU-Landesliste für Mecklenburg-Vorpommern Anfang Juli kam es während des Landesparteitages zu einem Eklat, der die zentralistische Ausrichtung der DVU und den Mangel an innerparteilicher Demokratie deutlich macht: ein Parteimitglied kritisierte das Abstimmungsverfahren öffentlich als im Widerspruch zum Parteiengesetz stehend. FREY ließ daraufhin den bisherigen Landesvorsitzenden Birger FUB noch vor der Aufstellung der neuen Landesliste absetzen und durch einen Vertrauten ersetzen. Über die Zusammensetzung der Landesliste entschied die Parteizentrale in München. Der parteiinterne Kritiker wurde aus der DVU ausgeschlossen.

Landesverband Niedersachsen

Der 1988 gegründete niedersächsische Landesverband ist in Kreisverbände untergliedert. Auf Kreisverbandsebene werden so genannte politische Stammtische durchgeführt. Die Mitgliederentwicklung ist – entgegen dem Bundestrend – rückläufig. Derzeit gehören der DVU in Niedersachsen ca. 1.600 Mitglieder (1997: 1.800) an. Organisa-



Beteiligung an Wahlen

Bei der Landtagswahl vom 26. April in Sachsen-Anhalt erhielt die DVU 192.000 der Zweitstimmen (12,9 %) und zog mit 16 Abgeordneten in den Landtag in Magdeburg ein. Mit Slogans wie „*Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze*“, „*Kriminelle Ausländer raus!*“, „*Diesmal Protest wählen!*“ und „*Ausbildungsplätze schaffen – Politiker-Gehälter kürzen*“ wollte die DVU, die ihren Wahlkampf auf zielgruppenspezifische kostenintensive Wahlwerbung konzentrierte und auf öffentliche Kundgebungen verzichtete, insbesondere Jugendliche ansprechen. Wahlanalysen, denen zufolge 23 % der Wähler im Alter von 18 bis 24 Jahren für die DVU votierten, bestätigten den Erfolg dieser Strategie.

Den Erfolg bei der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl konnte die Partei weder in anderen Bundesländern noch bei der Bundestagswahl wiederholen. Trotz eines ähnlich kostenintensiv geführten Wahlkampfes erreichte die DVU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nur 2,9 % der Stimmen. Auf eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen verzichtete die Partei. Bei der Bundestagswahl blieb die DVU mit 1,2 % (in Niedersachsen 0,6 %) weit hinter ihren Erwartungen zurück.

torisch befindet sich der Landesverband seit Jahren in einem schlechten Zustand. Nachwuchsorganisationen bestehen nicht und sind zurzeit auch nicht vorgesehen. Zu Veranstaltungen kommt es allenfalls im Vorfeld von Wahlen, aber auch hier sind die Mitglieder nur eingeschränkt zu Aktivitäten zu bewegen. Anlässlich der Bundestagswahl 1998 fanden keine öffentlichen Wahlveranstaltungen statt. Es erfolgten lediglich Plakatierungen, Handzettelverteilaktionen sowie die von der Bundesgeschäftsstelle aus gesteuerten Hauswurfsendungen.

1998 führte die DVU in Niedersachsen nur zwei größere Veranstaltungen durch, eine Vortragsveranstaltung in Lüchow, die am 28. Februar in Anwesenheit FREYs zur Vorbereitung des Wahlkampfes in Sachsen-Anhalt stattfand, und eine Veranstaltung mit Parteitagscharakter in Rotenburg/Wümme, auf der am 6. Juni die Landeslisten für Niedersachsen, Hamburg und Bremen zur Bundestagswahl aufgestellt wurden.

Sonderrechte für Juden?
Was hinter Massenzustrom steckt (Seite 3)

Deutsche Wochenzeitung

ANZEIGEN

FÜR NATIONAL

Wie Ausländer „Deutsche“ werden

Der Trick mit der doppelten Staatsbürgerschaft

Wer beherrscht das Fernsehen?



Deutschland - Paradies für Kriminelle?
So schutzlos sind die Bürger

National+Zeitung

Der Holocaust-Maulkorb

Der neue Haider

Was man nicht mehr sagen darf

Frau vor neuer Karriere?




Das Geheimnis von Auschwitz
Welchen Zahlen darf man glauben?

National+Zeitung

Verschwörung gegen Clinton

Schleibt durch Niederrhein ins Kanzleramt?

Stürzt US-Präsident über Israel-Lobby?

Schafft Kohl neue Militär-Tilgung?




Großveranstaltung in Passau

Die einzige von der DVU öffentlich angekündigte Großveranstaltung, für die in den Zeitungen FREYs geworben wird, findet regelmäßig in Passau statt. 1998 markierte die Veranstaltung, an der sich am 26. September 3.000 Personen beteiligten, den Höhepunkt des Bundestags-Wahlkampfes. Neben FREY traten der ehemalige REP-Vorsitzende SCHÖNHUBER und der Europaabgeordnete des französischen Front National Yvan BLOT als Redner auf. FREY unterhält sowohl zur rechts-extremistischen Front National als auch zum Vorsitzenden der nationalistischen Liberaldemokratischen Partei Russlands Wladimir SCHIRINOWSKI Auslandskontakte. SCHÖNHUBER kandidierte für die DVU auf Platz eins der bayerischen Landesliste für die Bundestagswahl.

Programmatik und Ideologie

Die DVU nutzt für ihre rechtsextremistische Propaganda den Stil der Andeutung und der Verkleidung von Agitation durch die Frageform, indem sie Kausalzusammenhänge z.B. zwischen dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Anwesenheit von Ausländern in Deutschland suggeriert oder als „Fragen“ darstellt. Die folgenden Überschriften der DVU-Publikationen illustrieren dies: *„Die Geisel der Ausländerkriminalität – So schutzlos sind wir Deutschen“* (DNZ Nr. 17/98, S. 1), *„Kriminelle Ausländerbanden nicht zu stoppen? – Ansturm auf Deutschland“* (DNZ Nr. 8/98, S. 8) und *„Vor neuer Einwanderungswelle? – Wenn Einheimische zur Minderheit werden“* (DNZ Nr. 34/98, S. 1 und 2), *„So wird Deutschland verfremdet – Vor Masseneinwanderung aus dem Osten“* (DWZ/DA

Nr. 16/98, S. 1) und *„Ausländer: Bleibe-recht für jeden? Was sich kriminelle Ausländer erlauben können“* (DWZ/DA Nr. 18/98, S. 1).

Antisemitische Tendenzen stehen häufig in einem engen thematischen Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Thesen. Kennzeichnend hierfür sind Artikel wie: *„Wird jüdische Massenwanderung gestoppt?“* (DNZ Nr. 6/98, S. 8) oder *„Droht jüdische Masseneinwanderung?“* (DWZ/DA Nr. 10/98, S. 1) und die Frage nach der „unaufhaltbaren Wiedergutmachung“ wie z.B. *„Neue Millionen für ‘Holocaust-Opfer’“* (DNZ Nr. 15/98, S. 9).

Beiträge in der DWZ/DA und der DNZ enthalten ständig eine Schuldumkehr zur Entlastung des NS-Regimes. Unter Ignorierung der historischen Tatsachen erscheint das deutsche Volk als Opfer jüdischer Erpressung hingestellt. Es wird suggeriert, dass Juden die nationalsozialistische Rassenideologie mitzuverantworten und weltweit großen Einfluss haben, dass jüdische Bürger das deutsche Volk bevormunden und ungerechtfertigte Vorrechte eingeräumt bekämen.

Exemplarisch für die revisionistische Grundausrichtung der DVU und ihre Agitation gegen die angebliche alliierte Umerziehung ist die Auseinandersetzung mit der Ausstellung *„Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“*, die das zentrale Berichtsthema von DWZ/DA und DNZ im Jahre 1998 bildete. Die Resonanz der Wehrmachtsausstellung in der deutschen Öffentlichkeit erklärt sich die DVU (nachfolgende Zitate aus DWZ/DA vom 06. 03. 1998, S. 11) mit dem Wirken einer *„vor Deutschen haßschwer kranken Meinungsindustrie“*. Deutschland befindet sich nach FREYs Auffassung in einer Art wesensfremden, geistigen Besatzungszustand. Die *„Meinungsindustrie bei uns und*

anderswo wetteifert darin, die Alliierten zu glorifizieren und die Deutschen zu verteufeln.“ Die Wehrmachtsausstellung sei der „erbärmlichste Höhepunkt“ einer gegen die Wehrmacht gerichteten Agitation, deren Beginn die Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre gewesen sei. Inzwischen sei „die Schändung deutscher Gefallenen-Ehrenmale zu einem ‘Volkssport’ für Ehrlose geworden“, sodass „Reemtsma und seine Gesellen nach Lust und Laune lügen und fälschen können.“

Zur Relativierung deutscher Kriegsverbrechen wird auf Verbrechen der Kriegsgegner verwiesen. Als exemplarisch für die Argumentation der DVU kann die Ankündigung des Buches „Verbrecher-Album der Sieger“ (letzte Auflage von 1998, FZ-Verlag) in der DWZ/DA gelten:

„Steckbriefartig werden die schlimmsten Schreibtischtäter, Hetzer und Vollstrecker im Vernichtungskrieg gegen Deutschland vorgestellt. Mordhetzer Ehrenburg spielt ebenso eine Rolle wie ‘Bomben-Harris’ oder Henker Woods. Aber auch die schlimmsten KZ-Schinder, antideutsche Propagandisten, Köpfe des Menschheitsverbrechens der Vertreibung usw. finden sich in dem Verbrecheralbum wieder.“

Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation steht der Vergleich mit den Kriegshandlungen der Roten Armee bzw. die Aufrechnung mit den Verbrechen zurzeit kommunistischer Herrschaft in der Sowjetunion. Die Rede ist z.B. von „Giga-Holocausts, die der kommunistische Wahn angerichtet hat.“

Zusammenarbeit mit anderen rechts-extremistischen Parteien

Das gute Abschneiden der DVU bei der Wahl in Sachsen-Anhalt veranlasste FREY, den REP aus einer Position der Stärke heraus Kooperationsgespräche ohne Vorbedingungen anzubieten. Der REP-Bundesvorsitzende SCHLIERER lehnte dieses Angebot jedoch zunächst ab.

Mit der Kandidatur des ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden SCHÖNHUBER als Parteiloser für die DVU bei der Bundestagswahl setzte FREY den REP-Vorsitzenden unter Druck. Viele REP-Mitglieder waren zum Parteiwechsel bereit und wollten SCHÖNHUBER, der sich seit mehreren Jahren für eine Zusammenarbeit von REP und DVU einsetzt, folgen. Im Osten Deutschlands beabsichtigten ganze REP-Kreisverbände, geschlossen zur DVU zu wechseln.

Am 17. November fand erstmals ein Treffen zwischen FREY und SCHLIERER statt, welches dem Meinungsaustausch über die politische Lage in Deutschland nach der Bundestagswahl dienen sollte. Um „nationalen Interessen“ in der deutschen Politik zu einem größeren Einfluss zu verhelfen, verständigten sich die beiden Parteivorsitzenden darauf, bei künftigen Wahlen eine unnötige Konkurrenz zwischen REP und DVU zu vermeiden. Die DVU erklärte in einer Presseerklärung, dass sie zugunsten der REP auf eine Kandidatur bei den hessischen Landtagswahlen am 7. 2. 1999 verzichten werde. Im Gegenzug verzichteten die REP auf eine Teilnahme an den Wahlen in Bremen im Juni 1999.

Ähnliche Absprachen mit der NPD kamen nicht zustande. Bezüglich einer etwaigen Wahlabsprache erklärte der

NPD-Vorsitzende VOIGT im Juni, dass es sowohl im persönlichen Verhältnis als auch im politisch-inhaltlichen Bereich unüberbrückbare Gegensätze zwischen der NPD und dem DVU-Bundesvorsitzenden FREY gebe. Diese Sichtweise wird von der DVU geteilt, die sich dabei durch die Kandidatur des Rechtsterroristen Manfred ROEDER für die NPD anlässlich der Bundestagswahl in ihrer Distanzierung bestätigt fühlt.

Tatsächlich ist die ideologische Differenz zwischen DVU und NPD größer als zwischen DVU und REP, auch wenn die ideologische Schnittmenge zwischen allen drei rechtsextremistischen Parteien erheblich ist. Die DVU FREYs, die in erster Linie rechtsextremistische Ressentiments schürt, dürfte insbesondere die nationalrevolutionäre Entwicklung der NPD in Form einer Synthese von Nationalismus und Sozialismus nicht teilen.

Die Republikaner (REP)

Sitz:		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende:		
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER	
Niedersachsen:	Peter LAUER	
Mitglieder:		
	1997	1998
Bund:	15.500	15.000
Niedersachsen:	550	600
Publikationen:		
Bund:	Der Neue Republikaner (erscheint monatlich, Auflage: ca. 20.000)	
Niedersachsen:	Wir Republikaner in Niedersachsen (Auflage: 600)	

Die am 27. November 1983 in München gegründeten REP vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden Dr. Rolf SCHLIERER einen Kurs, der auf eine Ausweitung der programmatischen Bandbreite und eine Intellektualisierung des Ansatzes der Alten Rechten zielt, um die Partei für rechtskonservative Positionen zu öffnen. SCHLIERERs Position, die parteiintern umstritten ist, konsolidierte sich, als den REP unter seiner Führung im Jahre 1996 der Wiedereinzug in den baden-würt-

tembergischen Landtag mit 9,1 % der Stimmen gelang.

Bis heute ist SCHLIERERs Kurs, den REP ein Profil jenseits des traditionellen Rechtsextremismus zu verschaffen, innerhalb der Partei umstritten. Nach wie vor verfügt der aus der Partei ausgetretene ehemalige Vorsitzende SCHÖNHUBER über Anhänger unter den Mitgliedern. Aussagen SCHLIERERs selbst lassen den Schluss zu, dass sein politischer Ansatz in sehr viel stärkerem Maße von taktischen Erwägungen

als von einer wirklichen programmatischen Kurskorrektur bestimmt wird. Dies belegt nicht zuletzt seine Kontaktaufnahme zu Dr. FREY.

Auf dem Bundesparteitag der REP in Neufraunhofen (Bayern) am 21./ 22. 11. 1998 wurde SCHLIERER mit 318 von 390 Stimmen wieder gewählt. Sein innerparteilicher Kontrahent, der stellvertretende Vorsitzende Christian KÄS, der als Exponent einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen gilt, hatte zuvor seine ursprünglich geplante Gegenkandidatur zurückgegeben.

Während die REP, die in allen Bundesländern über eigene Landesverbände verfügen, 1998 auf Bundesebene einen leichten Mitgliederrückgang von 15.500 auf 15.000 Mitglieder zu verzeichnen hatten, konnten sie sich in Niedersachsen auf 600 Mitglieder (Eigenangaben: 700) steigern. Strukturelle Defizite und Finanzprobleme sind dennoch unübersehbar. In einem Beitrag für das Mitteilungsblatt Wir Republikaner in Niedersachsen erklärte der Landesvorsitzende Peter LAUER im Dezember die Stärkung vorhandener Strukturen der Partei und die „Beseitigung der noch weißen Flecken im Lande“, die er insbesondere im Nordwesten Niedersachsens lokalisierte, zur vorrangigen Aufgabe. Die finanziellen Mittel des Landesverbandes reichen nach LAUERs Angaben gerade aus, „die laufenden Geschäfte zu finanzieren“.

Eine wesentliche Ursache der organisatorischen Defizite waren permanente persönliche Auseinandersetzungen im Landesvorstand, die bereits 1997 zu Strafanzeigen wegen des Verdachts der Unterschlagung, Rechtsbeugung und Urkundenfälschung geführt hatten. Als Folge interner Streitigkeiten verließen im Februar sieben Man-

daträger im Regierungsbezirk Lüneburg die Partei. Sie begründeten ihren Schritt damit, dass der Landesverband wachsenden totalitären Grundeinstellungen folge und die politische Willensbildung in der Partei erheblich behindert werde. Eine der ausgetretenen Personen erklärte in Ergänzung einer Pressemitteilung:

„... daß nach meiner Auffassung Demokratie und Meinungsfreiheit untrennbar zusammen gehören. Die Meinungsbildungs- und Meinungsäußerungsfreiheit der Mitglieder wird seit Mai 97 nach meiner Auffassung innerhalb des Nieders. REP-Landesverbandes in einer Weise eingeschränkt, die meinem inneren Wesen widerspricht.“

Hier kommt zum Ausdruck, dass das Parteileben der REP den Grundsätzen einer innerparteilichen Demokratie nach wie vor nicht genügt. Da eine personelle Erneuerung nicht stattgefunden hat, dürfte sich an diesem Zustand wenig geändert haben.

Beteiligung an Wahlen

Bei der niedersächsischen Landtagswahl blieben die REP mit 118.730 Zweitstimmen (2,8 %) deutlich unter ihrem Ergebnis aus dem Jahre 1994 (159.026 Stimmen = 3,7 %). Ihre besten Ergebnisse erzielten die REP in den Wahlkreisen Wilhelmshaven (8,6 %), Celle (6,7 %), Celle-Land (6,3 %) und Jever (5,7 %). Weder bei der Bundestagswahl noch bei den Landtags-

wahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern konnten die REP die Fünf-Prozent-Sperrklausel überwinden. Mit 1,8 % bei der Bundestagswahl (1994: 1,9 %) sowie 0,5 % (1994: 1 %) in Mecklenburg-Vorpommern und 3,6 % (1994: 3,9 %) in Bayern verfehlte die Partei sogar das Ergebnis der vorangegangenen Wahlen. Das niedersächsische Bundestagswahlergebnis der REP fiel mit 44.944 Zweitstimmen (0,9 %) ebenfalls niedriger aus als 1994. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie in den Wahlkreisen Friesland-Wilhelmshaven mit 1,7 % und Celle-Uelzen mit 2,0 % der Zweitstimmen.

Ideologie und Programmatik

Von der DVU und der NPD unterscheiden sich die REP durch eine differenziertere Programmatik und eine weniger aggressive, primär auf Wahlen ausgerichtete politische Agitation. Im Bemühen, als seriöse rechtskonservative Kraft Akzeptanz zu finden, messen die REP der Parlamentsarbeit, im Vergleich zu den anderen rechtsextremistischen Parteien, den höchsten Stellenwert zu. Trotz ihres um Distanz gegenüber DVU und NPD bemühten Auftretens in der Öffentlichkeit sind auch bei den REP in Äußerungen maßgeblicher Vertreter und in Veröffentlichungen rechtsextremistische Ideologieelemente nachweisbar, wie die Ablehnung des Demokratieprinzips, die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, völkisch-kollektivistisches Denken und Fremdenfeindlichkeit. Das erhebliche Maß an programmatischer Übereinstimmung erklärt, warum bei den REP die Diskussion über eine rechtsextremistische Bündnispolitik, ungeachtet der „Saubermann-Taktik“, immer wieder auflebt.

Fremdenfeindliche Parolen bestimmen die politische Propaganda und die Wahlaussagen der REP. In der Parteizeitung *Der Neue Republikaner* werden in polemischen und diffamierenden Beiträgen politische und soziale Probleme monokausal auf die Zuwanderung von Ausländern zurückgeführt. Überschriften wie „*Kurden kaufen die Altstadt von Celle auf*“, „*Muslims erobern Deutschland*“ suggerieren Problemdimensionen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen, und befördern damit Stimmungen gegen Fremde, die sich gegen das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern richten. Exemplarisch für die einseitige, für Rechtsextremisten charakteristische Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme sind folgende Ausführungen:

„Ob Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, die Probleme bleiben ungelöst. Masseneinwanderung und Massenarbeitslosigkeit, explodierende Kriminalität und Auflösung unseres Nationalstaates und seiner sozialen Sicherheitssysteme in Europa – im Bonner Postenschacher bleibt alles auf der Strecke.“
(*Der Neue Republikaner*, Nr. 12/1998, S. 1)

In der Ausgabe 7/1998 kommentierte der REP-Vorsitzende SCHLIERER den türkischen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit den Worten:

„Herr Yilmaz, bevor sie die Aufnahme der Türkei in die EU fordern, geben Sie uns Kreuzberg zurück! ... Die türkischen Eroberer stehen nicht mehr nur vor Wien, sondern sind mitten unter uns.“

In besonders abwertender Form äußerte sich der niedersächsische REP-Funktionär Karl Ingo WELKE in einem Rundschreiben anlässlich des Jahreswechsels 1998/99:

„Wer trägt eigentlich die Verantwortung – die Politiker, die Eltern, die Wähler – für unsere Kinder, die in umgekippten Stadtteilen aufwachsen müssen, wo ein Großteil der Einwohner mit 300 Worten aus dem deutschen Sprachschatz auskommt? Ist das die kommende, geistige Elite?“

Die Stigmatisierung ausländischer Bürger als maßgebliche Verursacher sozialer Probleme bestimmte auch das Auftreten der REP im Wahlkampf. So erklärte der niedersächsische Landesvorsitzende LAUER auf einer Wahlveranstaltung anlässlich der niedersächsischen Landtagswahl im Februar im Landkreis Celle:

„... Arbeit für Deutsche – für wen denn sonst?... Wir empfehlen unseren bosnischen Gästen zurückzukehren und Aufbauarbeit zu leisten Sie sollen uns nicht mehr weiter auf der Tasche liegen. ... Hier können sich alle räkeln. Weil wir nicht nur das deutsche Volk versorgen, sondern auch 10 Millionen Fremde. ... Hier arbeiten Ausländer, jeder, der hier arbeitet, nimmt einem Deutschen einen Arbeitsplatz weg ... Die Party in Deutschland ist zu Ende ... Schluß jetzt, geht nach Hause ...!“

In der Jugendzeitschrift der Bundespartei Junge Deutsche (1. Ausgabe/1998, S. 1) wurde unter der Überschrift *„Informationen für Jungwähler“* ein Anwachsen des ausländischen Bevölkerungsanteils in pauschaler Weise gleichgesetzt mit einem Anstieg der Kriminalitätsrate:

„Durch eine Massenaufnahme von Menschen aus vielerlei Volksgruppen werden wir vollends zur multikulturellen Gesellschaft, die unweigerlich zu einer multikriminellen Gesellschaft werden wird.“

Der Stellenwert der fremdenfeindlichen Agitation für die Wahlpropaganda der REP wird durch die Überschriften in der Dezemberausgabe des Parteiorgans Der Neue Republikaner dokumentiert, die sich schwerpunktmäßig der hessischen Landtagswahl widmete. Die Überschriften der größten Artikel lauteten; *„Hessen soll deutsch bleiben!“*; *„‘Nein’ zur Islamisierung unserer Schulen“*; *„Polizisten sollen sich Ausländern anpassen“*; *„Bürgerkriegs-Importe“*; *„Hessen als Wohlfahrtsamt der Welt?“*; *„Kostenexplosion im Bildungswesen – Folge ungehemmter Einwanderung“*; *„Deutsche Kicker heimatlos“*; *„Sprechen Sie deutsch? Dann: Arbeitsplatz ade!“*; *„Hoechst: Wieder verschwindet ein deutsches Traditionsunternehmen“*.

Werden die fremdenfeindlichen Positionen in den Gesamtzusammenhang des „allgemeinen Parteijargons“ (vgl. Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 31. 08. 1998, S. 13 und 16) der REP gestellt und bewertet, so wird deutlich, dass sie nicht als polemisch zugespitzte, letztlich legitime Kritik an der Ausländerpolitik der Bundesregierung zu betrachten sind, sondern Bestandteil rechtsextremistischer Bestrebungen sind.



Indem sie die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland als Vollzug alliierter Umerziehungspolitik interpretieren, stellen die REP die Legitimität des Grundgesetzes in Frage. Die Bundesregierungen werden als willfährige Ausführungsorgane fremder Interessen dargestellt:

„...die Blindheit der Bonner Politikerkaste ist nicht ererbt oder angeboren, sondern selbst auferlegt, freiwillig übergestülpt in vierzig Jahren Umerziehung, Anpassung, Domestizierung der Deutschen.“

(Mitteldeutscher Kurier (Organ des Landesverbandes Sachsen Anhalt), 1/1997)

In der Parteizeitung Der Neue Republikaner (Ausgabe 4/1998, S. 2) führte ein Frankfurter Stadtverordneter der REP den sozialdemokratischen Wahlsieg bei den niedersächsischen Landtagswahlen auf amerikanische Umerziehungspolitik zurück:

„Die schleichende Amerikanisierung der bundesdeutschen Politik, das Ergebnis jahrzehntelang von der etablierten politischen Klasse eifrig betriebener Re-Education, treibt hier personifizierte Früchte.“

Das Mitglied der Ratsfraktion Frankfurt, Andreas KÖNIG, bezeichnete im September im Römer-Report, der von der REP-Fraktion im Frankfurter Stadtrat herausgegeben wird, Überlegungen über die Einführung eines Internationalen Gerichtshofes seitens des damaligen Bundesaußenministers Kinkel als „Verrat an Deutschland“:

„Anstatt der Kehrtwende der Amerikaner zu folgen, übertreffen die Gleichgeschalteten und Umerzogenen nunmehr sogar ihre geistigen Ziehväter. Nun soll das Grundgesetz aufgeweicht werden, um alle möglicherweise noch nicht völlig geistig kastrierten Deutschen mit ihrer im Bedarfsfalle möglichen Auslieferung an den 'Internationalen Gerichtshof' zu bedrohen. Eine wahrlich famose Umsetzung der bis heute fortgeltenden UNO-Feindstaatenklausel betreffend den 'besiegten Feindstaat Deutschland', gegen den jederzeit wieder Kampf bzw. Bestrafungsmaßnahmen aufgenommen werden können, sollte er sich noch einmal als nicht unterwürfig genug zeigen.“

Die Agitation gegen die Umerziehungspolitik korrespondiert mit Positionen, die in der Tendenz nationalsozialistische Verbrechen relativieren. Besonders deutlich wurde dies bei der Agitation der REP gegen die Ausstel-



lung „Vernichtungskrieg. – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“. Der Aufruf der Republikanischen Jugend Hessen zu einer Protestkundgebung am 30. Mai in Kassel enthielt folgenden Appell:

„Es wird in unserem Land gezielt versucht, eine Gesinnungsdiktatur aufzubauen. ... Laßt uns ... gemeinsam ein Zeichen setzen gegen Geschichtsfälschung und pauschale Verunglimpfung der gesamten Kriegsgeneration!“.

In einem Flugblatt zum Thema „Wehrmachtsausstellung‘ Diffamierung einer Generation“ (verteilt 1998, verantwortlich: Dr. SCHLIERER) wenden die

REP den deutschen Überfall auf die Sowjetunion ins allgemein Schicksalhafte. Indem sie von einem stalinistischen, nicht aber von einem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg sprechen, zwischen Verursachung des Krieges und seinen Folgen nicht trennen, betreiben die REP Schuldumkehr:

„Die Regeln der Menschlichkeit waren vom ersten Tag des Rußlandfeldzuges an außer Kraft gesetzt. Stalin ließ den Krieg als ‘Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk‘ führen, dessen blutige Wirklichkeit Millionen unschuldiger deutscher Zivilisten beim Einmarsch der Roten Armee in die deutschen Ostgebiete das Leben kostete.“

(Flugblatt der Bundesgeschäftsstelle Berlin, verteilt 1998)

Fremdenfeindlichen Positionen und der Agitation gegen das Demokratieprinzip liegt die kollektivistische und nationalistische Weltanschauung zugrunde. Der Parteivorsitzende SCHLIERER führt zur Bedeutung des Begriffes Nation für die REP aus:

„Die Nation als Solidargemeinschaft macht auch in Zukunft eine Politik notwendig, die den Belangen des eigenen Staatsvolkes Vorrang einräumt. Wer dies mißachtet, den bestraft die Geschichte. ... Ohne die Nation als politisch verfaßtes Staatsvolk kann es keine Volksherrschaft, keine Demokratie geben.“

(„Die Republikaner in den mitteldeutschen Ländern“ – Kurzfassung Wahlprogramm 1998)

Im Kontext der von den REP vertretenen ausländerfeindlichen Positionen begreifen die REP das „eigene Staatsvolk“ als ausschließlich „deutsches Volk“. Das Recht auf politische Partizipation bleibt den Ausländern damit versagt.

Hans HIRZEL (Stellvertretender Bundesvorsitzender und Beisitzer im hessischen Landesverband) bewertet den von Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesministern zu leistenden Amtseid im Parteiorgan Der Neue Republikaner (Nr. 12/1998, S. 7) als „deutsch-völkisch“. Der Eid meine den deutschen Nationalstaat und dessen Staatsvolk. Diese für Rechtsextremisten typische reduktionistische Betrachtungsweise blendet aus, dass der Amtseid in besonderer Weise auf die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte verpflichtet, denen im demokratischen Staatsdenken universelle Gültigkeit zugesprochen wird. HIRZEL hingegen behandelt die Nation und damit die Gemeinschaft vorrangig.

Von dieser nationalistischen Position aus erscheint der europäische Einigungsprozess als Ausverkauf deutscher Interessen. Das monokausale Erklärungsmuster für innenpolitische Konflikte, die Schuldzuweisung an Ausländer, wird in schematischer Form auf die außenpolitische Betrachtungsweise übertragen, wie sich insbesondere an der Agitation der REP gegen den europäischen Einigungsprozess aufzeigen lässt:

„Das Ergebnis von Maastricht sieht so aus: ... Mehr als jeder 10. Deutsche ist arbeitslos. Familien stehen vor dem Ruin. Für Kinder und Enkel ist keine Arbeit mehr da; es bleibt ihnen nur noch die Last der Renten.“ (Flugblatt des Kreisverbandes Celle, verteilt anlässlich der bevorstehenden Wahl zum niedersächsischen Landtag 1998)

In seiner Rede auf dem Bundesparteitag im November in Neufraunhofen führte SCHLIERER aus:

„Zuwanderung, Globalisierung, Wirtschafts- und Sozialunion haben eine gemeinsame Zielrichtung: Die Auflösung der Nation als daseinsgestaltender Idee.“ (Der Neue Republikaner, Nr. 12/1998, S. 4)

Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen

Obwohl die Haltung der REP bis in die Führungsspitze in dieser Frage nicht einheitlich ist, dokumentieren ständig neu auflebende Bündnisdiskussionen die ideologische Nähe der REP zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere zur DVU. Während der Parteivorsitzende SCHLIERER einer Zusammenarbeit ablehnend gegenübersteht, forderte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, KÄS, bereits im April 1998 in einer Pressemeldung ein *„Ende der Leisetreterei“* sowie *„...mehr Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten ...“*. Er unterstrich diese Forderungen, als er am 6. Juni in Kassel anlässlich einer Demonstration der Republikanischen Jugend gegen die Wehrmachtausstellung zusammen mit führenden Neonazis wie Thorsten HEISE aus Niedersachsen und Thomas

WULFF aus Hamburg auftrat. Nach einem Bericht des „Internet-Magazines des Nationalen Widerstandes ‘Perspektive‘“, Ausgabe Mai-Juni 1998, durfte der bekannte Neonazi WULFF auf der Veranstaltung der Republikanischen Jugend als Vertreter „parteiloser Nationalisten“ eine Rede halten. Anwesend war auch der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen FAP.

Führende Funktionäre anderer Landesverbände schlossen sich in der Folgezeit den Forderungen von KÄS an. Sie forderten die Aufhebung des auf dem Bundesparteitag im Juli 1990 in Ruhstorf gefassten Abgrenzungsbeschlusses²⁷, der die Übernahme von Parteifunktionen durch Funktionäre anderer rechtsextremistischer Parteien und Organisationen ausschließen sollte. So erklärte der mittlerweile wegen der angestrebten Zusammenarbeit mit der DVU amtsenthobene Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, HÖBER, in einem Schreiben vom April 1998 kurz nach der für die DVU überraschend erfolgreichen Landtagswahl, dass die REP in Sachsen-Anhalt „mit ganzer Kraft und ganzem Herzen die DVU und ihre vom Volk frei gewählten Abgeordneten“ unterstützten. Die Kandidatur des ehemaligen Bundesvorsitzenden der REP, Franz SCHÖNHUBER, der als Spitzenkandidat der DVU in Bayern zur Bundestagswahl am 27. September antrat, verlieh der Diskussion zusätzliche Brisanz.

²⁷ Der Wortlaut des Beschlusses lautet: „Niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen (z. B. NPD, DVU, EAP, ANF, KNS, Wiking-Jugend etc.) eine aktive Rolle gespielt hat, darf in Zukunft eine Funktion in unserer Partei übernehmen. Zur Einhaltung dieses Beschlusses bedarf es keiner Ersatzspruchkammer, zuständig ist dafür der Bundesvorstand“. Eine Kooperation mit anderen rechtsextremistischen Parteien wird hierdurch nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

SCHLIERER selbst wich von seiner strikt ablehnenden Haltung ab, als er sich am 17. November bei einem Meinungsaustausch mit dem DVU-Vorsitzenden FREY laut einer Pressemitteilung darauf verständigte, bei künftigen Wahlen „eine unnötige Konkurrenz zwischen Republikanern und DVU zu vermeiden.“ Im Parteiorgan Der Neue Republikaner (Nr. 12/1998, S. 6) erläuterte SCHLIERER diese Vereinbarung wie folgt:

„Wir lassen uns nicht vom sog. Verfassungsschutz gegen andere Parteien mit dem Ziel ausspielen, das rechte Wählerpotential aufzusplittern. Deshalb haben wir uns nach Kräften bemüht, vor der Landtagswahl in Hessen eine Zersplitterung des Wählerpotentials zu vermeiden.“

SCHLIERER verneint, dass es sich bei dieser Abstimmung um Zusammenarbeit oder Kooperation handelt. Seine Begründung dokumentiert aber, dass er für seine Partei dasselbe rechte Wählerpotential reklamiert wie die DVU und dass die REP sich letztlich wie NPD und DVU als „rechte“ Partei begreifen und politisch zuordnen.

Nachrichtendienstliche Beobachtung für rechtmäßig erklärt

Am 26. Juni 1997 hat das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht im Berufungsverfahren der REP gegen das Innenministerium entschieden, dass eine Beobachtung des REP-Landesverbandes mit (bestimmten) nachrichtendienstlichen Mitteln durch den Verfassungsschutz zulässig ist.

In diesem Urteil, gegen das die REP Revision eingelegt haben, stellt das Gericht heraus,

„...Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Zielsetzungen ergeben sich jedenfalls aus der ständigen

Verwendung des Begriffes der 'Umerziehung' für die Wiederbe-gründung der deutschen Demokra-tie unter dem Einfluß der westalli-ierten Besatzungsmächte nach 1945 und die abwertenden Äußerungen über die anderen Parteien und deren Politiker in ihrer Gesamtheit. Diese Agitationen sind mit dem Demokratieprinzip des Grundgeset-zes unvereinbar. Sie stehen im Widerspruch zum Mehrparteienprin-zip...“

Das parlamentarische System wird von den REP „*insgesamt als unfähig, kor-rupt, unehrlich und zudem gegen die Interessen des deutschen Volkes han-delnd hin(ge)stellt.*“

Nach der Rechtsauffassung des OVG liegt in diesem politischen Auftreten der REP „*eine politische Zielsetzung, die jedenfalls mit den Prinzipien der Volkssouveränität und des Mehrpartei-systems nicht zu vereinbaren ist ...“*

Die Entscheidung des Bundesverwal-tungsgerichts über die von den REP eingelegte Revision gegen die Haupt-sacheentscheidung des Niedersächsi-schen Obergerichts wird für die Beobachtung und Bewertung der REP als rechtsextremistische Partei durch den niedersächsischen Verfas-sungsschutz hinausgehende grundsätzliche Bedeutung für die Auf-gabenstellung der Verfassungsschutz-behörden beigemessen.

Weitere Gerichtsverfahren

Am 12. August beantragte der REP-Landesverband Bayern beim Verwal-tungsgericht München eine einstweili-ge Anordnung gegen den Freistaat Bayern. Diesem sollte untersagt wer-den, die REP und insbesondere den Landesverband Bayern weiterhin als rechtsextremistisch zu bezeichnen. Gleichzeitig wurde Klage erhoben.

Das Verwaltungsgericht Berlin untersagte mit Urteil vom 31. August dem Landesamt für Verfassungsschutz Berlin u.a. die weitere Beobachtung des REP-Landesverbandes mit nach-richtendienstlichen Mitteln und erklär-te die Nennung der Partei im Verfas-sungsschutzbericht Berlin 1997 für rechtswidrig. Das Urteil ist nicht rechts-kräftig.

Mit Beschluss vom 13. Oktober hat der 1. Wehrdienstsenat des Bundesver-waltungsgerichts die Versetzung eines Bundeswehroffiziers wegen seiner aktiven REP-Mitgliedschaft auf einen nicht-sicherheitsrelevanten Dienstpos-ten für zulässig erklärt. Es liege ein Sicherheitsrisiko vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte Zweifel am Bekenntnis eines Soldaten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung begründeten. Da die REP von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet würden und der Offizier für die Partei in herausgehobener Stel-lung tätig gewesen sei und sich mit den Zielen der REP identifiziere, müsse er sich die verfassungsrechtlichen Zweifel hinsichtlich der Partei als Sicherheitsrisiko zurechnen lassen.

Der REP-Landesverband Baden-Württemberg erhob am 5. November Klage gegen das Land Baden-Würt-temberg mit dem Ziel, dem Land die Beobachtung mit nachrichtendienst-lichen Mitteln zu untersagen.

Weitere rechtsextremistische Organisationen

Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland

Sitz:		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Bissendorf/Osnabrück	
Vorsitzende:		
Bund:	Dr. Helmut FLECK	
Niedersachsen:	Hans-Joachim WOHLFELD	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	100	100
Niedersachsen:	20	20

Die Partei Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland wurde am 29. Juni 1997 in Kassel von Mitgliedern und Anhängern der NPD, DVU, REP sowie DLVH gegründet. Maßgeblicher Initiator der Parteigründung war Horst ZABOROWSKI, Bundesvorsitzender des Bundes für Gesamtdeutschland (BGD), einer 1990 gegründeten Organisation mit weitreichenden gebietsrevisionistischen Forderungen. Bereits seit Anfang 1997 versuchte der Zusammenschluss Bündnis für Deutschland, in rechtsextremistischen Organisationen durch die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft Interessenten für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zu gewinnen.

In der Gründungserklärung betonte ZABOROWSKI, die Partei Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland bilde „den Rahmen für die Zusammenarbeit aller nationalen und patriotischen Kräfte“.

Die Partei versteht sich als „national-konservativ“. Das im Juni 1997 in Kassel beschlossene Programm dagegen ist von nationalistischen Positionen geprägt; unter anderem bemüht es sich um eine Antwort auf die selbstgestellte Frage: „Was bewahrt das deutsche Volk vor dem Untergang?“.

Kernforderungen lauten u.a. auf Rückführung der ehemaligen deutschen Ostgebiete sowie Rückführung von Ausländern in deren Heimatländer.

In einer richtungsweisenden programmatischen Erklärung der Partei, veröffentlicht in der Publikation des BGD, Gesamtdeutsche Zeitung für Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht, Ausgabe Mai/Juli 1997, wird die grundsätzlich ablehnende Haltung des Bündnisses gegenüber dem als „Scheindemokratie“ diffamierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland deutlich:

„Die ‘Geburtsstunde der Demokratie’ in Deutschland begann mit einer Mißgeburt. ... Wenn das Wort Demokratie einen Sinn behalten soll, so können die damals gebildeten ‘Staaten’ Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik nicht als Demokratien bezeichnet werden. ... Eine Scheindemokratie bleibt eine Scheindemokratie. Der Unterschied zur Diktatur besteht lediglich darin, daß die Clique, die die Macht innehat, mehr Köpfe umfaßt als in der Diktatur.“

Die Partei ist ihren selbstgesetzten Zielen weder in organisatorischer noch in programmatischer Hinsicht näher gekommen. Zwar gründete sie insge-

samt neun Landesverbände – darunter auch in Niedersachsen –, der Aufbau einer flächendeckenden Parteistruktur war damit jedoch nicht verbunden.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

Sitz:		
Bund:	Villingen-Schwenningen	
Niedersachsen:	Braunschweig	
Vorsitzende:		
Bund:	Jürgen SCHÜTZINGER	
Niedersachsen:	Bernd Louis HEID	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	800	900
Niedersachsen:	20	70

Als Partei wurde die DLVH, die aus dem Verein Deutsche Allianz/Vereinigte Rechte hervorging, im Oktober 1991 in Schwenningen gegründet. Als Konsequenz aus mehreren Wahlniederlagen gab sie im Jahre 1996 ihren Parteistatus auf. Seither besteht sie in Vereinsform fort, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu eröffnen, sich unter Umgehung von Unvereinbarkeitsbe-

schlüssen anderen rechtsextremistischen Organisationen anschließen zu können.

Bundesweit zählt die DLVH ca. 900 Mitglieder. In Niedersachsen tritt die DLVH mit ihren 70 Mitgliedern lediglich unter der Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen in Erscheinung.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF)

Sitz:	Kaufbeuren (Bayern)
Vorsitzender:	Georg-Albert BOSSE, Wolfsburg
Publikation:	Recht und Wahrheit (erscheint zweimonatlich als Doppelausgabe, Auflage ca. 2.500 Exemplare)

Die 1983 von dem 2. Vorsitzenden der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) Otto Ernst REMER gegründete DDF verherrlicht das NS-Regime und hält am Bestand des

„Deutschen Reiches“ fest. REMER ist am 04. 10. 1997 verstorben. Die DDF besitzt zumindest seit 1995 keine eigenen Strukturen mehr. Die Aktivitäten beschränken sich fast ausschließlich

auf die zweimonatliche Herausgabe der Publikation Recht und Wahrheit durch den Vorsitzenden BOSSE als Alleinverantwortlichen sowie auf die ein- bis zweimal jährlich stattfindenden Lesertreffen, an denen Gesinngensgenossen zahlreicher rechtsextremistischer Organisationen teilnehmen.

In ihrer Publikation, die Artikel verschiedener rechtsextremistischer Autoren publiziert, verbreitet die DDF nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird als ein von den alliierten Siegermächten oktroyiertes antideutsches System betrachtet. Beispielhaft für den für die DDF charakteristischen Geschichts- und Gebietsrevisionismus sind die folgenden Ausführungen des Vorsitzenden BOSSE in Recht und Wahrheit (Nr. 7+8/1998):

„Die Deutschen wurden entmachtet und sie sollen, solange es nur geht – so jedenfalls der Wille der Sieger von 1945 – von eilfertigen Handlungshelfern der Siegermächte niedergehalten werden. Der ‚Landverzicht‘, ich meine den Verzicht auf deutsches Siedlungsgebiet im Osten des Deutschen Reiches, die vorausgegangene Vertreibung der deutschen Bevölkerung, zählen zur planvollen Durchführung eines Vernichtungsfeldzuges gegen alles was deutsch ist, deutsch war und deutsch bleiben will.“

Mit der revisionistischen Grundausrichtung korrespondieren antisemitische Positionen und die Verherrlichung von Führungspersonen des Dritten Reiches.

Der Stahlhelm e.V.

Der Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten – wurde im November 1918 in Magdeburg als Vereinigung von Teilnehmern des Ersten Weltkrieges gegründet. Nachdem sich der Stahlhelm 1933 in die „Nationalsozialistische Bewegung“ eingegliedert hatte, erfolgte 1951 die Neugründung. Bundesführer war u.a. Generalfeldmarschall Albert KESSELRING (1953–58), Ehrenmitglied Großadmiral Karl DÖNITZ.

Der Verein gliedert sich in Landesverbände/Gaue. Seit Anfang des Jahres 1997 besteht der Landesverband Niedersachsen. Er ist aus der 1983 gegründeten Ortsgruppe Jork des Stahlhelm hervorgegangen. Sowohl der niedersächsische Landesverband als auch der Bundesverband werden von Günter DRÜCKHAMMER geleitet, sein Sohn Kai-Uwe ist Bundesjugendführer und Landesführer in Niedersachsen.

In einem Rückblick auf 15 Jahre Ortsgruppe Jork bringt der Landesführer des Landesverbandes Niedersachsen die gebietsrevisionistische Zielsetzung des Stahlhelm e.V. zum Ausdruck:

„Das oberste Ziel ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches! ... Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Einheit in seinen historischen Grenzen für Deutschland! ...

Und Österreich? Österreich ist und bleibt für uns Deutsche die Ostmark, ein unabdingbarer Teil des Deutschen Reiches. Und keine Abstriche an der Forderung zur Rückgabe der deutschen Ostgebiete.“

(Der Stahlhelm Nr. 7/8 1998, S. 6)

Von der für die Organisation charakteristischen nationalistischen und militaristischen Weltanschauung zeugt ein bei der Quartalsabschlussfeier im



ten Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere zur NPD. Der Finanzbedarf wird aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem Verkauf der zweimonatlich erscheinenden Publikation Der Stahlhelm gedeckt.

Oktober in Jork verteilter Werbeaufkleber, der die selbstgestellte Frage: „Warum bin ich Mitglied im Jungstahlhelm“ wie folgt beantwortet:

*„Weil meine Kameraden und ich ...
...die Ehre der Deutschen Soldaten
verteidigen! ...
... stolz sind Deutsche zu sein und
die Kameradschaft über alles stellen!“*

Neben Niedersachsen verfügt der Stahlhelm über weitere Landesverbände in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Außerdem ist er mit einem Ableger in Flandern/Belgien vertreten. Der Landesverband Schleswig-Holstein hat sich inzwischen aufgelöst.

Die Aktivitäten des ca. 25 Mitglieder umfassenden Landesverbandes Niedersachsen konzentrieren sich auf regelmäßig im vereinseigenen Heim in Jork stattfindende Kameradschaftsabende, Biwaks und Wehrsport-Aktivitäten jüngerer Mitglieder. Eine Delegation des niedersächsischen Landesverbandes nahm an der Jubiläumsfeier anlässlich des 80-jährigen Bestehens des Stahlhelms im November in Oberheimbach (Rheinland-Pfalz) teil.

Die Funktionäre des Stahlhelm-Landesverbandes Niedersachsen unterhal-

Annex: Neue Rechte

Begriffsbestimmung

Die Neue Rechte bezeichnet eine Erscheinungsform konservativer bis rechtsextremistischer Geisteshaltung intellektueller Zirkel und elitärer Kleingruppen und bildet keinen in sich gefestigten Personenzusammenschluss. Der Begriff steht für eine akademisch-intellektuelle, „modernisierte“ Spielart rechten antidemokratischen Denkens, oft auch als Begriff für eine „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus.

Auf die von der Neuen Rechten aktualisierten Ideologiemerkmale der „Konservativen Revolution“ beziehen sich unterschiedliche Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus, Verlage und Publizisten wie Teile der NPD, der JN und der REP, die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) sowie die Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP).

Ende der 60-er Jahre zunächst in Frankreich als geistig-ideologische Strömung entstanden, orientiert sich die Neue Rechte an der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik, einer intellektuellen Strömung antidemokratischen Denkens. Vorbild für die Neue Rechte in Deutschland war die seit 1968 aktive französische Nouvelle Droite (Neue Rechte) um den Publizisten Alain de BENOIST, die der unbeweglichen alten Rechten in Frankreich und der Algerien-Politik de Gaulles eine zeitgemäße intellektuelle Programmatik gegenüberstellen wollte. Die 1968 von BENOIST mitgegründete neurechte Denkschule G.R.E.C.E. Groupement de recherche et d'étude

pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) diskutierte ihre Programmatik in den Zeitschriften *Nouvelle École*, *Éléments* sowie *Krisis*.

Zu den wichtigsten Autoren der Konservativen Revolution zählen Oswald SPENGLER (*Untergang des Abendlandes*, 1918/1922), der Staatsrechtler Carl SCHMITT (*Der Begriff des Politischen* 1927, *Legalität und Legitimität*, 1932), Ernst JÜNGER (*Stahlgewitter*, 1920), Arthur MOELLER van den BRUCK (*Das 3. Reich*, 1923), Hans ZEHNER (Herausgeber der national-konservativen Zeitschrift *Die Tat* 1929–1933), Edgar Julius JUNG (*Die Herrschaft der Minderwertigen*) sowie Hans FREYER (*Theorie des objektiven Geistes* 1923). Den drei wichtigsten Gruppierungen der Konservativen Revolution, Jungkonservative, Nationalrevolutionäre und Völkische, gemeinsam war die Gegnerschaft zur freiheits- und gleichheitsbejahenden Verfassung der Weimarer Republik; ihr gemeinsames Ziel war, in einer vom „Liberalismus zersetzten Welt Verhältnisse zu schaffen und Werte hervorzubringen, die der Bewahrung wert sind“ (MOELLER van den BRUCK). Die meisten Vorstellungen der Vertreter der Konservativen Revolution zielen auf die Errichtung eines autoritären Systems, ähnlich dem des italienischen Faschismus. Kennzeichnend für die Jungkonservativen ist die stark etatistische Ausrichtung (Staat statt Volk als zentrales Kriterium), die sich gegen die Grundrechte als Schutzrechte der Bürger wendet. Die politische Position der „Jungkonservativen“ und damit die Position ihrer Anhänger in der Neuen Rechten könnte nach heutigem Verständnis als extremistisch, d.h. auf die Abschaffung der Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet, bezeichnet werden.

Unter dem ideologischen Bezugspunkt der von der französischen Nouvelle Droite wieder belebten Konservativen Revolution entwickelte sich Anfang der 70er-Jahre in Deutschland eine sich selbst als „neue Rechte“ oder „Nationalrevolutionäre“ bezeichnende politische Strömung – z.T. mit politischem Vorlauf in der NPD – um den „Nationalrevolutionär“ Henning EICHBERG, deren Theorien eines „Ethnopluralismus“²⁸ und des darauf basierenden Konzeptes des „Befreiungsnationalismus“ im heutigen organisierten Rechtsextremismus fortwirken.

Nicht zuletzt wegen eines fehlenden organisatorischen Bezugsrahmens ist für die Neue Rechte in Deutschland eine weltanschauliche Inhomogenität kennzeichnend.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang GESSENHARTER definierte die Neue Rechte als ideologischen und organisatorischen Zwischen- und Übergangsbereich im politischen Spektrum zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus im Sinne einer Scharnierfunktion.²⁹ Neue Rechte soll in dieser Hinsicht verstanden werden als „eine intellektuell vergleichsweise anspruchsvolle Strömung des Rechtsextremismus, die sich am Vorbild der Konservativen Revolution orientiert, die mit einer metapolitischen Strategie in erster Linie auf die Umwertung bestehender Werte zielt.“³⁰

²⁸ Ethnopluralismus bedeutet (wörtlich): Vielfalt von sprachlich-kulturell einheitlichen Volksgruppen und Völkern.

²⁹ Vgl. Wolfgang Gessenharter, *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München 1994.

³⁰ Metapolitische Strategie bezeichnet eine auf ideologische Durchdringung zielende, der Tagespolitik übergeordnete politische Strategie. Vgl.: Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I: Literatur, Köln 1989, S. 136.

Ideologiemerkmale der Neuen Rechten

Mit dem traditionellen Rechtsextremismus, der sog. „Alten Rechten“, stimmt die Neue Rechte überein in den Ideologiemerkmalen Antiliberalismus, Ideologie der Ungleichheit, Homogenitätsstreben, Staatsautoritarismus, völkischer Nationalismus sowie Freund-Feind-Politikverständnis. Trennend ist vor allem die Aktualisierung und Neuinterpretation der ideologischen Vorbilder der Konservativen Revolution.

Neu an der Neuen Rechten ist vor allem der metapolitische Ansatz einer Strategie zur Erlangung der „kulturellen Hegemonie“. Nach dieser auf den italienischen Marxisten Antonio GRAMSCI zurückgehenden Konzeption der Neuen Linken stellt die Vorherrschaft über die politisch-kulturellen Leitbegriffe die Voraussetzung dafür dar, die politische Herrschaft zu erringen. Die „kulturelle Hegemonie“ wird in einem „Kulturkampf“ über politische Meinungsführerschaft angestrebt. Das als „liberalistisch“ diffamierte politische System müsse dabei auf seiner ideologischen Ebene durch Umdeutung liberal-konservativer Positionen durchdrungen werden.

In Anlehnung an die sich als Gegenbewegung zur Französischen Revolution verstehenden Konservativen Revolution und ihres Kampfes gegen den durch Aufklärung, Marxismus und Liberalismus hervorgebrachten „Egalitarismus“ orientiert sich die Neue Rechte an den europäischen Werten

vor 1789. Betont werden voraufklärerische Werte wie Bindung an eine Volksgemeinschaft und natürliche Ungleichheit der Menschen und Rassen:

„Konservative Revolution nennen wir die Wiedererrichtung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch ... keine wahre Ordnung aufbauen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, ... an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volksgemeinschaft.“

(Edgar J. JUNG: Deutschland und die konservative Revolution, München 1932, S. 380.)

In der Überbetonung der Bedeutung des Volkes, seiner kulturellen Eigenarten und ethnischen Besonderheiten negiert die Neue Rechte konstitutive Elemente eines demokratischen Grundkonsenses: Individualrechte und die universalistischen Menschenrechte. Die Demokratie als Ordnungsprinzip wird abgelehnt wegen ihres Gleichheitsgedankens und ihrer kompromissorientierten Entscheidungsfindung. Wahlen als Ausdruck politischer Legitimation und der Volkssouveränität werden abgelehnt, weil sie der Vorstellung einer ethnisch und kulturell homogenen Volksgemeinschaft widersprechen. Ziel ist die Identität von Regierung und Volk, ein autoritärer, den Volkswillen verkörpernder Staat. Parteien als Ausdruck der Heterogenität sowie die Repräsentation des Volkswillens durch Parteien gelten als undemokratisch, als *„systembedingte Schwäche des liberalen Parteienstaates“*.

Charakteristisch für das antidemokratische Grundverständnis der Neuen Rechten ist die Überhöhung der zen-

tralen Ideologiebegriffe wie Gemeinschaft, Nation, Organismus sowie Natur und Volk. Zentrales Moment ist das als lebendiger Organismus verstandene Volk. Das Volk (als ethnisch definierte „Schicksalsgemeinschaft“) ist historisches Subjekt und höchste politische Autorität. Zentrale Kategorie für das Ideologiemuster der Volksgemeinschaft ist der Kampf, der Kampf des Individuums als Teil der Volksgemeinschaft sowie der Konkurrenzkampf der Volksgemeinschaften untereinander (Sozialdarwinismus).

Den diesem Denken immanenten Rassismus sowie den solchermaßen theoretisch begründeten völkischen Nationalismus versucht die Neue Rechte aus dem nationalsozialistischen Kontext vermittels ihrer Konzeption des Ethnopluralismus herauszulösen, der die Forderung nach Trennung der Ethnien beinhaltet. Ziel ist ein ethnisch reines, kulturell homogenes Deutschland. Im Vordergrund des Ethnopluralismus steht die Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Kulturen sowie einer „organisch kulturellen Identität“. Das Konzept einer „multikulturellen“ Gesellschaft wird abgelehnt, weil es eine Vermischung unterschiedlicher Kulturen sowie den Verlust der eigenen kulturellen Identität bedeute. Der rechtsextremistische Charakter des Ethnopluralismus liegt in der Individualrechte negierenden Betrachtung des nur ethnisch bestimmten Volkes als Subjekt der Geschichte, das Individuum existiert im ethnopluralistischen Verständnis nur als Bestandteil des Kollektivs.

Zu den politischen Postulaten der Neuen Rechten gehört neben der Ablehnung der europäischen Integration, der Forderung nach dem Ende der *„die politische Handlungsfähigkeit behindernden Vergangenheitsbewältigung“*, der Ablehnung der durch

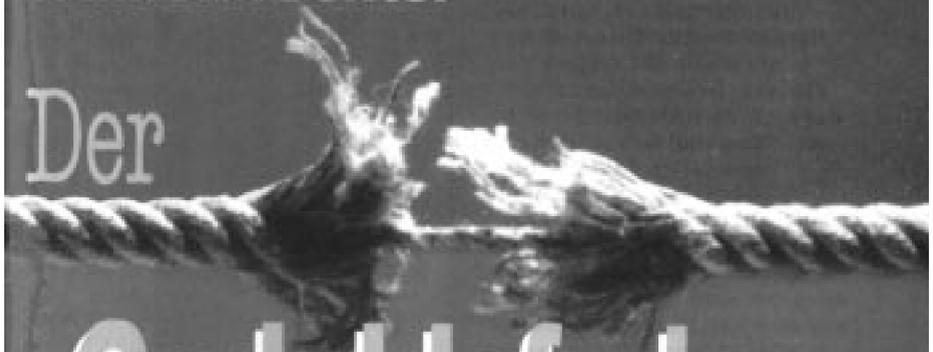
B 5104

NATION & EUROPA

DEUTSCHE MONATSHEFTE

**Deutsche
wählen rechts:**

Der



Geduldsfaden
reißt

COBURG · 48. JAHRGANG · HEFT 6 · Juni 1998 · ISSN 0027-8408

„Umerziehung“ aufgezwungenen freiheitlichen demokratischen Wertvorstellungen des „Westens“ vor allem die Errichtung eines wehrhaften deutschen Staates, der Nation und Volkswillen verkörpert und sich nach innen ethnisch, kulturell und politisch homogen, nach außen als starke Zentralmacht darstellt.

Publikationen

Eine Reihe unterschiedlicher Publikationen bietet der Neuen Rechten ein Forum. Rechtsextremistische Publikationen, in denen sich auch Positionen der Neuen Rechten finden, sind Nation und Europa, Europa Vorn, Staatsbriefe sowie Sleipnir. In der seit 1951 in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheinenden Monatsschrift Nation und Europa werden Positionen der Neuen Rechten neben anderen Strömungen des Rechtsextremismus veröffentlicht. Es werden auch Beiträge zu strategischen und theoretischen Fragen des Rechtsextremismus publiziert.

Als bedeutendstes Publikationsorgan für die Neue Rechte ist die Wochenzeitung Junge Freiheit³¹ zu betrachten. Sie wurde 1986 von Schülern und Studenten gegründet und erscheint in einer Auflage von etwa 20.000 Exemplaren. Neben tages-

politischen und kulturellen Beiträgen enthält sie theoretische Grundsatzartikel. Zu den Autoren zählen Vertreter unterschiedlicher Strömungen der extremen Rechten sowie auch des demokratischen Konservatismus. Ihrem Selbstverständnis nach ist die Junge Freiheit parteipolitisch nicht gebunden, sondern möchte ein „möglichst breites Spektrum von konservativen Autoren widerspiegeln“. Die politischen Themenschwerpunkte der Jungen Freiheit spiegeln die ideologischen Merkmale der Neuen Rechten wider. Zentrale Themen sind die Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses, die Thematisierung eines „Werteverfalles“ und eines „Verlustes der nationalen Identität“, die Forderung nach einem „starken Staat“ sowie die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen.

Die für die Neue Rechte charakteristischen Positionen und Ideologiemerkmale finden sich regelmäßig in von der Jungen Freiheit veröffentlichten Beiträgen.

Die Ablehnung der universellen Menschenrechte als Ausdruck von Liberalismus und Moderne sowie die neurechte Ideologie der Ungleichheit spiegeln sich in einem in der Jungen Freiheit (Ausgabe Nr. 50, 4. Dezember 1998, S. 2) veröffentlichten Beitrag des Exponenten der französischen Neuen Rechten und Herausgebers der Zeitschrift Nouvelle École Alain de BENOIST wieder. BENOIST kritisiert die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als „Formulierung eines abstrakten Menschen, der unantastbare Rechte besitzt, deren Wesen nicht greifbar ist“:

„Denn die Ideologie der Menschenrechte proklamiert letztendlich nur die Rechte des Individuums, das heißt eines Menschen, der von seinen sozialen Einbindungen, von sei-

³¹ Mit Urteil vom 14. 02. 1997 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die bisherige Berichterstattung im Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums NRW über die Junge Freiheit für rechtmäßig erklärt. Über einen Antrag der Jungen Freiheit auf Zulassung der Berufung hat das OVG Münster noch nicht entschieden.

ner Lebenswelt abgenabelt wurde. ... das Essentielle des Menschseins wird so ohne weiteres auf eine Stufe der Abstraktion gestellt, auf der die Unterschiede zwischen den Menschen verschwimmen. Die Menschenrechtsideologie macht aus Individuen Menschen von überall und nirgends. ... Allerdings gibt es keine 'Menschenrechtspolitik', denn der 'Mensch' ist keine politische Kategorie. Gegenstand der Politik sind die verschiedenen Gemeinschaften."

Im Rahmen einer Fortsetzungs-Debatte: Die Rechte und ihr Politikbegriff veröffentlichte die Junge Freiheit (Ausgabe Nr. 27, 26. Juni 1998, S. 2) einen Beitrag, der die Nähe zu dem antipluralistischen Demokratieverständnis der Neuen Rechten eines „organisch gegliederten Volkes“ im autoritären, den Volkswillen verkörpernden Staat dokumentiert:

„In der Tragik der Utopien und den Hoffnungen, die sich aus dem

Widerstand gegen das Bestehende ergeben, ist die Zeit erst zu verstehen. Wenn die Rechte dies begreift ... erkennt sie schnell ihre Grenzen und lernt, dem 'demokratisch gesenkten Daumen der Pluralität' ... ihr eigenes Verständnis von organischer Demokratie entgegenzustellen."

Die rechtsintellektuellen Zielsetzungen der deutschen Neuen Rechten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung müssen vor dem Hintergrund einer fehlenden geschlossenen Ideologie sowie einer fehlenden einheitlichen Organisation zurückhaltend bewertet werden. Versuche einer Institutionalisierung der rechtsextremistischen Neuen Rechten wie in Form des Thule-Seminars scheiterten bislang. Gefahren im Bereich der politischen Kultur können von dieser Neuen Rechten nur ausgehen, wenn sie stärker in die Öffentlichkeit hineinwirken und den politischen Diskurs dominieren würde.

Linksextremismus

Einführung

Während verschiedene rechtsextremistische Ideologien das Prinzip menschlicher Gleichheit negieren, stimmen linksextremistische Doktrinen mit der Idee des demokratischen Verfassungsstaates in der Betonung menschlicher Fundamentalgleichheit überein. Kommunismus und Anarchismus, die ideologischen Grundströmungen des Linksextremismus, dehnen den Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche aus. So überdeckt der weitgefasste Gleichheitsbegriff beim Kommunismus individuelle Freiheitsrechte, so gilt im Anarchismus jede Form von Staatlichkeit als „repressiv“.

Während sich Linksextremisten an der Aufklärung und der Emanzipation orientieren, bedeuten die vom Rechtsextremismus – insbesondere von Strömungen der „Neuen Rechten“ – propagierten Werte ein Zurück hinter die Errungenschaften der französischen und amerikanischen Revolution, hinter die Etablierung der Menschen- und Bürgerrechte. Linksextremisten reklamieren für sich Werte wie Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit; die Arbeiterklasse ist historisches Subjekt. Demgegenüber steht bei rechtsextremistischen Ideologien das Kollektiv der ethnisch definierten Volksgemeinschaft im Mittelpunkt. Im Gegensatz zur internationalistischen Ausrichtung des Linksextremismus dominiert bei Rechtsextremisten die Nation als wichtigste Bezugsgröße. Ist dem Rechtsextremismus der Liberalismus Hauptfeind, so erfüllt für den Linksextremismus der Kapitalismus diese Funktion. Dem „Antifaschismus“ als

Stereotyp des Linksextremismus entspricht der „Antikommunismus“ rechtsextremistischer Ideologien.

Linksextremisten leiten aus dem ethischen Grundprinzip der Fundamentalgleichheit die radikale Forderung der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen ab. Sie orientieren sich an der Utopie einer klassen- oder herrschaftsfreien Ordnung. Ihr Glaube an die Kraft der Vernunft, an die Unaufhaltsamkeit des Fortschritts sowie an die Möglichkeit, einen perfekten Menschen schaffen zu können, bedeutet die radikale Fortentwicklung der Ideen der Aufklärung.

Im deutschen Linksextremismus gibt es unterschiedliche ideologische Varianten. Im Bereich des dogmatischen Linksextremismus existieren neben den an den Lehren von Marx, Engels und Lenin (z.T. sogar mit stalinistischer Ausprägung) ausgerichteten Gruppierungen, den Marxisten-Leninisten, inzwischen nahezu bedeutungslos gewordene revolutionär-marxistische Organisationen wie der Bund Westdeutscher Kommunisten und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands sowie einige einflusslose, an den Lehren Trotzki's ausgerichtete Splittergruppen (Trotzkisten). Seit Mitte der 70er-Jahre steht diesem dogmatischen Linksextremismus eine undogmatische linksextremistische Bewegung gegenüber, die ideologisch starre Konzepte, Hierarchien und Organisationsformen ablehnt. Hierzu zählen die Gruppierungen der Autonomen mit ihrem Gemisch an unterschiedlichen Aktions- und Themenfeldern sowie die verschiedenen Strömungen des Anarchismus, deren Ziel die Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen zugunsten einer „herrschaftsfreien Ordnung“ ist.

Marxistisch-Leninistische Gruppierungen halten bis heute an der antikapitalistischen Ideologie eines notwendigen Sturzes des Systems und der Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer selbst ernannten proletarischen Avantgarde fest. Basierend auf den Lehren des Marxismus-Leninismus wird Geschichte im Sinne der „Überwindung kapitalistischer Klassengesellschaften“ als gesetzmäßiger Prozess über bestimmte Stufen der bürgerlichen Entwicklung hinaus begriffen mit dem utopischen Endziel der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft. Organisationen, wie DKP und KPF, halten an der Idee einer der Diktatur des Proletariats vorausgehenden Revolution der Arbeiterklasse fest. Kennzeichnend für diese beiden Gruppierungen ist die Zustimmung zur marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie, nach der der Kapitalismus andere Staaten zur Lösung seiner Probleme durch die „Macht seines Finanzkapitals“ sowie durch „imperialistische Kriege“ unterdrücke. Charakteristisch für DKP und KPF ist die fortbestehende Verherrlichung der DDR. Hierin sowie in anderen Ideologiemustern weisen sie in ihrer politischen Analyse identische Argumentationen auf. Von daher überrascht es nicht, dass sich beide Organisationen wechselseitig als politische Bündnispartner begreifen. Ihre Bedeutung im gesamten linksextremistischen Spektrum ist relativ gering.

Der linksextremistische Terrorismus entwickelte sich Ende der 60-er Jahre aus der Radikalisierung von Teilen der Studentenbewegung zu militanten Kleingruppen. Kennzeichnend war die Stillisierung zur selbst ernannten revolutionären Avantgarde. Die politischen Konzepte orientierten sich an marxistisch-leninistischen Theorien. Insbesondere die Konzeption des antiimperia-

listischen Kampfes der RAF zur Legitimation der Militanz übertrug die Imperialismustheorie auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland, der die wirtschaftliche und politische Ausbeutung der 3. Welt vorgeworfen wurde. Das „revolutionäre Bewusstsein“ des Volkes sollte mittels einer „Propaganda der Tat“ vorangetrieben werden. In direktem Zusammenhang mit dem „Antiimperialismus“ verstand die RAF ihren Antifaschismus als politische und vor allem moralische Legitimation für ihre terroristischen Anschläge. Die Bundesrepublik wurde in einer ungebrochenen faschistischen Tradition des NS-Staates gesehen, dessen ökonomische und politische Strukturen erhalten geblieben und weiterentwickelt worden seien. „Faschismus“ gilt als eine kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung, als integraler Bestandteil aller westlichen Demokratien. Diese Positionen gipfeln in der Vereinfachung der Politik auf Feind und Freund, Faschist und Antifaschist, Imperialist und Antiimperialist.

Anarchistische Ideen werden vor allem von den Gruppierungen der Graswurzelbewegung propagiert. Ziel des in zahlreichen Varianten unterscheidbaren Anarchismus ist die Errichtung einer herrschaftsfreien Ordnung, die Aufhebung jeglicher Herrschaft des Menschen über den Menschen. An die Stelle aufzulösender staatlicher Institutionen sollen dezentralisierte, auf freiwilligem Zusammenschluss beruhende Selbstverwaltungseinheiten treten. Ähnlich den Ausrichtungen des so genannten pragmatischen Anarchismus lehnt die Graswurzelbewegung menschenverletzende Gewalt ab und bekennt sich zu evolutionärer Gesellschaftsveränderung sowie zur Notwendigkeit bestimmter zentraler Organisationen. Die utopische Zielsetzung der Graswurzelbewegung einer

auf dem Wege der „sozialen Revolution“ zu erwirkenden herrschaftsfreien Gesellschaft und eine dem Parlamentarismus widersprechendes Demokratieverständnis – ist unvereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und deshalb extremistisch.

Nach dem Bedeutungsverlust dogmatischer Ideologien, wie des revolutionären Marxismus sowie des linksextremistischen Terrorismus Anfang der 90-er Jahre, wurden die Ideologiemuster Antiiperialismus und Antifaschismus aufgegriffen von isolierten terroristischen Kleingruppen, wie der AIZ sowie vor allem von Gruppierungen der Autonomen. Für Teile der autonomen Bewegung bietet der Terrorismus der RAF in historischer Perspektive einen Bezugsrahmen. Zur Analyse der politischen Verhältnisse in Entwicklungsländern greifen diese Gruppierungen auch auf maoistische Ideologiefragmente zurück.

Argumentationsmuster der RAF, wie auch der dogmatischen Ideologien, insbesondere die Legitimation zum Widerstand aus dem Antifaschismus, werden als Erklärungsansätze übertragen auf aktuelle Aktions- und Themenfelder. So werden Widerstand gegen Atomenergie, Gentechnik, Asylrechtspolitik und EXPO sowie die soziale Frage in den gleichen Argumentationsrahmen eingebettet.

Im Gegensatz zur Graswurzelbewegung besitzen Autonome keine geschlossene Gesellschaftskonzeption. Einigkeit besteht in der Gegnerschaft zum kapitalistischen System. Erst diese Gegnerschaft zum Kapitalismus und zum Staat ermöglicht in der autonomen Bewegung eine kollektive Identitätsstiftung. Aktions- und Themenfelder der Autonomen orientieren sich an den „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates, denen die Menschen im kapitalistischen System ausgeliefert

seien: Kampf gegen „staatliche Repression“, Kampf gegen „Umstrukturierung“, „Antifaschismus“, „Antiiperialismus“, „Antimilitarismus“ sowie „Antirassismus“.

Die Vielfältigkeit und der Aktualitätsbezug der Themen in den teilweise militanten Aktionen führen zu einem eher aktionsbezogenen Extremismus, der in Verbindung mit Militanz sowie in der Betonung der vermeintlich systembedingten sozialen Ungerechtigkeit ein hohes Aktionspotential zu mobilisieren vermag. So geben die Themenfelder EXPO, Atomenergie, Gentechnologie sowie die soziale Frage und die Asylthematik gleichermaßen Anlass zu teilweise militantem Widerstand. Kennzeichnend für diesen aktionsbezogenen Extremismus ist die Austauschbarkeit der Themenfelder sowie deren Stilisierung zum Symbol, aus denen heraus die Legitimation zum Widerstand abgeleitet wird.

Parallel zum Bedeutungsverlust dogmatischer Ideologien im Linksextremismus zeichnet sich ein Erfolg „modernisierter“ Varianten des Extremismus ab. Neben ideologisch dominierten Organisationen des Linksextremismus traten Gruppierungen, die sich auf einzelne Themen konzentrierten. Aus diesem Ansatz heraus lässt sich die Hypothese aufstellen, dass traditionelle, theoriegeleitete Organisationen und Parteien weniger mobilisierend wirken. DKP und KPF werden demnach eher als dogmatische Zirkel weiterbestehen, während sich Varianten des Extremismus, die nicht nur theoretisch, sondern mit militanten Aktionen beispielsweise an soziale Konflikte anknüpfen, eher Rekrutierungsfelder eröffnen.

Autonome

Anhänger:	1997	1998
Bund:	7.000	7.000
Niedersachsen:	620	670
Publikationen:		
Bund:	INTERIM, Berlin (erscheint wöchentlich) radikal (erscheint unregelmäßig)	
Niedersachsen:	RAZZ, Hannover (erscheint monatlich) göttinger Drucksache (erscheint wöchentlich) EinSatz!, Göttingen (erscheint monatlich) BRAST, Göttingen (erscheint monatlich) alhambra, Oldenburg (erscheint monatlich) No Respect, Oldenburg (erscheint alle zwei bis drei Monate) Revolution Inside, Oldenburg (erscheint unregelmäßig) Fight back!, Braunschweig (erscheint monatlich)	

Selbstverständnis

Die autonome Bewegung vertritt unterschiedliche, an anarchistische und kommunistische Theorien angelehnte Ideen. Ideologisch orientiert sie sich an dem anarchistischen undogmatischen Teil der studentischen Protestbewegung der 60er-Jahre und deren fundamentaler Kritik an der als materialistisch, imperialistisch und faschistisch bezeichneten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dieser undogmatische Teil der studentischen Protestbewegung verfügte über kein einheitliches ideologisches Konzept. Als eine für die meisten Anhänger gültige ideologische Basis galt jedoch eine „antifaschistische“ und „antikapitalistische“ Grundhaltung. Im Vordergrund stand eine radikale Kritik an dem als bürokratisch dargestellten Organisationsverständnis des Marxismus-Leninismus (straffe zentralistische Partei, revolutionäre Avantgarde). Der Gesellschafts-

entwurf des Anarchismus, d.h. Selbstorganisation des menschlichen Zusammenlebens anstelle staatlicher Ordnung, die Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“, prägte die zentralen Begriffe Spontaneität, Autonomie der Lebensweise und Selbstorganisation der „Unterdrückten“.

Mit der Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung entstanden im Zusammenhang mit dem Bedeutungsverlust dogmatischer Ideologien Ende der 70-er Jahre undogmatische Gruppierungen mit autonomer Ausrichtung. Umstritten blieb in der autonomen Bewegung die Frage nach der Legitimität von Gewalt gegen Personen. Während ein Teil dieser Bewegung Gewalt als legitimes Mittel des Protestes befürwortete, lehnten andere Gewaltanwendung im Hinblick auf die notwendige Akzeptanz durch die Massen ab. Zu Beginn der 80er-Jahre war militantes Auftreten der Autonomen ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele; der „Häuserkampf“ stellte in der Anfangsphase



schaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“.

Für die autonomen Aktions- und Themenfelder bestimmend sind die „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates, denen die Menschen im kapitalistischen System ausgeliefert seien. Daraus resultieren ihre Themen wie Kampf gegen „staatliche Repression“, Kampf gegen „Umstrukturierung“, „Häuserkampf“, „Antifaschismus“, „Antiimperialismus“, „Antimilitarismus“, „Antirassismus“, Kampagne gegen Asylpraxis und Verschärfung des Asylrechts, Kampf gegen „Patriarchat und sexuelle Unterdrückung“, Kampf gegen Nutzung der Atomenergie, Kurdistan-Solidarität.

Aktionismus und Militanz kennzeichnen die autonome Bewegung weitaus stärker als eine Einbindung ihres Protestes in einen theoretischen Überbau und die Einbettung in ein geschlossenes Weltbild. Im Vordergrund steht nicht die theoretische Verarbeitung der gesellschaftlichen und sozialen Missstände. Vielmehr werden diese zum Anlass für vielfältigen, z.T. militanten Aktionismus genommen. Insoweit erscheint der politische Anspruch der Autonomen auf Systemveränderung eher unreflektiert, eine Mobilisierung der Autonomen erfolgt eher durch lebensweltbezogene, milieubedingte Aktionen, die Identität stiften und die Anhänger integrieren.

Zu den Formen autonomer Militanz gehören sowohl planvoll angelegte und konspirativ durchgeführte Einzelaktionen als auch Formen der spontanen Massenmilitanz im Rahmen von Demonstrationen. Die ursprünglich

ein zentrales Thema dar. Später setzten sich – parallel zu verschiedenen Organisationsansätzen – auch andere Aktionsformen durch, wie z.B. Informationsveranstaltungen und so genannte AgitProp-Aktionen (Zusammensetzung aus Agitation und Propaganda), wodurch eine größere Öffentlichkeit erreicht werden sollte.

Die Autonomen verfügen über keine konkrete Gesellschaftsutopie, kein einheitliches Weltbild. Ein eher diffuses Grundgefühl von „Antistaatlichkeit“ ist bei ihnen vorhanden; Gemeinsamkeit besteht in dem demonstrativen Ausscheren aus dem als „kapitalistischer Verwertungsprozess“ empfundenen Gesellschaftssystem. Einigkeit besteht in der Gegnerschaft zum kapitalistischen System als Ursache aller gesellschaftlichen Missstände. Erst diese Gegnerschaft zum Staat und zum Kapitalismus wirkt integrierend auf die autonome Bewegung, erst der Widerstand gegen die gesellschaftlichen Normen ermöglicht eine Identitätsstiftung. Vorherrschend sind neben anarchistischen („herrschaftsfreie Gesellschaft“) und anarcho-kommunistischen Ideen (Ablehnung jeden Privateigentums – „Alles gehört allen“) vor allem Kapitalismus- und Imperialismuskritik. Dem abgelehnten kapitalistischen System setzen die Autonomen ihre eigenen Werte Kollektivität, selbstbestimmtes Verknüpfen aller Lebensbereiche, Achtung des Individuums mit seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten entgegen. Ziel ist die Schaffung einer „menschlich solidarischen Gesellschaft“, einer „Gesell-

von Autonomen befürwortete Abgrenzung von Gewalt gegen Personen zu Gewalt gegen Sachen wurde zunehmend durchlässiger. Die damit zusammenhängende Definition des Gewaltbegriffs steht im Zusammenhang mit der Rechtfertigung von Anschlägen.

Von den bundesweit über 7.000 Autonomen werden – wie im Vorjahr – mehr als 6.000 als gewaltbereit bewertet, auch die überwiegende Zahl der Autonomen in Niedersachsen ist als gewaltbereit anzusehen.

Die Autonomen greifen Themenfelder auf, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden. Sie stellen daher keine „Ein-Punkt-Bewegung“ dar, sondern schließen sich in ihren Aktionen bereits bestehenden Protestbewegungen an. Die Themenvielfalt ist nicht zuletzt auch Ausdruck der unterschiedlichen politischen Herkunft der Autonomen.

Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)

Als Konsequenz ihrer Gegnerschaft zum dogmatischen Marxismus-Leninismus lehnen die Autonomen bürokratische Strukturen und Hierarchien ab. Anfang der 90er-Jahre führte dies jedoch auch zu Kritik an der „Unverbindlichkeit“ der Strukturen, die die Entwicklung einer kontinuierlichen Theorie und Praxis verhindere. Ausgehend von dieser Kritik entwickelte sich die so genannte Organisationsdebatte. Teile des autonomen Spektrums forderten eine Organisation der Bewegung, da eine effektive und kontinuierliche Arbeit nur in verbindlichen Zusammenhängen möglich sei. Die Debatte um das Für und Wider einer bundesweit verbindlichen Vernetzung mündete 1992 in den Zusammen-

schluss Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Maßgeblich beteiligt an der Gründung der AA/BO war die Autonome Antifa (M)³² (AA(M)) aus Göttingen, die auch heute noch eine der führenden Mitgliedsgruppen der AA/BO ist.

Die Zahl der der AA/BO angeschlossenen Gruppen ist in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben. Derzeit gehören ihr elf autonome Antifa-Gruppen aus insgesamt neun Städten an, darunter aus Niedersachsen die AA(M), Göttingen, das Antifaschistische Plenum Braunschweig (AP BS) zusammen mit der angegliederten Jugendorganisation Jugend Antifa Aktion (JAA) sowie die Autonome Antifa Weser/Ems in Oldenburg. Weitere Mitgliedsgruppen kommen aus Bonn, Berlin, Passau, Hamburg, Heidelberg und Nürnberg.

Das Selbstverständnis der AA/BO verdeutlicht ihre Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland:

„Eine antifaschistische, freie Gesellschaft kann nur entstehen, wenn das System mit all seinen Übeln gekippt wird. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn es nicht niedergerissen wird.“
(Zitiert nach einem Flugblatt der AA/BO vom Oktober/November 1997)

Das Anliegen der AA/BO ist es, alle Kräfte zu sammeln und damit einen Gegenpol zur „Zersplitterung innerhalb der Linken“ zu setzen. In einem Interview mit der linksextremistisch beeinflussten Wochenzeitung Jungle World Nr. 33 vom 12. August erklärte ein Vertreter der AA(M) das Selbstverständnis der AA/BO:

³² Das M steht für das Treffdatum der Gruppe, den Mittwoch.

„Die BO ist angetreten mit dem Anspruch eines revolutionären Antifaschismus. Daß die Wurzeln des Faschismus im Kapitalismus liegen, ist Grundkonsens.“

Ausgehend von einem „revolutionären Antifaschismus“ sieht die AA/BO „die Wurzeln des Faschismus“ im kapitalistischen „Verwertungssystem“ verankert. In diesem Selbstverständnis wird deutlich, dass sich der von der AA/BO benutzte Antifaschismusbegriff auf das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland erstreckt und einen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Kampfbegriff darstellt.

Strategisches Ziel der AA/BO ist die Bündnisarbeit mit „Kräften auch jenseits des autonomen Spektrums“. Es gehe darum, „alles, was sich links verortet, punktuell zusammenzubringen“. (Jungle World Nr. 33 vom 12. August).

Als möglicher Bündnispartner wird vor allem die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) gesehen, zu der ideologische Nähe insbesondere im Themenfeld Antifaschismus besteht.

Auch 1998 bemühte sich die AA/BO, ihre Vorstellungen einem breiten Spektrum zu vermitteln und ihre Basis durch neue Mitgliedsgruppen zu erweitern. So veranstaltete sie vom 2.–5. Juli erstmals ein offenes „Antifa-Camp“ bei Witzenhausen in Nordhessen unter dem Motto: „Organisiert den revolutionären Widerstand!“. Im Rahmen des Camps, für dessen inhaltliche Ausrichtung in erster Linie die AA(M) verantwortlich war, wurden über 30 Arbeitsgruppen sowie Referate zu verschiedenen Themen angeboten, u.a. „Internationaler Befreiungskampf“, „Geschichte des bewaffneten Kampfes“, „Internationalismus/Kurdistan“, „Antifaschistische Jugendarbeit“, „Antifa heißt Angriff“. Der von der



AA/BO mit dieser Veranstaltung verfolgte bündnispolitische Ansatz wird deutlich in einem in der Göttinger Autonomen-Publikation EinSatz! (Nr. 32 vom September 1998) veröffentlichten Bericht:

„Etwa 450 zumeist autonome AntifaschistInnen waren zusammengekommen, um den Stand der antifaschistischen Bewegung zu diskutieren, aktuelle linke Politikfelder aufzuzeigen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.“

Positiv bewertet wurde der offene Charakter des Camps nicht zuletzt im Hinblick auf die Teilnahme verschiedener, nicht der AA/BO zugehöriger Gruppen. Man wolle sich von Seiten der AA/BO künftig verstärkt bemühen, „Antworten auch für kleinere Gruppen zu finden“.

In einem Interview mit der Jungle World vom 7. Juli betonte ein Vertreter der Autonomen Antifa (M), dass die AA/BO keine Organisation mit ausgearbeitetem Programm und kontinuierlicher Arbeit aller eingebundenen Gruppen darstelle. Eine Koordination der einzelnen Gruppen erfolge vielmehr über grundsätzliche Eckpunkte und Thesen sowie über eine „lockere“ Einbindung. Ziel des Zusammenschlusses sei aber dennoch die Sammlung aller linksradikalen aktiven Gruppen und Einzelpersonen zur Überwindung der gesellschaftlichen Isolation und zum Erlangen politischer Handlungsfähigkeit.

Etwa zeitgleich mit der Durchführung des Antifa-Camps erschien Anfang Juli eine 63-seitige Broschüre der AA/BO mit dem Titel *„ENTSICHERT ... der Polizeistaat lädt nach ... ZUSAMMEN KÄMPFEN! GEGEN DIE SICHERHEIT DER HERRSCHENDEN!“*, die nach Angaben der Herausgeber mit Unterstützung der Tageszeitung *junge welt* und der Roten Hilfe e.V. entstanden ist. Mit dieser Broschüre nahm die AA/BO während des Bundestagswahlkampfes Stellung zu dem Politikfeld der Inneren Sicherheit, das aus ihrer Sicht lediglich ein Propagandabegriff sei.

Bei der Eröffnung einer der revolutionären Perspektive für die „bundesdeutsche Linke“, die sich aus Sicht der AA/BO derzeit in einer tief greifenden Krise befindet, beansprucht die AA/BO eine führende Rolle:

„... ob sich eine revolutionäre Bewegung entwickelt, die den Kampf gegen das Kapital und gegen die

gesellschaftlichen Verhältnisse führt, hängt auch davon ab, wie es uns, die wir uns als Teil der antifaschistischen und revolutionären Bewegung verstehen, gelingen wird, eine revolutionäre Perspektive in Theorie und Praxis zu eröffnen.“

(aus: „ENTSICHERT der Polizeistaat lädt nach...“, S. 19)

Neben den genannten Aktivitäten bildeten verschiedene größere Demonstrationen einen weiteren Akzentschwerpunkt für die AA/BO. Ihrem Selbstverständnis eines revolutionären Antifaschismus folgend organisierte sie Gegenveranstaltungen zu Kundgebungen von Rechtsextremisten bzw. Wahlveranstaltungen rechtsextremistischer Parteien. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Demonstration am 7. Februar gegen den Bundeskongress der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in Passau, an der sich etwa 600 Autonome beteiligten, sowie die durch ein hohes Maß an Militanz gekennzeichnete Gegenveranstaltung zu einer Demonstration und Kundgebung der NPD zum 1. Mai in Leipzig.

Publikationen / Sonstige Medien

Von großer Bedeutung für den Informationsaustausch und Diskussionsprozess innerhalb der linksextremistischen autonomen Szene ist eine Vielzahl sowohl örtlich als auch überregional erscheinender, teilweise konspirativ hergestellter Publikationen. In zunehmendem Maße werden auch das Internet und Mailboxverbundsysteme von Linksextremisten zur Selbstdarstellung genutzt. Mit der Veröffentlichung z.B. von Taterklärungen, Diskussionspapieren, Aufrufen zu Demonstrationen und Veranstaltungen sowie auch so genannter „Bastelanleitungen“ für



Für Göttingen ist neben der seit 1995 monatlich erscheinenden EinSatz! – Zeitung für autonome Politik und der seit 1996 monatlich bis zweimonatlich erscheinenden – insbesondere auf eine jugendliche Leserschaft zielende – BRAST zunehmend auch die wöchentlich erscheinende göttinger Drucksache von Bedeutung. In dieser Schrift wird regelmäßig die Frage der Militanz erörtert mit z.T. konkreten Aufrufen zu militanten Aktionen. So riefen in der Ausgabe Nr. 315 vom 7. August unbekannte Verfasser in Anlehnung an einen militanten „Kampagnenvorschlag“ der Berliner Autonomen-Zeitschrift INTERIM („Bewegung – Militanz – Kampagne“, Sonderheft der INTERIM vom März 1998) zu „militanten Alltags-Optionen“ als Reaktion auf den vermeintlich gestiegenen „Repressionsdruck“ des Staates auf. Als mögliche Zielgruppe solcher Aktionen benannten die Verfasser Polizeibeamte:

„Jeder Bulle, der sich mit schikanösen Behandlungen hervortut, sollte wissen, daß es für ihn eine Trennung zwischen Job und Privatleben nicht mehr gibt.“

Als Beispiele für „militante Alltags-Optionen“ positiv hervorgehoben wurden in diesem Beitrag „kurze Steinattacken gegen Bullenkutschen“ wie die Anschläge in Göttingen vor dem Jugendzentrum Innenstadt (JuZI) in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli, bei denen ein Polizeibeamter verletzt wurde.

Sabotagemittel soll nach eigenen Aussagen eine „Gegenöffentlichkeit“ geschaffen und die Verbreitung „unzensurierter“ Informationen ermöglicht werden.

Die teilweise schon seit den achtziger Jahren erscheinenden autonomen Publikationen in Niedersachsen werden von den örtlichen autonomen Antifa-Gruppen herausgegeben und haben in den thematischen Schwerpunkten eine vorrangig regionale Ausrichtung. Sie enthalten auch Aufrufe zu bundesweiten Demonstrationen und Veranstaltungen.

In Hannover erscheint die RAZZ – Zeitung für ein radikales Hannover, deren inhaltlichen Schwerpunkt der von hannoverschen Linksextremisten getragene „Anti-Expo-Widerstand“ bildete. Nach Finanzierungsproblemen 1997 erschien im März 1998 erstmalig mit der Nr. 98 eine lediglich 8-seitige „Sparausgabe“ der RAZZ-Blättchen für ein radikales Hannover.

Die Braunschweiger Publikation Fight back! mit dem redaktionellen Schwerpunkt „Antifaschismus“ erscheint seit Juni 1997 im Abstand von etwa ein bis zwei Monaten. Das Blatt wird kostenlos an Schulen, in Jugendzentren sowie in Lokalen Braunschweigs verteilt. Die Publikation ist dem der militanten AA/BO angehörenden Antifaschistischen Plenum und seiner Jugendgruppe Jugend Antifa Aktion aus Braunschweig zuzuordnen.

Die in den achtziger Jahren gegründete, monatlich erscheinende Zeitschrift alhambra, die nach dem Aktions- und Kommunikationszentrum Alhambra in Oldenburg benannt ist, wird nach eigenen Angaben u.a. von der autonomen Antifaschistischen Aktion Oldenburg, der DKP Oldenburg sowie der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Oldenburg unterstützt. Unter der Überschrift „Programm und Zeitung“ werden zu fast allen für die Autonomen interessanten Aktionsfeldern Beiträge und Termine veröffentlicht.

Die von der Antifaschistischen Aktion Oldenburg herausgegebene Revolution Inside erschien weiterhin unregelmäßig. Die Ausgaben beschäftigten sich mit Themenfeldern wie Antifaschismus, Antirassismus, Antiimperialismus sowie Widerstand gegen Kernenergie. Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres Sonderausgaben u.a. zu den Themen „Bildungsabbau“ und „Internationaler Frauenkampftag am

08. 03. 98“ veröffentlicht. Die laut Impressum in Zusammenarbeit mit der Autonomen Antifa Weser-Ems, der Antifa Bad Zwischenahn und der Jugendantifa Aurich zwei- bzw. dreimonatlich herausgegebene No Respect reflektiert ebenfalls die autonomen Themenfelder Antifaschismus, Antirassismus und Antiimperialismus. In der Ausgabe Nr. 4 (Mai/Juni 98) kommt die Gegnerschaft zum gesellschaftlichen und politischen System der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck: eine *„wirkliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse (könne) nur durch die Abschaffung des kapitalistischen Systems erreicht werden.“*

Von bundesweiter Bedeutung für die autonome Bewegung ist die seit 1988 wöchentlich erscheinende Berliner Publikation INTERIM. Das Ende März erschienene Sonderheft mit dem Titel „Bewegung – Militanz – Kampagne“ enthält einen unter dem Pseudonym „Fridolin“ verfassten Diskussionsbeitrag mit dem Titel *„Filtersysteme, Kommunikationskorridore u.v.m. Wider die Verzeiﬂung. Stichworte zur Wiedererlangung autonomer Politikfähigkeit“*. Um dem vom Autor festgestellten „momentanen Zerfallsprozess“ der „Autonomen und anderer Linker“ etwas entgegenzusetzen, bedürfte es zahlreicher Veränderungen im Politik- und Praxisverständnis der Autonomen. Exemplarisch für eine Vielzahl möglicher Kampagnen stellt der Verfasser sein Aktionskonzept einer zum Teil militanten „Anti-Reichtums-Kampagne“ vor. Zu den Grundzügen dieser „autonomen Anti-Reichtums-Kampagne“ gehöre es, den Kapitalismus nicht mehr im Lichte seiner Krisen und Opfer zu betrachten, *„d.h. hinsichtlich der von ihm hervorbrachten Armut- und Verelendungsphänomene“*, sondern den Kapitalis-



mus über seine „NutznießerInnen“, d.h. „über die von ihm hervorgebrachten Reichtumsphänomene“ zu thematisieren. Militante Aktionen sollten sich demnach gegen diejenigen richten, „denen in materieller Hinsicht deutlich mehr zur Verfügung steht als dem Durchschnitt“. Ziel dieser Art von Kampagnen sei es schließlich, „die gesamte Bevölkerung in die militanten und konfrontativen Auseinandersetzungen hineinzuziehen“.

Nach einer Unterbrechung im Jahr 1997 erschien im Mai eine neue Ausgabe der für das autonome Umfeld ebenfalls überregional bedeutenden Untergrundzeitschrift radikal (Nr. 155). In der Einleitung bezeichnet sich die Redaktion als einen „neuen radikal-Zusammenhang“. Das frühere Redaktionskollektiv bzw. die Übergangsredaktion kann nach den Exekutivmaßnahmen gegen Hersteller und Verbreiter der radikal Mitte 1995 als abgelöst angesehen werden.³³ Die Beiträge in der radikal haben die autonomen Aktionsfelder Antirassismus, Antifaschismus und Antirepression zum Thema. Schwerpunktthema der Mai-Ausgabe war die Darstellung des Widerstandes gegen die Castor-Transporte. Sie enthielt auch Anleitungen zur Herstellung von Hakenkrallen.

³³ Am 13. Juni 1995 waren auf Veranlassung der Bundesstaatsanwaltschaft bundesweit mehr als 50 Objekte durchsucht worden. Die Exekutivmaßnahmen richteten sich gegen mutmaßliche Hersteller und Verbreiter der radikal, gegen Angehörige der terroristischen Gruppierung Das K.O.M.I.T.E.E. sowie gegen Angehörige der Antiimperialistischen Zelle (AIZ). Im August und Oktober 1997 erfolgte die Einstellung der Verfahren gegen die mutmaßlichen radikal-Redakteure gegen Zahlung von Geldbußen in Höhe von 1.000 bis 6.000 DM.

Neben der neuen radikal-Ausgabe erschienen Ende März und Ende Oktober z.T. umfangreiche Veröffentlichungen verschiedener ehemaliger Mitarbeiter der radikal, in denen diese sehr selbstkritisch den Aufbau der konspirativen Struktur um die radikal und die damit verbundenen Konflikte in ihrem Redaktionskollektiv analysieren. Trotz des eigenen Scheiterns sehen die Verfasser einer im Oktober veröffentlichten Stellungnahme („Ehemalige Mitarbeiter der radikal zum 13.6.95, dem Davor & Danach“) aber weiterhin die Notwendigkeit sowohl von verdeckten Strukturen als auch von Militanz und bewaffnetem Kampf zur Überwindung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse:

„Konträr zum Zustand der Linken haben sich die Herrschaftsverhältnisse verfestigt, und wir können uns heute genausowenig wie vor 20 Jahren vorstellen, wie sie ohne Bewaffnung und Militanz zu überwinden wären. Selbst wenn es um punktuelle Ziele geht – wie beispielsweise bei Aktionen gegen faschistische Kader und Einrichtungen, in der praktischen Solidarität mit Flüchtlingen ... – ist der direkte Angriff als Ergänzung und Fortführung militanter Politik unverzichtbar.“

Neben Publikationen und Veröffentlichungen in elektronischen Medien dienen auch so genannte „Infoläden“ der Kommunikation innerhalb des linksextremistischen Spektrums. Als Anlauf- und Kontaktstelle für Personen des autonomen Umfeldes spielen sie bei der Planung von Veranstaltungen und Demonstrationen eine wichtige Rolle. Folgende Infoläden sind bekannt geworden:

- Alhambra in Oldenburg
- UJZ Kornstr. in Hannover
- JUZI in Göttingen
- Antifaschistisches Café in Braunschweig.

Aktions- und Themenfelder

Vorrangige Aktions- und Themenfelder der Autonomen sind „Antifaschismus“ in Verbindung mit „Antirassismus“, „Antiimperialismus“, „Kampf gegen Umstrukturierung“, „Kampf gegen den Repressionsapparat“, „Kampf gegen die Großmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland“ sowie „Internationalismus“.

Schwerpunkte bei ihren Aktionen stellen der Widerstand gegen Atomenergie dar, der Widerstand gegen die Gentechnologie, der Widerstand gegen die Asylrechtspolitik, die soziale Frage sowie der EXPO-Widerstand. Die ideologische Verknüpfung der unterschiedlichen Themenfelder ist charakteristisch für Aktionen der autonomen Bewegung. So werden Aktionen gegen die EXPO z.B. mit dem „Kampf gegen Umstrukturierung“ verbunden, Aktionen im Zusammenhang mit der Asylthematik mit antifaschistischem Widerstand gerechtfertigt. Eine theoretische Überhöhung erfährt diese Verknüpfung in dem so genannten „triple oppression-Ansatz“, der Annahme von der dreifachen Unterdrückung des Menschen durch Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus.

Die in den Widerstandszielen der Autonomen enthaltene, von Teilen der Bevölkerung mitgetragene Gesellschafts- und Systemkritik mündet in grundsätzliche, militante Systemopposition: *„Unsere Kämpfe als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen“; „Sofortige Stilllegung des HERRschenden Systems.“*



Aktionsfeld Antifaschismus und Antirassismus

Der Antifaschismus ist eines der wichtigsten Aktionsfelder autonomer Bestrebungen. Der Begriff selbst erhält eine eigene Definition: Staat und Gesellschaft werden in einer ungebrochenen, faschistischen Tradition des NS-Staates gesehen, dessen politische und ökonomische Strukturen erhalten und weiterentwickelt worden seien. Der Faschismus gilt als eine kapitalistischen Systemen immanente Erscheinung, als integraler Bestandteil aller westlichen Demokratien. Das „herrschende System“ nutze seinen „faschistischen Repressionsapparat“ zur Unterdrückung der „fortschrittlichen“ Kräfte.

Im Sinne dieses extremistischen Verständnisses von Antifaschismus betonte das Antifaschistische (Jugend)Info Fight back! aus Braunschweig in seiner Januar-Ausgabe die Notwendigkeit der „antifaschistischen Gegenwehr“:

„Die einzige Kraft, die ein Interesse an der Bekämpfung der Faschisten hat, ist der radikale Antifaschismus! Dieser richtet sich auch gegen die Wurzeln des Faschismus, gegen das kapitalistische System! ... Schlagt zurück! Die antifaschistische Gegenwehr organisieren!“

Die beiden Aktionsfelder „Antifaschismus“ und „Antirassismus“ stehen im autonomen Verständnis in einem ideologischen Zusammenhang. „Antifaschistisch“ motivierte linksextremistische Aktivitäten konzentrieren sich daher nicht nur auf den Kampf gegen rechtsextremistische Organisationen und deren Mitglieder, sondern vielfach auch gegen vermeintlich rassistische, d.h. faschistische Strukturen. Eng verbunden mit dem „Neofaschismus als Bestandteil des imperialistischen Systems“ ist der „systemimmanente Rassismus“, der dem als „Völkermörder BRD“ bezeichneten Staat von den Autonomen zugeschrieben wird. Das wichtigste Element des Aktionsfeldes „Antirassismus“ ist der Widerstand gegen die Asylrechtspraxis und die Forderung nach „Bleiberecht für alle Flüchtlinge“. Nach der Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 wird der Bundesrepublik Deutschland von den Autonomen vorgeworfen, mit Hilfe „rassistischer Sondergesetze“ eine „Abschiebemaschinerie“ zu betreiben.

Wie im Vorjahr versuchten Autonome im Sinne ihres „Antirassismus-Konzeptes“ die Kampagne *„Kein Mensch ist illegal“*, die sich gegen die Abschiebung von Flüchtlingen wendete, für ihre Agitation zu nutzen. Sie agitieren gegen die als „menschenverachtend“ bezeichnete staatliche Praxis der Abschiebung von Asylbewerbern sowie die Aushändigung von Lebensmittelgutscheinen an „MigrantInnen“, die sie als „faschistische Aktivitäten“ kritisierten.

Bundesweit waren mehr antifaschistisch motivierte linksextremistische Aktivitäten feststellbar. So gab die Asylthematik 20 Personen des autonomen Umfeldes Braunschweig am 7. Januar Anlass zur Besetzung des örtlichen SPD-Büros.

„Die Verwertungsstrategie des Kapitals ist inzwischen dazu übergegangen, diverse Regionen als potentielle Märkte abzuschreiben und die dort lebenden Menschen sind somit nach kapitalistischer Logik überflüssig. ... Was diese 'Festung Europa' für große Teile der Weltbevölkerung bedeutet ist einfach: der Imperialismus läßt sie verrecken. ... Rassistische Hetze lenkt den Blick von den wahren Feinden der Arbeiterklasse auf deren ärmste Vertreter. Vom Kapital auf die Flüchtlinge.“

(Während der Besetzung verteiltes Flugblatt *„Offene Grenzen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge“*)

Ein weiteres Beispiel für die Verknüpfung der Themenfelder Antifaschismus und Antirassismus war die u.a. von der AA (M) Göttingen sowie der Antifa Wolfsburg vorbereitete Demonstration im thüringischen Saalfeld am 14. März unter dem Motto *„Gegen jeden rechten Konsens, stoppt rassistische und faschistische Übergriffe, Antifaschismus läßt sich nicht verbieten!“*, an der sich etwa 2.500 Personen, darunter ca. 1.500 Linksextremisten, vorwiegend Autonome, beteiligten.

Zeitgleich fand eine Protestdemonstration des auch von Autonomen beeinflussten Lübecker Bündnisses

gegen Rassismus statt. Diese richtete sich gegen eine Wahlkampfkundgebung des rechtsextremistischen Bündnisses Rechts für Lübeck. Es waren etwa 600 Personen beteiligt, darunter auch Autonome aus Niedersachsen. Am Rande des Aufzugs kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Verlauf ein 17-jähriger Demonstrant aus dem rechtsextremistischen Spektrum verletzt wurde.

Ein weiteres Aktionsfeld für niedersächsische Autonome bot der am 15. April begonnene Prozess gegen fünf Autonome aus Göttingen wegen des Vorwurfes der Beteiligung an gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Rechtsextremisten im Oktober 1991 vor dem Haus des ehemaligen FAP-Funktionärs Karl POLACEK in Mackenrode. In einer am ersten Prozesstag abgegebenen Erklärung bezeichneten die Angeklagten das Verfahren als einen politischen Prozess und die Ereignisse im Jahre 1991 als Form der „konsequenten antifaschistischen Selbsthilfe“. Eine Definition des Begriffs „antifaschistische Selbsthilfe“ findet sich in der Aprilausgabe der Göttinger autonomen Jugendinformation BRAST:

„Antifaschistische Selbsthilfe heißt neben öffentlichen und legalen Aktionsformen, auch militant gegen Faschisten vorzugehen. Indem diese in der Innenstadt und an ihren Treffpunkten außerhalb angegriffen werden, soll ihnen erstens die Möglichkeit zur Agitation und Rekrutierung neuer Mitglieder genommen werden, zweitens geht es darum, sie einzuschüchtern ...“

Die göttinger Drucksache beschäftigte sich seit Anfang Februar innerhalb einer Serie mit dem Prozess und den Hintergründen des damaligen Geschehens sowie mit „faschistischen“ Akti-

vitäten im Raum Göttingen und den angeblich zunehmenden repressiven Maßnahmen des Staates gegen linke Aktionen.

Ein am 20. April durch militante Autonome verübter Anschlag auf ein Autohaus in Göttingen stand einem in der göttinger Drucksache Nr. 306 vom 8. Mai veröffentlichten Bekenner-schreiben zufolge im Zusammenhang mit dem Mackenrode-Prozess. Dieser Anschlag wurde als Entglasungsaktion bezeichnet. Der Prozess in Göttingen endete am 7. Mai mit dem Freispruch der Angeklagten mangels Beweises.

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl verbreitete das Braunschweiger Antifaschistische Plenum/Jugend Antifa Aktion (AP/JAA) im Juli eine achtseitige Flugschrift mit dem Titel *„Mit 'Ausländer raus!' in den Arsch des Kapitals: Rassistische Hetze hat System!“* In der Schrift wenden sich die Verfasser gegen den angeblich zunehmenden Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland:

„Rassistische Hetze ist kein Zufall, sie wird von der herrschenden Klasse – mehr oder weniger bewußt – in dem Maße eingesetzt, in dem dies für die kapitalistische Entwicklung notwendig ist. ... Die rassistische Hetze ist die Vorbereitung des Angriffs auf die gesamte ArbeiterInnenklasse.“

Aus dieser Unterdrückungswahrnehmung heraus wird der „antifaschistische Kampf“ als ein Akt der Notwehr begriffen:

„ ... es ist der Kampf gegen die rassistische Hetze der bürgerlichen Politiker, ... gegen die faschistischen

Banden und Organisationen, die mit ihrer Hetze, ihrem Terror und ihren pseudo-antikapitalistischen Parolen die kapitalistischen Ursachen von Erwerbslosigkeit und Armut verschleiern und sie den Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen in die Schuhe schieben.“

Wie der „antifaschistische Kampf“ gestaltet werden soll, ergibt sich aus einer gleichfalls in der Flugschrift verbreiteten Darstellung: Vor einem ungültig gemachten Stimmzettel, auf dem alle zur Bundestagswahl kandidierenden Parteien erkennbar sind, fährt eine Faust in drei Personen, die das System symbolisieren sollen: Staatsorgan (behelmter Polizeibeamter), Kapitalismus (Person im Anzug mit Geldscheinen in der Hand) sowie der dem System immanente Rechtsextremismus (Skinhead mit Baseballschläger). Die Darstellung ist untertitelt mit der Aufforderung: *„Das Kreuz und die Faust an der richtigen Stelle machen!“*

Ein für die Autonomen wichtiges antifaschistisches Aktionsfeld sind regelmäßige Protestveranstaltungen gegen öffentliche Kundgebungen oder Parteitage rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. So versuchten etwa 500 verummte, z.T. bewaffnete Autonome in Form eines „Schwarzen Blocks“, eine von mehreren tausend Personen besuchte Veranstaltung am 19. September gegen die Kundgebung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in Rostock für ihre Agitation zu nutzen. Unter ihnen waren auch niedersächsische Linksextremisten aus den Bereichen Lüneburg, Oldenburg, Göttingen,

Celle, Uelzen und Winsen. Als Reaktion auf die Auseinandersetzungen während der Rostocker Protestaktionen fanden am 20. September in Uelzen und am 26. September in Dannenberg Demonstrationen „gegen Faschismus“ statt. Die Veranstaltung in Uelzen, an der etwa 70 – zum Teil verummte – Personen des autonomen Spektrums teilnahmen, stand unter dem Motto *„Wandelt Wut und Trauer zu Widerstand! Nazi-Angriffe zurückschlagen!“*. Zur Demonstration äußerte die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen in einer Pressemitteilung, Antifaschismus sei

„Kampf gegen die Ursachen und gegen die mit dem Faschismus zusammenhängenden Strukturen, die sich in der bestehenden Gesellschaft widerspiegeln ... Unser Ziel: die klassenlose Gesellschaft!“.

An der Veranstaltung in Dannenberg nahmen etwa 200 Personen teil, darunter viele Angehörige der örtlichen autonomen Szene.

Zu den antifaschistisch motivierten linksextremistischen Aktionen ist der von Autonomen verübte Anschlag auf ein Veranstaltungslokal der NPD in Wiefelstedt/OT Metjendorf am 2. November zu rechnen. Dazu traf am 16. November bei der Nordwest-Zeitung Oldenburg ein anonymes Bekenner schreiben ein: *„Um eine Zukunft für die NPD in Oldenburg zu verhindern...“*. Autonome waren maßgeblich bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen anlässlich einer Demonstration gegen die am 19. Dezember von der NPD in Hannover durchgeführte Protestveranstaltung beteiligt, die sich gegen die bis zum 20. Dezember im Neuen Rathaus gezeigte Ausstellung *„Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“* richtete. Zu dieser „überregionalen Bündnis-Demonstration“ hatte eine Autonome

Solidarisch kämpfen!

— DEM RECHTEN VORMARSCH ZENTEGENTRETEN!

2.10.98

■ FREITAG

MARKTPLATZ/GÄNSELIESEL GÖTTINGEN



AB 13 UHR · ANTI-FASCHISTISCHER KULTURTAG

18 UHR · DEMO

DANACH KULTPARTY

Wessen Straße ist die Straße!?

AntiFa Koordinierung in der Dezember-Ausgabe der Autonomen-Zeitschrift RAZZ Nr. 107 unter dem Motto *„Keinen Fußbreit den Faschisten! Den Nazis ihr verdientes Waterloo“* aufgerufen. Das Ziel sollte nach eigenen Aussagen sein, *„sich den Faschisten, sollten sie denn aufmarschieren, direkt entgegenzustellen.“* Zu der Demonstration aufgerufen hatten auch die Oldenburger Publikation *alhambra* und ein Plenum Antifaschistischer Gruppen und Initiativen Hannover mit dem Flugblatt *„Kein Aufm. Arsch 98“* sowie überregional u.a. das Antifaschistische Infotelefon Leipzig.

Aktionen gegen angebliche „deutsche Großmachtphantasien“ bieten immer wieder ein Agitationsfeld für die Autonomen. Aus Anlass der als „Einverleibungsfeiern“ bezeichneten Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit brachte die Göttinger AA(M) ihre ablehnende Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und ihren Symbolen zum Ausdruck.

Mit einem Flugblatt wurde für den 2. Oktober unter dem Motto *„Solidarisch kämpfen! – Dem rechten Vormarsch entgegentreten!“* zu einer Demonstration aufgerufen. Die Abbildung auf dem Flugblatt zeigt eine „antifaschistische Menge“, aus der heraus Molotow-Cocktails und Steine geworfen werden, auf eine durch Symbole der Polizei, rechtsextremistischer Organisationen sowie demokratischer Parteien gekennzeichnete Menschenmenge. Ziel dieser als „antifaschistischer Kulturtag“ deklarierten Protestveranstaltung soll *„Rückeroberung des öffentlichen Raumes“* gemeinsam mit denen, *„...die zunehmend aus ihm verdrängt werden“* sein.

Aktionsfeld Widerstand gegen die EXPO 2000

Ein bedeutsames Aktionsfeld autonomer Gruppierungen ist der Widerstand gegen die EXPO 2000, der aus den autonomen Ideologieelementen des Antifaschismus, des Antiimperialismus sowie des Kampfes gegen Umstrukturierung³⁴ abgeleitet wird.

Anti-EXPO-AG

Seit 1990 propagiert eine „Anti-EXPO-AG an der Uni Hannover“, seit Anfang 1998 „Anti EXPO-AG“, ein dem autonomen Spektrum zuzurechnender Zusammenschluss, kontinuierlich den „Widerstand“ gegen die EXPO 2000. Wegen der menschenfeindlichen Dominanz des kapitalistischen Verwertungsinteresses wird das politische System der Bundesrepublik Deutschland, die erstmalig zur Weltausstellung in Deutschland eingeladen hat, massiv abgelehnt. Die Aktivitäten richten sich in der Regel gegen staatliche bzw. wirtschaftliche Vorhaben, die die Unmenschlichkeit des Systems vermeintlich symbolisieren, wobei primär Ereignisse mit sozialem Bezug als Aufhänger für Aktionen genutzt werden:

„Die Expo muß bekämpft werden, weil sie Symptom und Motor der ... Umstrukturierung ... ist, deren Folge die bewußt in Kauf genommene

³⁴ Unter „Umstrukturierung“ verstehen Autonome die Modernisierung, Sanierung und Umgestaltung städtischer Wohnviertel zu Lasten sozial Benachteiligter. Zu diesem Themenfeld zählen neben dem EXPO-Widerstand und der Kampagne gegen die Olympischen Spiele in Berlin vor allem Aktionen gegen die „Verdrängung aus den Innenstädten“.

**Die Gipfel gestürmt
– und dann?
Die EXPO wartet!**



soziale Verelendung der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen ist.“
(„Tragoedia dell'Expo. Prolog, Texte der Anti-EXPO-AG an der Uni Hannover, Oktober 1994)

Insoweit ist über den EXPO-Anlass hinaus die Wahrnehmung vermeintlich systembedingter sozialer Ungerechtigkeit bestimmend für militante Aktionen der im EXPO-Widerstand zusammengeschlossenen Gruppierungen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Möglichkeit, Anhänger zu mobilisieren.

Die Gruppe gibt seit 1994 in unregelmäßigen Abständen das Informationsblatt EXPO-No heraus. Darin beschreibt sie ihr Ziel, „die Weltaus-

stellung insgesamt zu verhindern“. Es gehe „*nicht nur um Hannover, sondern um Weltausstellungen und vergleichbare Großveranstaltungen allgemein*“. Auch in den Autonomen-Publikationen INTERIM und RAZZ brachte die Anti-EXPO-AG ihre Gegnerschaft gegen das Weltausstellungsprojekt zum Ausdruck. Die Legitimation des „Widerstandes“ gegen die Expo wird verknüpft mit dem „triple-oppression“-Ansatz (dreifache Unterdrückung durch Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus):

„Widerstand gegen die EXPO kann nicht allein im Interesse der Menschen in Hannover liegen, da das geplante Spektakel eine internationale Propagandashow des Kapitals und insbesondere Großdeutschlands werden soll.“

(INTERIM Nr. 369 vom 28. 03. 1996)

„Für uns kann die einzige Position nur die grundsätzliche Ablehnung der Weltausstellung sein, was sich in unserem Ziel 'EXPO verhindern' ausdrückt. ... Für uns bedeutet Widerstand gegen die EXPO ... den Versuch, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen. ... Die Bündelung unserer Kritik böte die Gelegenheit, gemeinsam gegen Patriarchat, Rassismus, Ausbeutung, Technologiehörigkeit usw. vorzugehen und den Herrschenden klarzumachen, daß sie ihre Pläne nicht ungestört umsetzen können.“

(RAZZ Nr. 93, Oktober 1996)

Ähnliche Argumentationsmuster enthalten auch Taterklärungen „autonomer gruppen“ zu militanten Aktionen wie dem Anschlag auf die Baustelle des Polizeineubaus in Göttingen am 30. Mai 1997 sowie den Brandanschlägen gegen EXPO-Baufahrzeuge am 20. November 1997. Bei diesen Brandanschlägen in Hannover entstanden Sachschäden in Höhe von rund

300.000 DM. In einer Erklärung, die am 21. November 1997 bei dpa in Hannover und bei der Redaktion des Göttinger Tageblatts einging, schrieben die bislang unbekannteten Täter:

„Die 926. Nacht vor der EXPO (19./20. 11. 97) haben wir nicht ungenutzt vergehen lassen und an 2 Orten Sabotage betrieben. Am Kronsberg setzten wir mehrere Baustellenfahrzeuge in Brand, die z.Z. mit der Erschließung des 'EXPO-Parks-Süd' beschäftigt sind bzw. waren. An der Bemeroder Straße verwendeten wir ebenfalls Brandsätze gegen Fahrzeuge, die sich bis dahin am Bau der S-Bahn Linie D (direkte Verbindung zum EXPO/Messe-Gelände) zu schaffen machten“.

Die EXPO 2000 – so heißt es weiter – sei eine Idee der mit ihr eng verknüpften Messe AG gewesen; diese bekomme dadurch eine nach ihren Interessen zugeschnittene Infrastruktur und steigere erheblich ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Der Aufwertung der Innenstadt als „exklusivste Konsumzone und Erlebnishopping-Bereich“ folge die Verdrängung der Menschen. Wer sich nicht an die nach Kapitalinteressen orientierte Definition der Innenstadt halte und den von privaten Sicherheitskräften geregelten Konsum störe, werde vertrieben. Der niedersächsische Innenminister wird in diesem Zusammenhang kritisiert:

„Unverhohlen bietet er sein Sicherheitskonzept als Exponat an, in dem er den EXPO-Gästen ein Hannover präsentieren will, in dem soziale Widersprüche mit polizeistaatlichen Mitteln entsorgt werden, ... Niedrige Eingriffsschwelle, Null Toleranz, BGS auf Streife, Kopf-ab-Justiz und die rassistische 'Ausländerkriminalitätsdebatte' ... - das alles sind Kernpunkte einer reaktionären und ras-



sistischen 'Sicherheitspolitik'. Einer Repressionspolitik, die die Durchsetzung eines kapitalistischen Umstrukturierungsprozesses sichern soll und jede Regelübertretung bis zu aktivem Widerstand undenkbar machen soll ...“

Die Weltausstellung, so die Verfasser, diene der Herrschaftssicherung. Konzerne und politische Eliten böten sich mit ihren „menschenverachtenden Technologien“ wie Gentechnik und Atomenergie als Löser der von ihnen selber geschaffenen Probleme an. Das „neue Großdeutschland“ wolle sich mit dem Projekt Weltausstellung als „Führungsmacht der Weltererterter“ präsentieren.

Die Taterklärung endet mit der Parole:
„Weltausstellung 2000? – Nein! Die Welt sieht anders aus.“

Umfangreich beschäftigte sich die RAZZ in ihrer Dezember-Ausgabe 1997 mit der EXPO:

„Die EXPO verschärft systematisch die Wohnungsnot; soll die Standortqualitäten Hannovers verbessern, d.h. sich zurecht machen für die Begierden einer gehobenen, erlebnishungrigen und gutsituierten Mittelschicht; die Lebenshaltung wird sich verteuern ...“

(Thema „Umstrukturierung“)

„... die EXPO ist ein patriarchales Projekt, organisiert weltweit Frauenhandel und macht Hannover für fünf Monate zur Hauptstadt der Prostitution.“

(Thema „Patriarchat“)

„... sie transportiert einen Schub rassistischen

(Thema „Antirassismus“)
und völkischen

(Thema „Antifaschismus“)
Bewußtseins und will Identifikation mit einem expandierenden BRD-Kapital samt seiner imperialistischen Strategien stiften.“

(Thema „Antiimperialismus“)

Die z.T. militanten Aktionsformen des Widerstandes zielen darauf,

„mit effektiven Formen der Behinderung die Kosten für das Expo-Projekt (vergleichbar den Castor-Transporten) wirksam in die Höhe zu treiben.“

Die EXPO gilt den Autonomen als „eine groß angelegte Propagandaveranstaltung zur Durchsetzung einer ‘nachhaltigen’ neuen Weltordnung“. Somit bietet das Themenfeld EXPO aus dem Selbstverständnis der Autonomen Legitimation für den Widerstand gegen die „Zukunftsentwürfe der Herrschenden“ sowie gegen die bestehende „Weltordnung“.

Unter der Überschrift *„Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend! Die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover“* erschien in der göttinger Drucksache Nr. 298 vom 6. März ein Beitrag der Anti-EXPO-AG Hannover. Die EXPO 2000 wird abgelehnt, da sie lediglich der Herrschaftssicherung der „herrschenden Eliten“ diene, die angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden sehen. Konzerne und politische Eliten böten sich mit ihren „menschenverschwendenden“ Technologien wie Gentechnologie und Atomkraft sowie einer „Geburtenkontrolle im Trikont“ als Löser der von ihnen selbst geschaffenen Probleme an. Die EXPO als „nationales Großprojekt“ und „Selbstinszenierung des Kapitals“ transportiere lediglich das „Kulturverständnis der Herrschenden“, ignoriere jedoch bei der Lösung der globalen Probleme die im Kapitalismus liegenden Ursachen für Hunger und Armut, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege und Umweltzerstörung. Über diese inhaltliche Kritik hinaus wird der Symbolcharakter des Widerstandes gegen die EXPO 2000 für die Anti-EXPO-AG Hannover deutlich:

„Für uns bedeutet Widerstand gegen die EXPO mehr als Widerstand gegen ein einmaliges fünfmonatiges Großereignis in Hannover, nämlich den Versuch, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen.“

Die EXPO biete allen, die gegen die herrschenden Zustände kämpften, einen Ansatzpunkt für ihren Widerstand:

„Weil die EXPO sämtliche Bereiche von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt, Technologie, Herrschen/Gehorchen und Zukunft thematisieren soll, eröffnet diese Veranstaltung als Kristallisationspunkt im Gegenzug die Chance, die verschiedenen Themenschwerpunkte der systemkritischen Kräfte ... zusammenlaufen zu lassen, um so der geplanten Zwangsbeglückung der Welt entgegenzuwirken.“

Die Anti-EXPO-AG verknüpft unterschiedliche Themenschwerpunkte mit dem Ziel, den linksextremistischen Widerstand gegen die EXPO 2000 über Hannover hinaus zu vernetzen und seine systemkritische Bedeutung herauszuarbeiten.

Ein Schwerpunkt in der Argumentation ist die Betonung der sozialen Frage. So veröffentlichte ein autonomes infobüro in der Ausgabe Nr. 297 der göttinger Drucksache vom 27. Februar einen Beitrag *„Schöne' Innenstadt“*, der mit dem Aufruf endet: *„...Kämpfen wir gegen die Ordnungs- und Sicherheitspolitik ... – Die 'Innere Sicherheit' erschüttern!!“*. Staatliche Repressionsmaßnahmen gegen *„MigrantInnen, Obdachlose, DrogenbenutzerInnen und Andere“* werden in einen Zusammenhang zur EXPO 2000 gebracht:

„Die Politik von Vertreibung, Ausgrenzung und Sicherheitswahn muß in Niedersachsen auch in Verbindung mit der EXPO 2000 gesehen werden: Der Umbau Hannovers zur glitzernden Expostadt ist in vollem Gange. ... Nicht nur in den Expo-Städten soll Armut unsichtbar sein und jeglicher Widerstand verhindert werden. Auch in Göttingen werden sich die Auswirkungen der Weltausstellung zeigen ...“

Widerstand gegen die EXPO 2000 wird auch in der Berliner Autonomen-Zeit-

schrift INTERIM sowie in der in Hannover erscheinenden Schrift RAZZ thematisiert. So enthielt das redaktionelle Vorwort der RAZZ (Nr. 99/März 1998) die Aufforderung *„...Messe AG und EXPO angreifen!“* In einem weiteren Beitrag wurde der Widerstand gegen die EXPO mit sozialen Problemen begründet. Durch die EXPO gelangten alle *„Herrschaftsmechanismen kapitalistischer Unterdrückung“* ans Tageslicht:

„Hannover will sich ausstellen als eine Stadt, gereinigt von Gesindel, Dreck und sozialem Elend. ... Nicht die Armut wird verjagt, sondern die Armen.“

Ähnliche Argumentationsmuster enthalten auch Taterklärungen autonomer Gruppierungen zu militanten Aktionen wie den Hakenkrallenschlägen auf das *„im Rahmen der Expo ausgebaute S-Bahnnetz im Großraum Hannover“* (Bahnstrecken Wunstorf–Bremen sowie Barsinghausen–Stadthagen) in der Nacht zum 26. Juli. An den Oberleitungen entstand ein Sachschaden in Höhe von DM 25.000.

In dem in der RAZZ Nr. 104, Ausgabe August/September veröffentlichten Selbstbeichtigungsschreiben, unterzeichnet mit den Initialen *„RW“* (für Revolutionäre Welt) in einem fünfzackigen Stern auf einer Weltkugel, stellen sich die Verfasser als Gegner der EXPO dar und begründen die Anschläge:

„... da das Verkehrssystem ... ein Schwachpunkt der Messe im Allgemeinen und daher für die Expo ebenso darstellt.“

Die Argumentation des Bekennerschreibens ordnet die Mitglieder der bisher unbekanntenen Gruppierung Revolutionäre Welt dem autonomen Spektrum zu. Die Anschläge werden in den Kontext eines Kampfes für soziale Gerechtigkeit gestellt. Die EXPO repräsentiere die Verhältnisse von Macht, Privilegien und Reichtum in Deutschland, Europa und der Welt. Die EXPO wird als „Festival kapitalistischer Ideologie und imperialistischer Dominanz“ angegriffen:

„... das Schaufenster des internationalen und vornehmlich großdeutschen Kapitals zu steinigen, denn sie wird in den folgenden zwei Jahren zum wichtigsten Faktor des neoliberalen Globalkapitalismus. ... ein System anzugreifen, das immer mehr Menschen im sozialen Klo herunterspült ... das täglich Menschen in die Folterknäste und in den Tod deportiert. Ein System, das lügt wo es muß, welches Menschenrechte ratifiziert und sie dennoch nicht einhält, das keine Kritik duldet. ... 'Demokratisch' soweit wie möglich, autoritär soweit wie nötig. Ganz im Sinne der Kapitalisten.“

Mit der Konzentration auf den EXPO-Widerstand gelingt es den Autonomen, Bezüge herzustellen zu den wichtigsten autonomen Aktionsfeldern. („Kampf gegen Umstrukturierung“, „Antiimperialismus“, „Antifaschismus“ sowie „Kampf gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen“). Die Feierlichkeiten zum Tage der deutschen Einheit am 3. Oktober boten Anlass für eine argumentative Verknüpfung der Themen EXPO-Widerstand und „Kampf gegen die Großmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland“.

So begründet eine Gruppe Autonome Querflöten einen in der Nacht zum 2. Oktober verübten Brandanschlag

auf eine BMW-Vertretung in Hannover-Linden:

„Sowohl für die 'Deutsche Einheit' als auch für das Projekt einer Weltausstellung im Jahr 2000 gilt für uns: Es gibt nichts zu feiern! ... Der Umstand, daß sich anläßlich des 3. 10. kein breiter Protest manifestiert ... kann in unseren Augen nur bedeuten, diesem symbolhaften Datum mit radikaler Ablehnung zu begegnen. ... Unsere Aktion ist in diesem Zusammenhang auch nur als symbolhaft zu begreifen. Die militante Option kann nie die Kraft des breiten sozialen Widerstandes ersetzen, sondern allenfalls ein Mißton im Konzert der Mächtigen an diesem Tag sein.“

Das Bekennerschreiben endet mit der Parole „Keinen Frieden mit der Nation!“.

Bündnis tipp-ex

Im Herbst 1998 bildete sich das Bündnis tipp-ex („Treffen intergalaktischer Perspektiven gegen die EXPO 2000, c/o AStA der Uni Hannover“) innerhalb der autonomen Szene in Hannover zur „Neuformierung des Widerstandes“ gegen die Weltausstellung. Es versucht, über die Vorbereitung und Durchführung eines Kongresses mit bundesweiter Beteiligung im Jahr 1999 die Gegner der Weltausstellung zusammenzuführen. Als „offenes Anti-EXPO-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf“ ruft tipp-ex in einem vierseitigen Positionspapier „EXPO NO – denn die Welt sieht anders aus!“, das u.a. in der autonomen Zeitschrift INTERIM (Nr. 463) vom 12. November veröffentlicht wurde, zu Aktivitäten gegen die EXPO auf.

Die EXPO 2000 diene „*rassistischer, patriarchaler und Mensch und Umwelt ausbeutender Herrschaftssicherung*“. Die Bundesregierung nutze die EXPO, um „*die NS-Vergangenheit endgültig als geschlossenes Kapitel der Geschichte zu besiegeln*“ und ihren „*politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen*“. Ferner verfestige die EXPO systembedingte soziale Ungerechtigkeiten:

„An die Stelle des Befriedungsinstruments ‘Sozialstaat’ tritt zunehmend der ‘Repressionsstaat’. Um Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird die Entsolidarisierung der Menschen nach rassistischem Muster weiter vorangetrieben. ... Dabei geht es ... zunehmend um einen ‘Leistungs-rassismus’, dessen Grundlage Arbeitswilligkeit und Unterwürfigkeit sind. Ein Ergebnis ist, daß nun ... verstärkt arme Menschen und jene, die sich nicht kapitalistisch verwerten lassen wollen oder können, als Bedrohung aufgebaut werden. ... Durch die EXPO wird in Hannover forciert, was in allen größeren Städten vorangetrieben wird: Menschen werden zu ‘Randgruppen’ stigmatisiert, kriminalisiert und aus den Konsumzonen der Reichen vertrieben ...“

Da es Aufgabe der EXPO sei, für diese „neue Weltordnung“ zu werben, und soziale Ungerechtigkeit in den „beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung“ zu legitimieren, ist nach Auffassung des Bündnisses tipp-ex die EXPO zu demaskieren.

Der Widerstand gegen die EXPO 2000 müsse insofern zunächst über deren „Demaskierung“ betrieben werden:

„Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden

System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. ... Die EXPO bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressions-Gruppen u.v.a.m.“

Aktionsfeld Internationalismus

Der „Internationalismus“ wird als Ideologiemerkmal aus der Imperialismustheorie abgeleitet. Da nach dieser Theorie die Entwicklungsländer (Peripherie) den gleichen kapitalistischen Ausbeutungsinteressen unterliegen wie die unterprivilegierte Bevölkerung in den Industriestaaten (Metropolen) selbst, ist die „revolutionäre Linke“ in den Metropolen verpflichtet, Befreiungsbewegungen in der Peripherie durch Aktionen und Solidarität zu unterstützen. Ziel ist die Aufrechterhaltung der revolutionären Perspektive. Diese teilweise bewaffnet geführten Kämpfe in den Entwicklungsländern gelte es von Deutschland aus zu unterstützen. Die Situation dieser Länder wird häufig mit der in Deutschland gleichgesetzt, wodurch der Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland seine Rechtfertigung erhalten soll.

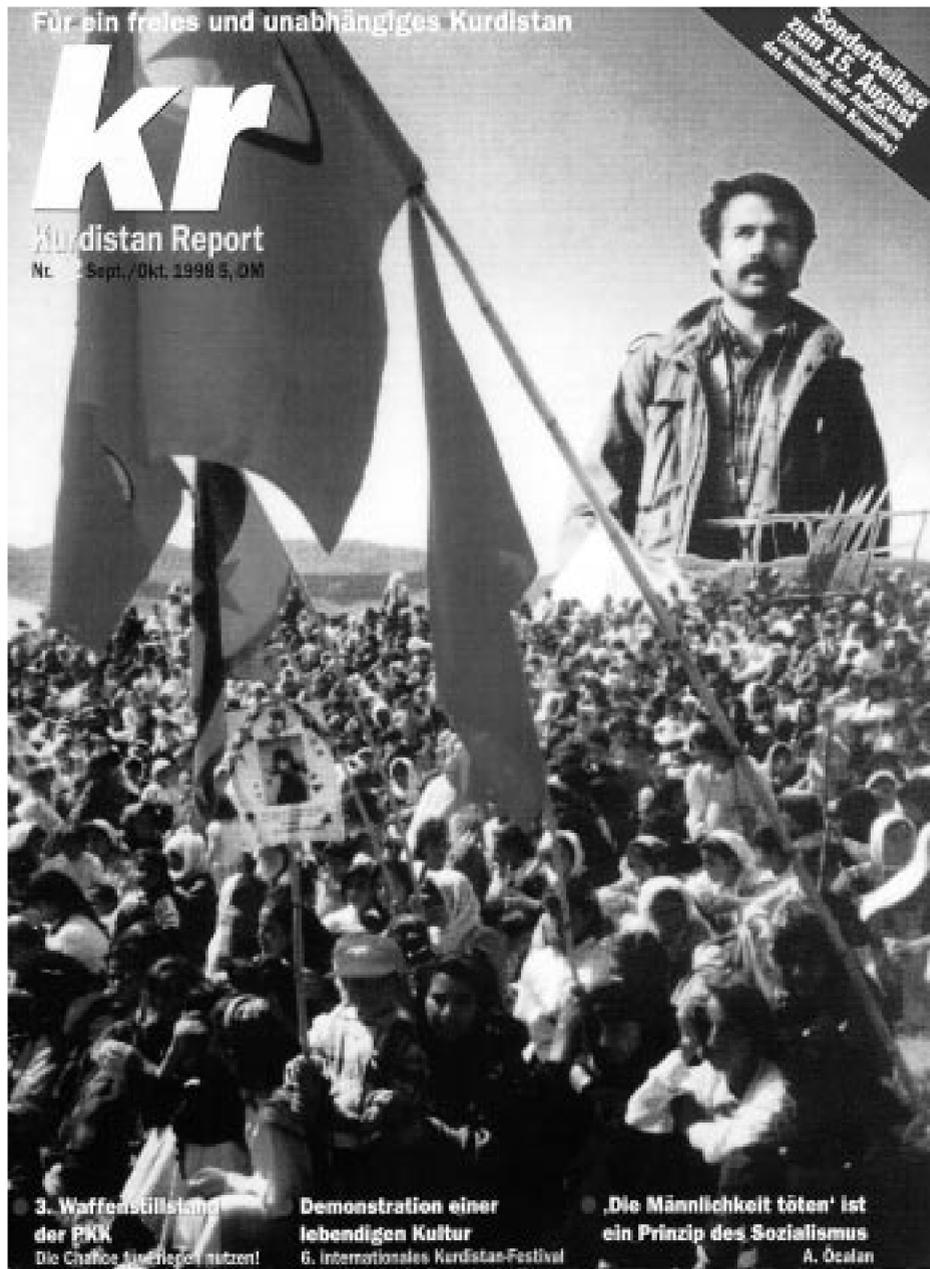
Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

kr

Kurdistan Report

Nr. 12 Sept./Okt. 1998 5, DM

Sonderbeilage
zum 15. August
(Gedenktag der Aufhebung
des Notstandes in der
demokratischen Türkei)



3. Waffenstillstand
der PKK
Die Chafes-Überlegenheit nutzen!

Demonstration einer
lebendigen Kultur
6. Internationales Kurdistan-Festival

„Die Männlichkeit töten“ ist
ein Prinzip des Sozialismus
A. Öcalan

Einen Schwerpunkt von Aktivitäten sowohl des Antiimperialistischen Widerstandes als auch autonomer Gruppen zum Thema „Internationalismus“ bildete die Solidaritätsarbeit zugunsten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Neben der Forderung, das seit 1993 bestehende Betätigungsverbot der PKK aufzuheben, und der Betreuung von angeklagten PKK-Aktivist*innen war die Arbeit stark geprägt von der Unterstützung deutscher Linksextremisten, die sich an militärischen Aktionen der PKK im Osten der Türkei und im Nordirak beteiligt hatten und in Gefangenschaft geraten waren. Auch die Nachricht vom Tod der deutschen PKK-Unterstützerin Andrea WOLF, einer mit Haftbefehl gesuchten ehemaligen Angehörigen des RAF-Umfeldes in Frankfurt/M., beschäftigte Linksextremisten nachhaltig. So heißt es in einer von der Informationsstelle Kurdistan e.V., Köln, über Internet und den Mailboxverbund Comlink am 8. November verbreiteten Erklärung von Internationalist*innen zum Tod von Andrea WOLF:

„In den Jahren in Kurdistan hat sie niemals ihre Aufgaben in der Metropole vergessen. So war es natürlich ihr Gedanke und ihr Wunsch ihre Kraft und Erfahrungen nach Europa zurückzubringen.“

Das linksextremistische Umfeld behauptete in seinen Publikationen, WOLF sei von türkischen Soldaten nach ihrer Festnahme hingerichtet worden. Dafür gebe es Augenzeugenberichte. Die Initiative „Libertad!“³⁵ aus Frankfurt/M. verbreitete – ebenfalls über den Mailboxverbund Comlink – den „Münchener Aufruf“ eines

³⁵ Die Initiative „Libertad!“ setzt sich überwiegend aus Personen des linksextremistischen antiimperialistischen Spektrums aus Frankfurt zusammen.

Initiativkreises der Freund*innen und Genoss*innen von Andrea WOLF, in dem eine Internationale Unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände gefordert wird.

Für den bereits seit Dezember 1997 von der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) gefangen gehaltenen Braunschweiger Autonomen Jörg ULRICH setzte sich vor allem das Braunschweiger Antifaschistische Plenum/Jugend Antifa Aktion ein. Insbesondere der Partei Bündnis 90/Die Grünen warfen sie vor, das „Folterregime der KDP“ zu unterstützen und somit auch dafür verantwortlich zu sein, dass ULRICH nicht – wie von ihm selbst gewünscht – an das Internationale Rote Kreuz ausgeliefert wurde. ULRICH lehnte bisher eine Auslieferung nach Deutschland ab. Ihrer Forderung versuchten die Autonomen durch eine Besetzung der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen am 17. Februar in Bonn und durch die Störung verschiedener Veranstaltungen der Partei u.a. in Bonn, Hannover und Braunschweig Nachdruck zu verleihen.³⁶

Der Prozess gegen die im Oktober 1997 vom türkischen Militär festgenommene Hamburgerin Eva JUHNKE, die sich ebenso wie ULRICH für die PKK im Kampfeinsatz befand, wurde in diesem Jahr regelmäßig von Delegationen aus Deutschland beobachtet

³⁶ PKK und KDP befinden sich als rivalisierende Kurdenorganisationen seit 1997 in einem kriegsähnlichen Zustand. Die Türkei betrachtet die KDP unter Führung von BARZANI als Bündnispartner im Kampf gegen die PKK. Die KDP beherrscht das an die Türkei angrenzende kurdisch besiedelte Gebiet im Norden des Irak und hat somit ein gesteigertes Interesse, die PKK aus diesem Gebiet zurückzudrängen.

und in linksextremistischen Publikationen kommentiert. Am 17. September wurde Eva JUHNKE von einem türkischen Staatssicherheitsgericht in Van wegen Mitgliedschaft in der PKK zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Die Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) mit Sitz in Köln, die eine herausgehobene Rolle innerhalb der Solidaritätsarbeit deutscher Linksextremisten für die PKK einnimmt, betont in einer Selbstdarstellung die Notwendigkeit des solidarischen Kampfes für die kurdische Befreiungsbewegung. Die Forderung nach internationaler Solidarität „der Linken in Deutschland“ wird abgeleitet aus den autonomen Begründungsmustern „Antifaschismus“, „Antiimperialismus“ sowie dem „Kampf gegen patriarchalische Herrschaftsstrukturen“:

„Die Informationsstelle Kurdistan versteht sich als Teil der Linken in Deutschland, und steht in der Tradition der antifaschistischen, antiimperialistischen und antipatriarchalen Kämpfe. ...

Um der fortschreitenden reaktionären und menschenverachtenden Politik der BRD entgegenzutreten, sucht die ISKU eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen und antiimperialistischen Kräften in der BRD. Dabei hat die ISKU ein eindeutig solidarisches Verhältnis zur kurdischen Befreiungsbewegung ...“

(Eine kurze Selbstdarstellung der Informationsstelle Kurdistan e.V. von 1998)

Verbunden mit dem Vorwurf an die türkische Regierung, das kurdische Volk zu unterdrücken und „den Krieg mit den barbarischsten Methoden zu führen“ (Pressemitteilung der ISKU vom 10. April), wird auch der deutschen Regierung vorgeworfen, das „türkische Militärregime“ politisch

und wirtschaftlich zu unterstützen. Dies rechtfertigt – aus linksextremistischer Sicht – ein Engagement von deutschen „InternationalistInnen“ für die PKK und schließt theoretische und militärische Ausbildung bei der PKK sowie den Kampfeinsatz für diese Organisation ein:

„Für Menschen aus einem vom Kapitalismus und Rassismus beherrschten Land, wie der Bundesrepublik, erweitert der praktische Internationalismus und damit das Leben und Arbeiten in einer sich befreienden Gesellschaft, den politischen und praktischen Horizont hier im Land. ... Es soll nicht sein, daß in der BRD-Bevölkerung die deutsche Beteiligung am Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen problematisiert oder gar die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes um eine Alternative zum imperialistischen System entstehen könnte.“

Noch deutlicher wird die Motivation deutscher Linksextremisten, sich der PKK für Kampfeinsätze zur Verfügung zu stellen, in einem Beitrag der September-Ausgabe der Berliner Publikation für „FrauenLesben“, AMAZORA, Nr. 12/98 dargestellt:

„Die Motive für deutsche Freundinnen, sich dem kurdischen Befreiungskampf anzuschließen, sind vielseitig, einige sind gegangen, um für immer zu bleiben, die meisten um wiederzukommen und hier den Kampf weiter zu entwickeln.“

Die PKK gilt nach diesem Verständnis als die weltweit stärkste Kraft eines erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus:

„Internationalistisches Bewußtsein, das Bewußtsein, daß der Kampf gegen einen gemeinsamen Feind

geführt wird gibt uns Stärke, den Kampf auch hier zu führen, Angriffe gegen die PKK oder andere Befreiungsbewegungen auch als Angriffe gegen uns selbst zu sehen ...“

Aktionsfeld Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte

Seit Mitte der siebziger Jahre ist die friedliche Nutzung der Kernenergie ein zentrales Thema der deutschen Wirtschafts- und Innenpolitik. Im Mittelpunkt der kontrovers geführten öffentlichen Diskussion stehen ethische und moralische Erwägungen über Sinn und Zweck wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritts, den Schutz der Umwelt und die Verantwortung für kommende Generationen. Diese Grundsatzdebatte, die ausdrücklich unter Berufung auf das im Grundgesetz verankerte Werte- und Normensystem geführt wird, ist frei von systemüberwindenden Forderungen. Sie findet ihren Niederschlag in den unterschiedlichen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien.

Der Widerstand linksextremistischer, sich aus dem autonomen und anarchistischen Spektrum rekrutierender Kernkraftgegner basiert demgegenüber auf ideologischen Grundannahmen, für die eine prinzipielle Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik kennzeichnend ist. Im Vordergrund steht für sie nicht die Kernenergiepolitik, die sie lediglich als ein Symbol für einen auf Beherrschung und Ausbeutung ausgerichteten Staat betrachten, sondern die „Systemfrage“. Schriften autonomer und anarchistischer Gruppierungen bringen immer wieder das strategische Ziel

zum Ausdruck, aus Protest gegen die Kernenergiepolitik gebildete demokratische Bürgerinitiativen für ihre weiterreichenden politischen Ziele zu instrumentalisieren. In dieser Hinsicht argumentiert der unbekanntes Verfasser eines Flugblatts, in dem im Juli 1998 zu verschiedenen Veranstaltungen gegen das Kernkraftwerk Stade aufgerufen wurde:

„Es muß uns gelingen, daß kein Transport mehr geräuschlos und undiskutiert durch die Republik und Europa verschoben werden kann. Dies kriminelle und vom Staat geschützte Handeln müssen wir als eine Erscheinungsform des menschenverachtenden Kapitalismus im Atomstaat entlarven und dem unsere (zu entwickelnden) Utopien einer herrschaftsfreien Gesellschaft entgegenzusetzen.“

Ebenso deutlich formuliert der Verfasser des Artikels „Den Aufruhr in die Köpfe tragen“ in der Zeitung anti atom aktuell (Nr. 95/Oktober 1998):

„Ohne jede Frage steht für uns die Systemfrage im Vordergrund. Nicht die Atomenergie und der Castor sind das eigentliche Übel, sondern jene gesellschaftliche Formation, die sie gegen die Interessen der Menschen hervorgebracht haben.“

Neben grundsätzlichen ideologischen Unterschieden gibt es innerhalb der Anti-Atomkraft-Bewegung konträre Auffassungen über den Einsatz von Militanz und Gewalt. Die Positionen linksextremistischer Gruppierungen zeugen von dem Bemühen, solche Differenzen mit dem Hinweis auf die vordergründige Gemeinsamkeit der Ziele zu kaschieren. Es wird appelliert, sich

„... durch die herrschende Politik nicht spalten und kriminalisieren (zu lassen), denn gerade die Vielfalt und die unterschiedlichsten Aktionsformen machen unsere Stärke aus! ...“

Unser Widerstand muß vielfältig, bunt und möglichst unberechenbar sein, eben, um einer Spaltung entgegenwirken zu können.“

(anti atom aktuell Nr. 87/1997, Zwischen den Jahren, Nr. 90/April 98).

Die Entscheidung der seit Oktober amtierenden neuen Bundesregierung, mittelfristig auf die Nutzung der Kernenergie zu verzichten, hat neue politische Rahmenbedingungen geschaffen. Diese dürften nicht ohne Einfluss auf die Strategie linksextremistischer Kernkraftgegner bleiben, insbesondere dann nicht, wenn über den Vollzug des angestrebten Ausstiegs aus der Kernenergie innergesellschaftlich Konsens hergestellt werden kann. Das könnte dazu führen, dass Teile der linksextremistischen Anti-Atomkraft-Bewegung weiter an Bedeutung verlieren. Derzeit polemisieren linksextremistische Kernkraftgegner gegen die Ernsthaftigkeit der von der Bundesregierung eingeleiteten neuen Kernenergiepolitik:

„Wir kriegen nichts geschenkt, auch nicht den Ausstieg, auch nicht von den GRÜNEN. Den Ausstieg werden wir uns auf den Straßen und Feldern selbst erobern (müssen).“

(anti atom aktuell Nr. 93/1998)

Gewaltaktionen linksextremistischer Kernkraftgegner

Im Berichtsjahr fanden keine CASTOR-Transporte nach Gorleben statt. Gegen den CASTOR-Transport vom 20. März nach Ahaus richteten sich zahlreiche Aktionen mit linksextremistischer Beteiligung. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang eine „Anti-

Castor-Street-Parade“ in Braunschweig am 13. März, eine „Castor-Rallye“ in Göttingen, und eine Demonstration mit anschließender Blockade eines Bundesbahngleises am 14. März in Lüneburg sowie eine Demonstration am 19. März in Göttingen, an der sich wie in Braunschweig auch verummumte Personen beteiligten.

Im gleichen Zeitraum verübten militante Kernkraftgegner zahlreiche Straftaten gegen Bahnstrecken der Deutschen Bahn AG. Hakenkrallenschläge an verschiedenen niedersächsischen Streckenabschnitten führten am 14. April, 26. Juli und 27. September zum Teil zu erheblichen Sachschäden. Aktionen militanter Atomkraftgegner dürften nach wie vor von der taktischen Überlegung bestimmt sein, die Kosten für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen bei der Durchführung von Castor-Transporten durch Sabotageakte in eine wirtschaftlich nicht mehr vertretbare Höhe zu treiben.

Am 2. Oktober besetzten militante Kernkraftgegner die Castor-Verladestation in Breese/Dannenberg. Die Besetzer errichteten Barrikaden auf dem Zuführungsgleis und unterhöhlten eine Bahnschwelle. Ziel war die Verhinderung der geplanten Erweiterung der Verladestation. Auf Transparenten und Schildern bekundeten die Besetzer:

„Hier entsteht das Anti Atom Ausbaudorf Erweiternix in der Republik Freies Wendland, Anti Atom Archiv. Wir spielen uns quer. Keinen Kran für den Castor-Wahn.“

Im Verlauf der Aktion wurden im Stadtgebiet von Lüneburg Flugblätter der „Freien Republik Wendland im Oktober 1998“ verteilt, die zur Teilnahme an der „Platzbesetzung“ aufriefen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei kam es zu Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.

Antiimperialistischer Widerstand (AIW)

Unter der Bezeichnung Antiimperialistischer Widerstand firmieren Gruppen und Einzelpersonen, die sich ideologisch am avantgardistischen Guerillakonzzept der Rote Armee Fraktion (RAF) aus den 70er- und 80er-Jahren und häufig auch an den „Befreiungskämpfen“ in der Dritten Welt orientieren. Der AIW betrachtet den bewaffneten Kampf als notwendiges Mittel, um einen weltweiten revolutionären Umwälzungsprozess einzuleiten. Verschiedene Ansätze im AIW haben 1998 an Bedeutung verloren, wie die Gruppierung „jarama!“ und das Theorieorgan clockwork. Kontinuierlich arbeitet dagegen der von Personen des ehemaligen RAF-Umfeldes gebildete Frankfurter Zusammenschluss „Kein Friede“, der sich über die Initiative „Libertad!“ schwerpunktmäßig für eine weltweite Vernetzung zur Schaffung eines

„Internationalen Kampftages für die Freiheit der politischen Gefangenen in aller Welt“ einsetzt. Eine für Frühjahr 1999 geplante Konferenz zu diesem Thema unter dem Motto „Befriedung oder Befreiung“ befindet sich in Vorbereitung. Der Aufruf zu dieser Konferenz enthält ein grundsätzliches Bekenntnis zum Kampf als politisches Mittel:

„Die Gründe zu kämpfen, sind nicht weniger, sondern mehr geworden. Wir sagen nicht wie gekämpft werden muß, aber wir sagen: Ein Kampf um Menschenrechte verlangt den Kampf gegen jene Verhältnisse, die der Durchsetzung des Rechts auf Emanzipation, Menschenwürde und Selbstbestimmung entgegenstehen.“

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt des AIW besteht in der Unterstützung des so genannten Befreiungskampfes der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

In Niedersachsen existiert derzeit kein Personenzusammenhang, der eindeutig dem AIW zuzurechnen ist. Es gibt jedoch – wie auch im übrigen Bundesgebiet – themenbezogene Überschneidungen und Kontakte der autonomen Szene zum AIW.

Ehemalige terroristische Vereinigungen (RAF, RZ und AIZ)

In einer am 20. April bekannt gewordenen Verlautbarung erklärten im Untergrund lebende RAF-Mitglieder das „Projekt RAF“ für beendet. Als wesentlich für das Scheitern ihres Kampfes bezeichneten sie strategische Fehler im Konzept der Guerilla. Die Wirkung militärischer Aktionen sei überschätzt, gesellschaftliche Prozesse außerhalb der Vorstellungswelt der RAF seien unterbewertet worden.

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums wurde die seit langem erwartete Auflösung der RAF positiv bewertet. Ausführungen in linksextremistischen Szenezeitschriften wie *EinSatz!* aus Göttingen und *INTERIM* aus Berlin weisen aus, dass dies jedoch keinesfalls den Verzicht auf die Widerstandsform des bewaffneten Kampfes bedeutet:

„Die Auflösung der RAF ist aus ihrer Geschichte heraus konsequent. Sie ist der Abschluß des Kapitels RAF in der Geschichte der revolutionären Linken der BRD, nicht aber der Abschluß des bewaffneten Kampfes für alle Zeit.“

(*EinSatz!*, Nr. 31, Juli 1998)

„Für uns war Euer politischer Kampf immer wichtig, als eine radikale Option politischen Handelns, die als Möglichkeit nicht verloren gehen darf.“

(*INTERIM*, Nr. 449 v. 30. April 1998)

Auch aus der langen Phase politischer Inaktivität kann geschlossen werden, dass die terroristischen Organisationen Revolutionäre Zellen (RZ) und Rote Zora nicht mehr existieren. Im Gegensatz zur RAF, die den elitären Anspruch einer revolutionären Avantgarde erhob, legten die nach dem Zellenprinzip organisierten RZ Wert auf die Vermittelbarkeit der Aktionen, die aus einem taktischen Verständnis aus der Legalität heraus umgesetzt werden sollten. Dieses Konzept ist für autonome Zusammenschlüsse weiterhin richtungsweisend.

Im September wurde das ehemalige Mitglied der Revolutionären Zellen Hans-Joachim KLEIN aufgrund eines internationalen Haftbefehls in Frankreich festgenommen. Klein wird vorgeworfen, im Dezember 1975 an einem Anschlag unter der Führung des Terroristen Illich RAMIREZ-SANCHEZ, genannt „Carlos“, auf die OPEC-Konferenz in Wien beteiligt gewesen zu sein. Bei dem Anschlag waren drei Personen getötet und 70 Personen als

Geiseln genommen worden. KLEIN hatte bereits 1977 seinen Ausstieg aus der Terrorszene erklärt.

Mitglieder der terroristischen Anti-imperialistischen Zelle (AIZ) verübten zwischen 1992 und 1995 neun Anschläge. Mit der Festnahme der mutmaßlichen AIZ-Mitglieder Bernhard FALK und Michael STEINAU im Februar 1996 endeten die Aktivitäten der Gruppierung. In der seit dem 14. November 1997 laufenden Hauptverhandlung gestand STEINAU inzwischen seine Tatbeteiligung an drei Anschlägen. Die Aktivitäten der AIZ haben unter anderen Linksextremisten kaum Resonanz gefunden. Sowohl die personengefährdenden Anschläge als auch die Hinwendung der Gruppierung zu islamisch-fundamentalistischen Positionen stießen auf grundsätzliche Kritik und führten zur Isolierung der AIZ. Der Prozess wurde bisher ausschließlich von Personen des autonomen Spektrums Aachen begleitet, dem FALK bis zu seiner Festnahme zuzurechnen war.

Rote Hilfe e.V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle: Göttingen

Mitglieder: 1997 1998

Bund: 3.000 3.000

Niedersachsen: 250 400

Publikation: Die Rote Hilfe (Auflage 4.400 Exemplare vierteljährlich)

Die Rote Hilfe e.V. sieht sich in der Tradition einer gleichnamigen, kommunistischen Gruppierung der Weimarer Republik und war bis in die achtziger Jahre stark von der ehemaligen KPD/ML beeinflusst. Als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende,

linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“ setzt sie sich durch Erstattung von Prozess- und Rechtsanwaltskosten für linksextremistische Straftäter ein.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Gesamtmitgliederzahl, die nach einem starken Mitgliederzuwachs im Jahre



Vorwärts und nicht vergessen,
worn unsere Stärke besteht,
beim Hungern und beim Essen,
vorwärts, nie vergessen,
die Solidarität

1997 bei ca. 3000 Personen stagniert, verzeichnete die RH in Niedersachsen 1998 einen starken Anstieg auf über 400 Anhänger, davon über die Hälfte aus Göttingen. Die neuen Mitglieder der RH rekrutieren sich überwiegend aus dem gewaltbereiten autonomen Spektrum. Weitere Ortsgruppen in Niedersachsen existieren in Braunschweig, Buchholz, Hameln, Hannover, Oldenburg, Nordhorn und Wolfsburg. Der Umzug des Bundesvorstandes nach Göttingen dokumentiert, welche Bedeutung Göttingen als Standort für die RH inzwischen hat. In Kiel sind nur noch die Redaktion des Vereinsorgans Die Rote Hilfe sowie der Literaturvertrieb angesiedelt.

Die von der RH vorgenommene Definition der politischen Betätigung des Personenkreises, den sie wegen angeblicher politischer Verfolgung unterstützt, verdeutlicht neben der kommunistischen Traditionslinie den gewachsenen autonomen Einfluss auf die Organisation:

„Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiterbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr.“

(Selbstdarstellung in jeder Publikation Die Rote Hilfe)

Das Vereinsorgan Die Rote Hilfe, das nach Eigenangaben vierteljährlich in einer Auflage von 4.400 Exemplaren erscheint, bietet einen Überblick über-

das Tätigkeitsspektrum der RH. Schwerpunktthemen sind neben der Unterstützungsarbeit z.B. für die Inhaftierten aus der Rote Armee Fraktion (RAF) und deren Angehörige die angebliche „staatliche Repression“ gegen autonome Zusammenschlüsse und die „Kriminalisierung“ in Deutschland agierender PKK-Mitglieder. Ferner konzentrierten sich die Aktivitäten des Jahres 1998 auf die Unterstützung bei der Herstellung der Broschüre „Entsichert – der Polizeistaat lädt nach ...“ der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) zum Thema „Innere Sicherheit“, eine Kampagne gegen die „Kriminalisierung Passauer Antifaschisten“ und den auf der Bundesdelegiertenversammlung getroffenen Beschluss, den Rechtshilfeverein für Kurdinnen und Kurden in Deutschland – AZADI mit festen monatlichen Geldbeträgen zu unterstützen.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt der letzten Jahre ist das Engagement der RH im Zusammenhang mit dem von der Initiative „Libertad!“ aus



Frankfurt/Main 1995 bundesweit für den 18. März ins Leben gerufenen „Tag der politischen Gefangenen“. 1998 veröffentlichte die RH aus Anlass des Aktionstages unter dem Motto „Solidarität heißt Widerstand gegen

staatliche Unterdrückung“ eine Schrift, in der die Bundesrepublik als rassistischer, kapitalistischer Staat diffamiert wird, der zur Sicherung der „herrschenden Ordnung“ anders denkende Menschen in „Knäste wegsperrt“.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz:		
Bund:	Essen	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende:		
Bund:	Heinz STEHR	
Niedersachsen:	Peter DÜRRBECK / Detlef FRICKE (seit Nov. 1998)	
Mitglieder:		
	1997	1998
Bund:	6.200	6.500
Niedersachsen:	420	430
Publikationen:		
Bund:	Unsere Zeit (UZ) (erscheint wöchentlich, Auflage ca. 8.800)	
Niedersachsen:	Verschiedene lokale Blätter wie Hannoversches VolksBlatt oder Die Rote Spindel	

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Seit der Wende hatte die von der SED finanzierte Partei stark an Bedeutung verloren. Derzeit hat sich die in 14 Bezirksorganisationen untergliederte DKP bei 6500 Mitgliedern, davon 430 in Niedersachsen, stabilisiert. Finanzielle Schwierigkeiten zwangen die DKP nach der Wende zu äußerster Sparsamkeit und Spendenaufrufen, um ein Minimum an hauptamtlicher Tätigkeit zu realisieren und die weitere Herausgabe ihres Parteiorgans Unsere Zeit (UZ) zu sichern. Trotz einer Kampagne zur Werbung neuer

Abonnenten sank die Auflage der UZ von 9.305 Exemplaren im Januar 1997 auf 8.824 Exemplare im Januar 1998. Die schwache Position der DKP dokumentiert sich nicht zuletzt in den von ihr erzielten Wahlergebnissen. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen erreichte sie 8.597 Stimmen (0,2 %) der Zweitstimmen, ohne in einem einzigen Wahlkreis einen Stimmenanteil von 1 % zu überschreiten. In Bayern wurde sie im September lediglich von

1625 Bürgern gewählt. An der Bundestagswahl 1998 beteiligte sich die DKP in Niedersachsen nur noch mit einigen Direktkandidaten, die insgesamt 144 Stimmen erhielten. Bei der Zweitstimmengabe gab die Partei eine Wahlempfehlung für die PDS ab. Nach einem Beschluss des 12. Parteitages beabsichtigt die DKP, an den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 teilzunehmen.

Die Wahlen zum Bundesvorstand auf dem 14. Parteitag vom 22. bis 24. Mai in Hannover erbrachten die Bestätigung des Vorsitzenden Heinz STEHR und seiner beiden Stellvertreter Rolf PRIEMER und Bruni STEINIGER in ihren Ämtern. Aus Niedersachsen gehören dem 37 Mitglieder umfassenden Vorstand vier Personen an. Zum neuen 1. Vorsitzenden der Bezirksorganisation Niedersachsen wurde im November Detlef FRICKE anstelle von Peter DÜRRBECK gewählt.

Die innerparteiliche Diskussion lässt einen reformerischen Neuansatz nicht erkennen. Weiterhin basieren die Gesellschaftsanalysen und die tagespolitischen Forderungen auf einem dogmatisch interpretierten marxistisch-leninistischen Revolutionsmodell. Die programmatische Rede des Vorsitzen-

den STEHR auf der konstituierenden Tagung des neugewählten Bundesvorstandes am 6. Juni in Essen verdeutlicht das ideologische Selbstverständnis:

„Aus unserer Sicht ist der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen die Voraussetzung, um zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen. Die Arbeiterklasse muß im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten und Klassen die Verantwortung zur Durchsetzung dieses Ziels übernehmen.“

Nach wie vor bilden die allenfalls vordergründig kritisierten Gesellschaftssysteme der ehemaligen Ostblockstaaten für die DKP Kristallisationspunkte der politischen Orientierung, wie STEHR in seiner Grundsatzrede auf dem 14. Parteitag zum Ausdruck brachte:

„Ausgehend von Lenin, der die Notwendigkeit von Übergängen betonte, den Erfahrungen der sozialistischen Staaten Europas, die alle Übergangsetappen zu durchlaufen hatten, bevor es möglich wurde, sozialistische Eigentums- und Machtverhältnisse durchzusetzen, wird es auch bei uns darauf ankommen, sol-

Wählt mit der Zweitstimme PDS!

Wählt mit der Erststimme PDS – überall dort, wo sie eine Chance hat, ein Direktmandat zu erringen!

Dieses Land braucht, unabhängig vom Wahlweg, eine stärkere kommunistische Partei. Es braucht Menschen, die sich nicht opportunistisch anpassen, sondern die für grassierende gesellschaftliche Veränderungen eintreten.

Wir wollen, daß dies auch bei den Bundestagswahlen deutlich wird. Deshalb kandidiert die DKP in einer Reihe von Wahlkreisen mit eigenen Direktkandidaturen und -kandidaten. Überall dort rufen wir die Wählerinnen und Wähler auf: Macht die Erststimme zur Stimme des Widerstandes gegen die Rechtsentwicklung, gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau.

Wahlauftritt der DKP

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

che politischen Ziele zu formulieren, die Voraussetzungen schaffen, daß der größte Teil der Bevölkerung den notwendigen Übergang zum Sozialismus bewußt vollzieht. Aus unserer Sicht verlangt dies vor allem die Durchsetzung von antimonopolistischen Reformen in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen, um den Weg zum Sozialismus zu öffnen.“

Von zentraler Bedeutung für die Ideologie der DKP ist ferner der so genannte Internationalismus, der auf der Überzeugung basiert, dass die globale Herrschaft des Kapitals nur durch das internationale Zusammenwirken aller ausgebeuteten Menschen überwunden werden kann. Seinen praktischen Niederschlag fand der Internationalismus in der Teilnahme von 30 „Bruderparteien“ und „Befreiungsbewegungen“ aus 29 Staaten am 14. Parteitag, darunter das Mitglied des Politbüros der Kubanischen Kommunistischen Partei, Juan Carlos Robinson ARGAMONTE.

Als natürlichen Verbündeten betrachtet die DKP die PDS, deren Ehrenvorsitzender MODROW in einem Grußwort an die Delegierten des Parteitages in Hannover für eine Verbesserung der Zusammenarbeit plädierte. Eine Einflussnahme der DKP auf die Politik der PDS ist angesichts der Kräfteverhältnisse der beiden Parteien jedoch unrealistisch. Überdies dürften reformorientierte Kräfte innerhalb der PDS befürchten, dass ein öffentliches Zusammenwirken beider Parteien die PDS diskreditiert. Die ideologische Übereinstimmung der DKP mit der Kommunistischen Plattform der PDS ist allerdings beträchtlich.

Ferner sucht die DKP eine Annäherung an das autonome Spektrum. So veröffentlichte die Wochenzeitung *Unsere Zeit* in ihrer Ausgabe vom 17.

Juli einen Spendenaufruf der Autonomen Antifa (M) zur Beschaffung eines Radiosenders für die MRTA³⁷. Auf Isaac VELAZCO, den Europasprecher der MRTA konzentrieren sich Solidaritätsaktionen sowohl der DKP als auch der Autonomen Antifa (M). Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, dass die theorielastige DKP von den eher aktionsorientierten Autonomen als Bündnispartner akzeptiert wird.

Zur traditionellen Bündnisstrategie der DKP gehört der oftmals vergebliche Versuch, bestehende Protestbewegungen und aktuellen sozialen Protest zu instrumentalisieren und ideologisch zu beeinflussen. Für den Bundestagswahlkampf forderte der Vorsitzende STEHR, in „gesellschaftliche Auseinandersetzungen“ einzugreifen. Beispielhaft nannte er dabei die „Hamburger Großdemonstration gegen die Bildungs- und Ausbildungsmisere“ oder die „Großdemonstration“ in Berlin zum „Politikwechsel“.

³⁷ Movimiento Revolucionario Tupac Amaru – Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru. Ein Kommando der peruanischen Guerillaorganisation MRTA hatte 1996 die japanische Botschaft in Peru besetzt und erfolglos versucht, inhaftierte MRTA-Angehörige freizupressen.

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

Sitz:		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	2.500	2.000
Niedersachsen:	25	25
Publikationen:		
Bund:	Mitteilungen der KPF der PDS (erscheinen monatlich)	
Niedersachsen:	offen-siv (monatlich, gelegentlich anlassbezogene Sonderausgaben)	

Die KPF wurde am 30. Dezember 1989 von Kommunisten innerhalb der damaligen SED-PDS als eigenständiger Zusammenschluss gegründet. Inzwischen ist sie auch in den meisten alten Bundesländern organisatorisch vertreten. Der Bundeskoordinierungsrat und der Sprecherrat bilden die Leitungsgremien. Auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsebene existieren Gliederungen mit eigenen Organen. Organisatorischer Schwerpunkt in Niedersachsen ist Hannover, wo drei Funktionäre der KPF die Zeitschrift *offen-siv* – Sozialistisches Monatsblatt der PDS Hannover und Göttingen redigieren.

Innerhalb der PDS markiert die KPF die kommunistische Traditionslinie der Arbeiterbewegung und versteht sich als kommunistisches Korrektiv gegenüber reformorientierten Politikansätzen. Die Wahl von Michael BENJAMIN, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF, in den Bundesvorstand der PDS im Januar 1999 weist aus, dass die KPF weiterhin einen nicht unerheblichen Teil der Parteimitgliedschaft ideologisch repräsentiert.

Das grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten Funktionären und dogmatisch orientierten kommunistischen Kräften

innerhalb der PDS kommt in der Analyse der Bundestagswahl durch das Redaktionsmitglied der Zeitschrift *offen-siv*, Frank FLEGEL (KPF), in der Oktoberausgabe (Heft 13/98) zum Ausdruck:

„Die Bundestagswahl ist vorbei, die PDS ist mit mehr als 5 % im Bundestag, was sicherlich erfreulich ist, wenn man politisch denkt: das macht es nicht nur den Reformisten, sondern allen Linken leichter. Wenn man daran denkt, welche Leute nun in der PDS-Fraktion sitzen, wird die Freude unter Umständen etwas getrübt, aber sei's drum!“

Ähnlich wie bei der DKP bilden ein sozialistischer Fortschrittsglaube auf der Grundlage des historischen Materialismus³⁸ und die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie ideologische Zentralkategorien der KPF. Die Weiterentwicklung der Gesellschaft durch

³⁸ Der historische Materialismus geht von einer Abfolge ständig höher entwickelter, sich einander revolutionär ablösender Gesellschaftsformen aus (Urgesellschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus).

Reformen wird negiert. Auf der DKP-Konferenz „150 Jahre Kommunistisches Manifest“ am 21. Februar in Berlin führte das Mitglied des Bundesprecherrates der KPF, Ellen BROMBACHER, aus:

„Vorstellungen, die kapitalistische Gesellschaft könne sich durch Reformen von innen evolutionär so verändern, daß sie ihre Widersprüche und Konflikte produktiv löst und in eine zunehmend humane Gesellschaft hinüberwächst, widersprechen dem Gang der Dinge.“

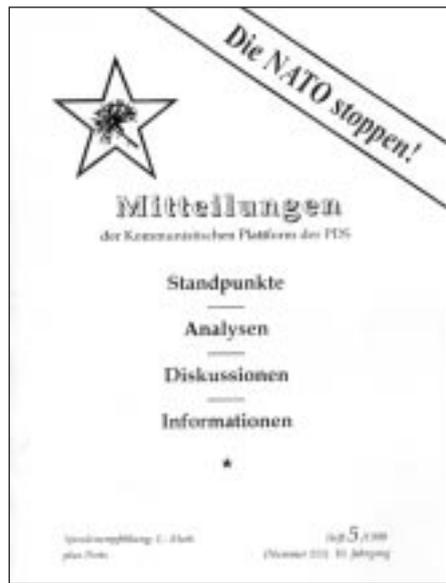
(Marxistische Blätter, Nr. 2/98, S. 66)

Die westlichen Demokratien betrachtet BROMBACHER als Herrschaftsinstrumente von Kapitalinteressen:

„Mit außerordentlichem Nachdruck und Tempo wird ein Kurs sozialer Konfrontation und unerbittlichen Sozialabbaus verfolgt. Dieser asoziale Kurs ... findet seinen Ausdruck in einer immer repressiveren Innenpolitik, in zunehmenden Großmachtambitionen und damit einhergehender wachsender Militarisierung sowie in grassierendem Nationalismus und Rassismus.“

(Marxistische Blätter, Nr. 2/98, S. 64)

Positionen wie diese gehen einher mit einer Rechtfertigung des DDR-Regimes. Das Gesellschaftsmodell der DDR, das als legitimer „sozialistischer Versuch“ bewertet wird, und die Berufung auf die „sozialen Errungenschaften“ der DDR sind Fixpunkte der politischen Überzeugung führender KPF-Funktionäre. Sie rehabilitieren die DDR als den besseren, den zukunftsreicheren deutschen Staat und befinden sich damit in einer grundsätzlichen Opposition zu linksreformerischen Strömungen innerhalb der PDS. Beispielhaft für die Verklärung der DDR ist die Bewertung der „sozialistischen Errungenschaften“ durch Ellen BROMBACHER:



„Selbst in historisch kurzer Frist war Wesentliches menschlicher geworden. ... Wir kannten die Angst vor dem morgigen Tag nicht mehr, die das Leben unserer Großeltern und Eltern geprägt hatte und unser eigenes Dasein heute wieder bestimmt.“

(Marxistische Blätter, Nr. 2/98, S. 63)

Die ideologische Nähe der KPF zum Gesellschaftsmodell der DDR dokumentiert sich nicht zuletzt in der Verteidigung des Mauerbaus durch das Mitglied des Bundeskoordinierungsrates, Michael BENJAMIN. Er bestreitet, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. „Jegliche Denunziation der DDR“ müsse vermieden werden.

Die in den Ausführungen führender KPF-Funktionäre deutlich werdende Ablehnung des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland impliziert ein taktisches Verhältnis zum Grundgesetz.

„Aus gegebenem Anlaß hat die Kommunistische Plattform der PDS mehrfach erklärt, daß sie auf dem Boden des Grundgesetzes steht und daß sie es – in Anbetracht der per-

manenten Aushöhlung von rechts -verteidigt. Desweiteren verwies die Kommunistische Plattform darauf, daß Konflikte nicht mit der Verfassung sondern mit der Verfassungswirklichkeit bestehen.

Zu keiner Zeit haben wir gesagt ..., daß 'die Kommunistische Plattform den Staat, in dem wir leben, akzeptiert ...' "

(Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 7/1998, S. 3)

Die Systemgegnerschaft der KPF kommt ferner darin zum Ausdruck, dass sie in ihren Publikationen häufig gewalttätigen autonomen Gruppierungen Platz einräumt. So konnte die Autonome Antifa (M) aus Göttingen ihre systemablehnenden Thesen in Form eines Interviews, bei dem sich die Redakteure auf die Vorgabe von Stichworten beschränkten, in dem von niedersächsischen KPF-Funktionären redigierten Monatsblatt *offen-siv* (Heft 9/98, Ausgabe Juni 1998; S. 5 ff) verbreiten:

„Diese Politik, die in diesem Zusammenhang auch die rassistische Politik des Staates angreift und sich gegen die bestehenden Verhältnisse richtet, soll zerschlagen werden.“

Bereits die einleitende Feststellung der Redaktion (*„Es gibt neue Kriminalisierungsversuche gegen autonome Antifas in Deutschland...“*) bezüglich einer polizeilichen Durchsuchungsaktion wegen des Verdachtes von strafbaren Handlungen nach § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) am 12. Mai u.a. in Göttingen deutet übereinstimmende Positionen an.

Graswurzelbewegung

Ideengeschichtlicher Hintergrund und Ideologie

Die Graswurzelbewegung ist ein loser, hierarchieablehnender Personenzusammenschluss unterschiedlicher Gruppierungen. Verbindendes Konzept ist die „Graswurzelidee“ – die Errichtung einer „herrschaftsfreien gesellschaft“ . Die radikal-pazifistisch motivierten Gruppierungen um die Zeitschrift *graswurzelrevolution* stehen für einen „gewaltfreien Anarchismus“ .

Ideengeschichtlich hat es z.T. stark differierende Denkansätze mit unterschiedlichen Einstellungen zur Frage der Gewalt, der revolutionären Umwälzung und der Gestaltung des künftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens gegeben. Als mehr oder weniger kennzeichnend für alle anarchistischen Strömungen sind folgende Ziele zu nennen: die Schaffung einer herrschaftsfreien Gesellschaft; die Beseitigung jedes überflüssigen institutionellen Überbaus; eine emanzipierte „libertäre“ Gesellschaft, die die Bedürfnisse ihrer Mitglieder ohne Staat zufrieden stellt; ein internationaler Zusammenschluss Gleichgesinnter anstelle der aufzulösenden Nationalstaaten.

Aus diesen Zielsetzungen ergibt sich eine auch für die Graswurzelbewegung charakteristische prinzipielle Ablehnung des Systems der parlamentarischen Demokratie:

„Die politischen Organisationsformen der Herrschenden (Bürokratie, Parlament, Partei) sind keine Formen der Freiheit und widersprechen den Inhalten, für die wir uns einsetzen.“

(„Thesen über Staatlichkeit und Anarchie heute“, Internet-Homepage der *graswurzelrevolution*, Stand 12/98)

Diese Bestrebungen sind unvereinbar mit wesentlichen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ähnlich den Formen des pragmatischen Anarchismus bekennt sich die Graswurzelbewegung zu Gewaltfreiheit, evolutionärer Gesellschaftsveränderung sowie zur Notwendigkeit bestimmter Formen zentraler Organisation. Jede Ausgabe der in Oldenburg redigierten Zeitschrift *graswurzelrevolution* – für eine gewaltfreie, herrschaftsfreie Gesellschaft, die ein Diskussionsforum für die in der Graswurzelbewegung zusammengeschlossenen Gruppen und Personen darstellt, enthält folgende Selbstdefinition:

*„Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. ... Wir streben an, daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. ... Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung *Graswurzelrevolution*, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.“*

Eine von allen Mitgliedern geteilte Vorstellung von der Struktur einer künftigen Gesellschaftsordnung existiert nicht. Ideologisches Leitmotiv ist stattdessen die unverbindliche Vision

einer *„bunten, lebendigen Gesellschaft, die ohne menschenfeindliche Technik und Polizeistaat auskommen kann.“* Eine Negativdefinition der Graswurzelbewegung lässt sich – dies gilt für alle anarchistischen Strömungen – leichter vornehmen. Einigkeit besteht in der Ablehnung von „unmenschlichen Herrschaftsformen“, symbolisiert durch Atomenergie, Gentechnologie und Militär. Mit diesen drei Bereichen sind zugleich die Aktions- und Politikfelder der Graswurzelrevolution umrissen.

Die Aktionsform der Graswurzelbewegung ist die „massenhafte direkte gewaltfreie Aktion“, die von der mit dem Prinzip der Herrschaftslosigkeit nicht zu vereinbarenden Bürgerkriegskonzeption des Marxismus-Leninismus eindeutig abgegrenzt wird. Die *„gewaltfreie Aktion als spezifische Waffe der AnarchistInnen“* findet ihren Ausdruck in Boykottaktionen, massenhaftem Bruch von Gesetzen, Sabotage, Massenstreiks und Kriegsdienstverweigerung zur Zersetzung der Machtzentren mit dem Ziel der Abschaffung *„aller Formen von Gewalt und Herrschaft“*.

Im Zentrum der revolutionären Strategie der Graswurzelbewegung steht die Vermittelbarkeit der Aktionen gegen „einzelne Pläne der Herrschenden“. Voraussetzung für die angestrebte „selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung“ in einer „föderalistischen, basisdemokratischen Gesellschaft“ ist,

„... daß die zunächst passiven Mehrheiten nicht revolutionär werden dürfen, aus Furcht vor Existenzunsicherheit, sondern daß sie die anarchistische Minderheit neutral oder

mit Sympathie betrachten, die gegen Kriegsführungspläne, die Umweltzerstörung, die alltäglichen Erniedrigungen zu handeln beginnt.“

(„Thesen über Staatlichkeit und Anarchie heute“, Internet-Homepage der graswurzelrevolution, Stand 12/98)

Die hier präzierte Einbeziehung der Massen bedeutet eine grundsätzliche Absage an jede Form einer Erziehungsdiktatur und die marxistisch-leninistische Doktrin von der Diktatur des Proletariats. Solche Äußerungen zur Legitimität von Militanz und Gewaltanwendung müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Während die Graswurzelbewegung Gewalt gegen Personen aus grundsätzlichen ideologischen Erwägungen ablehnt, soll Gewalt gegen Sachen so dosiert werden, dass die Einsichtsfähigkeit der zu mobilisierenden Bevölkerung in den Sinn der Aktionen nicht verloren geht. Ziel ist es nicht, den Staat durch die Herbeiführung exzessiver materieller Schäden zur Kapitulation zu zwingen, sondern durch eine politische Konfrontation ein „massenhaftes Aufkündigen des Gehorsams gegenüber der herrschenden Politik“ herbeizuführen.

Aktionsfelder der Graswurzelrevolution

Die von der Graswurzelbewegung propagierten Formen des Widerstandes werden insbesondere im Bereich des Widerstandes gegen die Atomenergie inzwischen auch von anderen Gruppen verbreitet. So führen die unbekanntenen Verfasser des Flugblattes zur Aktion „X-tausendmal quer – überall“, die zur „Gewaltfreien Blockade des nächsten Castor-Transportes“ aufrufen, aus:

„Wichtige Elemente ... sind die Gewaltfreie Aktion, der Zivile Ungehorsam und basisdemokratische Strukturen. ... Doch das Übertreten von Verboten ist angesichts der atomaren Drohung legitim und notwendig. Es ist ein bewußter und offener Akt des Zivilen Ungehorsams.“

Die monatlich erscheinende Zeitschrift graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft reflektiert die Aktion „X-tausendmal quer – überall“ in breiter Form, sowohl durch redaktionelle Beiträge als auch durch den Abdruck von Aufrufen und durch die Beifügung von Flugblättern.

An eine Modifizierung der dargelegten Strategie als Reaktion auf die Kernenergiepolitik der neugewählten Bundesregierung ist nicht gedacht. Weiterhin wird Widerstand in der beschriebenen Form als notwendig erachtet, um den Ausstieg aus der Kernenergie durch Druck auf die Politik zu erzwingen:

„Allen ist inzwischen klar, daß weiterer Widerstand not tut. Wenn es gelingt, daraus ein breites Bündnis zu schmieden, das auch vor praktischen Eingriffen nicht zurückschreckt, dann kann es gelingen: Die Entscheidung über die Zukunft der Kernenergie fällt auf Straße und Schiene und nicht am grünen Tisch der Konsensrunden.“

(graswurzelrevolution, Nr. 233, November 1998, S. 7)

In derselben Ausgabe der graswurzelrevolution äußern sich die Initiatoren der Kampagne „X-tausendmal quer – überall“ in ähnlicher Weise:

„Ob der erste Transport von La Hague nach Gorleben rollt oder von einem überfüllten AKW nach Ahaus oder ob zur Erfüllung der WAA-Altverträge nochmals strahlender Müll nach Frankreich gebracht werden soll, X-tausende werden sich querstellen und damit auch den offenen Konflikt mit der Atompolitik der neuen Bundesregierung suchen.“

Die Autoren der graswurzelrevolution führen die veränderte Kernenergiepolitik der neuen Bundesregierung ausschließlich auf die Aktionen der Anti-Atombewegung zurück. Sie erkennen kein wirkliches politisches Umdenken, weshalb der Druck auf die politischen Entscheidungsträger durch massenhafte zivilen Ungehorsam aufrechterhalten werden müsse. Diesen Sachverhalt gelte es innerhalb der Bewegung zu verdeutlichen, um *„die Breite der gesellschaftlichen Ablehnung von Atomenergie zusammenzuhalten.“*

Das zweite zentrale Politik- und Aktionsfeld der Graswurzelbewegung bildet der von einem rigorosen Pazifismus geleitete Kampf gegen den Militarismus. Die Ablehnung allen Militärischen ist fundamental. Selbst die Wehrmachtausstellung, die von den Veranstaltern nicht zuletzt als Anklage gegen die Grausamkeiten des Krieges konzipiert worden ist, wird als Angriff auf Pazifisten und eine antimilitaristische Grundhaltung interpretiert. Durch die isolierte Darstellung des Vernichtungskrieges im Osten leugne die Ausstellung einen direkten Zusammenhang mit den Kriegen an den anderen Fronten bzw. mit Krieg allgemein und impliziere damit die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit „normaler Kriege“.

Aus dieser grundsätzlichen Ablehnung folgt eine strikte Gegnerschaft zur Bundeswehr und ihren Aufgaben, wobei die Krisenreaktionskräfte der

Bundeswehr in den Mittelpunkt der Kritik gerückt sind. Gefordert wird ein *„sozialer Angriff auf die Bundeswehr“*:

„Auch wenn ein Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des drohenden 3. Golfkrieges derzeit noch nicht absehbar ist, so würde man doch schon gerne wollen. Ein sozialer Angriff auf die Bundeswehr – und insbesondere die out-of-area-Kräfte – tut daher not.“

(graswurzelrevolution, Nr. 227, März 1998)

Als „Ansatzpunkte für direkte gewaltfreie Aktionen“ werden außer dem Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw die Standorte von mehr als 80 Verbänden der Krisenreaktionskräfte angeführt, darunter über zehn niedersächsische Stationierungsorte.

Neben der Agitation gegen die Krisenreaktionskräfte mobilisiert die Graswurzelbewegung gegen die Gelöbnisse von Bundeswehrsoldaten. Im Mai berichtete die graswurzelrevolution über die Gründung entsprechender Aktionsbündnisse unter dem der Anti-Castor-Bewegung entlehnten Motto „Bundeswehr-GelöbNIX“:

„Für die antimilitaristische Bewegung ist es dringend notwendig, gegen diese öffentliche Zurschaustellung männlicher Gewaltphantasien aktiv zu werden. ... Diese staatlich inszenierte ‘Volksverhetzung’ darf nicht reibungslos vonstatten gehen.“

(graswurzelrevolution, Nr. 229, Mai 1998)

Thematisiert wurden auch immer wieder die „rechtsextremistischen Vorfälle“ in der Bundeswehr, z.B. in einem Artikel *„Soldaten sind alles Einzelfälle“* der graswurzelrevolution Nr. 232 vom Oktober 1998.

Das dritte Politikfeld der Graswurzelbewegung ist der von der Zeitschrift graswurzelrevolution in breiter Form dargestellte Kampf gegen die Gentechnologie. 1998 wurden diese Aktivitäten weiter verstärkt. Als regionaler Schwerpunkt kristallisierten sich dabei die Standorte für Freilandversuche im Raum Göttingen heraus.

In ihrer Aprilausgabe druckte die graswurzelrevolution eine vom Robert-Koch-Institut veröffentlichte Liste der neuen Standorte für Freisetzungsversuche ab. Ein begleitender redaktioneller Beitrag wies in diesem Zusammenhang auf die beginnenden *„Vorbereitungen für direkte Aktionen auf den Feldern“* hin.

Im Sommer ging der Oldenburger Redaktion der graswurzelrevolution eine Taterklärung unbekannter Täter zu, die sich zu einem Anschlag im Juli auf ein mit Rüben bepflanztes Versuchsfeld bei Braunschweig bekannten. Die Taterklärung bringt zum Ausdruck, dass der Kampf gegen die Gentechnologie zugleich als Kampf gegen Machtstrukturen betrachtet wird:

„So werden Machtstrukturen geschaffen und unterstützt, die wir nicht akzeptieren wollen. Die Rüben sind Grundlage und Symbol für diese Machtstrukturen – wir wollen sie ausreißen.“

Die Redaktion der graswurzelrevolution verbreitete die Taterklärung als Presseerklärung und nahm sie in der Septemбераusgabe zum *„Anlaß für eine Beschäftigung mit einer möglichen politischen Kampagne gegen gentechnische Versuchsfelder, bei der Ziviler Ungehorsam eine zentrale Rolle spielt.“*

In diesem Artikel werden verschiedene Aktionsformen vorgeschlagen – von „Massenaktionen“ mit 100, 500 oder 1000 Menschen (*„Nur durch eine Massenaktion scheint es möglich, ein*

Feld auch wirklich ‘abzuernten’.“) bis zu *„symbolischen Aktionen in mehreren Orten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten“*. Der Herbst/Winter 98 sollte für Diskussionen genutzt werden, um im Frühjahr 99 „öffentliche Ernteaktionen“ im Rahmen des *„Zivilen Ungehorsams“* durchzuführen. Absicht ist es, die *„politischen Kosten“* analog zum Widerstand gegen die Kernenergie in eine für Staat und Industrie nicht mehr vertretbare Höhe zu treiben.

Ausländerextremismus

Einführung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten Anfang 1998 7,37 Millionen Ausländer (9 %) in Deutschland. Die größte Gruppe bilden türkische Staatsbürger mit 2,1 Millionen Personen. Hierbei handelt es sich keineswegs um eine homogene Bevölkerungsgruppe. Zu ihr gehören nach Schätzungen etwa 500.000 Kurden und ebenso viele Aleviten, Anhänger einer von orthodoxen Sunniten bis in die heutige Zeit hinein diskriminierten schiitischen Glaubensrichtung des Islam. Vertreten sind ferner neben türkischen Staatsbürgern mit einer westlich-modernistischen Weltanschauung auch Anhänger islamistischer Bestrebungen.

Die aus diesen Interessengegensätzen resultierenden Konflikte und Kontroversen sind zum großen Teil ein Spiegelbild der politischen Auseinandersetzungen in der Türkei. Viele Türken sind nach wie vor auf die Ereignisse in ihrem Heimatland ausgerichtet und informieren sich über die politischen Geschehnisse im wesentlichen über organisationseigene und türkische Medien. Die Mitgliedschaft in türkischen Organisationen vermittelt Orientierung und bietet Schutz und Geborgenheit.

Organisationen wie der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) und die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), aber auch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) fördern diese Tendenz zur Selbstisolierung bewusst. Mit Religions-, Kultur- und Freizeitveranstaltungen, Unterrichtskursen, Hilfeleistungen usw. bestimmen sie das gesell-

schaftliche Leben ihrer Anhänger. Während der ICCB die Werte der westlichen Demokratie offen ablehnt und zum Sturz westlicher Regierungen aufruft, bekennt sich die IGMG zwar verbal zum Grundgesetz, vertritt aber ein politisch geprägtes Islamverständnis, das im Widerspruch zu den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht.

Die von diesen islamistischen Organisationen vollzogene Separierung von der bundesdeutschen Gesellschaft umschreibt der Politikwissenschaftler Bassam Tibi mit dem Begriff „Ghetto-Islam“, den er vom „Euro-Islam“ unterscheidet. Tibi vertritt die Auffassung, dass die Offenbarungsreligion Islam nicht grundsätzlich im Widerspruch zu den Werten der bürgerlichen Aufklärung steht.

In ähnlicher Weise wie ICCB und IGMG, allerdings auf der Grundlage einer nationalistisch-sozialistischen bzw. einer nationalistischen Ideologie, fördern auch die PKK und die Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) die Entwicklung von Submilieus. Die Aktivitäten der genannten Organisationen wurden 1998 wesentlich von den innenpolitischen Ereignissen in der Türkei bestimmt. Anzuführen sind in dieser Hinsicht insbesondere der Versuch der türkischen Regierung, den unter Ministerpräsident Necmettin Erbakan von der inzwischen verbotenen Refah-Partei institutionell ausweiteten islamistischen Einfluss zurückzudrängen, sowie die Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der ARGK, dem militärischen Arm der PKK, in der östlichen Türkei und im Nordirak. Deutlich wurde die Widerspiegelung innertürkischer Konfliktlinien nach der Festnahme des PKK-Vorsitzenden ÖCALAN im November in Italien und seiner Ver-

schleppung aus Kenia am 15. Februar 1999. Während Anhänger der PKK Demonstrationen und Solidaritätsaktionen zugunsten ÖCALANs durchführten, forderte ein von der ADÜTDF, der Türkisch-Islamischen Union in Europa (ATIB) und der IGMG gebildetes nationalistisches Bündnis türkischer Organisationen die Bestrafung des PKK-Vorsitzenden. Die IGMG zog sich nach kurzer Zeit wieder zurück.

Bezugspunkte für kleinere ausländische Gruppierungen wie die linksextremistischen türkischen Organisationen TKP/ML, Devrimci Sol und MLKP, die diversen Gruppierungen der Muslimbruderschaft, die palästinensischen Zusammenschlüsse oder die iranischen Gruppen Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) und U.I.S.A. sind ebenfalls die politischen Entwicklungen im jeweiligen Heimatland. Ihre Aktivitäten belasten zwar die Sicherheitslage und die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, stellen aber nur sekundär Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Sie betrachten die Bundesrepublik Deutschland primär als logistisches Hinterland.

Bezogen auf die geographische Herkunft dominieren – nach der Türkei – Organisationen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Die Staaten dieser europäischen Nachbarregion befinden sich in einer tief greifenden Modernisierungskrise, die gekennzeichnet ist von einem hohen Bevölkerungswachstum, industrieller Unterentwicklung und dem Fehlen demokratischer Strukturen. Hinzu kommen ungelöste außenpolitische Probleme wie der noch immer schwelende israelisch-palästinensische Konflikt und die ungeklärte politische Zukunft Iraks.

Der Islamismus – nach Beendigung der Ost-West-Konfrontation vielfach als die zentrale Herausforderung für

die westliche Politik betrachtet – ist die spezifische ideologische Antwort von Teilen der Bevölkerung dieser Region auf die beschriebene Krisensituation. Es handelt sich hierbei jedoch um keine einheitliche, sondern um eine vielfach schattierte Bewegung. Gemeinsam ist den Islamisten, dass sie aus dem Koran und der islamischen Überlieferung ein politisches System ableiten. Sie interpretieren die heiligen islamischen Schriften und Überlieferungen nicht etwa orthodox oder traditionalistisch, sondern projizieren ihre politischen Vorstellungen in sie hinein. Da der Islam eine Religion mit universellem Anspruch darstellt, kennt auch die Ideologie der Islamisten keine nationalen Grenzen. Ihr Ziel ist die Einführung eines weltweiten Gottesstaates. Technischen und wissenschaftlichen Fortschritt lehnen die Islamisten nicht generell ab, wohl aber das westliche Wertesystem. Ihre Ideologie ist strikt antiwestlich.

Die Islamisten unterscheiden sich in der Einstellung zur Gewalt. Als Symbolfigur eines militanten Islamismus trat 1998 der ausgebürgerte saudische Milliardär Osama BIN LADEN hervor, der von Afghanistan aus die Anschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam, bei denen mehr als 200 Menschen getötet wurden, gesteuert haben soll. Afghanistan ist ein Zentrum des militanten Islamismus. Ehemalige Afghanistan-Kämpfer bilden das Rückgrat des militanten, für Terroraktionen verantwortlichen Islamismus, z.B. in Algerien und Ägypten. Ihre Zahl wird auf 8.000–12.000 Personen geschätzt. Jedoch ist nicht jede islamistische Spielart terroristisch ausgerichtet. Während der von ihrem Vorsitzenden, dem selbst ernannten Kalifen Metin KAPLAN, fanatisierte ICCB für einen geplanten Bombenanschlag auf das Atatürk-Mausoleum und eine

Moschee in Istanbul verantwortlich gemacht wird, bevorzugen die IGMG und ihre türkische Mutterorganisation, die Fazilet-Partei bzw. deren verbundene Vorläuferorganisation Refah-Partei in der Öffentlichkeit einen politischen Pragmatismus, der eine offene Konfrontation mit unserem politischen System vermeidet.

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiöse Bewegung zur „Rückbesinnung“ auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld ist vielmehr eine militante

Sonderströmung, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert. Diese Spielart des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen und/oder sie durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden zur Abgrenzung von anderen islamistischen Varianten als islamistische Extremisten bezeichnet.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Sitz:	Damaskus (bis Oktober 1998)	
Generalvorsitzender:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	11.000	11.500
Niedersachsen:	1.600	1.600
Publikationen:	Serxwebun (Unabhängigkeit) – monatlich Kurdistan-Report – zweimonatlich	
Weitere Publikationen der Teil- und Neben- organisationen wie z.B.:	Jina Serbilind (Die stolze Frau) Roja Kurdistan (Sonne Kurdistans) Sterka Ciwan (Stern der Jugend) Zilan (deutschspr. Publikation der YAJK)	

Geschichte und allgemeine Entwicklung

Am 27. November 1978 entstand an der Universität Ankara aus der 1973 gebildeten Gruppe Kürdistan Devrimçeleri (Kurdistan-Revolutionäre) um den damaligen Studenten der Poli-

tikwissenschaften Abdullah ÖCALAN die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). ÖCALAN, 1949 als Sohn eines Landarbeiters in Anatolien geboren und von seinen Anhängern APO genannt, war seitdem der maßgebliche Führer der PKK, zunächst als ihr Generalsekretär, später als ihr Generalvorsitzender.

Nach seiner Festnahme am 15. Februar 1999 nahm ein PKK-Vorstandsrat die Aufgaben des PKK-Vorsitzenden wahr. Der Vorstandsrat erklärte: *„Allein den Anordnungen und Befehlen der mit dem Führer eng verbundenen Partei ist Folge zu leisten.“* (MED-TV am 02. 03. 1999). Den bei seiner Gefangennahme gemachten türkeifreundlichen Äußerungen ÖCALANs sei keine Bedeutung beizumessen. Sie seien ein Instrument der feindlichen Propaganda und entbehrten jeder Wahrheit, da sie auf physischer und psychischer Folter beruhten.

Die Entstehungsphase der PKK fiel in eine Zeit des Erstarkens linksextremistischer Organisationen in der Türkei. Nach ihrem ursprünglichen Selbstverständnis war die PKK zwar eine marxistisch-leninistische Partei, doch stellte sie sich mit ihrem kurdischen Nationalismus tendenziell gegen den internationalistischen Konsens der meisten linksextremistischen türkischen Gruppierungen. Die Ideologie der straff organisierten Kaderpartei kann als eine Synthese aus nationalistischem und kommunistischem Gedankengut beschrieben werden.

Das ursprüngliche Ziel der PKK, die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“, der aus den kurdisch besiedelten Gebieten in der Türkei, Syrien, Iran, Irak und Armenien³⁹ gebildet werden sollte, gab ÖCALAN zugunsten föderalistischer Ansätze auf. Gegenüber dem kurdischen Fernsehsender MED-TV erklärte er am 28. August: *„Wir sind keine separatistische Kraft der Kurden, sondern eine demokratische der Türkei.“*

In Rom präzisierte er seine Vorstellungen am 25. November in einem Sieben-Punkte-Programm. Eine politische Lösung und den Verzicht auf einen eigenen kurdischen Staat machte er

von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig:

- Einstellung aller Militäraktionen gegen kurdische Dörfer,
- ungehinderte Rückkehr der Flüchtlinge,
- Abschaffung der gegen die PKK gerichteten Dorfmilizen, Autonomiestatus Kurdistans innerhalb der türkischen Grenzen,
- rechtliche Gleichstellung der Kurden mit allen übrigen Staatsbürgern der Türkei,
- Anerkennung der kurdischen Sprache, Kultur und Identität.
- Pluralismus und Religionsfreiheit.

Zur Realisierung des „revolutionären Kampfes“ führte die PKK seit dem 15. August 1984 einen Guerillakrieg im Südosten der Türkei. Dafür hat sie die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)⁴⁰ aufgestellt. Bei den Kämpfen sind seither nach Schätzungen mehr

³⁹ Das traditionelle Siedlungsgebiet der Kurden ist von Grenzen durchschnitten und verteilt sich auf die Staaten Türkei, wo ca. 13 Millionen Kurden leben, Iran, Irak, Syrien und Armenien. Die Gesamtzahl der Kurden wird auf ca. 25 Millionen geschätzt. Die kurdische Sprache zerfällt in zwei Hauptgruppen und differiert in ihren Dialekten z. T. so stark, dass eine Verständigung häufig nur schwer möglich ist. Hinzu kommen religiöse Unterschiede. Neben der sunnitischen Mehrheit sind unter den Kurden in der Türkei eine starke alevitische Minderheit (ca. 30%) und Yeziden vertreten. Über einen eigenen Staat haben die im Verlaufe ihrer Geschichte häufig Verfolgungen ausgesetzten Kurden, abgesehen von der aus machstrategischem Kalkül von der Sowjetunion 1945 geschaffenen, 1946 wieder fallen gelassenen Republik Mahabad, nicht verfügt. Bis in die heutige Zeit hinein ist das Denken der Kurden eher von ihrem Stammesbewusstsein bestimmt. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Kurdenführern wie ÖCALAN, TALABANI und BARZANI dokumentieren dies. Vor dem Hintergrund sprachlicher und religiöser Unterschiede sowie divergierender Stammesinteressen ist eine kurdische Massenbewegung für einen eigenen Nationalstaat auch in Zukunft eher unwahrscheinlich.

⁴⁰ Damals unter der Bezeichnung HRK (Befreiungseinheiten Kurdistans), der Vorläuferorganisation der ARGK.



CIWAN

Kasım/Aralık 1998

Sayı: 25

Fiyatı: 3-DM

ÖNDERİMİZ GÜNEŞİMİZ ŞEHİTLER YÜREĞİMİZ



ZAFER HEDEFİMİZDİR!

als 30.000 Menschen ums Leben gekommen.

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der ARGK setzten sich auch 1998 fort. Zu Gefechten kam es im April in der Nähe des Badeortes Antalya und an der Grenze zum Nordirak. Am 10. Juli startete die türkische Armee eine Offensive gegen die Rebellen, in deren Verlauf sie über die Grenze in den Irak vordrang. Bei ihren Operationen wurde das türkische Militär von der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK/I) unterstützt. Weitere grenzüberschreitende Militärschläge wurden im August und im November durchgeführt.

Den türkischen Militärschlägen vorausgegangen war Anfang April die Verhaftung des ARGK-Kommandanten Semdin SAKIK durch türkische Sicherheitskräfte im Nordirak, der sich kurz zuvor mit ÖCALAN überworfen hatte. Wahrscheinlich hat SAKIK, der von türkischen Sicherheitsbehörden für den Tod von 238 Menschen verantwortlich gemacht wird, Informationen über militärische Stellungen der ARGK weitergegeben.

Die Kampfsituation der PKK verschlechterte sich weiter, als die Türkei das Nachbarland Syrien im Oktober durch militärischen Druck zu einer Vereinbarung zwang, der zufolge die PKK nicht länger von syrischem Territorium aus operieren darf und sämtliche Lager in Syrien und in der libanesischen Bekaa-Ebene aufgeben muss.

Der PKK-Vorsitzende ÖCALAN versuchte in verschiedenen Ländern vergeblich, eine neue politische Operationsbasis zu finden.

In Deutschland verfolgte die PKK lange Zeit das Ziel, die Bundesregierung mit gezielten militanten Aktionen zur Intervention bei der türkischen Regierung zu nötigen. Am

22. November 1993 verfügte der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot gegen die PKK einschließlich ihrer Teilorganisationen. Vorausgegangen war eine Welle von Anschlägen in Deutschland und mehreren westeuropäischen Staaten.

In der Folgezeit gelang es der nun konspirativ agierenden Kaderpartei, ihre Strukturen weitgehend zu erhalten. Mit Anschlägen und von ihr gesteuerten, teilweise gewalttätig verlaufenen Aufzügen demonstrierte sie insbesondere aus Anlass des kurdischen Neujahrsfestes Newroz ihre Aktionsfähigkeit. Seit Mai 1996 zeichnete sich eine neue Linie ab: Ungeachtet verbaler Drohungen und bei Fortbestehen innerorganisatorischer Repressionen verzichtete die PKK auf Militanz in der Öffentlichkeit. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 1998 fort. Eine grundlegende Einschränkung ihrer Organisationskraft war nicht festzustellen.

Struktureller Aufbau der PKK und Einbindung ihrer Nebenorganisationen

Die oberste Führungsebene der PKK in Europa ist die Europäische Frontzentrale (Avrupa Cephe Merkezi – ACM). Die gesamte öffentliche Parteilarbeit in Westeuropa obliegt der von der PKK als Frontorganisation bezeichneten Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan – ERNK).

Die Bundesrepublik Deutschland ist organisatorisch in sieben Regionen unterteilt. Für Niedersachsen zuständig sind die PKK-Regionen NORD, die neben den Gebieten Kassel und Bielefeld auch die Gebiete Hannover, Salzgitter und Osnabrück umfasst, sowie NORD-WEST, der u.a. das Gebiet Oldenburg zugehört.

PKK
Partiya Karkeren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)

Politbüro und Zentralkomitee
Generalvorsitzender: Abdullah ÖCALAN („APO“)



ACM/ERNK
Avrupa Cephe Merkezi (Europäische Frontzentrale/
Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan (Nationale Befreiungsfront)

Komitees u. a. für Finanzen, Kultur, Außenbeziehungen, Schulungen

Y-Gruppen u. a. für Jugend, Frauen, Juristen, Schriftsteller, Journalisten, Muslime



EYALET
(= Regionen)

in Deutschland z. Zt. 7 Regionen
Niedersachsen gehört zu den Regionen NORD und NORD-WEST



BÖLGE
(= Gebiet)

z. Zt. ca. 30 Gebiete bundesweit



ALAN
(= Raum)

(bei großen Räumen ggfs. noch weitere Untergliederung in sogenannte **Stadtteilkomitees**)

Zum Erreichen ihrer Ziele bedient sich die PKK europaweit einer Vielzahl von Teil- und Nebenorganisationen. Unter dem Dach der ERNK sind diverse Massenorganisationen, die sog. „Y-Gruppen“, vereinigt. Ziel dieser Einzelorganisationen ist es, den Einfluss der PKK auf verschiedene soziale Gruppen der im europäischen Ausland lebenden Kurden auszudehnen, um auf diese Weise neue Mitglieder zu rekrutieren, ohne dass aus dem Organisationsnamen unmittelbar eine Verbindung zur PKK hergestellt werden kann.⁴¹ Von besonderer Bedeutung sind die bei Aktionen häufig in Erscheinung tretenden Organisationen für Frauen (Freier Frauenverband Kurdistan – YAJK), für Jugendliche (Union der Jugendlichen aus Kurdistan – YCK), für Lehrer (Union der kurdischen Lehrer – YMK) und für Juristen (Union der Juristen Kurdistan – YHK).

Die Einbindung der „Y-Gruppen“ in die Zielsetzung der Mutterorganisation dokumentieren beispielhaft folgende Aktivitäten:

Die YCK führte am 31. Januar in Celle als Saalveranstaltung ein Jugendkonzert mit ca. 500 Teilnehmern durch, das von namhaften, die PKK unterstützenden Künstlern bestritten wurde.

Die YHK forcierte für die PKK die Kampagne „Ich will in mein Heimatland zurück“. Hierbei handelte es sich um eine Unterschriftenaktion für einen Aufruf, der die Voraussetzungen für eine Heimkehr der Kurden in ihre Siedlungsgebiete darstellt. Die nach PKK-Angaben gesammelten 50.000 Unterschriften sollten europäischen

politischen Entscheidungsgremien vorgelegt werden mit der Aufforderung, sich für die Demokratisierung Kurdistans einzusetzen.

Im Juli führte die YHK in Lausanne eine Konferenz anlässlich des vor 75 Jahren in der Schweizer Stadt geschlossenen Friedensvertrages durch, der die im vorausgegangenen Vertrag von Sèvres von 1920 vorgesehene Bildung eines kurdischen Staates wieder rückgängig gemacht hatte.

Die YMK startete am 24. August eine Kampagne für die Entwicklung der kurdischen Sprache in Deutschland und das Recht auf muttersprachlichen Unterricht für kurdische Kinder. Der muttersprachliche Unterricht ist seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen der PKK, um die kurdische Identität und den inneren Zusammenhalt – auch in Bezug auf die PKK – herzustellen.

Auf dem im April in Dortmund veranstalteten Jahreskongress der YEK-KOM⁴² beschloss diese neben der Neugliederung der örtlichen Mitgliedsvereine die Intensivierung der Kampagne gegen den Türkei-Tourismus.

⁴¹ Der von den Sicherheitsbehörden benutzte Begriff „Y-Gruppen“ ist keine Eigenbezeichnung. Er resultiert aus der mit einem Y (für Yekitiya = Union oder Vereinigung) beginnenden Abkürzung des jeweiligen Organisationsnamens. Wegen der Umbenennung einzelner Organisationen trifft dies heute nicht mehr für alle „Y-Gruppen“ zu.

⁴² Die am 27. 3. 1994 in Bochum gegründete Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM) ist eingebunden in die Öffentlichkeitsarbeit der PKK. Ihr sind Vereine in mehr als 30 deutschen Städten angeschlossen, u. a. in Hannover, Celle, Braunschweig, Salzgitter und Aurich. In den Vorständen dieser Vereine wirken zahlreiche deutsche Linksextremisten mit. Nach Angaben eines Sprechers der YEK-KOM auf einer Pressekonferenz in Hannover am 16. Dezember sollen den Vereinen zusammen mehr als 10.000 Mitglieder angehören. Die YEK-KOM wurde nach dem 1993 erfolgten Verbot des Dachverbandes FEYKA-Kurdistan und seiner Mitgliedsvereine als „neue Föderation“ der neugegründeten „Kulturvereine“ geschaffen.

Türkei-Tourismus:

**Kommen
Sie!**

**Wir
brauchen
Ihr Geld
für
unseren
Krieg in
Kurdistan**



**Wollen Sie diese
Einladung annehmen?**

Das seit Mitte 1995 über Satellit ausgestrahlte Fernsehprogramm MED-TV⁴³ war für die Propaganda der PKK von zentraler Bedeutung. Beschlüsse und Erklärungen des Vorsitzenden ÖCALAN erreichen über dieses Medium, das mit seinem vielfältig und unterhaltsam gestalteten Programm für den größten Teil der in Westeuropa lebenden Kurden die wichtigste Verbindung zur Heimat darstellt, ein breites Publikum. Eigenen Angaben zufolge sendet MED-TV 18 Stunden täglich in drei kurdischen Dialekten sowie in Türkisch, Arabisch, Armenisch und Englisch. Der Sender ist in Europa, dem Nahen/Mittleren Osten, Nordafrika sowie Teilen der früheren Sowjetunion zu empfangen. Seinen offiziellen Sitz hat MED-TV in London, der Sender produziert aber hauptsächlich in seinem Studio in Brüssel.

Ein weiteres wichtiges Propagandamittel für die PKK ist die seit dem 28. August 1995 in türkischer Sprache erscheinende Tageszeitung Özgür Politika (Sitz in Neu-Isenburg), die neben Erklärungen ÖCALANs vor allem Aufrufe zu Großveranstaltungen verbreitet. Diverse PKK-Organisationen wie YEK-KOM, YAJK, YCK und YEK (Union der Yeziden) geben eigene Zeitschriften heraus.

Das Internet hat eine wachsende Bedeutung für die PKK. Mit eigener Homepage vertreten ist das seit 1995

bestehende Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) in Köln, das die Öffentlichkeit im Stile einer Nachrichtenagentur über die Lage in den kurdisch besiedelten Gebieten informiert. Im Juni organisierte das KIZ gemeinsam mit der Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) eine Rundreise so genannter kurdischer Samstagsmütter – hierbei handelt es sich um Angehörige vermisster Kurden – durch Deutschland.

Ideologische Schulung und militärische Ausbildung

Die PKK führt regelmäßig in Deutschland und im benachbarten Ausland mehrphasige Ausbildungen und Schulungen für Jugendliche, Halbkader und Vollkader durch, wobei unterschieden wird zwischen der ideologischen und theoretischen Ausbildung mit dem Ziel der Kadergewinnung bzw. der Rekrutierung für die Guerilla.

Im Dezember waren bei der niedersächsischen Polizei 14 Fälle von Minderjährigen registriert, die sich vermutlich in so genannten Ausbildungslagern der PKK befanden. Die Dunkelziffer solcher gegen den Willen ihrer Eltern rekrutierter Kinder und Jugendlicher dürfte um ein Vielfaches höher zu veranschlagen sein. Häufig wenden sich die Eltern aus Angst vor möglichen Folgen erst dann an die Polizei, wenn sich die Schule einschaltet, weil Kinder unentschuldigt dem Unterricht fernbleiben.

Die PKK erlässt in jedem Quartal Vorgaben, wie viele Minderjährige pro Jahr und Organisationsgebiet für eine

⁴³ MED-TV und andere Betreiber dieses internationalen kurdischen Satelliten-Fernsehkanaals, die MED Broadcasting Ltd., London, leiten ihre Bezeichnung von der indo-europäischen Zivilisation der Meder ab. Die Meder besiedelten vor 4.000 Jahren das Gebiet, in dem heute hauptsächlich Kurden im Grenzgebiet der Staaten Türkei, Syrien, Irak, Iran und Armenien leben. Nach kurdischer Auffassung stammt das kurdische Volk von den Medern ab.

Ausbildung zu rekrutieren sind. Je nach Größe der betreffenden Region beläuft sich ihre Anzahl auf bis zu 20 Jugendliche.

Bei der „Rekrutierung für den Kampf in der Guerilla“ handelt es sich um eine dreimonatige Grundausbildung, bestehend aus einer ideologischen Schulung sowie einer theoretischen Vorausbildung „mit der Waffe“. Die Teilnehmer gehen nach Abschluss der Grundausbildung direkt zur Guerilla. Die „Ausbildung für die Kaderegewinnung“ beginnt mit einem zweiwöchigen Jugendcamp in Deutschland. Ziel dieses Ausbildungsabschnittes ist es, die Jugendlichen im Sinne der PKK propagandistisch zu beeinflussen und ihnen Einblick in die kurdische Geschichte und die Politik der Gegenwart zu vermitteln. Interessierte haben dann die Gelegenheit, sich für die Kaderausbildung in Deutschland (und Europa) zu melden. Diejenigen, die sich für die Teilnahme am bewaffneten Kampf interessieren, können zunächst an diesem ersten Ausbildungsabschnitt teilnehmen. Für Kaderanwärter mit dem Ziel Halbkader⁴⁴ folgt eine aufbauende theoretische Ausbildung. Sie dauert etwa zwei bis vier Wochen und wird im benachbarten Ausland durchgeführt. Ihr schließt sich eine Ausbildungsphase von ein bis drei Monaten, ebenfalls im benachbarten Ausland, an. Zwischen den einzelnen Ausbildungsabschnitten liegen immer Zeiten mit praktischer Verwendung auf der

Organisationsebene Raum (ALAN). Wenn sich ein Halbkader einige Zeit praktisch bewährt hat, besteht für ihn die Möglichkeit, als Vollkader eingesetzt zu werden. Meist arbeitet er dann als Leiter eines großen Raumes oder eines kleineren Gebietes. Von hier aus ist der Aufstieg in die Regions- oder Europaebene möglich. Nach langjähriger Verwendung im Kampfgebiet können auch verdiente Guerillakämpfer als Vollkader eingesetzt werden.

Die öffentliche Kritik an dieser unfriedlichen Rekrutierungspraxis der PKK versucht diese mit von ihr gesteuerten Pressekonferenzen zu zerstreuen. Die Rekrutierungen sind nicht nur mit den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten unvereinbar, sondern stellen auch den Versuch dar, Staat in der Bundesrepublik Deutschland zu spielen.

In Hannover stellten sich am 16. Dezember sechs Jugendliche, die seit Monaten als vermisst galten, auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit. Die 15- bis 17-jährigen bestätigten, schon seit längerer Zeit der Schule ferngeblieben zu sein. Sie gaben an, sich in Deutschland bei der Jugendorganisation der PKK Informationen über ihr Heimatland Kurdistan beschafft zu haben. Auf die Frage, wo die Ausbildung stattfände, wer sie bezahle und wer die Ausbilder seien, verweigerten die Jugendlichen jede Antwort. Eine Ausbildung an Waffen bestritten sie vehement. Des weiteren beteuerten die Jugendlichen, dass sie freiwillig zur PKK gegangen seien.

Ein Sprecher der YEK-KOM, die Veranstalterin dieser Pressekonferenz war, sagte, die YEK-KOM akzeptiere die „freie Entscheidung der jungen Frauen und Männer“, in Deutschland in den Untergrund zu gehen. Schließlich sei das eine Folge des Verbots der PKK.

⁴⁴ Im Gegensatz zum Vollkader leben die Halbkader in der Legalität und wechseln ihren Wohnort nicht ständig.

Finanzierung

Zur Finanzierung ihres Funktionärsapparates, ihrer Propagandatätigkeit und des bewaffneten Kampfes gegen die türkische Armee benötigt die PKK erhebliche Finanzmittel. Zu diesem Zweck führt sie jedes Jahr eine Spendenkampagne durch. Im Gegensatz zu den Vorjahren sollte 1998 weisungsgemäß auf die Anwendung physischer Gewalt gegen zahlungsunwillige Kurden verzichtet werden. Mit wiederholten Besuchen und ständigen Hinweisen auf die „patriotische Pflicht“ wird jedoch massiver psychischer Druck ausgeübt.

Die auf Europaebene beschlossenen Spendenvorgaben für die einzelnen Sektoren, Regionen, Gebiete und Räume der Partei wurden auf örtlichen Funktionärsversammlungen bekannt gegeben. Die Zielvorgabe für die Spendenkampagne lag in den vergangenen Jahren europaweit bei 30 Mio. DM, tatsächlich dürften aber nur jeweils 20 Millionen DM zusammengekommen sein. Neben solchen Spendenaktionen werden von kurdischen Familien monatliche Beiträge kassiert, die sich, je nach Finanzkraft, auf eine Summe von 10 bis 20 DM belaufen.

Aktivitäten der PKK

Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der PKK und ihrer Nebenorganisationen kennzeichnet weiterhin das taktische Bemühen, sich der europäischen Öffentlichkeit unter Verzicht auf Militanz als seriöser, für die Lösung des Kurdenkonfliktes unentbehrlicher politischer Faktor zu präsentieren. Von der PKK gesteuerte Großveranstaltungen, die ihre Mobilisierungskraft und Organisationsfähigkeit verdeutlichen, sind vor diesem Hintergrund als

Demonstrationen ihres Selbstbewusstseins zu sehen. Daneben sind sie für den innerorganisatorischen Zusammenhalt unverzichtbar. Eine Kundgebung für „Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Kurdistan“ am 6. Juni in Dortmund mit 40.000 Teilnehmern wurde in einer Nachbetrachtung innerhalb der PKK mit den Worten kommentiert: „Keine andere Organisation in Europa kann so viele Menschen auf die Beine bringen.“

Markante Daten, zu denen traditionellerweise Veranstaltungen der PKK durchgeführt werden, sind das kurdische Neujahrsfest am 21. März (Newroz) und die Jahrestage der Aufnahme des bewaffneten Kampfes (im August) und der Gründung (im November). Hinzu kommen Großveranstaltungen wie z.B. Kulturfeste. Der von der Türkei erwirkte Exodus der PKK aus Syrien und ÖCALANs Verhaftung in Italien im November mobilisierten die PKK-Anhängerschaft zum Jahresende in besonderer Weise.

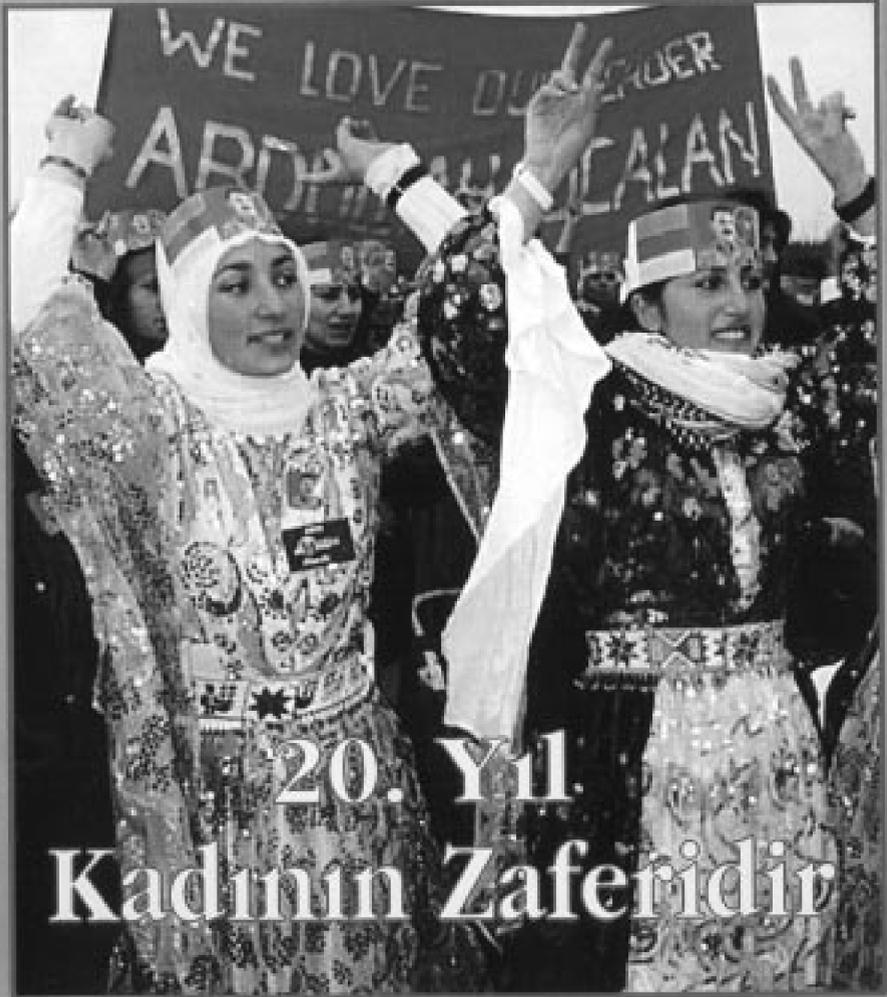
Die Veranstaltungen anlässlich des Newroz-Festes 1998 verliefen friedlich. Als Anmelde von Fackelzügen in den niedersächsischen Städten Hannover, Celle, Braunschweig und Oldenburg traten Vertreter der örtlichen deutsch-kurdischen Freundschaftsvereine auf. Von der Organisationsstärke der PKK zeugt, dass alle Aufzüge einer zentralen Steuerung unterlagen.

Die Kundgebung in Dortmund am 6. Juni, das „II. Mazlun Dogan Kultur-, Jugend- und Sportfest“ der YCK im niederländischen Etten-Leur Anfang August und das „6. Internationale Kulturfest von Kurdistan“ am 12. September in Rotterdam wurden von Vertretern der PKK wie dem Vorsitzenden des kurdischen Exilparlaments Yasar KAYA zur Bekundung ihrer Dialogbereitschaft und Friedenswilligkeit genutzt. Mit dem Fest in Rotterdam,



Jina SERBİLİND

Kasım/Aralık 1998 Sayı 32 Fiyatı :3-DM



20. Yıl
Kadının Zaferidir

das 50.000 überwiegend aus Deutschland angereiste Personen besuchten, wurde Hasan AKDAG geehrt, der sich am 1. Juni in der Justizvollzugsanstalt Lingen selbst verbrannt hatte. Mazlun DOGAN war in türkischer Haft an den Folgen eines Hungerstreiks verstorben. An allen drei Veranstaltungen nahmen in größerer Anzahl PKK-Anhänger aus Niedersachsen teil.

Anders als in den vorangegangenen Jahren gab es am 15. August kaum Aktivitäten zum Gedenken an die Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1984 in der Türkei. Die von der PKK gesteuerten Aktivitäten vor und nach der Festnahme ÖCALANs im November in Italien beachteten weitgehend den Gewaltverzicht gegenüber der deutschen Öffentlichkeit. Als die Versammlungsbehörden eine für den 24. Oktober von Unterstützern der PKK in Hannover angemeldete Demonstration gegen die „Störung des MED-TV“ verboten, mischten sich allerdings kurdische Demonstranten, die trotz des Verbots angereist waren, unter die Teilnehmer einer Demonstration des Iranischen Kulturzentrums und griffen einschreitende Polizeibeamte mit Steinen an. Die Polizei nahm 72 Personen vorübergehend in Gewahrsam.

Die von der PKK und ihren Nebenorganisationen nach der Festnahme ihres Vorsitzenden ÖCALAN in Rom am 12. November unternommenen Aktivitäten sind Ausdruck ihrer starken Mobilisierungsfähigkeit. In Niedersachsen fanden zahlreiche kleinere Aktionen in Hannover, Salzgitter und Peine statt. Aus Protest gegen die Festnahme

ÖCALANs blieben an zahlreichen niedersächsischen Schulen kurdische Kinder dem Unterricht fern. Der „Streik“ währte in den meisten Fällen jedoch nur einige Tage. Übereinstimmende Entschuldigungsschreiben wiesen darauf hin, dass die Boykottaktion zentral organisiert worden war.

Am 27. November wurden in drei Städten Demonstrationen unter dem Motto „Für eine politische Lösung in Kurdistan“ durchgeführt. Anlass für die friedlich verlaufenen Veranstaltungen in Hamburg, Bonn und Straßburg war die Feier des 20. Jahrestages der PKK-Gründung, im Mittelpunkt stand jedoch die Diskussion um das weitere Schicksal ÖCALANs.

Am 19. Dezember demonstrierten in Bonn 30.000 Anhänger der PKK aus dem Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland unter dem Motto „Frieden, Freiheit und Demokratie“ friedlich für den Verbleib ÖCALANs in Italien und eine politische Lösung des Kurdenkonfliktes.

Prozesse gegen PKK-Funktionäre

Am 14. Oktober verurteilte das OLG Celle den PKK-Funktionär Ali Yücel SAHIN zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 4 Monaten. SAHIN, der auch den Decknamen ERDAL führte, war zwischen 1996 und 1997 Europaleiter der YCK und in dieser Funktion gleichzeitig Mitglied in der ACM. Mit der Anordnung der Parteiführung, zukünftig auf Gewaltaktionen in der Bundesrepublik zu verzichten, war SAHIN nicht einverstanden. Entgegen dem von der ACM ausgesprochenen Verbot ließ er drei Anschläge auf türkische Einrichtungen durchführen, u.a. in Hannover.

Das Landgericht Osnabrück verurteilte die Haupttäter einer PKK-inter-

nen Bestrafungsaktion am 16. Juli 1997 in Lingen wegen schwerer Körperverletzung, Freiheitsberaubung sowie Nötigung zu Freiheitsstrafen von zwei Jahren und drei Monaten bzw. einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung.

Dilek KURT, die ehemalige Verantwortliche für die PKK-Region SÜD, wurde am 17. Dezember vom OLG Celle wegen versuchter Brandstiftung und Sachbeschädigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und 9 Monaten auf Bewährung verurteilt. KURT ist mitverantwortlich für einen Brandanschlag auf einen türkischen Verein in Bad Kreuznach.

Zusammenfassung

Der PKK-Vorsitzende ÖCALAN war bis zu seiner Inhaftierung in der Türkei der unbestrittene Führer seiner Organisation. Er trat für eine politische Lösung des Kurdenkonfliktes ein, verknüpfte dies aber mit der Drohung, jederzeit zum bewaffneten Kampf zurückkehren zu können. Militärisch verschlechterte sich die Lage der PKK grundlegend, nachdem sie ihre Lager in Syrien und dem Libanon hat aufgeben müssen. Umso wichtiger für die Akzeptanz ÖCALANs als politischer Faktor war, dass sich die PKK in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, organisatorisch gefestigt hatte. Die PKK stellte 1998 immer wieder ihre Fähigkeit unter Beweis, dass sie ihre Anhänger für Aktionen kurzfristig

mobilisieren kann. Die Rekrutierung von neuen Kadern und das Sammeln von Spenden funktionierten weitgehend reibungslos.

Die Ereignisse nach der Festnahme ÖCALANs Mitte Februar 1999 verdeutlichen, dass die Befehlsstrukturen der PKK intakt und die Gesamtorganisation handlungsfähig ist. Die zeitgleichen Aktionen von PKK-Anhängern in Europa richteten sich in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere gegen Einrichtungen der Türkei, Griechenlands, Israels und Kenias, aber in einzelnen Fällen auch gegen Parteibüros der SPD. Neben Protestdemonstrationen kam es dabei auch zu Besetzungsaktionen, in deren Verlauf erhebliche Sachbeschädigungen und Geiselnahmen verübt wurden. Bei dem Versuch, am 17. Februar 1999 das israelische Generalkonsulat in Berlin zu besetzen, wurden drei Kurden von israelischen Sicherheitskräften getötet und eine Reihe weiterer Eindringlinge verletzt. 24 Polizeibeamte, die versuchten, das Konsulatsgebäude zu schützen, wurden von kurdischen Extremisten verletzt.

In der Nacht zum 17. Februar 1999 verübten unbekannte Täter in mehreren deutschen Städten zudem Brandanschläge gegen türkische Einrichtungen. Hierbei entstand Sachschaden; Personen wurden nicht verletzt.

Am 19. Februar fanden in Hamburg (etwa 3.200 Teilnehmer), Hannover (etwa 200), Aachen (etwa 250) und Wetzlar (etwa 350) Demonstrationen statt, die friedlich verliefen. Am 20. Februar folgten Kundgebungen in Bielefeld (etwa 4.000), Bochum (etwa 200), Mannheim (etwa 2.500), Ulm (etwa 2.000) und Stuttgart (etwa 2.500), die ebenfalls friedlich blieben. In Bonn legte im Anschluss an eine Kundgebung, an der rund 6.500 Personen teilnahmen, eine kurdische Dele-

gation an der israelischen Botschaft einen Kranz sowie ein Transparent mit der Aufschrift „Wir sind Menschen – Wir wollen leben wie Menschen“ nieder.

Der kurdische Fernsehsender MED-TV strahlte am 19. Februar ein telefonisches Liveinterview mit dem Mitglied des PKK-Zentralkomitees Murat KARAYILAN aus, in dem dieser die in Europa lebenden Anhänger zur Besonnenheit aufrief. Man solle sich demokratischer Mittel bedienen, um Protest zu artikulieren. Niemand solle sich provozieren und zur Gewalt verleiten lassen. Demgegenüber rief er die in der Türkei und in Kurdistan lebenden Kurden auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gnadenlos gegen den türkischen Staat vorzugehen. Sie sollten sich aktiv am „Serhildan“ (Volksaufstand) beteiligen.

Ob es der PKK-Führung mittelfristig gelingt, ihre Aktivitäten in Europa im Rahmen der Gesetze zu halten und gleichzeitig in der Türkei den bewaffneten Kampf zu radikalisieren, hängt nicht zuletzt von dem ÖCALAN-Prozess vor dem türkischen Staatssicherheitsgericht und den damit verbundenen kurdischen Solidarisierungswirkungen ab.

Weitere kurdische Organisationen

Patriotische Union Kurdistans in Deutschland (PUK) – Irak

Die Patriotische Union Kurdistans führt seit 1976 einen bewaffneten Kampf gegen das irakische Regime und war in den Jahren 1981/1982 für Entführungen von Deutschen im Irak verantwortlich. Die PUK unterstützt die Ziele der PKK. Der Vorsitzende der PUK,

Jalal TALABANI, erklärte in einer Rede in London im November, die PKK sei eine patriotische Bewegung und die Kurdenfrage müsse mit politischen Mitteln gelöst werden.

Der in Ortsgruppen organisierten PUK gehören in Deutschland unter dem Vorsitz von Salah RASHID ca. 150 Mitglieder an. Sitz der Organisation ist das Büro der irakischen Kurden in Bonn. Die Aktivitäten der PUK in der Bundesrepublik Deutschland beschränken sich auf politische Propaganda. Ihre Resonanz bei den hier lebenden Kurden ist gering.

Demokratische Partei Kurdistan/Irak (DPK-I)

Die DPK-I strebt die Bildung eines föderativ-demokratischen Teilstaates Kurdistan in einem Bundesstaat Irak auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus an. Sie wird gegenwärtig in Deutschland von Diulshad BARZANI angeführt. Im Gegensatz zur PUK lehnte die DPK-I bisher jede Zusammenarbeit mit der PKK ab. Presseberichten zufolge waren an den bewaffneten Auseinandersetzungen mit der PUK auf Seiten der DPK-I auch türkische Streitkräfte beteiligt, während die PUK von der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), dem militärischen Arm der PKK, unterstützt wurde.

Sitz der in Deutschland 250 Mitglieder zählenden DPK-I ist das Büro der irakischen Kurden in Bonn. Die DPK-I ist in Deutschland lediglich propagandistisch aktiv.

Als Dachorganisation von DPK-I und PUK dient die 1988 von den Organisationen in Damaskus gegründete Kurdistan-Front Irak (KFI). Zwischen beiden Organisationen kam es trotz dieser organisatorischen Verbindung immer wieder zu militärischen Ausein-

andersetzungen, zuletzt am 13. Oktober, als die PUK eine militärische Offensive startete. Diplomatischer Druck seitens der USA führten zur Einstellung der Kämpfe und zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen den Führern Jalal TALABANI (PUK) und Masoud BARZANI (DPK-I).

Obwohl beide Organisationen – spätestens nach Unterzeichnung ihres Friedensabkommens im Herbst – sich zu gemeinsamen Handeln entschlossen haben, kam es zwischen Anhängern der PUK und der DPK-I in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Devrimci Sol (Dev Sol)

Mitglieder:	1997	1998
Bund:	1.300	1.200
Niedersachsen:	110	110
Publikationen:	Kurtulus (Zeitung des KARATAS-Flügels) Tavir (Zeitung des KARATAS-Flügels) Devrimci Cözüm (Zeitung des YAGAN-Flügels) Devrimci Sol – Haber Buelteni (Dev Sol – Nachrichtenbulletin)	

Die 1978 gegründete Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) strebt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die revolutionäre Errichtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems in der Türkei sowie den Kampf gegen „Imperialismus“ und „Oligarchie“ an. Bereits am 12. September 1980 war sie nach mehreren Terroranschlägen in der Türkei verboten worden. Wegen zahlreicher Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Verstößen gegen das Vereinsgesetz wurde sie am 27. Januar 1983 auch in Deutschland verboten. In der Folgezeit setzte die Devrimci Sol ihre Aktivitäten konspirativ fort. Jahrelange interne Flügelkämpfe führten 1993 zur Bildung von 2 Lagern. Der „KARATAS-Flügel“, benannt nach dem langjährigen Leiter der Devrimci Sol, Dursun KARATAS, gab sich die Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C, Devrimci Halk

Kurtulus Partisi – Cephesi) und beanspruchte die legitime Nachfolge der Devrimci Sol.

Die Organisation versteht sich als „internationalistische Bewegung“, die weltweit revolutionäre Bewegungen unterstützt, sowie als „Avantgarde des türkischen und kurdischen Volkes“. Zu den Aktivitäten der DHKP-C in der Türkei gehören Terroranschläge gegen Personen des öffentlichen Lebens sowie gegen militärische und staatliche Einrichtungen. Der in Deutschland weniger bedeutende, nach dem 1993 durch türkische Sicherheitskräfte getöteten Anführer Bedri YAGAN benannte „YAGAN-Flügel“, Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke (THKP-C – Devrimci Sol), weist nur in Nuancen ideologische Unterschiede zum „KARATAS-Flügel“ auf und beansprucht ebenso die legitime Nachfolge der Devrimci Sol. Zwischen den beiden Führungen besteht eine



Willkommen auf den deutschen Seiten des Volksbefreiungskampfes in der Türkei. Dies ist ein anti-Imperialistischer und antifaschistischer Krieg gegen die Kräfte des Imperialismus und ihrer türkischen Helfer, der türkischen Oligarchie. Der Kampf für Freiheit, Menschenwürde und Sozialismus in der Türkei wird geführt von der DHKP/C



Revolutionären Volks Befreiungs Partei - Front

Wenn Sie noch nichts über die DHKP/C wissen, schlagen wir vor, das Dokument **OUR COUNTRY IS RIPE FOR REVOLUTION** zu laden. Es existiert allerdings leider nicht auf deutsch. Es ist ein wichtiges Dokument der DHKP/C. Es beschreibt den Weg zur türkischen Revolution und wie die Türkei nach dem Sieg der revolutionären Kräfte im Befreiungskampf aussehen soll. Wenn Sie nichts englisches lesen wollen schlagen wir das Dokument von der THKP-C zur DHKP-C vor. Es enthält einen Abriss der Geschichte der DHKP/C

erbitterte Feindschaft, für die es keine wesentliche ideologische Begründung gibt. Beide Flügel, die gegenseitig Mordanschläge verübten, betrachten Gewalt sowohl in der Türkei als auch in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele.

Die Gruppierungen finanzieren ihre Aktivitäten über Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Publikationen und in besonderem Maße durch Spendengeldsammlungen bei türkischen Landsleuten. Bei der Ende Februar beendeten europaweiten Spendenkampagne konnte die DHKP-C wie auch in den Vorjahren ihr Spendenziel nicht erreichen.

Um den kurdischen Befreiungskampf aktiv zu unterstützen, werden verbindliche Ziele zwischen DHKP-C und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im „Kampf gegen das türkische Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime“ festgelegt. Bereits im Dezember

1996 hatten sich deshalb die PKK und die Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP), der politische Arm der DHKP-C, zu einem Aktionsbündnis unter der Bezeichnung Plattform der Vereinten Revolutionären Kräfte (DBG) zusammengeschlossen, um damit zum „Aufbau einer revolutionären Front aller linksorientierten Parteien“ beizutragen. Anfang 1998 beendete die DHKP-C das Bündnis, weil die PKK nach ihrer Auffassung die Gleichberechtigung der Bündnispartner nicht beachtet und nur egoistische Ziele verfolgt habe.

IRKÇI-FAŞİST HAREKETLERE KARŞI MÜCADELEYİ YÜKSELTELİM



Laßt uns den Kampf gegen rassistische und
faschistische Bewegungen vorantreiben !

Elevons la lutte contre les
mouvements racistes-fascistes

DEVİRİMCİ SOL GÜÇLER

Da sowohl DHKP-C als auch THKP-C weiterhin ihren Alleinvertretungsanspruch verfolgen, gab es wiederholt gewaltsame Auseinandersetzungen. Am 29. Januar verletzten YAGAN-Anhänger in Hamburg mehrere Mitglieder des KARATAS-Flügels durch Schusswaffengebrauch. Am 1. Mai kam es in Köln im Rahmen einer Mai-Kundgebung zu gewaltsamen Zusammenstößen beider Dev Sol-Flügel.

Menschenrechtsverletzungen und insbesondere die Erschießung von drei Dev-Sol Aktivisten Ende Januar in der Türkei waren Anlass für europaweite Demonstrationen, um auf die Missstände in der Türkei hinzuweisen. Im Februar fanden in Deutschland, Großbritannien sowie in den Niederlanden Gedenkveranstaltungen für die Verstorbenen statt.

Mitglieder der DHKP-C besetzten am 22. Mai den Kieler Landtag, um auf die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hinzuweisen. An einer Demonstration der PKK am 6. Juni beteiligten sich ca. 150 Anhänger der THKP-C, etwa 400 Mitglieder des YAGAN-Flügels der Dev Sol nahmen an einer Veranstaltung unter dem Motto „Für Freiheit und demokratische Rechte“ am 27. Juni in Frankfurt/Main teil.

Die Beteiligung der Mitglieder beider Flügel der Dev Sol an Straftaten – Verstöße gegen das Vereinsgesetz, Hausbesetzungen, Schusswaffengebrauch usw. – veranlasste das Bundesministerium des Innern, mit Verfügung vom 13. August die DHKP-C sowie die THKP-C – Devrimci Sol zu verbieten. Während die DHKP-C als Ersatzorganisation der bereits 1983 verbotenen Devrimci Sol verboten wurde, erging gegen die THKP-C-Devrimci Sol ein Betätigungsverbot. Die Verbotsverfügungen stützten sich u.a. darauf, dass die Tätigkeiten der betroffenen Organisationen den deutschen Strafgeset-

zen zuwiderlaufen und damit die innere Sicherheit sowie die öffentliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Insbesondere die DHKP-C hat sich gegen die Verbotsverfügung in der Öffentlichkeit unter dem Motto „Der Kampf gegen Faschismus ist legitim, das DHKP/C-Verbot nicht“ zur Wehr gesetzt und am 10. September gegen die Verbotsverfügung Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin eingereicht.

Am 26. Mai begann der Prozess gegen den ehemaligen Europaverantwortlichen der verbotenen DHKP-C, Serafettin GÜL, vor dem Oberlandesgericht Hamburg. GÜL wurde Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen⁴⁵.

Obwohl das Verhältnis der DHKP-C zur PKK nicht zuletzt durch das Scheitern des Aktionsbündnisses im Frühjahr angespannt ist, setzte sich die DHKP-C für eine umgehende Freilassung des am 12. November in Italien festgenommenen PKK-Generalvorsitzenden ÖCALAN ein, während die nationalistischen türkischen Parteien die Auslieferung ÖCALANs an die Türkei forderten.

Schwerpunkte der Aktivitäten der DHKP-C in Niedersachsen sind die Städte Hannover und Braunschweig. Bei der THKP-C, die in Niedersachsen vor allem in Salzgitter aktiv ist, stagnieren die Mitgliederzahlen. So scheint auch in Niedersachsen die Anhängerschaft des YAGAN-Flügels geringer zu werden, während im gleichen Maße der KARATAS-Flügel stärker wird.

⁴⁵ Eine Verurteilung zu einer Haftstrafe von 10 Jahren wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und wegen zweifachen versuchten Totschlags erfolgte am 17. 02. 1999.

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Mitglieder:	1997	1998
Bund:	2.000	2.000
Niedersachsen:	170	180
Publikationen:	Özgür Gelecek (Freie Zukunft) Denge Partizan (Stimme des Partisanen) Öncü Partizan (Avantgarde Partizan/DABK) Halkın Günlüğü (Tagebuch des Volkes) Partizan (Der Partisan/Partizan-Flügel) Isci Köylü Kurtuluşu (Internationale Rote Bewegung/ TIKKO) Tohum (Das Samenkorn)	

Die in der Türkei verbotene Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) wurde im Februar 1972 von Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. Auf der ideologischen Basis des Marxismus-Leninismus, ergänzt um Ideen Mao TSE-TUNGS⁴⁶, strebt die TKP/ML den Umsturz des gegenwärtigen politischen Systems in der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung maoistischer Prägung auf dem Wege einer „demokratischen Volksrevolution“ an. Zur revolutionären Durchsetzung dieses Ziels hat sich die in der Türkei verbotene Organisation einen militärischen Arm, die Türkische

Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO), geschaffen. Die TIKKO führt in der Türkei einen bewaffneten Guerillakrieg. Geleitet wird die TKP/ML in Europa durch ein Auslandsbüro. Als Basisorganisationen sind in Deutschland die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ADHF) und auf europäischer Ebene der Dachverband Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ADHK) aktiv. Deutschland ist aufgeteilt in die Regionen Nord, Süd, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Aktivitätsschwerpunkte sind das Ruhrgebiet, das Rhein-Main-Gebiet sowie der Stuttgarter Raum. Das Auslandsbüro führt die Aufsicht über Gebiets- und Stadtkomitees. Dabei erreichen Gebiete teilweise die Größe z.B. Österreichs oder in Deutschland die eines oder mehrerer Bundesländer. Niedersächsische Stützpunkte der überwiegend konspirativ auftretenden TKP/ML befinden sich u.a. in Hannover, Gifhorn, Göttingen und Salzgitter.

Charakteristisch für die TPK/ML sind ständige Abspaltungen. Seit April 1994 ist die TKP/ML in den so genannten

⁴⁶ Nach den Lehren Mao TSE-TUNGS (1893–1976) wird die Revolution gewaltsam als Volks- oder Guerillakrieg „vom Land in die Städte hinein“ durchgeführt. Träger der Revolution muss nicht das Industrieproletariat, sondern kann – vor allem in wenig industrialisierten Ländern – auch die von der Kommunistischen Partei geführte Bauernschaft sein. Der Maoismus gilt im Hinblick auf sein Konzept des von der Bauernschaft getragenen Volkskrieges als spezifisch chinesischer Weg zum Sozialismus.

Partizan-Flügel und in das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) gespalten. Beide Flügel bedienen sich streng hierarchisch gegliederter, konspirativ agierender Kaderstrukturen.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich lähmend auf die politischen Aktivitäten der TKP/ML auswirkten, erreichten 1997 ihren Höhepunkt mit der Ermordung des DABK-Vorsitzenden, der sich vehement gegen eine Vereinigung beider Fraktionen ausgesprochen hatte. Politische Aktivitäten und die bessere Finanzsituation haben den Partizan-Flügel der TKP/ML zur führenden politischen Kraft gemacht und letztlich das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK) an den Rand gedrängt.

In Niedersachsen verfügt das DABK nicht über feste Strukturen.

In Deutschland traten TKP/ML-Aktivist*innen vor allem durch Spendengelderpressungen bei Landsleuten, durch bewaffnete Raubüberfälle auf türkische Gaststätten, durch zahlreiche Brandanschläge auf türkische Einrichtungen sowie durch gewaltsame Protestaktionen gegen die Verfolgung von Gesinnungsgenossen in der Türkei in Erscheinung. Beide Richtungen der TKP/ML führen zur Finanzierung ihrer Parteiarbeit regelmäßige Spendengeldkampagnen durch. Im Mai 1997 fand eine "Sonderspendenkampagne" zugunsten in der Türkei inhaftierter Partizan-Anhänger statt. Ab Oktober 1997 eröffnete der Partizan-Flügel europaweit die jährlich stattfindende Kampagne, die bis Mitte Februar 1998 etwa 1 Million Mark erbrachte.

Darüber hinaus gründeten ehemalige TKP/ML-Mitglieder 1994 die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP), der in Deutschland ca. 700 Mitglieder angehören. Die MLKP ist sowohl in der Türkei und in Deutschland als auch in anderen Län-

dern mit Gewaltaktionen aktiv. In ihrem Presseorgan ÖZGÜR ATILIM bekennt sich die MLKP dazu offen. In einem Flugblatt heißt es:

„Der türkische Staat, ein Helfershelfer des US-Imperialismus, führt einen schmutzigen Krieg gegen die Kurden. Das gemeinsame Interesse der kurdischen und türkischen Arbeiter und Werktätigen besteht darin, die faschistische Diktatur durch die Revolution zu Fall zu bringen“.

Die MLKP wird in Europa von einem Auslandskomitee (YDK) geleitet, dem über so genannte Länderverantwortliche die Ortsgruppen verantwortlich sind. Während 1997 eine zunehmende Gewaltbereitschaft durch eine erhebliche Zahl von Straftaten deutlich wurde, begnügte sich die Organisation 1998 mit einigen wenigen Veranstaltungen und der Durchführung der alljährlichen Spendengeldkampagne. Der Finanzbedarf der MLKP, in Deutschland ca. 1,2 Mio, wird vorrangig durch Spenden gedeckt. Die weitere Tätigkeit konzentriert sich auf Propagandaaktivitäten sowie die Rekrutierung von Jugendlichen mittels der Kommunistischen Jugendorganisation (KGÖ). Die Jugendlichen sind auch für spätere Kampfeinsätze in der Türkei vorgesehen.

In Niedersachsen sind Strukturen der MLKP nicht mehr erkennbar.

Plattform der vereinten revolutionären Kräfte (DBGP)

Die PKK und sieben revolutionär-marxistische türkische Organisationen, darunter die MLKP, beide Flügel der TKP/ML und der YAGAN-Flügel der Devrimci Sol einigten sich am 4. Juni auf ein Aktionsbündnis (Devrimci Birlesik Güçler – DBG) um den „Revoluti-

onskampf voranzubringen“. In der Gründungserklärung versichern sich die beteiligten Verbände, das Bündnis diene den „*praxisorientierten Erfordernissen des revolutionären Kampfes*“ bei „*gegenseitigem Respekt vor der unabhängigen, organisationsbezüglichen Existenz und den Aktivitäten*“.

Nach kurzer Zeit firmierte das Bündnis unter der Bezeichnung Plattform der vereinten revolutionären Kräfte (DBGP).

Als weitere Ziele werden in der Erklärung die Unterstützung des Kampfes für den Sozialismus, die Erlangung des Selbstbestimmungsrechts der kurdischen Nation sowie die Befreiung des Proletariats genannt. Gemeinsamer Gegner sei die türkische Republik, die in der Region als Wächter des (US)-Imperialismus, des Kema-lismus sowie des Zionismus agiere.

Die PKK hatte in der Vergangenheit wiederholt Bündnisse mit verschiedenen revolutionären türkischen Organisationen geschlossen, aus denen sich jedoch nie nennenswerte oder längerfristige Aktivitäten entwickelten.

Eine Vereinbarung der PKK mit der Revolutionären Volksbefreiungspartei (DHKP) vom Dezember 1996, die den Aufbau einer gemeinsamen revolutionären Front gegen den türkischen Staat zum Ziel hatte, wurde im Frühjahr durch die DHKP unter Hinweis auf die mangelnde Bereitschaft der PKK zu einer echten Zusammenarbeit aufgekündigt.

Mit der neuerlichen Teilnahme an einem solchen Bündnis versucht die PKK, ihre Bündnisfähigkeit unter Beweis zu stellen und damit gleichzeitig dem Vorwurf eines Führungsanspruches zu begegnen.

Weitere an dem Aktionsbündnis beteiligte Organisationen waren die 1986 aus der Spaltung der „Türkisch

Kommunistischen Partei Einheit“ entstandene, marxistisch-leninistisch orientierte Revolutionäre Partei der Türkei (TDP), deren Einfluss auf das Bündnis aufgrund ihrer geringen Größe eher unbedeutend ist, die 1992 gegründete Revolutionäre Volkspartei (Devrimci Halk Partisi – DHP⁴⁷) sowie die Türkische Kommunistische Partei-Funke (TKP-Kivilcim), eine unbedeutende Splittergruppe mit revolutionär-marxistischer Ausrichtung.

Seit Oktober zeichnen sich im Zuge erster Austritte von beteiligten Organisationen aus dem Aktionsbündnis Auflösungsstendenzen des DBGP ab. So kündigte z.B. die TKP/ML-Partei-führung ihre Mitarbeit in der DBGP auf. Bei einem großen Teil der DABK-Mitglieder soll es ebenso Überlegungen geben, das Bündnis wieder zu verlassen.

Während sich in Deutschland keine weiteren Aktivitäten der Plattform mehr erkennen ließen, scheint ausweislich etlicher Anschläge von Mitgliedsorganisationen in der Türkei nach der Festnahme ÖCALANs (u.a. von der TIKKO, dem militärischen Arm der TKP/ML) die Unterstützung der linksextremistischen Organisationen für die PKK gegeben zu sein.

⁴⁷ Die DHP dient als Bündnisorganisation, mit deren Hilfe die PKK bei sozialrevolutionären türkischen Organisationen Unterstützung für die kurdische Sache sucht. Sie verfügt über Strukturen in Deutschland, Frankreich, Dänemark, Großbritannien sowie den Niederlanden. In Deutschland hat die Organisation einige hundert Mitglieder. In ihrer Schrift *Alternatif Toplum* (Alternative Gesellschaft), bzw. *Toplumsal Alternatif* (Die gesellschaftliche Alternative) äußert sich die DHP zustimmend zu Forderungen und Aktionen der PKK. Ihre Mitglieder treten bei Diskussionen und Aktionsbündnissen mit türkischen und deutschen Organisationen als „Alternative Gruppe“ auf.

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

Deutsche Türk-Föderation (ATF)/Konföderation der idealistischen Türken in Europa (AÜTDK)

Sitz:	Frankfurt/Main-Riederwald	
Vorsitzender:	Mehmet ERDOGAN	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	7.000	7.500
Niedersachsen:	450	450
Publikationen:	Türk Federasyon Ortadoyu Bulletin der Türkischen Föderation	

Die am 18. Juni 1978 in Frankfurt/Main gegründete ADÜTDF, deren Anhänger auch als „Graue Wölfe“⁴⁸ bezeichnet werden, stellt die bedeutendste extrem-nationalistische türkische Organisation in Deutschland dar. Auf ihrem 19. Jahreskongress in Essen im Oktober 1996 benannte sich die ADÜTDF um in Deutsche Türkföderation (Almanya Türk Federasyon – ATF); ihr alter Name wird aber weiterhin benutzt. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Gründung eines neuen europäischen Dachverbandes Konföderation der idealistischen Türken in Europa (Avrupa Ülkücü Türk Demekleri – AÜTDK) beschlossen. Diesem Gremium obliegt die Koordinierung der Arbeit der einzelnen nationalen Türk-Föderationen in Europa. Die ADÜTDF vertritt in Deutschland die Interessen der türkischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP). Die von dem 1997

verstorbenen Alparslan TÜRKES gegründete MHP strebt die Bildung eines islamistischen Nationalstaates Türkei an. Zu den zentralen Ideologiemerkmalen der MHP zählen ausgeprägter Pantürkismus, übersteigerter Nationalismus, Antikommunismus sowie das Führerprinzip. Demokratie gilt als „Erfindung der Juden“ sowie als „Nährboden für das Eindringen des Kommunismus“.

Die Verbindung von nationalistischer mit islamistischer Weltanschauung zu einer politischen Ideologie brachte TÜRKES bereits in seinen „Fundamentalen Anschauungen“ (1975) durch die Forderung nach Rückkehr zu türkisch-islamischen Werten zum Ausdruck. Die Verwestlichung habe die Türkei nach Auffassung TÜRKES' in eine nationale Katastrophe geführt. Der Islam gilt als Kraftquelle für die Türkei, die Nation müsse zu ihrem traditionellen vom Islam geprägten Wertesystem zurückkehren, obgleich dem Islam nationalstaatliches Denken ursprünglich fremd ist.

TÜRKES wurde bereits 1944 wegen pantürkischer Aktivitäten und Sympathieerklärungen für Adolf HITLER verhaftet. Am Militärputsch in der Türkei

⁴⁸ Der „Graue Wolf“ hat für die ADÜTDF symbolhafte Bedeutung. Um das Totemtier der Türken in ihrer zentralasiatischen Ursprungsregion (Altai-Gebirge) aus vorislamischer Zeit existiert eine mythologische Sage zur Herkunft der Türken.

1960 war TÜRKEŞ fñhrend als Offizier beteiligt. In den Jahren 1975-1978 war er als Politiker in zwei Kabinetten von Ministerprasident DEMIREL dessen Stellvertreter. Vor dem Hintergrund seiner maßgeblichen Beteiligung an Terroraktionen seiner Organisation gegen Linksoppositionelle in den 70-er Jahren wurde TÜRKEŞ 1980 wegen Aufstachelung zum Bñrgerkrieg sowie Anstiftung zum Mord in über 600 Fällen angeklagt. Aus Gesundheitsgründen erfolgte 1985 die Freilassung aus der Untersuchungshaft, ein letztinstanzlicher Freispruch erging erst 1995. Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe für TÜRKEŞ gefordert. Seit 1991 war TÜRKEŞ wieder – wie bereits von 1969 bis 1980 – Abgeordneter des türkischen Parlaments. 1995 erreichte die MHP nicht die für den Einzug ins Parlament erforderlichen 10 % der abgegebenen Stimmen.

Die ADÜTDF vertritt wie die MHP den pantrkischen Gedanken der Errichtung eines „Grotrkischen Reiches“, unter starker Betonung der vorislamischen Geschichte und Kultur der Türkei, in dem alle Turkvölker vereinigt sind. Parallel zur zunehmenden islamistischen Ausrichtung der MHP in der Türkei kam es auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen MHP-Flgeln. 1987 spaltete sich von der Türk-Föderation die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine, kurz Türkisch-Islamische Union – TIKDB, später ATIB, ab. Die ATIB betont seitdem den Islam als konstitutives Element des Trkentums. Während die ADÜTDF in der ersten Phase ihrer Existenz den Pantrkismus in den Mittelpunkt ihrer politischen Aussagen stellte, haben in den letzten Jahren islamische Positionen ein größeres Gewicht erhalten, sodass ihr ideologischer Standort als politisch-



kulturelle Synthese aus türkischem Nationalismus und islamistischen Orientierungen bezeichnet werden kann.

Mit der nationalistischen Grundposition der ADÜTDF korrespondiert eine feindselige Haltung gegenüber kurdischen separatistischen Strömungen, insbesondere gegenüber der PKK sowie anderen links stehenden Gruppierungen. Die ADÜTDF versucht sich als eine gemäßigte, demokratische Organisation darzustellen, die Gewalt als Mittel ihrer Politik ablehnt. Vor allem unter den jüngeren Mitgliedern ist jedoch eine latente Gewaltbereitschaft festzustellen. Anlässlich des 20. Jahreskongresses der ADÜTDF am 30./31. Mai in Oberhausen erklärte der MHP-Vorsitzende Devlet BAHCELI, der den internen Machtkampf um den Fñhrungsanspruch gegen Turgut Trkes zu seinen Gunsten entschieden hatte, zum Verhältnis zur PKK:

„Wir sind die einzige geeignete Partei zur Schaffung einer hochentwickelten Großtürkei des 21. Jahrhunderts. Falls die MHP an die Macht kommt, dann wird die PKK von der Tagesordnung wegradiert!“

Mit seiner radikalen Erklärung hat BAHCELL den Rahmen rechtsstaatlicher Demokratie verlassen. Die (auch) in der Türkei verbotene PKK und ihre Aktivisten sollen nicht mehr in rechtsstaatlicher Weise bekämpft, sondern „wegradiert“ werden.

Im Bundesgebiet ist die ADÜTDF in über 180 Vereinen organisiert, in Niedersachsen u.a. in Hannover, Goslar, Braunschweig und Salzgitter. Ziel der Vereine ist die Ausdehnung des Einflusses auf die in Deutschland lebenden Türken im Sinne der politischen Ziele der MHP. Einer der Arbeitsschwerpunkte ist die Gewinnung von jugendlichen Mitgliedern. Angesichts zunehmender Chancenlosigkeit insbesondere türkischer Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt sowie der Konfrontation mit Ausländerfeindlichkeit fällt die von der ADÜTDF propagierte Rückbesinnung auf türkisch-islamische Werte auf fruchtbaren Boden. Auch wenn sich diese Entwicklung noch nicht in steigenden Mitgliederzahlen niederschlägt, so sind die sozialen Alltagsprobleme wie gesellschaftliche Desintegration und Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt mittelfristig eine Voraussetzung für stärkeren Zulauf zu Organisationen wie der ADÜTDF.

Die ADÜTDF will mit der Hinwendung zum Islam gerade unter den jugendlichen Mitgliedern eine Abkehr von der latenten Gewaltbereitschaft erreichen. Mit Nachdruck hat die ADÜTDF-Führung gegenüber ihren

Mitgliedern die Anweisung erteilt, keine Konflikte auf deutschem Boden auszutragen, und eine Eskalation der Gewalt in den Auseinandersetzungen mit linksgerichteten türkischen Organisationen wie PKK, TKP/ML und Dev Sol zu vermeiden. Mit dieser Ermahnung zur Gewaltlosigkeit reagierte die ADÜTDF-Führung auf polizeiliche Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen bei ADÜTDF-Mitgliedern, u.a. Anfang Juli in Hannover, bei denen Waffen gefunden worden waren. Mit der demonstrativen Aufforderung zur Gewaltlosigkeit soll der Anschein der Neutralität gewahrt und einem Verbot vorgebeugt werden.

In Niedersachsen waren ADÜTDF-Mitglieder mehrfach an Auseinandersetzungen mit Anhängern linksgerichteter türkischer Organisationen beteiligt, so im Februar in Salzgitter, wo sich ein Stützpunkt des YAGAN-Flügels der Devrimci Sol befindet.

Auch über das Internet verbreitet die ADÜTDF in türkischer und deutscher Sprache, dass sie Kommunismus, Faschismus und totalitäre Regime als „spaltende, zerstörende und schädigende Bewegungen“ ablehnt.

Im Zusammenhang mit der Festnahme des PKK-Generalsvorsitzenden ÖCALAN am 12. November in Italien setzte die ADÜTDF sich für seine Auslieferung in die Türkei ein. Um ihren Forderungen in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen, schloss die ADÜTDF am 22. November ein Bündnis mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) und weiteren türkisch-islamischen Gruppierungen unter der Bezeichnung „Plattform der türkischen Gesellschaft in Europa“. Zweck des Bündnisses sollte es sein, den Protest gegen Italiens „ÖCALAN-Politik“ zu organisieren und politisch zu kanalisieren. Dazu veranstaltete das Bündnis am 28. November und 5. Dezember

u.a. in Bonn, Berlin, Nürnberg und München Großdemonstrationen unter dem Motto „Protest gegen die Absicht Italiens, ÖCALAN Asyl zu gewähren“. Die Mitglieder des Bündnisses hatten allerdings von einem bundesweiten Aufruf zur Teilnahme an den Demonstrationen Abstand genommen, weil sie Auseinandersetzungen mit der PKK und damit einen Reputationsverlust in der deutschen Öffentlichkeit befürchteten.

In Niedersachsen führten die ADÜTDF-Ortsvereine nur wenige Kulturveranstaltungen, Jugendtreffen und Schulungsabende mit bis zu 1.000 Teilnehmern durch. Am 1. März in Goslar und am 11. April in Hannover fanden Versammlungen mit Vorstandswahlen statt. Darüber hinaus führte die Türkische Familienunion Hannover und Umgebung e.V. am 14. November ein Jugendtreffen mit Teilnehmern aus Norddeutschland in Hannover durch.

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) Föderativer Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.)/Kalifatsstaat

Sitz:	Köln	
Leitung:	Metin KAPLAN	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	1.300	1.200
Niedersachsen:	300	250
Publikation:	Ümmet-i-Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds)	

Der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) wurde 1984 von Cemaleddin KAPLAN gegründet. Das Ziel der Organisation unter Führung von Metin KAPLAN ist wie schon unter dessen im Mai 1995 verstorbenen Vater und Vorgänger Cemaleddin KAPLAN der revolutionäre Sturz des laizistischen Staatsgefüges in der Türkei und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild. Als einzig legitime Grundlage für eine Rechts- und Gesellschaftsordnung gilt dem ICCB die „Scharia“, ein aus Koran, Hadith (Aussprüche Mohammeds) und Sunna (Gewohnheiten Mohammeds) hergeleitetes islamisches Rechtssystem. In diesem Sinne verkündete Metin

KAPLAN in einer Grundsatzrede auf der Jahreshauptversammlung 1996, der Koran sei das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch des Islam. Weltliche Gesetze stünden hierzu in Widerspruch. Ausdrücklich bekannte er sich zur Gewaltanwendung im Namen des Islam.

Zu den Feindbildern des ICCB gehören neben dem Laizismus (radikale Trennung von Kirche und Staat) insbesondere Kapitalismus, Demokratie sowie vor allem der israelische Staat



Der selbsternannte Kalif Metin Kaplan

und das Judentum. Unter dem Titel „Grundparolen des Muslims“ verdeutlichte das Verbandsorgan Ümmet-i-Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds) in der Ausgabe vom 1. Februar 1996 diese Gegnerschaft, indem erklärt wird, dass

„Kommunismus, Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus, Kemalismus⁴⁹, Laizismus und Demokratie, alle derartigen Ordnungen, die dem Islam nicht entsprechen ... , schlecht sind.“

⁴⁹ Auf dem Parteitag der Republikanischen Volkspartei (CHP) wurden 1931 sechs auf den Begründer der modernen Türkei, Kemal Atatürk, zurückgehende Prinzipien verabschiedet, die 1937 Verfassungsrang erhielten und als Kemalismus bezeichnet werden: türkischer Nationalismus, antiislamischer Säkularismus, antiosmanischer Republikanismus, Klassenloser Populismus (als Ausdruck der Volksverbundenheit der nationalen Bewegung), parteibezogener Revolutionismus, wirtschaftslenkungsorientierter Etatismus.

Vgl. Matthes Buhbe: Türkei. Politik und Zeitgeschichte. Opladen 1996, S. 44 ff.

Die antidemokratische Ausrichtung des ICCB wird deutlich in einer auf Flugblättern in Deutsch und Türkisch zitierten Aussage des Gründers Cemalettin KAPLAN: *„Es ist Sünde, Mitglied der Parlamente des Zeitalters zu sein, in dem wir uns befinden.“*

Der ICCB strebt einen „Kalifatsstaat“ als weltweiten Zusammenschluss aller Muslime an. Bereits 1992 hatte Cemalettin KAPLAN in Koblenz einen Föderativen Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.), einen „heiligen Koranstaat“, proklamiert und sich 1994 zum Kalifen, zum „Befehlshaber der Gläubigen“ ernannt. Cemalettin KAPLAN wurde in der Türkei wegen seiner antilaizistischen und antidemokratischen Betätigung polizeilich gesucht.

Der stark hierarchisch und zentralistisch geführte ICCB ist in Deutschland und der Türkei aktiv. Im Gegensatz zu fast allen anderen Organisationen gibt es keine Mutterorganisation und – soweit hier bekannt – keine Strukturen, sondern lediglich einzelne Anhänger des ICCB in der Türkei. Der ICCB finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spendengeldern und Mitgliedsbeiträgen. Darüber hinaus wurde auf die ICCB-Vereine Druck ausgeübt, die vereinseigenen Immobilien auf die bereits 1990 in Rotterdam errichtete „Stichting Dinaar aan Islam“ zu überschreiben, in deren Finanzgebaren neben KAPLAN nur wenige Vertreter Einblick haben. Als weitere Einnahmequellen dienen die verbandseigene Zeitung Ümmet-i-Muhammed sowie der Verkauf von Büchern und Predigten des Gründers Cemaleddin KAPLAN.

Wie sein Vater hat sich Metin KAPLAN zwar ebenfalls zum „Kalifen“ ausrufen lassen, verfügt jedoch wegen seines überzogenen Führungsanspruchs sowie einer ihm von seinen Gegnern vorgeworfenen mangelnden Kompetenz nicht über ausreichende Akzeptanz innerhalb der Bewegung. Diese mangelnde Akzeptanz äußerte sich nicht zuletzt in einer negativen Mitgliederentwicklung. Während Mitte der 80er-Jahre noch 10.000 bis 12.000 Mitglieder dem Verband angehörten, sind es heute nur noch etwa 1.300 im Bundesgebiet – davon ca. 250 in Niedersachsen –, bzw. 2.000 bis 2.400 europaweit. Die Gegner Metin KAPLANs finden sich teilweise in der 1994 abgespaltenen Organisation Union der Muslimischen Bewegung (MCB), die aber wenig Außenwirkung zeigt und bedeutungslos geworden ist. Nachdem Dr. Yusuf Ibrahim SOFU, der sich große Hoffnungen auf die Nachfolge Cemaleddin KAPLANs gemacht

hatte, sich im Sommer 1996 zum „Gegenkalifen“ ausrufen ließ, wurde er am 8. Mai 1997 in seiner Berliner Wohnung von bisher unbekanntem Tätern ermordet⁵⁰. Nach der Erschießung des „Gegenkalifen“ SOFU leitete der Generalbundesanwalt (GBA) Anfang 1998 gegen Metin KAPLAN und 4 weitere Angehörige des ICCB ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, des gemeinschaftlich begangenen Mordes sowie weiterer Straftaten ein.

„Es besteht der Verdacht, daß zumindest die Ermordung (des) abtrünnigen Verbandsmitglieds ... in Berlin – wenn nicht auch die Ermordung bzw. versuchte Ermordung von abtrünnigen Verbandsmitgliedern in den Jahren 1995 bis 1997 in Salzgitter und Düsseldorf – auf eine solche Todes- 'Fetwa'⁵¹ zurückgeht“ (Pressemitteilung des GBA vom 24.02.1999, S. 30f.).

Um SOFU hatte sich eine Gruppe enttäuschter ICCB-Mitglieder gebildet. Hierdurch wurde die Autorität Metin KAPLANs in besonderer Weise in Frage gestellt, denn SOFU genoss als Bundesvorsitzender der Jugendorganisation und loyaler Anhänger Cemaleddin KAPLANs zu dessen Lebzeiten hohes Ansehen innerhalb des ICCB. Infolge der Auseinandersetzungen wechselten viele Mitglieder des ICCB zu SOFU und zur IGMG. Einige Mitgliedsvereine, die der ICCB noch für sich reklamiert, existieren

⁵⁰ Der Kalif ist grundsätzlich der mit absoluter Autorität im weltlichen wie im religiösen Bereich ausgestattete Nachfolger bzw. Stellvertreter des im Jahr 632 n. Chr. verstorbenen Propheten Mohammed. Unter Berufung auf den Koran gilt das Grundprinzip, dass es jeweils nur einen einzigen Kalifen geben darf.

⁵¹ Fetwa oder Fatwa: Beurteilung, Gutachten oder Entscheidung eines islamischen (Rechts-) Gelehrten

جامعة الإمام والشيخ العلامة
 أمّة محمد
 ÜMMET-İ MUHAMMED
 Halkın İhtiyar, Kayıtsız ve Şartsız. Allahın Emirindedir




Anadolu'nun gerçek sahibi olan müslümanlar, memleketi kurt ve kuşa bırakmayacaklardır!

Kemalistlerin kurdukları hükümetler meşru değildir!

tieren nur noch dem Namen nach oder haben sich inzwischen von der Organisation abgewandt. SOFU verstand sich als Nachfolger Cemaleddin KAPLANs und dessen islamistischer Ausrichtung. In seiner Anfang 1997 verbreiteten Schrift „Das System von 'Deccal': Die Demokratie“ bezeichnete SOFU Demokratie als „Gewaltherrschaft“, als Herrschaft des „Deccal“ (d.h. Betrug, Schwindel), Menschenrechte gelten als „Täuschungsmittel“.

Im ICCB-Verbandsorgan reagierte KAPLAN mit einer Fetwa, die in Ümmet-i-Muhammed vom 19.07.1996 so wiedergegeben wurde:

„Was passiert mit einer Person, die sich, obwohl es einen Kalif gibt, als einen zweiten Kalifen verkünden läßt? Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er getötet.“

Das von etwa 5.000 Teilnehmern besuchte Neujahrstreffen des ICCB am 3. Mai in der Sporthalle Köln-Deutz diente der Mobilisierung der Mitglieder. Wesentlicher Programmteil war die Rede KAPLANs, die in einer späteren Veröffentlichung des Verbandsorgans Ümmet-i-Muhammed, Juli 1998,

als „FETWA“ des Kalifen bezeichnet worden ist:

„Das (gemeint ist der Koran) ist unsere Waffe. Ihr seid meine Soldaten. Ich bin Kommandant und Kalif. Die Statue von ‚ATA TÜRK‘ (sinnbildlich für den Staat Türkei) müßt ihr mit dem Schwert zerstören.“

Bezugnehmend auf eine Berichterstattung im deutschen Fernsehen, in der seine Organisation als „terroristisch“ bezeichnet wurde, führte KAPLAN in seiner Rede aus:

„Wir sind keine (terroristische Organisation), werden es aber noch. Die Unterdrückung der Muslime in der Türkei muß beendet werden und das mit Gewalt. Wenn die deutschen Behörden den Marsch in die Türkei verhindern, werden wir auch die Deutschen kaputt machen.“

Der Appell KAPLANs am Schluss seiner Rede („Der Heilige Krieg hat begonnen. Bereitet euch vor.“) gewinnt Nachdruck durch die in

Ümmet-i-Muhammed, Nr. 222 vom 14. Mai, verkündete allgemeine „Dжихад⁵²-Mobilisierung“. Die auch als „Dжихад-Fetwa“ bezeichnete Erklärung enthält den für alle Muslime verbindlichen Appell, an der Errichtung eines islamischen Staates mitzuarbeiten:

„Jeder Muslim sollte in seinem Land die schlechten/bösen Regime stürzen und einen islamischen Staat aufbauen. Hierfür einen CIHAD (anderer Ausdruck für Dschihad) zu führen, ist eine kanonische Vorschrift im Islam und zwar eine, für jeden einzelnen Mohammedaner verbindliche, kanonische Pflicht.“

570 Personen aus Niedersachsen, Berlin und Köln kamen am 12. Dezember zu einer Veranstaltung des ICCB im Congress Centrum Hannover zusammen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Rede KAPLANs. Dieser kritisierte in scharfer Form die Türkische Republik. Der Staat sei geprägt von Wirtschaftskrisen, Hungerstreiks, Hass und Krieg. Das sei Ergebnis „einer Strafe Gottes“, da die Kemalisten Allahs Gesetze abgeschaft und die Gesetze der Ungläubigen übernommen hätten. Es dauere aber nicht mehr lange bis er, KAPLAN, die Gesetze Allahs in der Türkei und in der ganzen Welt wieder durchgesetzt habe. Mit Blick auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik sagte KAPLAN, er habe die Bundesregierung mehrfach gewarnt und gehofft, dass man ihn

und seine Anhänger in Ruhe lasse; die jetzige Regierung handele aber genauso wie die vorherige. Er werde sich weiterhin öffentliche Äußerungen nicht verbieten lassen.

Darstellungen der türkischen Sicherheitsbehörden zufolge versuchte eine Gruppe türkischer islamischer Fundamentalisten, anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der Republik Türkei am 29. Oktober Selbstmordanschläge auf das „Mustafa-Kemal-Mausoleum“ in Ankara sowie auf die „Fatih-Moschee“ in Istanbul durchzuführen, die durch die Sicherheitsbehörden verhindert wurden. Unter den in diesem Zusammenhang Festgenommenen befanden sich acht niedersächsische Anhänger der Braunschweiger und Dillenburg Gruppe. Im Rahmen des beim BKA geführten Ermittlungsverfahrens wurden Anfang Dezember die Räumlichkeiten der Dillenburg Gemeinde des ICCB durchsucht. Ebenfalls durchsucht wurden in Niedersachsen am 9. Februar 1999 Räumlichkeiten des ICCB in Hildesheim und Braunschweig. Dabei wurde u.a. eine Schusswaffe sichergestellt.

Unabhängig davon, ob KAPLAN tatsächlich die Anschlagplanungen von Deutschland aus gesteuert oder zumindest geduldet hat, nutzt der ICCB den Vorgang propagandistisch. So fordert KAPLAN seine Anhänger auf, auch weiterhin Propagandamaterial in die Türkei zu senden, da Istanbul als strategisches Ziel der politischen Agitation des ICCB gilt.

In Niedersachsen sind die ICCB-Vereine unter der Bezeichnung Islamische Gemeinde Niedersachsen mit Sitz in Salzgitter zusammengeschlossen. Weitere Vereine gibt es in Wunstorf, Braunschweig, Stadthagen, Neustadt am Rübenberge und Göttingen.

In mehreren Städten unterhält der ICCB eigene Moscheen, z.B. in Braun-

⁵² Der Begriff DJIHAD (oder DSCHIHAD) stammt aus dem Arabischen und wird überwiegend übersetzt als „Heiliger Krieg“, bedeutet aber im ursprünglichen Sinne „Anstrengung“. Schon zu Lebzeiten Mohammeds konnte die besondere „Anstrengung“ auch militärischer Natur sein. Von militanten islamistischen Gruppen wird Dжихad daher als „heiliger Krieg“ gegen die Ungläubigen interpretiert.

schweig, Salzgitter, Stadthagen, Göttingen und Wunstorf.

Über die finanzielle Situation des „Kalifatsstaates“ konnte auch 1998 kein gesicherter Gesamtüberblick gewonnen werden. Rückschlüsse auf das Beitragswesen und die Spendenbereitschaft der Anhänger lässt jedoch die Beschlagnahme von Geld (1,2 Mio DM) sowie Wertgegenständen (Goldschmuck im Wert von 1,4 Mio DM) bei der Durchsuchungsaktion vom 28. April durch die Bundesanwaltschaft zu. Zur Finanzierung des eigenen Fernsehsenders HAKK TV wurden die Mitglieder auch 1998 zu Spendenleistungen aufgerufen.

Die seit Anfang 1998 zunehmend aggressivere Agitation des ICCB dient KAPLAN dazu, den Verband zusammenzuhalten, zumal der Mitgliederbestand auch 1998 weiter zurückgegangen ist. Aggressive Fetwas sowie die Ausrufung der „Djihad-Mobilisierung“ sollen eine Aufbruchstimmung für die Errichtung des islamischen Staates Türkei erzeugen und den Führungsanspruch KAPLANs stärken.

Im Anfang 1998 eingeleiteten Ermittlungsverfahren des GBA wurde KAPLAN am 25. März 1999 festgenommen. Dem Beschuldigten wird vom GBA Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und öffentliches Auffordern zu einer Straftat vorgeworfen. Nach der Pressemitteilung des GBA vom 25. März 1999 ist der derzeitige „Kalif von Köln“ dringend verdächtig, innerhalb des „Kalifatsstaates“ eine terroristische Vereinigung aufgebaut zu haben, um Kritiker und Abweichler auszuschalten sowie fanatische Anhänger zu Anschlägen in der Türkei anzuleiten. Der GBA betonte, dass sich die Ermittlungen noch nicht gegen den religiösen Verband als solchen richteten, sondern ausschließlich gegen dessen mutmaßlich terroristische Führungsspitze. Der totalitär geführte Verband verstehe sich als eigenständiger Islamstaat, der Verfassung und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehne und insbesondere in der Türkei die Einführung einer islamistischen Herrschaftsordnung anstrebe.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)

Sitz:	Köln	
Vorsitzender:	Ali YÜKSEL	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	26.500	27.000
Niedersachsen:	2.300	2.500
Publikation:	Milli Görüs und Perspektive (Neue Weltsicht und Perspektive)	

Die Vorgängerorganisation der islamistischen IGMG, die Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e.V.

(AMGT), wurde 1985 in Köln gegründet. Vorläuferorganisation der AMGT war die Türkische Union Europa e.V.



Der erste Milli Görüs-Verein⁵³ wurde 1972 in Braunschweig unter dem Namen Türkische Union Deutschland e.V. gegründet. Nach Auseinandersetzungen der Führungskader spaltete sich die Organisation 1983 in einen iran-orientierten Flügel, aus dem 1984 der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln (ICCB) unter Cemaleddin KAPLAN hervorging, und in einen Flügel, der der türkischen Nationalen Heilspartei (MSP) nahe stand. Die MSP wurde 1980 verboten und von der Wohlfahrtspartei (RP) ersetzt. Die MSP-orientierte Gruppe gründete 1985 die Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V. (AMGT = Avrupa Milli Görüs Tesklatlari).

⁵³ Milli Görüs „heißt wörtlich übersetzt ‚Nationale Sicht‘, gemeint ist dabei jedoch nicht eine türkisch nationale Haltung, sondern mit Bezug zur Bedeutung des Wortes ‚milli‘ im Arabischen und dessen Verwendung im Koran (Sure 3, Vers 95), das Bekenntnis zur ‚Religion Abrahams‘.“ (Türkische Muslime in Nordrhein-Westfalen, MFAGS, Duisburg 1997, S. 120).

Im Frühjahr 1995 erfolgte die Aufteilung der AMGT in die IGMG und in die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG). Während die IGMG die soziale und religiös-politische Arbeit der AMGT fortsetzt, verwaltet die EMUG den Immobilienbesitz der Organisation, dessen Wert nach Abzug der Hypothekenbelastung ca. 80 bis 100 Mio DM beträgt.

Die IGMG ist in Europa, aber auch in Kanada, Australien und Mittelasien vertreten. Ca. 480 Moscheen in mehr als 30 europäischen Organisationsgebieten und Mitglieder in 270 deutschen Gemeinden sind Ausdruck ihrer Organisationsstärke. In Deutschland ist die IGMG vereinsrechtlich in Bonn gemeldet, ihre Vorstands- und Verwaltungsarbeit wird jedoch von Köln aus dirigiert. Die Struktur ist von der Orts- über die Regional- bis zur Bundesebene hierarchisch aufgebaut. Eine Jugendorganisation sowie ein Frauen-, ein Akademiker- und ein Studentenverband erlauben eine zielgruppenspezifische Einflussnahme. Für diesen Zweck unterhält die IGMG inzwischen zahlreiche eigene Schulungseinrichtungen und Bildungszentren. Im April nahm die Führungsakademie – bislang ohne festen Sitz – ihren Betrieb auf. Diese Einrichtung dokumentiert den Willen der Führungsspitze, ihren Einfluss über die Aus- und Weiterbildung der Führungskader bis auf die unteren Organisationsebenen sicherzustellen.

Die aus einem zentralistischen Organisationsverständnis resultierende unumschränkte Macht der Führungsfunktionäre in der Kölner Zentrale verdeutlicht folgendes Beispiel:

Nach der Satzung des im Vereinsregister eingetragenen Vereins IGMG-Ortsverein Melle-Buer wird der Vorstand dieses Vereins vom Vorstand des Dachverbandes IGMG ernannt und

kann jederzeit von diesem abberufen werden. Ebenso ist laut Vereinssatzung bei Rechtsgeschäften im Wert von mehr als 10.000 DM der IGMG-Dachverband im voraus zu beteiligen. Auffällig ist bei diesen Regelungen, dass der hierarchisch zwischen der Bundesorganisation und dem Ortsverein befindliche Landesverband, die Islamische Föderation Niedersachsen, umgangen, also eine direkte Abhängigkeit von der Bundeszentrale hergestellt wird.

In Niedersachsen verfügt die IGMG über Ortsvereine in allen größeren Städten und Gemeinden; am mitgliederstärksten sind die Vereine in Hannover, Braunschweig, Peine, Hameln und Garbsen. Der Sitz des IGMG-Landesverbandes befindet sich in Hannover. Zusätzlich zu den IGMG-Ortsvereinen existieren in Niedersachsen Vereine, die mit der IGMG eng verbunden sind. Dies sind z.B. der ANADOLU Sport- und Kulturverein Hannover 1990 e.V. und der VAHDET Sport- und Kulturverein Braunschweig 1994 e.V.. Der Vorsitzende des VAHDET Vereins ist auch Mitglied der IGMG und gehört zugleich dem Vorstand des ANADOLU Sport- und Kulturvereins Hannover 1990 e.V. an.

Der Verbreitung ihrer Propaganda über die Medien misst die IGMG eine wachsende Bedeutung zu. Sie publiziert das Presseorgan Milli Görüs und Perspektive und betreibt den türkischen Fernsehsender Kanal 7. Im Inter-

net ist die IGMG seit 1998 mit einem umfangreichen Informationsangebot vertreten.

Die IGMG finanziert sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und den Erträgen organisationseigener Wirtschaftsbetriebe. Hinzu kommen Einnahmen aus der Durchführung von Pilgerfahrten nach Mekka und Medina und der Betrieb organisationseigener Hotels. Die Einnahmen, die sich jährlich auf insgesamt mehr als 100 Mio. DM belaufen, werden zum Teil für den Kauf von Immobilien verwendet. So erwarb die IGMG nach dem Kauf eines Objektes in Laatzen-Gleidingen, Landkreis Hannover im Juli 1997, im Dezember eine weitere Immobilie im Stadtgebiet Hannover für fast 2 Mio. DM. Das Objekt in Gleidingen, das im September offiziell eingeweiht wurde, darf aufgrund einer vom Landkreis Hannover verhängten baurechtlichen Veränderungssperre nicht als islamisches Schulungszentrum genutzt werden. So wurde bekannt, dass während der Sommerferien in Gleidingen eine mehrtägige Freizeitveranstaltung stattfand, an der sich 40 neun- bis vierzehnjährige Mädchen beteiligten. Eigens hierfür reiste ein Lehrer aus der Türkei an, der türkische Kultur unterrichten, aber auch Fragen zum Islam beantworten sollte. Im Oktober fand dort auch eine Vorstands- und Mitgliederversammlung statt.

Die IGMG lehnt den türkischen Laizismus ab und strebt einen islamistischen türkischen Staat an, in dem der Koran und die Scharia, das islamische Rechtssystem, Quellen einer „gerechten Ordnung“ sein sollen. Fernziel der panislamistisch ausgerichteten Organisation ist die weltweite Islamisierung. Den Macht- und Herrschaftsanspruch des Islam unter Führung der IGMG verdeutlicht die Aussage eines IGMG-Funktionärs:

Millî Görüş

& Pens
1981

GENEL KURUL
BARIŞ VE
KÜLTÜR ŞENLİĞİ
20 HAZİRAN'DA

Büyük Şenlik
AMSTERDAM'DA

„In der ganzen Welt gibt es keinen einzigen Menschen mehr, der die Sache der Muslime nicht verstanden hat. Letzten Endes werden diejenigen Kräfte die Gewinner werden, die die wahre Religion vertreten. Niemandem wird es gelingen, 'die wahre Sache' aus der Welt zu schaffen. Wir wollen führen und verwalten.“

Nicht nur die ideologische Übereinstimmung belegt die Zuordnung der IGMG zur inzwischen verbotenen Refah-Partisi (RP) des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Erbakan und deren Nachfolgeorganisation Fazilet-Partisi (FP). Obwohl die IGMG organisatorische Verbindungen offiziell bestreitet, unterstützt sie die FP personell und finanziell⁵⁴. Nachdem das Vermögen der Refah-Partisi in der Türkei beschlagnahmt worden war, startete die IGMG eine Sammelaktion zugunsten der Fazilet-Partisi. Von jedem Mitglied wurde ein Betrag in Höhe von 5000 DM gefordert. Im Falle der Nichtzahlung drohte der Ausschluss aus der Organisation, was einer sozialen Isolation gleichgekommen wäre. Mehmet ERBAKAN, Generalsekretär der IGMG und Neffe des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten, personifiziert die enge Verbindung zwischen IGMG und RP bzw. FP. Während die IGMG ihre islamistischen Zielsetzungen und antisemitischen Positionen früher in ihren Publikationen offener zum Ausdruck

brachte, vermeidet sie gegenwärtig verhängliche Aussagen. Stellungnahmen zu Gunsten der Fazilet-Partisi in Versammlungen oder bei Predigten in IGMG-Moscheen wurden von der Leitung der IGMG untersagt.

Die Verwirklichung Ihrer Ziele strebt die IGMG nicht durch Gewaltanwendung, sondern pragmatisch durch aktive politische und gesellschaftliche Betätigung ihrer Mitglieder an. Eine wichtige Funktion haben dabei die auf Majorisierung zielenden Kontakte und Zusammenarbeitsbemühungen mit anderen islamistischen Gruppierungen und die Mitgliedschaft in islamischen Dachverbänden⁵⁵ wie dem Islamrat, dem Zentralrat der Muslime und dem Islamischen Konzil in Deutschland.

Über den Islamrat versucht die IGMG, für sich die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts bzw. als Religionsgemeinschaft zu erwirken. Ein positiver Entscheid würde u.a. die Stellung der Organisation gegenüber staatlichen Stellen stärken und den Führungsanspruch unter den Muslimen in Deutschland stützen. Der von der IGMG erhobene Anspruch, die Interessen der in Deutschland lebenden Muslime gegenüber den Behörden zu vertreten, steht im Widerspruch zum Religionsverständnis des Islam, der eine Amtskirche nicht kennt. Tatsächlich repräsentiert die IGMG lediglich eine Minderheit unter den

⁵⁴ Nach dem türkischen Parteienrecht dürfen sich türkische Parteien im Ausland weder politisch betätigen noch Spenden von Vereinen, Gruppen etc. aus dem Ausland annehmen. Die IGMG bzw. ihre Vorgängerorganisation AMGT mussten deshalb, zur Vermeidung strafrechtlicher Sanktionen für die RP, organisatorische Zusammenhänge und jede finanzielle Unterstützung in Abrede stellen.

⁵⁵ In den verschiedenen Dachverbänden sind neben diversen islamistischen auch nichtextremistische Organisationen und Vereine vertreten. Den Islamrat dominiert die IGMG eindeutig, da sie in ihm nicht nur als Gesamtverband, sondern durch einzelne Mitgliedsvereine vertreten ist.

türkischen Muslimen⁵⁶. Ein anerkannter Alleinvertretungsanspruch würde zu Polarisierungen innerhalb der moslemischen Bevölkerung in Deutschland führen. Unakzeptabel ist ein solcher Alleinvertretungsanspruch insbesondere für die Aleviten, deren Anteil an der türkischen Gesamtbevölkerung nach Schätzungen 25 % beträgt.

Größte Veranstaltung der IGMG war die am 20. Juni in Amsterdam durchgeführte Jahreshauptversammlung, an der ca. 55.000 IGMG-Anhänger teilnahmen. Unter ihnen befanden sich Führungsfunktionäre der FP sowie Sympathisanten aus dem Sudan und Ägypten.

Türkischen Jugendlichen widmet sich die IGMG, der ca. 23.500 jugendliche Sympathisanten zugerechnet werden, in besonderer Weise. Höhepunkt war das 3. Kulturfest des IGMG-Jugendverbandes am 2. Mai in der Düsseldorfer Philipshalle mit 6.500 Teilnehmern, unter denen sich auch Abgeordnete der FP befanden.

Die Aktivitäten der IGMG in Niedersachsen konzentrierten sich ebenfalls auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen sowie auf Frauen. Im Mai bildete ein Kinderfest in Braunschweig mit 200 Kindern den Abschluss einer viermonatigen Unterrichtung über die Gebetssuren des Korans. Im Januar fand in Hannover eine Landesfrauen

versammlung mit ca. 200 Teilnehmerinnen statt. Die Jugendabteilung der IGMG in Hannover führte im Harz ein zweitägiges Bildungstreffen mit 64 Jugendlichen durch, das durch die Anwesenheit von Führungsfunktionären aufgewertet wurde. Von der Jugendabteilung wurde ein Kinderfestival in Hannover mit 100 Kindern und ein Sportturnier für Jugendliche veranstaltet. Auch der niedersächsische Landesverband beteiligt sich an der Organisation von Pilgerfahrten nach Mekka und Medina. Da die saudi-arabische Regierung Kontingente für die Anzahl der Pilgerer festlegt, jeder gläubige Moslem aber mindestens einmal in seinem Leben eine Pilgerfahrt unternommen haben sollte, entstehen für die IGMG nicht nur weitere Einnahmen, sondern es ergeben sich auch vielfältige Möglichkeiten zur Rekrutierung neuer Mitglieder.

Seminare und Veranstaltungen dieser Art haben nicht den Zweck, die Kluft zwischen Deutschen und Türken zu überbrücken, sondern sollen eine Anpassung türkischer Jugendlicher an die westliche Kultur verhindern. Die Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen, die für eine Integration in die deutsche Gesellschaft zwingend notwendig ist, gehört nicht zu den Schwerpunktthemen der IGMG. Die Vorsitzende der IGMG-Frauenorganisation, Zehra DIZMAN, äußerte sich auf der Landesfrauenversammlung vom Januar zu den Prioritäten:

„Das Beherrschen der Muttersprache ist der wirksamste Schutz vor Assimilation“

In ihren Äußerungen unterscheiden Funktionäre der IGMG zwischen einer von ihnen befürworteten Integration türkischer Bürger in die deutsche Gesellschaft und einer von ihnen abgelehnten Assimilation, worunter sie die Aufgabe der türkischen Identität ver-

⁵⁶ Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) und ihre Ortsvereine als offizielle Auslandsorganisation der staatlichen türkischen Religionsbehörde DIB (Diyamet Islari Baskanligi) kommen der Funktion einer Vertretung türkischer Muslime in Deutschland am nächsten. Nicht übersehen werden darf jedoch, dass die Art und Intensität des Einflusses auf die DIB abhängig ist von den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen in der Türkei.

stehen. Tatsächlich tendieren die Aktivitäten der IGMG in Richtung auf die Bildung einer Gesellschaft in der Gesellschaft. Der Göttinger Politikwissenschaftler Bassam Tibi verwendet zur Beschreibung dieser Entwicklung den Begriff „Ghetto-Islam“. Erklärend führt er aus: *„Islamisten agieren im Ghetto. Jeder Zuwanderer, der wirtschaftlich und kulturell nicht integriert wird, ist anfällig für das islamische Ghetto eines anti-westlich gesinnten Kollektivs.“* (Bassam Tibi: Aufbruch am

Bosporus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus. München und Zürich 1998, S. 275.)

Entgegen ihrem in der deutschen Öffentlichkeit vertretenen Anspruch, auf eine Verständigung zwischen der deutschen und der türkischen Bevölkerung hinzuwirken, wirkt die IGMG eher desintegrierend auf Teile der türkischen Bevölkerungsgruppe ein. Wie andere islamistische Organisationen profitiert die IGMG von einem Mangel an Integration.

Muslimbruderschaft (MB)

– Basisdaten für Deutschland –		
Sitz:	München / Aachen	
Leitung:	Dr. Ahmed AL-KHALIFA / Dr. Issam EL-ATTAR	
Mitglieder: ⁵⁷	1997	1998
Bund:	1.000	1.100
Niedersachsen:	55	70
Publikationen:	Al Ra'id (Der Kundschafter) Sawt Almanya (Stimme Deutschlands)	

Die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft (MB, arab. Al-Ikhwan al-Muslimum) ist die älteste islamistische Organisation. Sayyid QUTB (1906–1966), einer der maßgeblichen Ideologen innerhalb der MB, brachte das für diese Organisation charakteristische, gegen die europäische Aufklärung gerichtete islamzentrierte Überlegenheitsgefühl zum Ausdruck:

„Der Islam kämpfte ganz auf sich allein gestellt, denn das Element der Stärke ist latent in ihm vorhanden ... Es ist darin verborgen, daß der Islam für die Menschheit paßt und ihren wirklichen Bedürfnissen entgegenkommt; verborgen in der Tatsache,

daß er sich über die Knechtung der Menschen über den Menschen erhebt und diesen allein Gott, dem Herrn, unterwirft; daß der Islam von niemandem als von Gott Belehrung annimmt; verborgen auch

⁵⁷ Mitgliederzahlen der MB einschließlich IGD und Islam. Avantgardisten, ohne FIS, HAMAS u. a.

darin, daß er seine Anhänger von üblen Begleiterscheinungen wie der Unterwerfung unter die Herrschaft eigenmächtiger Ursupatoren bewahrt ... denn solche Herrschaft bleibt stets außerhalb des Wirkungsbereiches des Gewissens, wie stark ihr Druck auch werden mag. Daher gibt es keine geistige Niederlage, solange der Islam Herz und Gewissen beherrscht, mag sich bisweilen auch eine äußere Niederlage zutragen!".

Auf dem Jahreskongress der von der Muslimbruderschaft geführten Islamischen Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) im August in München stellte ein syrischer MB-Führer Betrachtungen zum „Jihad“ an. Es gebe inzwischen eineinhalb Milliarden Muslime weltweit, die mitansehen würden, wie sich die Juden jeden Tag ein Stück mehr von Palästina aneigneten. *„Wenn wir aber nur zuschauen und keinen ‘Jihad’ durchführen, dann werden wir alles verlieren.“*

In der Bundesrepublik Deutschland übt die MB Einfluss auf verschiedene sunnitisch-extremistische Vereinigungen aus. Vorrangiges Ziel ist es, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen, um auf diese Weise Anhänger für die MB zu rekrutieren. Die Anhänger der Muslimbruderschaft operieren überwiegend konspirativ und treten öffentlich nur durch Publikationen in Erscheinung. Die von der MB betriebenen Islamischen Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen haben sie als Begegnungstätten die Funktion einer Klammer für islamistische Organisationen diverser Länder.

Die Muslimbruderschaft, die sich in Ägypten vor allem im sozialen Bereich engagiert, vermeidet das offene Bekenntnis zur Gewalt und verurteilt inzwischen – vermutlich um Konflikte mit der ägyptischen Regierung zu vermeiden - militante Aktionen anderer Organisationen wie z.B. der Ende der 60-er Jahre in Ägypten entstandenen Jama'at Islamiyya, die das Attentat auf westeuropäische Touristen in Luxor/Ägypten Mitte September 1997 zu verantworten hat. Die Jama'at Islamiyya war ursprünglich eine Studentenorganisation mit engen Verbindungen zur MB.

Die folgenden, personell vielfach miteinander verflochtenen Organisationen gelten als regionale Vertretungen der MB:

- Die 1960 gegründete Islamische Gemeinde in Deutschland e.V. (IGD) mit bundesweit etwa 500 Anhängern gehört zu den größeren Gruppen der MB. Ihr Hauptstützpunkt ist das von ihrem Generalsekretär, dem Ägypter Dr. Ahmed KHALIFA geleitete Islamische Zentrum München (IZM). Darüber hinaus verfügt die IGD über 10 Zweigstellen in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die Islamischen Avantgarden wurden Anfang der 80-er Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Dr. Issam EL-ATTAR, gegründet. 500 Mitglieder gehören ihr an. Die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) sind Untergruppierungen der Islamischen Avantgarden.

Ein weiterer „regionaler“ Zweig der MB ist die Islamische Heilsfront (FIS), die im März 1989 in einer Phase innerstaatlicher Liberalisierung in Algerien gegründet wurde. Ihr Ziel ist die

Errichtung eines islamistischen Staates in Algerien. Die algerische Regierung nahm Unruhen im März 1992 zum Anlass, die aus den Parlamentswahlen 1991/92 als Sieger hervorgegangene FIS zu verbieten. Die FIS verfügt über einen militärischen Arm, die Islamische Heilsarmee (AIS). Von der FIS abgespalten hat sich im April 1992 die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA). Die GIA, die eine Reihe kleinerer, größtenteils autonom handelnder Gruppen vereinigt, ist für Massaker an der algerischen Zivilbevölkerung und die Ermordung ausländischer Bürger in Algerien verantwortlich. Wegen dieser Gräueltaten ist die FIS inzwischen auf Distanz zur GIA gegangen.

In Deutschland gibt es außer einem losen Zusammenschluss von Aktivisten im Raum Köln/Aachen keine legalen Vertretungen oder offene vereinsähnliche Strukturen der FIS/AIS bzw. der GIA. Die bundesweit ca. 300 Aktivisten leisten sowohl auf politischer als auch auf logistischer Ebene Unterstützung für den islamistischen Widerstand im Heimatland.

Der Islamische Bund Palästina (IBP) wurde im Mai 1981 im IZ München gegründet. Er vertritt seit Beginn der Intifada (Aufstand der palästinensischen Jugend) im Dezember 1987 die Interessen der bislang ausschließlich in Israel und den teilautonomen palästinensischen Gebieten terroristisch aktiven islamistischen HAMAS.

Die HAMAS repräsentiert den palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft; ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen palästinensischen Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas.

Bisher waren HAMAS und IBP, die über feste Strukturen und eigene Räumlichkeiten verfügen, im Bundesgebiet lediglich propagandistisch tätig. Auf europäischer Ebene knüpft die HAMAS Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen, z.B. durch die Teilnahme an Konferenzen unter Beteiligung der GIA, der libanesischen Hizb Allah und dem Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Von den ca. 200 Anhängern im Bundesgebiet sind nur Einzelmitglieder und Funktionäre in Niedersachsen ansässig.

Hizb Allah (Partei Gottes)

– Basisdaten für Deutschland –

Mitglieder:	1997	1998
Bund:	700	750
Niedersachsen:	85	100
Publikation:	Al Ahd (Die Verpflichtung)	

Die extremistische libanesisch-schiitische Organisation Hizb Allah (Partei Gottes) wurde im Jahre 1982 auf Betreiben des Iran gegründet. Dank iranischer Unterstützung entwickelte sich die Organisation rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung liba-

nesischer Schiiten. Fernziel der Organisation ist die Errichtung einer islamischen Republik im Libanon nach iranischem Vorbild. Den palästinensisch-israelischen Friedensprozess lehnt die Organisation strikt ab. Vertreter der Hizb Allah bezeichneten den Tag, an

dem das Gaza-Jericho-Abkommen unterzeichnet wurde, in verschiedenen Presseerklärungen als „den schwärzesten Tag in der Geschichte der islamischen Nation“ und kündigten an, den „Kampf gegen die Zionisten“ unvermindert fortzusetzen.

Die Hizb Allah hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder Anschläge auf israelische Einrichtungen im Südlibanon, aber auch im Ausland – u.a. in Istanbul, Ankara und Buenos Aires – begangen. Die Anschläge im Südlibanon werden unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“ durchgeführt.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren ebenfalls unter der Bezeichnung Islamischer Widerstand. Sie sind weiterhin um die Verfestigung ihrer Strukturen bemüht, um ihren politischen Aktivitäten einen organisatorischen Rahmen zu geben. Künftig sollen die Mitgliedsvereine die Bezeichnung Jamiyat Ahl ul Bait (Verein der Angehörigen des Propheten Mohammed) führen. Aus dem Libanon anreisende Funktionäre instruieren die deutschen Zweigorganisationen und schwören die Anhänger auf die jeweils aktuelle politische Linie ein. Verbindungen bestehen zu den Anhängern der sunnitischen AMAL (Gruppen des libanesischen Widerstands) sowie zu iranischen Islamisten, was besonders deutlich wird durch die zahlenmäßig starke Teilnahme von Hizb Allah-Anhängern am alljährlich stattfindenden Quds-Tag (Jerusalemtag).⁵⁸

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren, konspirativ abgeschotteten Ortsgruppen bzw. Stützpunkten u.a. in Hannover

und Osnabrück, organisiert. Treffpunkte sind insbesondere Moscheen wie in Münster, Hannover, Braunschweig, Einbeck und im Raum Osnabrück.

Die ICCB-Moschee in Braunschweig war Anlaufpunkt für einen jungen, zum Islam konvertierten Deutschen, der Kontakt zu islamistischen Gruppen suchte, um am „Heiligen Krieg“ teilzunehmen. Stefan S. wurde 1997 bei seiner Ankunft in Tel Aviv von israelischen Sicherheitskräften unter dem Verdacht, im Auftrage der Hizb Allah einen Terroranschlag in Israel geplant zu haben, festgenommen. Anfang 1999 hat vor einem israelischen Gericht der Prozess gegen ihn begonnen.

⁵⁸ Jerusalem ist im Islam die drittheiligste Stadt nach Mekka und Medina. Der arabische Name der im Koran und in den Überlieferungen nicht namentlich erwähnten Stadt al Quds bedeutet „Die Heilige“. Den Quds-Tag hat der iranische Revolutionsführer Ayatollah KHOMEINI 1979 eingeführt, um den Export der iranischen Revolution zu fördern. Als Symbol für die Gesamtheit der Moslems bot Jerusalem einen Ansatzpunkt, propagandistisch auf die Anhänger der sunnitischen Glaubensrichtung einzuwirken und die schiitische Isolation zu durchbrechen.

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Sitz:		
International:	Paris	
Deutschland:	Köln	
Vorsitzender:	Juvad DABIRAN	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	900	900
Niedersachsen:	50	50
Publikationen:	Iran-Liberation (in Englisch) Löwe und Sonne (u.a. in Farsi, Deutsch und Englisch)	

Der Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI) ist ein Zusammenschluss oppositioneller iranischer Gruppierungen, der von der Organisation Volksmodjahedin Iran (MEK) dominiert wird. Die Volksmodjahedin (Glaubenskämpfer des Volkes) vertreten eine Ideologie, die islamisches Gedankengut mit westlichen sozialrevolutionären Ideen verbindet. Sie hatten als Guerillaorganisation an der Seite des iranischen Revolutionsführers Khomeini einen nicht unbedeutenden Anteil am Sturz des Schah-Regimes. Bereits kurze Zeit nach der Revolution gerieten die Volksmodjahedin in Opposition zu Khomeini, dessen Regime sie mit Terroranschlägen bekämpften. Khomeini seinerseits ließ die Volksmodjahedin mit äußerster Brutalität verfolgen.

Massoud RADJAVI, der Vorsitzende der Volksmodjahedin, musste 1981 nach Paris fliehen. Dort gründete er mit anderen linken oppositionellen Organisationen den Nationalen Widerstandsrat Iran (NWRI), der von Beginn an von der Volksmodjahedin beherrscht wurde. 1986 wurde RADJAVI von Frankreich des Landes verwiesen. Er begab sich in den Irak, der sich damals mit Iran im Kriegszustand befand. Schon 1987 erfolgte die Gründung des militärischen Arms der Volks-

modjahedin, der National Liberation Army (NLA), die eng mit der irakischen Armee kooperiert. Seit dieser Zeit betrachteten die Volksmodjahedin den NWRI als ihren politischen Arm.

Auf das Jahr 1987 ist auch der Beginn einer Doppelstrategie aus militärischen Aktionen und Propagandaaktivitäten zu datieren. Die bis heute andauernden Propagandaaktivitäten des NWRI sind darauf gerichtet, die antiwestliche und antidemokratische Vergangenheit des NWRI zu verschleiern. In einem Bericht des US-States Departments vom Dezember 1994 werden die Volksmodjahedin als eine sektenähnliche, überwiegend konspirativ operierende militante Gruppierung bezeichnet, deren Geschichte geprägt ist von Terrorismus, Personenkult und totalitärer Beherrschung ihrer Anhänger. Auch wegen ihrer Beteiligung an der Besetzung der US-Botschaft in Teheran treten die Volksmodjahedin seit 1994 nicht mehr als eigenständige Organisation auf. Sie agieren unter der Bezeichnung des von ihnen dominierten NWRI oder über verschiedene Tarnorganisationen wie Flüchtlingshilfe Iran e.V. oder Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA).

Die Aktivitäten des NWRI in Deutschland beschränken sich auf logistische Funktionen, Spendensammlungen und Propagandaaktionen. So führte der NWRI im März 1998 Newroz-Feste in Göttingen und Köln durch, machte durch Proteste gegen das iranische System anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im Juni in Frankreich auf sich aufmerksam und führte am 21. September in Bonn eine Demonstration gegen die „Menschenrechtsverletzungen im Iran“ durch.

Auch in Niedersachsen sind Tarnorganisationen des NWRI beauftragt, Spendengelder zu sammeln. Im November und Dezember führte die Flüchtlingshilfe Iran e.V. aus Hamburg Spendensammlungen im Landkreis

Northeim durch. Weitere bekannte Tarnorganisationen befinden sich in Göttingen – Iranischer Solidaritätsverein e.V. – und in Wilhelmshaven – Flüchtlingshilfe Iran e.V.

Um seine Interessen und politischen Ziele durchzusetzen, bemüht sich der NWRI in besonderem Maße um die Unterstützung von Repräsentanten aus der Politik, denen sich die Organisation als demokratische Alternative zur Islamischen Republik Iran präsentiert. Der Liberalisierungskurs des iranischen Staatspräsidenten Chatami und die damit einhergehende vorsichtige Öffnung Irans gegenüber dem Westen wirken diesen Bestrebungen entgegen. Unter der Bevölkerung im Iran besitzt der NWRI wenig Rückhalt.

Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)

Mitglieder:	1997	1998
Bund:	200	150
Niedersachsen:	35	35
Publikation:	Quds (Jerusalem)	

Die außerhalb Irans lebenden Anhänger des Regimes der Islamischen Republik Iran sind vor allem in der Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) organisiert. Die U.I.S.A. verfügt als Dachverband der islamisch-iranischen Studentenvereine über zahlreiche Zweigstellen in mehreren europäischen Ländern, u.a. auch in Deutschland. Sie wird sowohl aus Teheran als auch aus iranischen diplomatischen Vertretungen durch den iranischen Nachrichtendienst im Ausland gesteuert. Zu den Hauptaufgaben der U.I.S.A. gehört die Propagierung der Revolutionsideen Ayatollah Khomeinis sowie die Ausspähung und gegebenenfalls Bestrafung aktiver iranischer

Oppositioneller. Das Todesurteil gegen den Schriftsteller Salman Rushdie wird ausdrücklich gebilligt.

Die U.I.S.A. sucht Kontakte zu islamistischen Organisationen anderer Länder, die islamische Republiken nach iranischem Vorbild anstreben. Auch 1998 war die U.I.S.A. an der Vorbereitung und Durchführung der alljährlich im Bundesgebiet stattfindenden Großdemonstration in Berlin am 24. Januar zum Jerusalemstag (Quds-Tag) beteiligt, an der ca. 2.000 Muslime aus verschiede-

denen moslemischen Ländern teilnahmen, darunter einige hundert Anhänger der libanesischen Hizb Allah.

Die U.I.S.A. unterhält enge Kontakte zum Islamischen Zentrum Hamburg e.V. (IZH), einer Mitgliedsorganisation im Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD). Das IZH, das ein Hauptveranstaltungsort der U.I.S.A. ist, wird von Teheran aus gesteuert. Sein Leiter wird vom iranischen Staat bestimmt.

Anlaufpunkt für die Vereine in Niedersachsen (u.a. Braunschweig, Göttingen, Delmenhorst) ist eine dem IZH organisatorisch unterstellte Moschee in Langenhagen. Die Moschee wird

auch von schiitischen Türken, Pakistanern, Afghanen und vor allem von libanesischen Hizb Allah-Anhängern frequentiert.

Obwohl die Anzahl der Anhänger der U.I.S.A. in Deutschland rückläufig ist und sich ihre Aktivitäten vermehrt ins Ausland verlagert haben, wo iranische Studenten inzwischen zahlenmäßig stärker vertreten sind als in Deutschland, sind die U.I.S.A.-Mitglieder auch in Deutschland nach wie vor Träger nachrichtendienstlicher und propagandistischer Aktivitäten Irans. Einfluss übt die U.I.S.A. insbesondere auf islamistische Organisationen wie die Hizb Allah aus.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

– Basisdaten für Deutschland –

Vorsitzender:	„RAJA“	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	700	700
Niedersachsen:	60	60
Publikationen:	Tamil-Land An der Front Eelamurasu Weekly Vulkan	

Dem Kampf der LTTE für einen eigenen Tamilen-Staat auf Sri Lanka, Tamil Eelam, liegen die Auseinandersetzungen zwischen der dominierenden singhalesischen Mehrheitsbevölkerung buddhistischen Glaubens (74 %) und der während der britischen Kolonialherrschaft privilegierten hinduistischen Minderheit der Tamilen (18 %) zugrunde. Bis 1815 hatten tamilische und singhalesische Teilkönigreiche existiert, die von der britischen Kolonialmacht aufgelöst wurden. Der durch die Unterdrückung der tamilischen Min-

derheit seit der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 herbeigeführte ethnische Konflikt eskalierte erstmals in den fünfziger Jahren, als Ausschreitungen über 500 Tote forderten.

Im Jahre 1972 gründete Vellupilai PRABHAKARAN die revolutionär-marxistische Organisation Tamil New Tigers, die sich seit 1976 Liberation Tigers of Tamil Eelam nennt. Antitamilische Ausschreitungen im Jahre 1983,

die über 2.000 Todesopfer forderten, waren der Ausgangspunkt des bewaffneten Kampfes der wegen ihrer Brutalität gefürchteten LTTE für einen eigenen Staat. Ihre Kämpfer zeichnet blinden Gehorsam bis hin zur Bereitschaft zu Selbstmordanschlägen aus. Die Fachzeitschrift Far Eastern Economic Review bescheinigte der LTTE eine „Grausamkeit, die nur von den Khmer Rouge übertroffen wird“.

Die Aktivitäten der LTTE in der Bundesrepublik Deutschland sind darauf gerichtet, den Kampf auf Sri Lanka durch monatliche Spendensammlungen finanziell zu unterstützen. In der Bundesrepublik leben etwa 46.000 Bürger aus Sri Lanka, davon etwa 4.500 in Niedersachsen, bei denen es sich mehrheitlich um Tamilen handelt. Tätigkeitsschwerpunkte der LTTE in Niedersachsen sind Salzgitter, Göttingen, Hannover sowie der Harz und sein Umland. Die LTTE verfügt über von der Zentrale eingesetzte Repräsentanten (Stadtführer), denen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Daneben gibt es keine ordentlichen Mitglieder. Ein Netz von Repräsentanten erstreckt sich über alle größeren niedersächsischen Städte, sodass bei Sammelaktionen alle tamilischen Familien erfasst werden. Anfang Oktober 1997 initiierte die LTTE eine weltweite „Notgeldsammlung“. Vorausgegangen war eine Hilfsaufrufung des LTTE-Führers PRABHAKARAN wegen ausgebliebener Steuern in den nördlichen Tamilengebieten Sri Lankas und des dadurch entstandenen Geldmangels. Da die Spendenkampagne mindestens fünf Millionen DM aus mehreren europäischen Ländern erbringen sollte, wurde von berufstätigen LTTE-Angehörigen mindestens ein Monatsgehalt erwartet, Sozialhilfeempfänger sollten mindestens 200 DM entrichten. Die in Nie-

dersachsen lebenden Tamilen spendeten mindestens 300 DM pro Familie.

Die LTTE bedient sich ihrer Tarnorganisationen wie der World Tamil Movement, um Kulturveranstaltungen durchzuführen, deren eigentlicher Zweck aber ebenfalls in der Sammlung von Spenden zu sehen ist. Politisches Engagement in der Öffentlichkeit ist eher die Ausnahme. Darstellungen ihrer politischen Zielsetzungen in der Öffentlichkeit, wie etwa bei einer Demonstration von ca. 200 Personen im Mai 1996 in Hannover u.a. gegen die Abschiebung von Tamilen aus Niedersachsen überlässt die LTTE ihrer Tarnorganisation Tamil Rehabilitation Organisation (TRO).

Im Berichtsjahr führte die LTTE unter Federführung ihrer Hilfs- und Tarnorganisationen zahlreiche Gedenk- und Kulturveranstaltungen durch, bei denen z.T. beachtliche Spendenergebnisse erzielt wurden.

Anlässlich eines Heldengedenktages am 21. November in Herne wurde der neue, unter dem Namen „RAJA“ auftretende Führer der LTTE-Sektion Deutschland erstmals den LTTE-Mitgliedern vorgestellt.

In Niedersachsen fand am 17. Oktober in Laatzen bei Hannover eine LTTE-Kulturveranstaltung statt. Von den erzielten Einnahmen werden vorrangig Waffenkäufe zur Unterstützung des Guerilla-Kampfes in Sri-Lanka finanziert.

Scientology-Organisation (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	Heber JENTZSCH „Chairman“: David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltung/ Religious Technology Center/RTC)	
Mitglieder:	1997	1998
Bund:	unter 10.000	5.–6.000
Niedersachsen:	150	400 ⁵⁹
Publikationen:	Freiheit (erscheint mehrfach im Jahr) und diverse weitere Publikationen. Von der „Kirche“ Hannover wird unregelmäßig die Broschüre DIMENSIONEN verbreitet.	
Kirchen/Gemeinden:	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg (2), Hannover (als Teil der Hamburger Kirche), München (2), Stuttgart	

Scientology entstand 1954 auf der Grundlage der von dem Amerikaner Lafayette Ron HUBBARD (1911-1986) 1950 publizierten Dianetik⁶⁰, die „eine Technologie zur Befreiung des geistigen Wesens“ beschreibt und von ihm zur Lehre und Praxis von Scientology weiterentwickelt wurde.

Scientology behauptet, den einzig möglichen Weg zur Errettung einer zum Untergang verurteilten Welt anzubieten. Dieser liege im scientologischen „Training“ und „Auditing“ und im Überleben der Scientology als Organisation sowie ihrer Herrschaft über den ganzen Planeten.

Anlass und Ansatzpunkt für die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden waren die scientologischen Schriften sowie die Bewertung der Aussagen von Aussteigern, denen im wesentlichen folgender Sachverhalt zugrunde liegt:

- Die SO will eine scientologische Gesellschaft etablieren, in der die nicht im SO-Sinne geklärten

„Durchschnittsmenschen“ von den SO-„Führern von morgen“ mit einer „überlegenen Technologie“ „gemanagt“ werden.

- Die SO will eigene „Verwaltungs-, Technologie- und Gerechtigkeitsverfahren“ auf die sie umgebende Gesellschaft anwenden, also ein eigenes, für alle verbindliches Rechtssystem mit SO-eigenen Normen etablieren, ohne Rechtsweggarantie, ohne Gewährleistung des rechtlichen Gehörs, ohne Anspruch auf einen gesetzlichen und unabhängigen Richter und ohne eine gesetzmäßige Verwaltung.
- Die SO propagiert die Notwendigkeit der Lenkung der Regierungen durch SO und arbeitet gezielt darauf hin.

⁵⁹ Die Angaben beziehen sich auf die bisher festgestellten Mitgliederzahlen und stellen keine Zunahme in der Mitgliederentwicklung dar.

⁶⁰ Buchtitel: „Dianetik – Die Wissenschaft von der geistigen Gesundheit“.



SELBST DENKEN

Wenn Millionen von Menschen durch Lektüre und Verwirklichung ihrer Wünsche über sich selbst und das Universum vergrößern, Glück finden und Antworten erlangen, wie die in tagtäglichen Leben verwenden können, ist es dann nicht selbst, dass einige Leute sich dem entgegenstellen? In die Tat, haben Sie sich schon jemand gehört, der Sie überhaupt vollkommen richtige Informationen bekommen?

SCIENTOLOGY ist zu groß, um ignoriert zu werden.

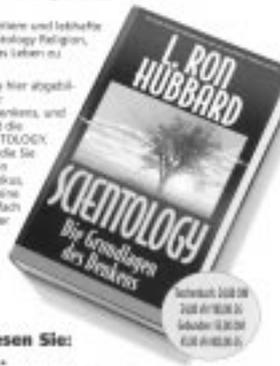
Es gibt bereits viele bessere und tiefere Menschen in der Scientology Religion, die dazu beitragen, das Leben zu verbessern.

Beschaffen Sie sich das hier abgebildete Buch *Scientology: Die Grundlagen des Denkens*, und lesen Sie es! Es enthält die Grundlagen der SCIENTOLOGY, wirkliche Antworten, die Sie unmittelbar verwenden können. Kein Hologramm, keine Aufzählung, keine Behauptung. Einfach die reine Wahrheit über die grundlegenden Gesetze des Lebens.

Treffen Sie dann Ihre eigene Entscheidung! Es ist Ihr Leben.

Kaufen und lesen Sie:

**Scientology:
Die Grundlagen des Denkens
von L. Ron Hubbard**



Lehrbuch 2008 200
Zus. 479,- € 20
ISBN 978-3-8380-0000-0
€ 19,95

- Die SO missachtet Artikel 3 Grundgesetz (Gleichheitssatz), da nur „geklärten“ „nicht-aberrierten“ Scientologen elementare Bürgerrechte zugestanden werden.
- Die SO missachtet Artikel 5 Grundgesetz (Meinungsfreiheit), da Kritik an SO mit allen, auch gewaltsamen Mitteln zu unterdrücken ist.
- Die SO organisiert sich in einer totalitären Form, die Gewalt und Willkürherrschaft bewusst einschließt.

Ideologie und Aktivitäten von SO sind zwar weitgehend auf finanzielle Gewinnmaximierung ausgerichtet, sie beinhalten zugleich aber auch tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen, die sich gegen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie Menschenrechte, Volkssouveränität und Gewaltenteilung richten.

Organisation

Die Scientology-Organisation wird international vom so genannten Religious Technology Center unter dem Vorsitzenden David MISCALVIGE über kontinentale Verbindungsbüros gesteuert. Die SO-Einrichtungen in Deutschland sind dem Büro in Kopenhagen nachgeordnet.

Im „kirchlichen“ Bereich agiert die SO in Deutschland zurzeit u.a. aus neun „Kirchen“, ca. zehn „Missionen“⁶¹ und drei „Celebrity-Zentren“⁶².

⁶¹ „Kirche“ und „Mission“ sind von der SO nicht eingehend definierte Größen. Intern bezeichnet die SO sowohl „Kirchen“ als auch „Missionen“ als „Org“ (Organization).

⁶² SO-Organisation zur Betreuung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (z. B. Schauspieler und Musiker wie Chick Corea, Kirstie Alley, Isaac Hayes, John Travolta, Julia Miguenes und Tom Cruise), von deren Ansehen SO profitieren möchte.

Nach eigenen Angaben hat die Organisation in Deutschland ca. 30.000 Mitglieder; nach dem Ergebnis der bisherigen Beobachtung tatsächlich 5.–6.000 Mitglieder.

In Niedersachsen sind die nördlichen Landesteile den Scientology-Organisationen in Bremen und Hamburg zugeordnet, während sich der Einzugsbereich der Organisation Hannover bis in das nordöstliche Nordrhein-Westfalen und westliche Sachsen-Anhalt erstreckt.

In Hannover befindet sich eine „Kirche“ der SO („Gemeinde Hannover der Scientology Kirche Hamburg e.V.“), der eine so genannte Leitende Direktorin vorsteht.

In Seevetal-Maschen ist die SO-Firma New Era Publications Deutschland GmbH ansässig, die u.a. mit dem Vertrieb von Druckschriften, Video- und Tonmaterial der SO befasst ist.

New Era wurde 1984 in München im Auftrage der Kopenhagener Muttergesellschaft gegründet, der Sitz 1986 nach Dreieich bei Frankfurt/M. und 1992 nach Neu Wulmstorf verlegt.

Zum 1. Oktober 1998 erfolgte die Ummeldung innerhalb Niedersachsens nach Seevetal-Maschen. Geschäftsführer ist ein in Kopenhagen lebendes führendes SO-Mitglied.

Neben diesen beiden Objekten wird dem so genannten World Institute of Scientology Enterprises (WISE, Weltinstitut von Scientology-Unternehmern), erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, ohne dass in Niedersachsen nachhaltige Erkenntnisse zu diesem Komplex angefallen wären.

Die Organisation besteht aus Mitgliedern, die das Ziel verfolgen, L. Ron HUBBARDs Verwaltungstechnologie umfassend zu verbreiten sowie ein hohes Niveau an Ethik und Integrität unter Geschäftsleuten aufrechtzuerhalten, indem die scientologischen

Ethikprinzipien nach und nach in die gesamte Gesellschaft hineingebracht werden. Die WISE-Richtlinie Nr. 1 von 1986 erklärt als eines der Ziele von WISE: „*Die administrative Technologie L. Ron Hubbards in jedem Unternehmen der Welt voll zum Einsatz zu bringen*“. Nach dem bisherigen Erkenntnisstand dienen die in Niedersachsen festgestellten, von Scientologen geführten kleineren Firmen lediglich der Existenzsicherung der Inhaber und nicht als Plattform für die Verbreitung Hubbardschen Gedankenguts.

Für den Bereich Niedersachsen wird der Personenkreis, der als aktive Mitglieder und Anhänger zu bewerten ist, auf ca. 400 Personen geschätzt. Auf den Bereich der „Kirche“ in Hannover entfallen allein ca. 200 Personen. Aufgrund der bisherigen Beobachtungsergebnisse sind davon ca. 25 als feste Mitarbeiter anzusehen.

Aktivitäten in Niedersachsen

Am 10. Juni fand in Hannover eine Veranstaltung der SO unter dem Motto „Für ein besseres Leben in einer schwierigen Welt“ statt. Von fünf Personen der „Org“ Hannover wurden anlassbezogene Transparente gezeigt und Flugblätter verteilt. Die Aktivitäten stießen kaum auf Resonanz in der Bevölkerung.

Hannoversche Mitglieder sprachen im Zeitraum von März bis September über 600 Passanten in der Innenstadt Hannovers an, in deren Nahbereich die „Kirche“ liegt. Dieses intensive Ansprechen könnte im Zusammenhang mit



Das Magazin der Scientology Kirche Hannover

DIMENSIONEN

**WAS SIE IN
DIESER
ZEITSCHRIFT
FINDEN**

EIN ARTIKEL VON
L. RON HUBBARD

ENTHÄLT ÄUSSERST
WICHTIGE
INFORMATIONEN

ERFOLGE MIT
SCIENTOLOGY-
AUDITING

NEUHEITEN
VON DER
ORGANISATION



„Kinder brauchen
eine starke Hand.“

„Drogen machen
kreativ.“

„Jeder ist sich
selbst der
Nächste.“

„Arbeit kann
keinen Spaß
machen.“

„Du mußt
Deine Grenzen
akzeptieren.“

Bombardiert man Sie mit

LÜGEN?

Entdecken Sie hier die Wahrheit.



Ausgabe
62

der Ende 1997 vom Präsidenten der Church of Scientology, Heber JENTZSCH, erhobenen Forderung stehen, Europa zum Expansionsschwerpunkt 1998 zu machen.

Diese Ansprachen wurden durch internationales „Personal“ der SO unterstützt.

Es hat sich herausgestellt, dass die Verlagerung der „Org“ Hannover im Februar in die Innenstadt offenbar bessere Möglichkeiten bietet, durch Ansprache Kursteilnehmer und Mitglieder zu gewinnen.

Demonstrationen in Frankfurt /M. mit 1.500 Teilnehmern

Die SO organisierte am 10. August in Frankfurt/M. eine Protestkundgebung gegen die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, an der ca. 1.500 Personen teilnahmen. Anmelder der Veranstaltung war die als Tarnorganisation der SO zu bewertende „Freedom For Religions In Germany“ (FRG). Die Demonstration wurde durch die Teilnahme von ca. 30 Angehörigen der „Org“ Hannover unterstützt. Insgesamt konnte die Demonstration so gut wie keine Resonanz in der Öffentlichkeit erzeugen.

Veröffentlichungen

Vom Rechtsstaat zur Inquisition

Unter dem Briefkopf des in München ansässigen Vereins „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ versendet die SO regelmäßig Schriften, Stellungnahmen und Presseerklärungen, in denen sie eine menschenrechtswidrige Behandlung ihrer Mitglieder in Deutschland behauptet.

In einer bundesweiten Aktion wurden 1998 Ministerien, Behörden, kirchliche Dienststellen, die Wirtschaft und Truppenteile der Bundeswehr angeschrieben, u.a. auch in Niedersachsen. In dem Anschreiben vom 16. Juni wird die Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ angegriffen: die „menschenverachtende Sektenpolitik“ müsse ein Ende haben.

In der beigefügten 192 Seiten umfassenden Broschüre „Vom Rechtsstaat zur Inquisition“ werde dargelegt, *„wie und warum die Bonner Enquete ungeachtet ihrer ‘offiziellen’ Erklärungen eine klare Strategie gegen eine Reihe von Minderheitsreligionen verfolgte und dies mit ihren zahlreichen Gesetzesvorschlägen auch weiterhin tut“.*

In einem besonderen Teil werden einzelne Mitglieder der „Enquete-Kommission“ für befangen erklärt und der Versuch der Diskreditierung unternommen.

Weiterhin wird darauf abgehoben und an Beispielen und Vergleichen deutlich zu machen versucht, dass die zur Begründung für die Beobachtung der SO herangezogenen HUBBARD-Zitate stets aus dem Zusammenhang gerissen und falsch interpretiert worden seien.

DIMENSIONEN

DIMENSIONEN bezeichnet sich als „Magazin der Scientology Kirche Hamburg e.V. Gemeinde Hannover“. Das Impressum in der letzten Ausgabe (Nr. 70/98) lautet:

Herausgeber:
Church of Scientology Europe,
Kopenhagen
Redaktion:
I. Günther, 20099 Hamburg
Verlag & Druck:
Altair Quebecor, Madrid.

Die Zeitschrift wird von der „Gemeinde Hannover“ seit 1990 in bisher ca. 65 Ausgaben herausgegeben.

DIMENSIONEN enthält überwiegend Werbung und Informationen über das Kurssystem der SO, angereichert mit Aussagen zur Organisation Hannover. In jeder Auflage wird HUBBARD zitiert.

FREIHEIT

FREIHEIT ist die für die Öffentlichkeit bestimmte Zeitschrift der SO.

Laut Impressum wird sie im Selbstverlag der Church of Scientology International mehrmals jährlich, z.T. in Sonderausgaben, herausgegeben.

Nach der Demonstration in Frankfurt/M. verteilte die SO eine Sonderausgabe der Freiheit in einer Auflage von angeblich 5 Millionen.

Die Verteilung dieser Sonderausgabe wurde in Niedersachsen seit August 1998 festgestellt.

Insgesamt unterscheidet sich die Sonderausgabe nicht von bisher bekannten Zeitungen und Broschüren der SO, in denen planmäßig gegen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland gehetzt und die Verfassungsordnung verunglimpft wird. Sie liegt damit auf ihrer Linie, Personen und Gruppen anzugreifen, wenn diese gegen SO eingestellt sind bzw. gegen sie agieren. Dies ist aus Hubbard-Richtlinienbriefen u.a. zur „Schwarzen Propaganda“ zu entnehmen.

IMPACT

IMPACT ist das zweimonatlich erscheinende Magazin der International Association of Scientologists (IAS). Die Schrift befasst sich in der Hauptsache mit den IAS-Mitgliedern, veröffentlicht deren Namen im Zusammenhang mit größeren Spenden. Der Mitgliederwer-

bung für die IAS wird viel Platz eingeräumt.

Die „Spender“ für die IAS mussten bisher auf einem Spendenvordruck mit Unterschrift und Datum erklären:

„Mir ist bewußt, daß die Association den Zweck verfolgt, die Scientology-Religion und Scientologen in allen Teilen der Welt zu vereinen, zu fördern, zu unterstützen und zu schützen, damit die Ziele der Scientology, wie sie von L. Ron Hubbard formuliert wurden, erreicht werden können.“

Ich unterstütze die Zerschlagung aller Gruppen oder Organisationen, die den Zweck verfolgen, die Anwendung der Scientology-Technologie und Freiheit für die Menschheit zu verhindern.“

Hinsichtlich der im Original nicht unterstrichenen Formulierung bewies die SO Anpassungsqualitäten. Die aggressive, den Alleinvertretungsanspruch der SO-Technologie begründende Wortwahl wird seit März nicht mehr verwendet.

*„Ich gelobe, mich an die Regeln, Kodizes und Richtlinien der Scientology-Kirche zu halten; ich gehöre keiner Organisation oder Gruppe an, die sich der Schädigung der Menschheit widmet und arbeite auch nicht für eine solche Organisation oder Gruppe.
Es ist mir voll bewußt, daß alle Beiträge zum Schutz der Scientology-Religion und im Kampf um Freiheit für die gesamte Menschheit eingesetzt werden.“*

Es ist mir voll bewußt, daß eine Rückerstattung von Beiträgen ausgeschlossen ist.“

Innenministerkonferenz (IMK) vereinbart Fortsetzung der SO-Beobachtung durch den Verfassungsschutz

Auf der Grundlage eines von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erstellten zweiten Berichtes hat die Innenministerkonferenz (IMK) im November 1998 den IMK-Beschluss zur SO vom 6. Juni 1997 als unverändert gültig angesehen. Damit wird die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden (bis auf Schleswig-Holstein) für die Beobachtung von SO weiterhin bejaht.

Die SO reagierte auf die IMK-Entscheidung mit einer Presseerklärung, in der eine „Zementierung des Rückfalls ins inquisitorische Mittelalter“ festgestellt wurde.

Außerdem verlangt sie mit – im wesentlichen gleich lautenden – Schreiben an die Innenministerien der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Einstellung der nachrichtendienstlichen Überwachung.

In den USA gehört es zum typischen Vorgehen der SO, staatliche Stellen auch gerichtlich zu belangen. So überzog die Organisation in den Jahren 1957 bis 1993 z.B. die US-amerikanische Steuerbehörde und einige ihrer Mitarbeiter mit einer Flut von Prozessen, in denen sie die Befreiung von der Bundeseinkommensteuer erzwingen wollte. Die Streitigkeiten wurden schließlich mit einem Vergleich beigelegt. Darin verpflichtete sich die Steuerbehörde, die SO als von der Bundeseinkommensteuer befreite – nicht aber religiöse – Vereinigung anzuerkennen. Als Gegenleistung zog die SO ihre Klagen zurück.

Hinweistelefon

Bereits seit dem 8. Juli 1997 ist im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz ein Hinweistelefon einschließlich Faxanschluss installiert mit der Rufnummer

0511/ 67 09 - 3 93.

Bis Dezember 1998 gingen ca. 230 Anrufe mit Anfragen und Hinweisen ein.

Von besonderer Qualität waren etwa 45 Anrufe; sie boten Anlass für Ermittlungen und Befragungen. Unter den Anrufern waren einige langjährige, mittlerweile ausgestiegene Mitglieder der SO, die über die Hintergründe ihres Einstiegs, des Kursaufbaus, ihrer Mitgliedschaft und die dabei gemachten Erfahrungen berichteten.

Spionageabwehr

Wie in den Vorjahren gehen Spionageaktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich von den Nachrichtendiensten der ehemaligen Sowjetunion und der Staaten im Nahen und Mittleren Osten aus.

Die mit der politischen Wende begonnene Neugestaltung des Staatssicherheitsapparates der Russischen Föderation ist abgeschlossen. Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste sind in das politische und staatliche Machtgefüge integriert. Die Aufklärung der russischen Nachrichtendienste ist weiterhin vor allem auf die Bereiche der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gerichtet. Daneben sind Wissenschaft und Technik, der militärische Bereich sowie auch westliche Nachrichten- und Sicherheitsdienste Aufklärungsziele. Die Schwerpunkte wechseln und werden aktuellen Ereignissen und Entwicklungen angepasst.

Die Krisenregionen Naher und Mittlerer Osten sind angesichts des noch nicht abgeschlossenen Friedensprozesses von großer sicherheitspolitischer Relevanz. Staaten wie z.B. Irak, Iran oder Syrien bemühen sich nach wie vor, ihren Einfluss in der Region auszubauen und in diesem Zusammenhang in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen.

Aufgrund seiner zentralen Lage in Mitteleuropa, seines politischen Gewichtes, seiner Wirtschaftskraft sowie seines hohen Standards von Forschung und Technologie bleibt Deutschland vorrangiges Ausspähungsziel für fremde Nachrichtendienste.

Der Verfassungsschutz ist nach seinem gesetzlichen Auftrag auch für Spionageaktivitäten westlicher Nachrichtendienste in der Bundesrepublik

Deutschland zuständig. Die Einzelerkenntnisse, die in den vergangenen Jahren – allerdings nicht in Niedersachsen – hierzu angefallen sind, waren durch den Einsatz menschlicher Quellen geprägt⁶³. Sie lassen noch keine eindeutigen Schwerpunkte erkennen.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass es insbesondere bei Wirtschaftsspionage zwischen hoch entwickelten Industriestaaten vielfach nicht des Einsatzes menschlicher Quellen zur Informationsbeschaffung bedarf, da der überwiegende Teil der Informationen durch die sog. elektronische Aufklärung (z.B. Überwachung von Fernmeldesatelliten) beschafft werden kann⁶⁴. Da diese Art der Erkenntnisgewinnung wenig Spuren hinterlässt und deshalb für die Spionageabwehr kaum nachvollziehbar ist, sind hier besonders betroffene High-Techfirmen aufgefordert, sich mit präventiven Schutzmaßnahmen vor derartigen Angriffen zu schützen.

⁶³ Vgl. Berichte u. a. in „Wirtschaftsspionage“, hrsg. vom LfV BW, Oktober 1998, S 7 f., über Versuche der Ausforschung des Bundeswirtschaftsministeriums durch CIA-Agenten, deren Ziel es gewesen sein soll, Informationen über Hochtechnologieprodukte sowie wirtschaftspolitische Hintergründe zu beschaffen.

⁶⁴ Vgl. Arbeitsdokument der STOA-Dienststelle, Generaldirektion Forschung des Europäischen Parlaments, „Eine Bewertung der Technologien für eine politische Kontrolle“ (PE 166,499) vom September 1998: „2.4.1 Anzapfung aller Fernmeldeeinrichtungen in der EU durch die NSA. Der Zwischenstudie zufolge werden in Europa alle E-Mail-, Telefon- und Faxverbindungen routinemäßig von der Nationalen Sicherheitsagentur der Vereinigten Staaten angezapft, und alle Zielinformationen werden vom Europäischen Festland ... über Satellit nach Fort Meade in Maryland weitergeleitet“. (Internetausdruck <http://europaparl.eu.int/dg4/stoal/publil/166499/execsum.htm>, S. 8).

Russische Nachrichtendienste

Im Unterschied zur Ausforschung miteinander konkurrierender Unternehmen, der Konkurrenzausspähung, die umgangssprachlich auch als Industriespionage bezeichnet wird, ist unter Wirtschaftsspionage die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung der Wirtschaft zu verstehen. Aufgrund des Unterscheidungskriteriums „staatlich gelenkt oder gestützt, von fremden Nachrichtendiensten ausgehend“ ergeben sich für die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern Zuständigkeiten auch für den Bereich der Wirtschaftsspionage, während sie für die Konkurrenzausspähung durch andere Unternehmen nicht zuständig sind.

Der Unterschied zwischen Industrie- und Wirtschaftsspionage findet seinen Niederschlag zudem darin, dass Wirtschaftsspionage in der Regel gemäß der §§ 99 (geheimdienstliche Agententätigkeit) oder 94 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches (StGB) unter Strafandrohung steht, während für Industriespionage Strafvorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) gelten.

Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation haben sich seit der politischen Wende konsolidiert und sind weitgehend in das staatliche Machtgefüge integriert. Im Jahre 1998 gab es sowohl bei dem Inlandsnachrichtendienst FSB als auch bei dem technischen Aufklärungsdienst „Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Informationen“ (FAPSI) einen Führungswechsel. Nach wie vor ist Deutschland aufgrund seiner Wirtschaftskraft und seines hohen wissenschaftlich technischen Standards vorrangiges Aufklärungsziel russischer Dienste.

Wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für russische Nachrichtendienste wurden Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts 1998 durch die Verurteilung von zwei Beschuldigten zum Abschluss gebracht. So wurde ein 47 Jahre alter früherer Angestellter des DASA-Flugzeugwerkes in Stade wegen jahrelanger Spionagetätigkeit vom OLG Celle zu einem Jahr und neun Monaten Haft zur Bewährung verurteilt. Das Gericht hielt es für bewiesen, dass er von 1983 bis 1995 seinen Arbeitgeber ausforschte und die Informationen an das KGB bzw. an dessen Nachfolgeorganisation Ziviler Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation (SWR) verkaufte. Sein Mitarbeiter, ein 46 Jahre alter früherer Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit, erhielt 1¹/₄ Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Russische Nachrichtendienste

Name	Aufgaben	Zahl der hauptamtl. Mitarbeiter	Derzeitiger Leiter
SWR	Ziviler Auslandsnachrichtendienst, insbes. Wirtschafts- und Technologie-Spionage	ca. 13.000 – 15.000	TRUBNIKOW
GRU	Militärischer Auslandsnachrichtendienst; auch Informationssammlung aus Wissenschaft und Technik	ca. 12.000	KORABELNIKOW
FSB	Zivile und militärische Abwehr, Aufklärung und Gegenespionage, Aktivitäten auch im Wirtschaftsbereich	ca. 100.000	PUTIN
FABSI	Abwehr- u. Aufklärungsaufgaben insbes. im Bereich der elektronischen Kommunikationsmittel schlechthin	ca. 80.000 – 120.000	SCHERSTJUK
FSO	Sicherheitsdienst für Funktionsträger und Einrichtungen des Staates	ca. 25.000 – 35.000	KRAPIVIN
Verwaltung Aufklärung	Abwehr im Grenzbereich, Aufklärungsaufgaben in der jeweiligen in- und ausländischen Grenzregion	ca. 4.000	BESPALOW
Der Grenztruppen (FPS)		über 120.000 Grenztruppen (FPS)	BORDJUSHA

Zusammenarbeit zwischen einzelnen GUS-Nachrichtendiensten

Der russische Auslandsnachrichtendienst SWR unterhält zu allen GUS-Nachrichtendiensten vertraglich abgesicherte Beziehungen. Seit 1995 existieren mit allen GUS-Staaten Vereinbarungen über einen generellen Erkenntnisaustausch sowie teilweise sogar über operative Zusammenarbeit. Auch im Abwehrbereich arbeitet der russische Inlandsdienst Föderaler Sicherheitsdienst Russlands – Abwehrdienst (FSB) mit den KGB-Nachfolgediensten in den GUS-Staaten zusam-

men. Die Leiter von FSB und den Sicherheitsdiensten der GUS-Länder (mit Ausnahme von Turkmenistan/Usbekistan) gründeten 1996 einen „Rat der Leiter der Sicherheitsorgane und Sonderdienste der GUS“ unter Vorsitz des FSB-Leiters. Die russische FAPSI unterhält zahlreiche Kontakte mit den Sicherheitsdiensten anderer

GUS-Staaten. Besonders eng ist die nachrichtendienstliche „Verbindung“ zwischen Russland und Weißrussland. Die Republik Weißrussland hat mit Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit die auf ihrem Hoheitsgebiet aus der Zeit der aufgelösten Sowjetunion vorhandenen nachrichtendienstlichen Strukturen von KGB und Militärischem Auslandsaufklärungsdienst Russlands (GRU) übernommen und als nationale Republikdienste fortgeführt.

Nach einem Gesetz vom 3. 12. 1997 vereinigte das weißrussische KGB (auch KDB), dessen Personalstärke auf mehrere tausend Mitarbeiter geschätzt wird, den wichtigsten Abwehr- und zivilen Auslandsdienst unter einem Dach.

Zusätzlich verfügt die Republik Weißrussland noch über einen eigenständigen militärischen Auslandsnachrichtendienst.

Im Blickfeld der weißrussischen Auslandsaufklärung dürften vor allem NATO-Staaten und NATO-Anwärterstaaten stehen, wobei Deutschland ein besonderes operatives Interesse genießt.

In diesem Zusammenhang sind auch die weißrussischen Auslandsvertretungen in Deutschland als nachrichtendienstliche Stützpunkte hervorzuheben, die von den weißrussischen Geheimdiensten als Legalresidenturen für nachrichtendienstliche Aktivitäten auf deutschem Boden genutzt werden.

Im Jahre 1992 haben Vertreter des weißrussischen KGB und des russischen Aufklärungsdienstes SWR ein Abkommen unterzeichnet, in welchem sich beide Signatarmächte verpflichten, auf gegenseitige nachrichtendienstliche Aufklärung zu verzichten.

Das enge Verhältnis zwischen weißrussischen Diensten und SWR wird u.a. auch dadurch deutlich, dass das

Personal der weißrussischen Auslandsaufklärung in Moskau ausgebildet wird.

Es ist davon auszugehen, dass beide Dienste unter SWR-Führung auch im operativen Bereich eng zusammenarbeiten und auch in Deutschland gemeinsam agieren und sich bei ihrer Spionagetätigkeit unterstützen.

Viren-Programme

Russische Militärs sehen in der Entwicklung und Einschleusung von Computerviren bzw. logischen Bomben in Führungs- und Informationssysteme potentieller Gegner bereits zu Friedenszeiten einen entscheidenden Faktor für künftige Auseinandersetzungen. Es liegen in diesem Zusammenhang Hinweise vor, dass Computerviren im Auftrag von Nachrichtendiensten entwickelt bzw. verbreitet werden können.

Verstärkte Kontrollmaßnahmen der russischen Nachrichtendienste bei Reisetätigkeiten

Es mehren sich in jüngster Zeit Hinweise, dass der Russische Föderale Sicherheitsdienst (FSB) verstärkt Kontrollmaßnahmen bei Reisetätigkeiten russischer Staatsbürger durchführt.

So konnte seit Dezember 1997 bei Auslandsgruppenreisen russischer Staatsbürger festgestellt werden, dass wie in Sowjet-Zeiten wieder ein Reiseleiter für diese Gruppen als „Aufpasser“ eingeteilt wird, der gegenüber dem FSB berichtspflichtig ist.

Erkennbar ist auch, dass der FSB besonders im Raum Moskau derzeit eine Abschöpfung vieler Besuchs- und Geschäftskontakte aus dem westlichen Ausland betreibt. Bei festgestellten Ausländerkontakten werden die russischen Gesprächspartner gezielt belehrt und verpflichtet, einen schriftlichen Bericht über die jeweiligen Verbindungen zu verfassen.

Jubiläum des militärischen Auslandsaufklärungsdienstes (GRU) der Russischen Föderation

Am 05.11.98 beging die GRU mit einer Gedenkfeier den 80. Jahrestag ihres Bestehens und fühlt sich dabei offenbar – ähnlich wie die zivilen Nachfolgedienste des KGB – der Tradition der Dienste der ehemaligen Sowjetunion in besonderer Weise verpflichtet.

Präsident Jelzin und Generalstabschef Kwaschnin würdigten die Arbeit des Dienstes, wobei gleichzeitig nicht verschwiegen wurde, dass auch die GRU von den finanziellen Problemen Russlands betroffen ist.

Generalstabschef Kwaschnin betonte den hohen Stellenwert der Informationsbeschaffung durch Agenten. Auch die elektronische Aufklärung spiele eine wichtige Rolle.

Die in Deutschland festgestellten, von GRU-Offizieren ausgehenden zunehmenden Aktivitäten bestätigen seine Äußerungen.

Insgesamt kann im Hinblick auf das Erscheinungsbild der russischen Dienste festgestellt werden, dass sie seit der Auflösung der ehemaligen Sowjetunion ihren Stellenwert im russischen Staatsgefüge kontinuierlich gefestigt haben und inzwischen wieder zu Ansehen, Macht und Einfluss gelangt sind.

Iranische Nachrichtendienste

Der aus der „Mykonos-Affäre“ bekannte iranische Geheimdienstminister Ali FALLAHIAN ist durch Ghorban Ali DORI NADJAFABADI abgelöst worden.

Präsident CHATAMI hat bei einem Treffen mit Offiziellen und dem neuen Geheimdienstminister sein differenziertes Verhältnis zu Aufgaben und Befugnissen des Nachrichtendienstes ausgedrückt. Er betonte, dass die Einhaltung der Gesetze durch den Nachrichtendienst die wichtige Vertrauensbasis in der Gesellschaft zum Nachrichtendienst aufbauen helfe und dass die Beseitigung von Gegnern zwar leicht sei, er aber die Integration in die Gesellschaft für wichtiger halte.

Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden bestehen an den amtlichen Vertretungen Nachrichtendienst-Residenturen, die auch grenzüberschreitende Kompetenzen besitzen.

Ein Betätigungsfeld ist weiterhin die Ausforschung politisch aktiver oppositioneller Iraner. Dafür werden auch hier lebende Iraner eingesetzt.

Neben der Fortführung der Proliferationsprogramme in der ABC-Waffen- und Trägertechnologie bemüht sich der Iran um die Beschaffung von militärisch nutzbarer Hochtechnologie sowie von Rüstungsgütern, die direkt für den Einsatz bei den Streitkräften bestimmt sind.

Dazu bedient er sich Organisationen wie z.B. DEFENCE INDUSTRIES ORGANIZATION (DIO) und MINISTRY OF DEFENCE AND ARMED FORCES LOGISTICS (MODAFL).

Zu diesen Einrichtungen gehören zahlreiche Firmen und Institutionen im In- und Ausland, deren Namen eine Einbindung in die teilweise nachrichtendienstlich gesteuerten Beschaffungslinien nicht erkennen lassen.

Angehörige dieser Firmen und Institutionen haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, militärisch nutzbare Produkte zu erwerben.

Proliferation/sensitive Exporte

Während die „reine“ Wirtschaftsspionage dazu dient, die Wirtschaftskraft des Auftraggebers zu verbessern, bezwecken Proliferation⁶⁵ und sensitive Exporte⁶⁶ eine Erhöhung des militärischen Potentials des Empfängers.

Nach wie vor sind Aufrüstungs-bemühungen von Staaten der Dritten Welt zu erkennen. So genannte Krisen- und Schwellenländer wie Irak, Iran, Libyen, Syrien oder Nordkorea, Indien und Pakistan entfalten verdeckte Beschaffungsaktivitäten im Bereich Proliferation und sensitive Exporte.

Diese beschränken sich nicht nur auf den Erwerb kompletter Waffensysteme, sondern richten sich u.a. auch auf den Erwerb von Know-how, mit dem die jeweiligen Massenvernichtungsmittel erforscht, entwickelt und hergestellt werden können.

Immer häufiger ist festzustellen, dass die staatlichen Beschaffungsorganisationen aus den genannten Ländern nicht mehr selbst als Einkäufer auftreten, sondern sich einer Reihe

von Tarneinrichtungen sowohl aus dem Bereich der Wirtschaft als auch aus dem der Wissenschaft bedienen, die ihren Sitz sowohl im jeweiligen Inland als auch im Ausland haben.

Die erkannten Schwerpunkte bei den Beschaffungsbemühungen lagen im Bereich der Trägertechnologie, d.h. in der Beschaffung von Komponenten und Gegenständen, die beim Bau von Trägersystemen zur Ausbringung von ABC-Waffen benötigt werden sowie der Beschaffung von Gütern, die sowohl im zivilen Bereich als auch im konventionellen und ABC-Waffenbereich Anwendung finden können.

Geheimschutz in der Wirtschaft

In Niedersachsen werden von der Verfassungsschutzbehörde ca. 150 Wirtschaftsunternehmen in einem so genannten Geheimchutzverfahren betreut. Ziel ist es, die Durchführung geheimhaltungsbedürftiger Aufträge des Staates in der Form zu begleiten, dass die Unternehmen vor Ausspähungsversuchen fremder Nachrichtendienste bzw. Zugriffsmaßnahmen Unbefugter geschützt werden.

Die originäre Zuständigkeit liegt dabei beim Bundesministerium für Wirtschaft, das die Unternehmen, die vorwiegend im Rüstungsbereich angesiedelt sind, in Fragen des Schutzes amtlich geheimzuhaltender Angelegenheiten berät und die erforderlichen Geheimchutzvorkehrungen festlegt.

Die Umsetzung dieser personellen und materiellen Maßnahmen wird in erster Linie durch die Sicherheitsbevollmächtigten in den Unternehmen gewährleistet, die auch Ansprechpartner für die Verfassungsschutzbehörde sind, wenn es darum geht, die Unternehmen in Sensibilisierungs- und Bera-

⁶⁵ Ursprünglich stammte der Begriff Proliferation (Weitergabe) aus der Debatte über die Gefahren einer Weiterverbreitung von Atomwaffen über den Kreis der fünf „klassischen“ Atom-mächte hinaus. Heute umfasst er die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) sowie deren Trägersysteme (Raketentechnologie).

⁶⁶ Sensitive Exporte: Geschäfte, die gegen die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) oder des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) verstoßen, die den Export bestimmter Güter – darunter Produkte, die zivile wie militärische Verwendung finden – in Krisengebiete untersagen.

tungsgesprächen über die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste zu informieren.

Bei Hinweisen, Wahrnehmungen und Erkenntnissen, die den Verdacht einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit, einer Verratstätigkeit anderer Art oder von Sabotage begründen, sind es auch die Sicherheitsbevollmächtigten, die unverzüglich Kontakt mit der Verfassungsschutzbehörde aufzunehmen haben.

Über diese Betreuungsmaßnahmen hinaus veranstaltet die Verfassungsschutzbehörde in Niedersachsen regelmäßig so genannte Sicherheitstagen für die geheimschutzbetreuten Unternehmen, die ein reges Interesse innerhalb der Zielgruppe finden. Dabei werden Lagebilder zum politischen Extremismus dargestellt und aktuelle nachrichtendienstliche Themen erörtert. Außerdem dienen diese Veranstaltungen als Forum für aktuelle Fragen des Geheimschutzes.

Von der Verfassungsschutzbehörde werden auch Firmen angesprochen, die sich nicht in der Geheimschutzbetreuung befinden. Durch Vorträge und Einzelberatungen wurde in dem Berichtszeitraum dem zunehmenden Bedarf in diesem Bereich Rechnung getragen.

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Ansprache durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Schon „geworbene“ Personen haben nach wie vor die Möglichkeit, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen, indem sie sich einer Behörde offenbaren. Die Gerichte können dann die Strafe mildern oder von einer

Bestrafung absehen, wenn ein Betroffener „tätige Reue“ übt. Von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an die Spionageabwehr im Niedersächsischen Verfassungsschutz zu wenden:

Niedersächsisches Landesamt für
Verfassungsschutz
Postfach 44 20
30044 Hannover
Tel. 05 11 / 67 09-0.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Im Haushaltsplan 1998 waren für den Verfassungsschutz 228 Stellen ausgewiesen. Der bisherige Stellenabbau ergab sich aus den allgemeinen Sparmaßnahmen des Landes bei den Personalkosten, von denen der Verfassungsschutz nicht ausgenommen war.

Auch im Berichtsjahr setzte sich die starke, im wesentlichen altersbedingte Fluktuation in der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde fort. Von anderen Behörden konnten jedoch jüngere, bereits berufserfahrene Mitarbeiter gewonnen werden, die vor allem im Bereich der Kernaufgaben des Verfassungsschutzes die Kontinuität der Aufgabenerledigung gewährleisteten. Nach Abzug des so genannten Intendanturpersonals liegt die Zahl der Stellen für originäre Aufgaben des Verfassungsschutzes bei 164.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1998 im Endergebnis 21.123.900,- DM. Davon entfielen 4.434.900,- DM auf Sachausgaben und 16.689.000,- DM auf Personalausgaben für die Bediensteten des NLFV.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten; sie müssen hierzu auch gemeinsame, automatisierte Dateien unterhalten (§ 6 BVerfSchG). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger Jahre das Nachrichtendienstliche Informationssystem – NADIS – als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personen-datei. Letztere enthält neben dem Namen mehrere zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben (z.B. Wohnanschrift, Kfz). Jede Speicherung enthält ein Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde für die Speicherung der Information verantwortlich ist und zu welchem Sachgebiet die Speicherung erfolgte. Inhaltliche Angaben über die betreffenden Akten sind im NADIS nicht enthalten. Diese müssen bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt und von dort schriftlich mitgeteilt werden. Vor ihrer Übermittlung erfolgt insoweit eine nochmalige Relevanzprüfung.

In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden viele Informationen gespeichert, die nichts mit einer „Observation“ oder „Belastung“ zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutionen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder

Nachrichtendienste erfasst. Auch die Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen, die ganz überwiegend mit dem Ergebnis „kein Sicherheitsrisiko“ enden, sind im NADIS gespeichert.

Zur Verhinderung von unbefugter Nutzung und sonstigen Missbräuchen des NADIS sind sowohl das System selbst als auch der Zugriff zu den Daten technisch besonders gesichert. Alle Datenverarbeitungsschritte werden aus Sicherheits- und Datenschutzgründen automatisch protokolliert.

Die Speicherungen im NADIS sind zeitlich begrenzt und werden regelmäßig auf ihre weitere Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren unterliegt in Niedersachsen der Kontrolle durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten, das Innenministerium und den Landesbeauftragten für den Datenschutz. Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz legt den Schwerpunkt auf die objekt- und organisationsbezogene Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich. Im NADIS werden in der Regel nur noch Organisationsdaten und die erforderlichen Personendaten (z.B. Funktionäre, Aktivisten, bedeutende Geldgeber) erfasst.

Die Zahl (Stand: 31. 12. 1998, Vorjahreszahlen in Klammern) der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz im NADIS vorgenommenen personenbezogenen Speicherungen betrug:

im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen für originäre Aufgaben (Extremismus, Spionageabwehr)	9.778 (9.866), 3.036 (2.771).
---	----------------------------------

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 3 Abs. 2 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) ist die Öffentlichkeit auch über die Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel durch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz zu unterrichten.

Die nachrichtendienstlichen Mittel, die das Landesamt für Verfassungsschutz einsetzen darf, sind in § 6 Abs. 1 des NVerfSchG abschließend geregelt. Es sind:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten
3. Observationen
4. Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen, Videografieren) außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG
5. Verdeckte Ermittlungen und Befragungen
6. Heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel
7. Heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden)
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG.

Wegen des abschließenden Charakters dieses gesetzlichen Kataloges mussten auch solche nachrichtendienstlichen Mittel aufgeführt werden, die nach der erklärten Absicht der Landesregierung derzeit nicht angewendet werden sollen, sondern für besondere Situationen vorbehalten sind. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen. Demgemäß wurden im Berichtszeitraum diese nachrichtendienstlichen Mittel nicht angewendet.

Nachrichtendienstliche Mittel werden grundsätzlich nur in Bezug auf solche verfassungsfeindliche Organisationen eingesetzt, bei denen aus offen zugänglichen Materialien kein hinreichender Aufschluss über Ziele, Strukturen, Finanzierung und insbesondere über deren Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gewonnen werden kann. Die Entscheidung über den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, die Art und ihre Dauer steht gemäß § 6 Abs. 4 NVerfSchG ausdrücklich unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Das am häufigsten eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel war im Berichtszeitraum, ebenso wie bei allen anderen Verfassungsschutzbehörden, die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen.

Die nachrichtendienstlichen Mittel wurden im Bereich des politischen Extremismus in jeweils abgestufter, auf die Wichtigkeit und Gefährlichkeit der

betreffenden Organisation abgestellter Weise eingesetzt.

Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen wurden wie bisher zum Schutz der mit nachrichtendienstlichen Mitteln operierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benutzt.

Überwachungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG wurden, der Schwere des Eingriffes angemessen, wie auch schon in den vergangenen Jahren mit Zurückhaltung eingesetzt. Über einen Antrag der Verfassungsschutzbehörde entscheidet der Innenminister. Zusätzlich ist die sog. „G 10-Kommission“, die vom Landtag eingesetzt wird und die in ihrer Entscheidung unabhängig ist, über jede Maßnahme vor deren Vollzug zu unterrichten. Sie entscheidet in jedem Einzelfall abschließend über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen.

Im Bereich der Spionageabwehr wurden nachrichtendienstliche Mittel nur in geringem Umfang eingesetzt und im wesentlichen offene Ermittlungen geführt. Soweit geboten, wurden geheime Informantinnen und Informanten eingesetzt, Observationen durchgeführt sowie Tarnmittel verwendet.

Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

1998 wurden 23 Auskunftersuchen an das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz oder das Niedersächsische Innenministerium gerichtet. In 21 Fällen waren beim Landesamt für Verfassungsschutz keine personenbezogenen Erkenntnisse gespeichert; in den beiden übrigen wurden die Auskunftersuchenden über die vom Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz gespeicherten Informationen unterrichtet. Die Auskunft musste in keinem Fall verweigert werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen stellte in seinem 14. Tätigkeitsbericht fest, es sei positiv zu würdigen,

„daß die jährlichen Verfassungsschutzberichte aus Gründen gewollter Transparenz ab 1993 Angaben über Auskunftserteilungen und -ablehnungen enthalten. Insgesamt gab es seit 1993 bis August 1998 120 Auskunftsanfragen. Bei 97 Anfragen lag keine Registrierung beim NLFV vor. In den verbleibenden 23 Speicherungsfällen wurde vierzehnmal eine Auskunft erteilt. Bei neun Anfragen wurde eine Auskunft abgelehnt, verbunden mit dem Hinweis, der Betroffene könne sich zur Überprüfung der Angelegenheit an mich wenden. ... Ich habe solche Ablehnungsfälle überprüft. Das Ergebnis war immer ein datenschutzrechtlich korrektes Verhalten des NLFV. Unter dem Strich meine ich, in diesem Bereich einen spürbaren Gewinn an Transparenz und Gelassenheit sehen zu können.“

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes hat weiterhin hohe Priorität. Neben Themen zum Rechtsextremismus (u.a. Skinhead-Musik und die sprunghaft gestiegenen neonazistischen Internet-Seiten mit rassistischen, antisemitischen, den Nationalsozialismus verherrlichenden Inhalten) standen Darstellungen der Tätigkeit extremistischer Ausländerorganisationen im Mittelpunkt dieses Aufgabenbereiches. Dabei ging es vor allem um die Aktivitäten islamistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Auch zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde ausführlich Stellung genommen. Dabei stießen vor allem Einzelheiten zur Rekrutierung junger Menschen für den Kampf im Südosten der Türkei und Hintergründe zu den europaweiten Ausschreitungen von PKK-Anhängern im Februar 1999 auf großes Interesse. Zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen wurden von Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörde in Schulen, vor politischen Parteien und staatlichen Stellen gehalten. Im Dienstgebäude des Verfassungsschutzes wurden – wie in den Vorjahren – Besuchergruppen empfangen, um sie über Rechtsgrundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Nachrichtendienstes zu informieren. Dieses Angebot nahmen vor allem Rechtsreferendar-Arbeitsgemeinschaften der Bezirksregierungen in Anspruch.

Im Rahmen der Pressearbeit wurden über 350 Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien gegeben. Mehr als 100 Hörfunk- und Fernsehinterviews mit Angehörigen des niedersächsischen Verfassungsschutzes wurden gesendet.

Stichwortverzeichnis

A

- Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland • **78 f.**
AKDAG, Hasan • 143
Aktion Freies Deutschland (AFD) • **24, 39**
AL-KHALIFA, Ahmed • 167
alhambra • 91, **97**, 105
anti atom aktuell • **115 f.**
Anti-EXPO-AG • **105 - 109**
Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) • **93 - 95**, 97, 119
Antiimperialistische Zelle (AIZ) • 90, **117 f.**
Antiimperialistischer Widerstand (AIW) • **117**
APFEL, Holger • 54, **57**
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) • 6, 113 f., 117, 119, 130 f., **132 - 145**, 147, 149, 151 f., 154 ff.
Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. • 41
Asgard.BBS • 28
Auschwitz-Lüge • 24 f.
Auskunftsersuchen • 193
Autonome • 8, 88, 90, **91 - 116**
Autonome Antifa (M) (AA(M)), Göttingen • **93**, 94, 115, 125

B

- BAHCELI, Devlet • 154 f.
BARZANI, Diulshad • 145
BARZANI, Masoud • 146
BABLER, Karl • 41
BENJAMIN, Michael • 123, 124
BENOIST, Alain de • 82, 86
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) • 169
BIN LADEN, Osama • 131
BOSSE, Georg-Albert • 79 - 80
BRAST • 91, **96**, 102
BROMBACHER, Ellen • 124
Bund für Gesamtdeutschland (BGD) • 78

C

- Castor-Atommülltransporte • 99, 115 f., 127, 128
Celebrity-Zentren • 176
Church of Scientology International • 181

D

- DABIRAN, Juvad • 171
Demokratische Partei Kurdistans-Irak (DPK-I), auch KDP abgekürzt • 135, **145 f.**
Der Aktivist • 57, 59, 60, 61
Der Neue Republikaner • 68, 69, 71 f., 73, 75 f.

Der Stahlhelm e. V. - Bund der Frontsoldaten • 80 f.
Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) • 82
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 89, 90, **120 - 122**, 123
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) • 22, 78, **79**
Deutsche National-Zeitung (DNZ) • 62, 65, 66
Deutsche Stimme • 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 56
Deutsche Türk-Föderation (ATF) • 153
Deutsche Volksunion (DVU) • 22 f., 54, 56, 57, **62 - 68**, 75, 76, 78
Deutsche Wochenzeitung / Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) • 62, 65, 66, 67
Devrimci Sol (Dev Sol) • **146 - 149**, 155
Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF) • 22, 24, **79 - 80**
Die Republikaner (REP) • 22 f., 54, 56 f., 67, **68 - 77**, 78
DOGAN, Mazlun • 143
DIMENSIONEN • 175, 178, 179 ff.
DRÜCKHAMMER, Günter • 80
DRÜCKHAMMER, Kai-Uwe • 80
DÜRRBECK, Peter • 120, 121

E

EIGENFELD, Ulrich • 45, 47, 56
Einheit und Kampf • 57
EinSatz! • 91, 94, 96, 98, 117
EL-ATTAR, Issam • 167, 168
Elias.BBS • 28
ERBAKAN, Mehmet • 165
Europa Vorn • 86
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) • 162
EXPO-No • 106
EXPO-Widerstand • 100, 105, **106**, 110

F

FALK, Bernhard • 118
Fanzines • 33
FAURISSON, Robert • 24, 25, 44
Fazilet-Partisi (FP) • 165, 166
FIEDLER, Michael • 47, 49
Fight back! • 91, **97**, 100
FIS (Islamische Heilsfront - Algerien) • 168, 169
FLECK, Dr. Helmut • 78
FLEGEL, Frank • 123
Flüchtlingshilfe Iran e.V. • 171, 172
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine (ADÜTDF) • 130, 131, **153 - 156**
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) • **137**, 139, 140
Föderativer Islamstaat Anatolien (A.F.I.D.) • 156, **157**
Freedom For Religions In Germany (FRG) • 179
Freie Nationalisten • **37**, 53
Freie Republik Wendland • 116

Freier Frauenverband Kurdistans (YAJK) • 132, **137**, 139
FREIHEIT • 180, **181**
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) • 33, 35, 36, 39, 76
FREY, Dr. Gerhard • **62**, **63**, 64, 66, 67, 68, 70, 76
FRICKE, Detlef • 120, 121

G

Gentechnologie, Widerstand gegen • 90, 100, 108, 126, 129
Germania-Rundbrief • 44
Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. (GfbAEV) • 40, **41**
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) • 24, 26, 82
göttinger Drucksache • 91, 96, 98, 102, 108, 109
Grabert-Verlag • 24
GRAF, Jürgen • 25
GRAMSCI, Antonio • 83
Graswurzelbewegung • 89, 90, **125 - 129**
graswurzelrevolution • 125, 126, 127, 128, 129
"Graue Wölfe" • 153
Groupement de recherche et étude pour la civilisation européenne (G.R.E.C.E.) • 82

H

HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung) • 169
HEID, Bernd Louis • 79
Heide-Heim e.V. (siehe auch Hetendorfer Tagungswochen) • 7, **39**, 40
HEISE, Thorsten • 7, 33, 35, 56, 75
HESSLER, Jens • 7, 32
Hetendorfer Tagungswochen • 7, 22, 24, **39 - 42**
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) • 38-39
HIRZEL, Hans • 75
Hizb Allah • **169 - 170**, 173
Holocaust • 24, **25**, 44, 66
HUPKA, Steffen • 53
HUBBARD, Lafayette Ron • 175, 177, 179, 181

I

IMPACT • 181
Institute for Historical Review • 25
Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU) • **114**, 139
Initiative "Libertad!" • **113**, 117, 119
INTERIM • 9, **91**, 96, **97**, 106, 109, 110, 117
International Association of Scientologists (IAS) • 181
Internet • 7 f., 25, **26 - 27**, 28, 32, 37, 43, 44, 95, 113, 125, 139, 155, 163
Islamische Avantgarden • 168
Islamische Gemeinde in Deutschland (IGD) • 168
Islamische Gemeinschaft - Milli Görüs (IGMG) • 130, 131, 132, 155, 158, **161 - 167**

Islamische Heilsarmee (AIS) • 169
Islamischer Bund Palästina (IBP) • 169
Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 168
Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH) • 173
Islamisches Zentrum München (IZM) • 168
Islamrat • 165

J

Jama'at Islamiyya • 168
Jamiyat Ahl ul Bait • 170
JENTZSCH, Heber • 9, **175**, 179
JUCHEM, Wolfgang • 24, 39, 41, 54
JUHNKE, Eva • 113, 114
Journal of Historical Review • 25
JUNG, Edgar Julius • 82, 84
Junge Freiheit (JF) • 86, 87
Junge Nationaldemokraten (JN) • 7, 22, 35, 46, 53, **57 - 62**

K

Kameradschaften • 7, 22, 23, 28, **33 - 38**, 46
KAPLAN, Cemalettin • 156, 157, 158, 159, 162
KAPLAN, Metin • 6, 131, 156, 157, 158, 159, 160, 161
KARATAS, Dursun • 146
KARAYILAN, Murat • 145
KÄS, Christian • 70, 75, 76
KAYA, Yasar • 141
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 150
Kernenergie, militanter Widerstand (s. auch Castor-Atommülltransporte) • 97, **115 - 116**, 127, 128, 129
KLEIN, Hans-Joachim • 118
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) • 89, 90, 94, **123 - 125**
KRAUSE, Wolfram • 62
Kurdische Demokratische Partei (KDP), auch DPK-I abgekürzt • 113
Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) • 139
Kurdistan Report • 112, 132
KURT, Dilek • 144

L

LAUCK, Gary Rex • 42 f.
LAUER, Peter • 68, 70, 72
LEUCHTER, Fred A. • 24
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • **173 - 174**

M

MARQUARD, Danny • 57
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 131, **151**
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 88
MATTOGNO, Carlo • 25

MECHTERSHEIMER, Alfred • 54
MED-TV • 133, **139**, 143, 145
Milli Görüs und Perspektive • 161, 163, 164
MISCAVIGE, David • 175, 176
Mitteilungen der KPF der PDS • 123, 124
Mitteldeutsche Vortragstage • 41 f.
MOELLER van den Bruck, Arthur • 82
MÜLLER, Ursula • 38, 39
Muslimbruderschaft (MB) • 131, **167 - 169**

N

Nachrichten der HNG • 38
Nachrichtendienstliche Mittel • **191 - 192**
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS) • **190 - 191**
Nation & Europa - Deutsche Monatshefte • 85, 86
National Liberation Army (NLA) • 171
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 7, 11, 22, 23, 26, 27, 28, 35,
45 - 57, 57 - 62, 63, 67 f., 71, 76, 78, 81, 82, 83, 95, 103
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) • 58, 60
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) • 135, 136, 137
Nationale Info-Telefone (NIT) • **28 - 29**, 35
Nationale Liste (NL) • 36, 39
Nationaler Widerstand • 28, 34, 54, 55, 76,
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 131, **171 - 172**
Nationalistische Front (NF) • 39
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation
(NSDAP-AO) • **42 - 43**
Neonazis/Neonazismus • 7, 8, 11, 21, 22, 23, 26, **29 - 35**, 37, 38, 43, 52 ff., 58, 193
Neue Rechte • **82 - 84**
Neugermanische und neuheidnische Gruppen • 40, 41
New Era Publications Deutschland GmbH • 177
Newroz • 135, 141, 172
Niedersachsen-Spiegel • 45, 47, 49
NO RESPECT • 91, 97, 100
Nordischer Ring e.V. (NR) • 40
Nordland-Netz • 28
Nouvelle Droite (s. auch Neue Rechte) • 82, 83
NS 88/NSRecords • 31
NS-Kampfruf • 42, 43

O

OBERLERCHER, Reinhold • 50, 54
ÖCALAN, Abdullah • 6, 130 - 133, 135, 136, 139, 141, 143, 144, 145, 149, 152, 155,
156
offen-siv • 123, 125
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) • 150, 151, 152
Özgür Politika • 139

P

Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) • 169
Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) • 153, 154, 155
Partizan-Flügel • 150, 151
Patriotische Union Kurdistans (PUK) • **145**, 146
Plattform der vereinten revolutionären Kräfte (DBGP) • 147, **151 - 152**
PRABHAKARAN, Vellupilai • 173, 174
PRIVENAU, Markus • 37
PÜHSE, Jens • 32, 53

Q

Quds-Tag • **170**, 172

R

radikal • 91, 99
RADJAVI, Massoud • 171
RAJA • 173, 174
RASHID, Salah • 145
RASSINIER, Paul • 25
RAZZ • 8, 91, 96, 98, 105, 106, 107, 108, 109
Recht und Wahrheit • 79, 80
Refah-Partisi (RP) • 130, 132, 165
Religious Technology Center (RTC) • 175, 176
REMER, Otto Ernst • 24, 79
Revisionismus/Geschichtsrevisionsimus • **24 - 25**, 55, 56, 62, 66, 67, 80
Revolution Inside • 91, 97
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) • 146, 147, 149
Revolutionäre Zellen (RZ) • 118
RIEGER, Jürgen • 39, 40, 41, 42, 54
ROEDER, Manfred • 39, 47, 54, 68
Rote Armee Fraktion (RAF) • 9, 117, 119
Rote Hilfe (RH) • **118 - 119**
Rote Spindel • 120
Rote Zora • 118
ROUHS, Manfred • 54
Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen • 38

S

SAHIN, Ali Yücel • 143
SAKIK, Semdin • 135
SCHEERER, Germar • 24
SCHLIERER, Dr. Rolf • 57, 67, 68, 70, 72, 74, 75, 76
SCHMITT, Carl • 82
SCHÖNHUBER, Franz • 66, 67, 68
SCHÜTZINGER, Jürgen • 79
SCHWERDT, Frank • 53
Scientology-Kirche Hamburg e.V. , Gemeinde Hannover • 177, 179, 181
Scientology-Organisation (SO) • 9, **175 ff.**

Serxwebun • 132
Skinheads • 7, 8, 11, 23, **29 - 33**, 53, 54, 55, 56
Sleipnir • 86
SOFU, Dr. Yusuf Ibrahim • 158 f.
Staatsbriefe • 86
STEHR, Heinz • 120, 121, 122
STEINAU, Michael • 118
SUDHOLT, Dr. Gert • 54

T

TALABANI, Jalal • 145, 146
Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) • 174
Thing-Netz • 28
Thule-Netz • 27 f.
Thule-Seminar • 87
tipp-ex • 110 f.
TÜRKEKES, Alparslan • 153 f.
TÜRKEKES, Turgut • 154
Türkisch-Islamische Union (ATIB) • 131, 154
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 150, 152
Türkische Kommunistische Partei (Marxisten-Leninisten) (TKP/ML) • 131,
150 - 151, 152, 155
Türkische Volksbefreiungspartei / -front - Revolutionäre • inke (THKP-C - Devrimci
Sol) (siehe YAGAN-Flügel)

U

ULRICH, Jörg • 113
Ümmet-i-Muhammed • 156, 157, 158, 159, 160
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) • 137, 139, 141
Union der Juristen Kurdistans (YHK) • 137
Union der kurdischen Lehrer (YMK) • 137
Union der Yeziden (YEK) • 139
Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) •
168
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) • 131, **172 - 173**
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) • 168
Unsere Zeit (UZ) • 120, 122

V

Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) • 130 f.,
156 - 161, 162, 170
Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA) • 171
Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa e.V. (AMGT) • 161, 162
Verlag Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.) • 24 f.
VOIGT, Udo • 26, 45, 46, 48, 49 f., 52, 54, 58, 68
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) • 133, 135, 145
Volksgemeinschaft • 21, **47 f.**, 49, 59 f., 84, 88,
Volksmodjahedin Iran (MEK) • 171

W

- WEBENAU, Alexander v. • 58
- Wehrmachtsausstellung • 46, **55 ff.**, 66 f., 74 f., 128
- WEINSCHENK, Prof. Dr. Klaus • 41
- WELKE, Ingo • 72
- WENDT, Hans-Christian • 39
- Wiking-Jugend (WJ) • 7, 33, 36, 39,
- Wirtschaftsspionage • 10, **183 f.**, 188
- WOHLFELD, Hans-Joachim • 78
- WOLF, Andrea • 113
- WORCH, Christian • 56
- World Institute of Scientology Enterprises (WISE) • 177
- World Tamil Movement • 174
- WULFF, Thomas • 76

Y

- Y-Gruppen • 136, **137**
- YAGAN, Bedri • 146
- YAGAN-Flügel • **146 f.**, 149, 151, 155
- YÜKSEL, Ali • 161

Z

- ZABOROWSKI, Horst • 78
- Zentralorgan • 37 f.
- ZÜNDEL, Ernst • 24, **44**

